

**Die Stillhalteabkommen 1931- 33.
Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung
unter den Bedingungen des Reparations- und
Kriegsschuldensystems**

Susanne Wegerhoff

1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554013_0006

Die Stillhalteabkommen 1931-33.
Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung
unter den Bedingungen des Reparations- und Kriegs-
schuldensystems

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Susanne Wegerhoff
aus
Hagen
1982

Referent: Prof. Dr. Thomas Nipperdey
Koreferent: Prof. Dr. Knut Borchardt
Tag der mündlichen Prüfung: 20. Juli 1982



VORWORT

Die Anregung zu dieser Arbeit gaben Herr Professor Dr. Thomas Nipperdey und Herr Professor Dr. Knut Borchardt, denen ich zu meinem besonderen und aufrichtigen Dank verpflichtet bin. Die umfassende Unterstützung, der wertvolle Rat sowie die Kritik und Anregungen, die ich in Gesprächen mit ihnen erhielt, haben den Fortgang meiner Forschung in entscheidendem Maße gefördert.

Bei der zum Teil umständlichen Suche nach Quellenmaterial ist mir in Archiven, Bibliotheken und verwandten Institutionen sehr geholfen worden. Mein Dank gilt deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte, des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs, des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, des Archivs der Firma Siemens, der Deutschen Bank sowie insbesondere auch Herrn Eric M. Warburg, der mir großzügigerweise die Einsicht in das Privatarchiv des Bankhauses M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. gestattete.

Von allen Institutionen, mit denen ich im Rahmen meiner Nachforschungen Kontakt aufnahm, sah sich allein das Deutsche Zentralarchiv ohne Angabe von Gründen und nach mehr als einjähriger Bearbeitungszeit nicht dazu in der Lage, mir die Arbeit mit dem in Potsdam verfügbaren Material zu ermöglichen.

Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes erlaubte es mir, eine ausgedehnte Archivreise durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen. In besonderer Erinnerung ist mir die aufgeschlossene und unermüdliche Hilfsbereitschaft, mit der man mich in der Federal Reserve Bank New York, in der Herbert Hoover Presidential Library und in der Baker Library der Harvard University unterstützt hat. Des weiteren gilt mein Dank den National Archives, der Library of Congress, dem Archiv des Federal Reserve Board, der Butler Library der Columbia University, der Sterling Memorial Library der Yale University und der Hoover Institution on War, Revolution and Peace.

Die Kontakte zu den Research-Abteilungen bedeutender New Yorker Banken sowie die Durchsicht ihrer Archiv-, bzw. Bibliotheksbestände gaben zum Teil wichtige neue Anregungen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Bankers Trust Company, die Chase Manhattan Bank, Citicorp/First National Bank, die Manufacturers Hanover Trust Company und die Bank of America in San Francisco erwähnen.

Zum Schluß sage ich Frau Toni Stolper meinen persönlichen Dank, die meine schriftlichen Anfragen auf so rasche und liebenswürdige Weise beantwortete. Beeindruckt erinnere ich mich auch an ein Gespräch mit Herrn Professor Carl Landauer, der so freundlich war, mir die speziellen Probleme der deutschen Reparationspolitik aus seiner Sicht darzulegen. Gleich zu Anfang meines USA-Aufenthaltes hatte ich das Glück, Herrn Professor Charles P. Kindleberger zu treffen, dessen Sprechstunde ich mit einer Fülle von Denkanstößen und praktischen Hinweisen verließ. Ihm danke ich ebenso wie Herrn Stephen V.O. Clarke von der Federal Reserve Bank New York und Herrn Harold van B. Cleveland von Citicorp, die sich Zeit nahmen, im Zusammenhang mit der Arbeit stehende Fragen zu diskutieren.

München, im April 1982

A EINLEITUNG

B DIE VORGESCHICHTE DER STILLHALTUNG

I. DAS HOOVER-MORATORIUM

1. Das Schuldenfeierjahr	22
2. Französisch-amerikanische Verhandlungen in Paris	34
3. Veränderungen im Rollenverständnis der Vereinigten Staaten	40

II. VERSUCHE DER ZENTRALBANKEN ZUR STÜTZUNG
DER REICHSBANK

1. Rediskontkredit Juni 1931	42
2. Verhandlungen um Neugewährung Juli 1931	45

III. DIE LONDONER REGIERUNGSKONFERENZ

1. Das französische Darlehensmodell	53
2. Vorgespräche in Paris	57
3. Die amerikanische Verhandlungsposition im Zwiespalt von Politik und Wirtschaft	61
4. Der Antagonismus zwischen Paris und Washington	65
5. Die Idee einer Stillhalteaktion nimmt Gestalt an	70
6. Die Stillhaltung im Spannungsfeld britischer Revisionsgrundsätze, amerikanischer Hilfe- leistung und französischer Status-Quo-Bestrebungen	75
7. Die Absteckung der Kompetenzbereiche von Regierungen und Zentralbanken	84
8. Die Mähtekonstellation am Ende der Londoner Konferenz	91

C DIE GESCHICHTE DER STILLHALTUNG

IV. DER WEG ZUM ABSCHLUSS DES ERSTEN STILLHALTEABKOMMENS

1. Die Bedeutung der amerikanischen Banken für die Organisation der Stillhaltung 98
2. Erste Standortbestimmungen und Zielsetzungen zum Entwurf eines Stillhalteschemas 102
3. Die Tagung des Baseler Sachverständigen-Ausschusses und die Ergebnisse des Layton-Wiggin-Reports 112
4. Der Gegensatz zwischen Zentral- und Geschäftsbanken in der Frage einer Bindung des Reichsbankkredites an die Stillhaltung 125
5. Die Stillhaltung in der nationalen und internationalen Diskussion 132

V. DIE INTERNATIONALE SUCHE NACH PERSPEKTIVEN IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

1. Die Stillhaltung in der Kontroverse um die Young-Plan-Revision 139
2. Pläne zur Umgestaltung des Stillhalteabkommens 147
3. Von den Hoover-Laval-Gesprächen in Washington bis zur Einberufung des Beratenden Sonderausschusses 156

VI. ANSTRENGUNGEN VON REGIERUNGEN UND PRIVATEN ZUR REVISION DES INTERNATIONALEN SCHULDENGEFÜGES

1. Parallele Einberufung von Beratendem Sonderausschuß und internationalen Stillhaltekomitees 168
2. Die Beratungen der Young-Plan-Mächte in Basel 174
3. Die Beratungen der Stillhaltegläubiger in Berlin 182

VII. DAS DEUTSCHE KREDITABKOMMEN 1932

1. Dauer	188
2. Umfang	188
3. Rückzahlungsmodus	189
4. Akzeptkredite	190
5. Konsolidierung	191
6. Verzinsung	193
7. Bewertung und Reaktion	
a. Im Spiegel der Denkschrift der Stillhalte- gläubiger und der veröffentlichten amerikanischen Meinung	194
b. Im Spiegel der zeitgenössischen Theorie	199
8. Die Verlängerung des Rediskontkredites	201
9. Die Stillhaltung in der Praxis: Probleme, Fälle, Lösungen	205

VIII. DIE KONFERENZ VON LAUSANNE

1. Terminverschiebung und Prädispositionen	208
2. Das Ende der Reparationen	219

IX. DIE STILLHALTUNG: PROVISORIUM ODER INSTITUTION?

1. Rückzahlung und Zinsfrage	223
2. Diskussion des Londoner Studienausschusses über mögliche Konsolidierungsformen und der Gegensatz europäischer und amerikanischer Vorstellungen	228

X. DAS DEUTSCHE KREDITABKOMMEN 1933

1. Wirtschaftliche Konstanten und Trends im Vorfeld der Verhandlungen	235
2. Bestimmungen	
a. Laufzeit und Umfang	240
b. Kürzung der Kreditlinien	241
c. Schweizer Klausel	242
d. Zinsen	247
e. Golddiskontbank-Garantie	247

XI. DIE STILLHALTUNG UNTER NATIONALSOZIALISTISCHEN VORZEICHEN

1. Das Tranfermoratorium	251
2. Die Berliner Gläubigerkonferenz und der Beginn nationalsozialistischer Zwangswirtschaft	256

D	EPILOG UND SCHLUSSBETRACHTUNG	263
---	-------------------------------	-----

E	ANHANG	269
---	--------	-----

Quellen- und Literaturverzeichnis
Personenverzeichnis

A E I N L E I T U N G

Das Phänomen der Stillhaltung fügt sich ein in die Gesamtproblematik der deutschen Politik und Wirtschaft unter den Bedingungen des in der Folge des Ersten Weltkrieges entstandenen Systems von Reparationen und interalliierten Kriegsschulden. Mit dem Versailler Vertrag war ein langfristiges Zahlungsschema festgeschrieben worden, unter dem das Deutsche Reich durch die Zahlung von Reparationen dazu beitragen sollte, diejenigen Verluste auszugleichen, die die ehemaligen europäischen Alliierten während des Krieges erlitten hatten. Zwischen 1924 und 1929 zahlte Berlin rund 8 Mrd. RM an Reparationen ins Ausland, während die deutsche Handelsbilanz, also die Gegenüberstellung von Warenein- und -ausfuhr, in demselben Zeitraum einen Fehlbetrag von mehr als 6 Mrd. RM aufwies. Trotz der hohen Devisenverluste durch die Reparationszahlungen schloß die deutsche Handelsbilanz, in der sämtliche wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern erfaßt werden, positiv ab. Dieses Ergebnis ist auf das Volumen von Krediten und Anleihen zurückzuführen, die während der Gültigkeitsdauer des Dawes-Plans in einem breiten Strom nach Deutschland flossen. Mitte 1931 erreichte die gesamte deutsche Auslandsverschuldung eine Höhe von circa 24 Mrd. RM, von denen weit mehr als die Hälfte auf solche Kredite entfiel, die kurzfristig, d.h. mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr gewährt worden waren.¹⁾ Aus diesen wenigen statistischen Daten erhellt, daß die deutschen Reparationszahlungen nicht etwa durch einen selbsterwirtschafteten Exportüberschuß transferiert werden konnten, sondern auf Grund der vom Ausland (und an erster Stelle von den USA) auf das großzügigste bereitgestellten Gelder.

Neben dem Bereich der politischen Zahlungen, die Berlin mit geliehenen Mitteln erstattete, gewann das Problem der deutschen Auslandsverschuldung eine zusätzliche Dimension durch die Kreditaufnahme großen Stils im privatwirtschaftlichen Sektor bei den Banken, der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft, den Privatversicherungen, aber auch auf der Ebene von Ländern und Kommunen.

1) Statistisches Jahrbuch 1934, S. 504

"... mir (scheint) die Ansicht jener berechtigt," hatte Herbert von Beckerath 1927 in einer Vorlesung in Köln festgestellt, "die ... damit rechnen, daß eines Tages der Transfer der Reparationssumme nicht kompensatorisch durch Auslandsanleihen wie bisher, sondern effektiv geschehen müsse, und daß eventuell zugleich mit ihm noch große Summen zur Rückzahlung fälliger Amerikakredite sowie fälliger Zinsen transferiert werden müssen. ... Man nimmt diese Dinge zu leicht."²⁾ In diesem Zusammenhang hatte von Beckerath völlig zurecht davor gewarnt, nicht die Bedeutung der europäischen Kapitalmärkte zu überschätzen: Der Kreditfluß nach Deutschland hatte ja einen Geldkreislauf in Gang gebracht, in dessen Zentrum ein Amerika stand, das von seiner Schuldnerposition der Vorkriegszeit in die Rolle des Gläubigers der bedeutendsten Finanzplätze geraten war. Die von Deutschland aufgenommenen Anleihen wanderten in der Form von Reparationszahlungen ins Ausland an die europäischen Reparationsgläubiger, die dadurch wiederum in die Lage versetzt wurden, die eigenen Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten abzubauen. Großbritannien und Frankreich fungierten somit nicht als Mitgestalter einer eigenständigen Reparationspolitik, sondern vielmehr als "ausführende Organe"³⁾ innerhalb eines Systems internationaler Kapitalübertragungen. Herbert Feis, der als Economic Adviser des State Department Mitverantwortung an den Entscheidungen Hoovers trug, nennt in seiner rückblickenden Darstellung der amerikanischen Wirtschaftspolitik zwischen 1919 und 1932 den Verwendungszweck der nach Deutschland gegebenen US-Kredite deutlich beim Namen: "... we supplied the means by which Germany paid reparations, thereby indirectly supplying the means whereby our Allies paid debts to the American Treasury and interest on earlier loans made by private lenders."⁴⁾ Folglich befanden sich allein die Vereinigten Staaten in der

-
- 2) Herbert von Beckerath, Die Gefahren übermäßiger Auslandskredite für Währung und Wirtschaft, In: Die Kreditwirtschaft, 1927, Band II, S. 6
- 3) Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924-1929, Diss. Tübingen 1971, S. 79
- 4) Herbert Feis, The Diplomacy of the Dollar. First Era, 1919-1932, Baltimore 1950, S. 62

Schlüsselposition, die es ihnen erlaubte, diesen *circulus vitiosus* zu durchbrechen. London, Paris wie auch Berlin hingen gleichermaßen von ihrem Entgegenkommen ab: Nur wenn Washington in eine Herabsetzung oder gar Streichung der interalliierten Schulden einwilligen würde, schien die von der Reichsregierung angestrebte Revision der Reparationsfrage möglich.

Das enorme Ausmaß all jener US-Kredite, die die Finanziers der New Yorker Wall Street zu den mit Abstand bedeutendsten Privatgläubigern machten, verliehen den deutsch-amerikanischen Beziehungen ihre besondere Brisanz. Ende 1931 standen die deutschen Schuldner bei ihnen mit einer Summe von 8,583 Mrd. RM im Debet, das sich aus langfristigen Krediten in Höhe von 5,391 Mrd. RM und aus kurzfristigen Krediten in Höhe von 3,192 Mrd. RM zusammensetzte.⁵⁾ Für die Anziehungskraft, die der deutsche Markt auf potentielle Anleger ausübte, sind vor allem zwei Gründe verantwortlich zu machen: zum einen das hohe deutsche Zinsniveau (der Mindestdiskontsatz lag 1924 bei 5 Prozent, und die Dawes-Anleihe war mit einem Zinssatz von 6,5 Prozent ausgestattet), zum anderen die in den Dawes-Plan eingebaute Transferschutz-Klausel. Sie sollte die Gewähr dafür leisten, daß die Stabilität der deutschen Währung nicht durch einen übermäßig hohen Transfer der Reparationszahlungen gefährdet werde.⁶⁾

Dieser in Übereinstimmung mit den ausländischen Experten verbriefte Wille zur Aufrechterhaltung der Außenwertstabilität der Reichsmark bot in den Augen der Kapitalanleger ein entscheidendes Sicherheitsmoment und erhöhte ihr Interesse daran, Kredite nach Deutschland zu geben. "Durch diesen Anreiz hatte die Transferklausel eine Wirkung, die nicht beabsichtigt war," urteilt Wandel zusammenfassend. "Anstatt die deutsche Währung zu schützen, brachte sie diese, wie sich später zeigen sollte, durch den Anleihestrom in große Gefahr."⁷⁾

5) Statistisches Jahrbuch 1932, S. 528

6) vgl. Wilhelm Holzmann, Die Bedeutung der Maßnahmen des Reparationsagenten für die Gestaltung des Wechselkurses, Jena 1929, S. 3 ff.

7) Wandel, a.a.O., S.85

Das Risiko und die Problematik der wachsenden Verschuldung gegenüber dem Ausland waren Gegenstand einer in Deutschland kontrovers geführten Debatte, deren extreme Standpunkte von Mahnruf und Ermunterung durch den Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und den Nationalökonom Adolf Weber eingenommen wurden. Mit Entschiedenheit warnte Schacht davor, den eingeschlagenen Weg der Kreditaufnahme unbeirrt fortzusetzen. A la longue sah er die Reichsbank ihrer Funktion als Kreditinstanz enthoben und befürchtete, daß an die Stelle der von ihr gewährten Wechselkredite nun der vom Ausland gewährte Kredit träte. Er sprach sich dafür aus, die Geschwindigkeit jenes Geldstroms zu drosseln, da "bei einer ungehemmten und unkontrollierten Entwicklung der Auslandskredite die Reichsbank die Fühlung mit dem inländischen Geldmarkt, um nicht zu sagen die Herrschaft auf dem inländischen Geldmarkt, verliert."⁸⁾ Obschon die Reichsbank die gefährlichen Folgen der Auslandsverschuldung frühzeitig erkannte, waren ihr die Hände gebunden, als es darum ging, durchgreifende Gegenmaßnahmen zu entwickeln: Ein rigoroser Schritt wie die theoretisch denkbare Verhängung eines Auslandskreditstops verbot sich, wenn Schacht sich nicht den Vorwurf einhandeln wollte, die Erfüllung des Dawes-Plans zu sabotieren und somit der Stresemannschen Außenpolitik ihre Grundlage zu entziehen. Gleichermäßen verhängnisvoll hätte sich eine Zahlungseinstellung bei den Reparationen ausgewirkt. Sie hätten den Abzug aller unmittelbar erhältlichen, also aller kurzfristig gewährten Kredite nach sich gezogen und die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt.

Nun ist oft argumentiert worden, das eigentliche Problem der deutschen Reparationen habe nicht die innere Aufbringung gebildet, sondern der Transfer in fremde Währungen.⁹⁾ So hat etwa Keese argumentiert, daß der deutschen

8) Hjalmar Schacht, Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927, S. 175 ff.

9) vgl. dazu Jürgen Schiemann, Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. Währungspolitik und Abwertungskontroverse unter den Bedingungen der Reparationen, Bern, Stuttgart 1980, bes. S. 57-93

Wirtschaft eine vorsichtige Politik des "billigen" Geldes zur Stimulierung von Inlandsinvestitionen bessere Dienste geleistet hätte, anstatt durch einen hohen Zentralbankdiskont und damit hohen Zinsfuß fremdes Kapital anzuziehen und die einheimische Kapitalbildung zu vernachlässigen.¹⁰⁾ Durch eine gezielte Binnenfinanzierung hätten nach Ansicht Keeses zwei Grundübel der späteren Entwicklung vermieden werden können: Die Unmöglichkeit des Transfers wäre nicht verschleiert worden, und die Arbeitslosigkeit hätte auf Grund einsetzender Investitionen vor Einbruch der eigentlichen Weltkrise beseitigt werden können - "die Kreditkrise von 1931 hätte nicht stattgefunden."¹¹⁾ Diesem Ansatz ist Fischer mit dem Argument entgegengetreten, daß es unrealistisch sei, anzunehmen, Berlin habe der Welt durch mehr Binnenwohlstand erfolgreich beweisen können, daß die Reparationen nicht zu transferieren seien.¹²⁾ Der Hypothese Keeses stellt Fischer seine Überzeugung entgegen, daß der Fehler nicht im Einfließen ausländischer Kapitalien seit 1924, sondern in ihrem Versiegen während der Krise lag. Die "Dollarscheinblüte" hätte am Anfang eines realen Aufschwungs stehen können, spekuliert Fischer, wenn die weltweite Währungskooperation in der Krise nicht eingestellt, sondern verstärkt worden wäre.¹³⁾

Schachts Bedenken fanden in der Praxis keine Resonanz, sieht man von der halbherzigen Einrichtung einer "Beratungsstelle für Auslandsanleihen" ab, über die die Kreditaufnahme wenigstens der öffentlichen Hand eingeschränkt werden sollte. Ob der Versuch, den Geldzufluß in Länder und Gemeinden tatsächlich als ein Indiz für das Klassenkampf- und antisozialstaatliche Den-

10) Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich 1925-36, In: Werner Conze/Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967, S.67

11) ebd.

12) Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, In: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 49

13) Fischer, a.a.O., S. 50; zu diesem Aspekt der internationalen Zusammenarbeit nimmt die detaillierte Studie von Stephen V.O. Clarke, Central Bank Cooperation 1924-31, New York 1967 Stellung.

ken der Reichsbank erhalten kann,¹⁴⁾ oder ob er als ein Ansatz gewertet werden muß, eine als unheilvoll erkannte Entwicklung wenigstens partiell in dem Bereich kommunalen Wirtschaftens einzudämmen, muß hier nicht geklärt werden. Festzuhalten bleibt, daß man an maßgeblicher währungspolitischer Stelle die Gefahren der Auslandsverschuldung klar erkannte, sich jedoch nicht mit einer wirkungsvollen Politik gegen eine breite Opposition durchzusetzen vermochte.

Diesen Tatbestand beklagt vor allem Rudolf Stucken,¹⁵⁾ nach dessen Ansicht die Reichsbank "allein gegen Regierung und Parlament und den im parlamentarischen Getriebe einflußreichen Teil der Bevölkerung" stand. Daß die deutsche Wirtschaft im allgemeinen und die Banken im besonderen bei der Aufnahme ausländischer Kredite keine Zurückhaltung übten, beweist für Stucken einen Mangel an nationaler Solidarität und Disziplin.¹⁶⁾

Zu einer ganz anderen Beurteilung dieses Sachverhaltes gelangt Karl Erich Born.¹⁷⁾ Er argumentiert, daß das außerordentliche Kapitalbedürfnis der deutschen Wirtschaft sowie die Tiefe der durch die Inflation verursachten Geldkapitalzerstörung zwangsläufig eine Auslandsverschuldung in erheblichem Umfang erforderten. Mit dieser Interpretation bewegt sich Born in etwa auf der Linie der gegen Schachts Eindämmungsthese gerichteten zeitgenössischen Kritik der späten zwanziger Jahre. An ihre Spitze hatte sich der

Nationalökonom Adolf Weber gesetzt, der in einer 1928 veröffentlichten Schrift keine Forderung als "so dringend" bezeichnete wie diejenige, "alle Türen weit auf für Auslandskapital; wir können davon, solange unser Zins so unverhältnismäßig hoch ist, nicht genug haben!"¹⁸⁾ Webers enthusia-

14) Diese These vertritt die Arbeit von Helmut Müller, Die Zentralbank - Eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Schacht als Politiker der Weimarer Republik, Opladen 1973, S. 69-71

15) Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik, Hamburg 1937, S. 91

16) Rudolf Stucken, Die deutsche Bankenkrise von 1931, In: Kredit und Kapital, 1. Jg., 1968, Heft 4, S. 390-404, bes. S. 395

17) Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 15

18) Adolf Weber, Hat Schacht recht? Die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Ausland, München, Leipzig 1928, S. 165

stische Weise, den Zufluß ausländischer Gelder zu begrüßen, sollte nicht den Blick auf die im Kern korrekte Sacheinschätzung verstellen: Die Auslandskredite müßten so lange hereinströmen, bis die Attraktivität des deutschen Kreditwesens durch eine Einebnung des Zinsgefälles nachließe, und folglich der Kapitalstrom von selbst aufhöre.

In einer reservierten Beurteilung dieser Vorstellungen räumt Gerhard Kroll¹⁹⁾ allerdings ein, Weber in einem Punkt gegen Schacht recht geben zu müssen. Schachts durchaus berechtigter Kampf gegen die übermäßigen Auslandsanleihen habe einen unerwünschten Nebenerfolg gehabt, der sich gerade während der Weltwirtschaftskrise verhängnisvoll ausgewirkt habe: "Es gelang Schacht, die langfristigen Auslandsanleihen zurückzudrängen, aber nur um den Preis, daß dafür die kurzfristigen um so mehr zunahmen. Gerade die kurzfristigen Anleihen aber waren es, die während der Krise überstürzt abberufen wurden und Deutschland in die größte Transfernot brachten; die langfristigen wären um vieles weniger gefährlich gewesen."²⁰⁾

Wer nun trug die Hauptverantwortung für die Problematik, die das Ausmaß der Auslandsverschuldung in Deutschland beschwor? Weder die Reichsregierung noch die Reichsbank konnten ernstlich eine Politik befürworten, die sich konsequent gegen eine Zufuhr ausländischen Kapitals sperrte. Auf außenpolitischem Terrain hätte dies das Ende der Verständigungs- und Revisionspolitik Stresemanns sowie der amerikanischen Stabilisierungsbemühungen bedeutet. Das zunächst getroffene Reparationsschema in Frage zu stellen und seine Erfüllung zu unterbrechen, hätte mit großer Wahrscheinlichkeit eine neue Phase der Unruhe und Unsicherheit eingeleitet, deren Beendigung ja gerade Sinn und Zweck des Dawes-Plans war.²¹⁾

Daß für eine Kehrtwendung in der vorsichtig eingeschlagenen Revisionsstrategie weder innen- noch außenpolitisch die Zeit reif war, hat Lücke ausführ-

19) Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 42

20) vgl. bes. Adolf Weber, Hauptfragen der Wirtschaftspolitik. Abhandlungen, Erinnerungen, Erfahrungen, Berlin 1950

21) Frank Charles Costigliola, The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe, 1924-30, Cornell Univ. Press 1973

lich und überzeugend dargelegt.²²⁾ Auf der Ebene der Innenpolitik, so Lücke, sei sie nur mit der Rechten möglich gewesen, die dazu aber parlamentarisch nicht stark genug gewesen sei.

So sehr anerkannt werden muß, daß diese allgemeinen Rahmenbedingungen der Reichsregierung und der Reichsbank nur einen geringen Spielraum gaben, etwas Entscheidendes gegen das Hereinströmen der Auslandsgelder zu unternehmen, so wenig entlastet dies die beteiligten Banken von dem Verdacht, Kredite auf amerikanischer Seite zu großzügig und mit überhöhter Profitorientierung angeboten und Kredite auf deutscher Seite zu bereitwillig und ohne ein ausreichendes Maß an Vorsicht angenommen zu haben. Nach Schätzungen der Untersuchung von Kuczynski²³⁾ betrugen die Spanne zwischen Übernahme- und Zeichnungskurs für die in den USA platzierten Anleihen mehr als 70 Mill. Dollar und der Reingewinn rund 50 Mill. Dollar, was in etwa 4 Prozent des Umsatzes entsprach. Der New Yorker Finanzexperte und Teilhaber des Bankhauses J.P. Morgan & Co. Thomas W. Lamont hatte bereits 1927 das Verhalten jener "Horde amerikanischer Bankiers" gerügt, die förmlich auf den Türrufen ihrer Schuldner saßen und ihnen Geld anböten.²⁴⁾

Das Verhältnis zwischen Wall Street, anlegendem amerikanischem Publikum und nachfragender deutscher Wirtschaft charakterisiert Link, dessen Studie als ein Standardwerk in der Erforschung der zwanziger und dreißiger Jahre angesprochen werden muß,²⁵⁾ als eine "relativ unkomplizierte Do-ut-des-Situation". Mit Blick auf die Verschärfung in der späteren Krise zeigt Link jedoch auch die Gefahren auf, die aus den Disproportionalitäten in der Verteilung gerade der amerikanischen Kredite resultierten: Je größer das Kre-

22) Rolf E. Lücke, Die deutsche Bankwirtschaft unter dem Dawes-Plan, In: Karl Erich Born (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln, Berlin 1966, S. 370-97

23) Robert R. Kuczynski, Deutsche Anleihen im Ausland 1924-1928, Berlin 1929

24) vgl. New York Times, 3.5.1927 über eine Rede Thomas W. Lamonts vor der United States Chamber of Commerce

25) Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32. Die Vereinigten Staaten von Amerika und der Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1970

ditangebot, desto größer auch die deutsche Neigung, Produktionskapazitäten in einem Maße auszuweiten, die durch keine noch so optimistisch eingeschätzte Nachfrageentwicklung gerechtfertigt war.²⁶⁾

Das Problem der deutschen Auslandsverschuldung in einer griffigen Beurteilung zusammenzufassen, ist auf Grund seiner Janusköpfigkeit unmöglich. Was ein an der Zukunft orientiertes Interesse der Wirtschaft gebot, nämlich eine Dezimierung des Umfangs aufgenommenen Auslandskredite, verbot die übergeordnete Zielsetzung einer Politik, die durch die Erfüllung der dem Deutschen Reich auferlegten Zahlungsverpflichtungen längerfristig eine einvernehmliche Revision anstrebte.

Es ist legitim und in der Sache durchaus zutreffend, scheinbar "überfließende" Kreditkapazitäten der Privatbanken zu kritisieren,²⁷⁾ doch läuft man bei solch einem Ansatz Gefahr, die eminente Bedeutung zu übersehen, die der materiellen Bindung des Gläubigers Amerika an das Wohlergehen Deutschlands zukam. Die häufig mit dem Bonmot Stresemanns umschriebene Grundlinie deutscher Politik, man müsse nur so viele Schulden haben, daß der Gläubiger seine eigene Existenz in Gefahr sehe, wenn der Schuldner zusammenbreche, fand ihre Bestätigung und ihren spektakulären Höhepunkt im Juni 1931 mit der Erklärung des Hoover-Moratoriums. Die Vorgänge und Hintergründe, die zum Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt und zum Vorschlag des Schuldenfeierjahres führten, sind in der Literatur breit diskutiert und

26) vgl. Link, a.a.O., S. 358

27) Maria Bratz, Der deutsche Privatbankierstand in der Nachkriegszeit 1918-1933, Diss. Berlin 1937, S. 8; vgl. dazu auch Demetre J. Delivanis, La Politique des Banques Allemandes en Matière de Crédit à Court Terme, Paris 1934, der in einer von Polemik freien Darstellung bedauert: "Si les banques allemandes avaient eu la sagesse de s'y limiter, dans la période antérieure, elles auraient évité de grandes pertes ..." S. 177

dargestellt,²⁸⁾ so daß wir uns hier auf einige wenige Aspekte beschränken dürfen. Die Regierung Brüning, die im März 1930 ins Amt gekommen war, ging von der Überzeugung aus, daß die deutsche Wirtschaft nur dann nachhaltig gesunden könne, wenn Deutschland von den Reparationslasten befreit werde. Folgerichtig ordnete sie dem Ziel der Reparationsbeseitigung alle Versuche in Richtung einer Entspannung der deutschen Wirtschaftslage unter, ja sie nahm sogar bewußt eine Verschlechterung in Kauf, die durch einen ausschließlich unter reparationspolitischen Gesichtspunkten gestalteten Haushalt eintrat. Über die Anerkennung des Young-Plans und dessen loyale Erfüllung beabsichtigte Brüning, den überzeugenden Nachweis deutscher Zahlungsunfähigkeit zu erbringen. In diesem Zusammenhang weist Borchardt auf die Zwangslagensituation des Deutschen Reiches hin. Regierungen, die keinen "außenpolitischen Abenteuerkurs" hätten fahren wollen, seien jedenfalls noch 1931 nicht in der Lage gewesen, sich über die eingegangenen inter-

28) An allererster Stelle sei hier die hervorragende Monographie von Edward W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*, Cambridge 1971 genannt. Wegen des vergleichbaren thematischen Rahmens hätte die zweibändige Dissertation von Winfried Glashagen, *Die Reparationspolitik Heinrich Brünings 1930-1931. Studien zum wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Auflösung der Weimarer Republik*, Bonn 1980 ein deutschsprachiges Pendant bilden können, bleibt aber hinter Bennetts stichhaltiger und klarer Argumentation zurück. Neben der bereits erwähnten, maßgeblichen Darstellung von Karl Erich Born stehen sicherlich gleichrangig das Buch von Wolfgang J. Helbich, *Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932*, Berlin 1962 sowie die Arbeit von Gerd Hardach, *Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924-1931*, Berlin 1976. Eine der letzten Neuerscheinungen zum Thema, Rolf E. Lücke, *13. Juli 1931. Das Geheimnis der deutschen Bankkrise*, Frankfurt 1981, bietet ein enttäuschendes Tagebuch jener Ereignisse, das auf Kosten sachbezogener Genauigkeit wenigstens pünktlich zum 50. Jahrestag erschien. Im Gegensatz dazu ist auf jeden Fall die fundierte Untersuchung desselben Autors, *Von der Stabilisierung zur Krise*, Zürich 1958, heranzuziehen.

ternationalen Bindungen einfach hinwegzusetzen.²⁹⁾ Er gelangt zu dem Schluß, daß die zeitgenössischen konjunkturtheoretischen Alternativen in dem enggesetzten Rahmen deutscher Reparations- und Revisionspolitik keine Chance besaßen, in praktische Politik umgesetzt zu werden: "Wer unter diesen Umständen von Brüning erwartet, er hätte eine andere Konjunkturpolitik treiben können und sollen (für die es übrigens 1931/32 auch in keinem anderen Staat ein Vorbild gegeben hat), unterstellt ihm eine Macht über die Verhältnisse, die er wohl nicht besaß."³⁰⁾ In ähnlichem Sinne verweist auch Helbich auf das ganz grundsätzliche Problem, die Brüningsche Finanzpolitik erst dann als "völlig verkehrt" bezeichnen zu dürfen, wenn der Nachweis gelänge, daß die Befreiung von den Reparationen auch bei Verfolgung einer weniger strengen Haushaltspolitik im Jahre 1932 gelungen wäre.³¹⁾ Einträchtig wird in der Literatur das Zustandekommen des Hoover-Moratoriums als ein Erfolg der Politik Stresemanns und Brünings anerkannt, deren gewollte und systematisch betriebene, materielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten jene Initiative des US-Präsidenten geradezu erzwang.³²⁾ Be-

-
- 29) Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, In: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1979, München 1979, S. 92; vgl. auch Horst Sanmann, Daten und Alternativen in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1965, S. 109-40
- 30) Borchardt, a.a.O., S. 96; vgl. dazu Gerhard Schulz, Reparationen und Krisenprobleme nach dem Wahlsieg der NSDAP 1930. Betrachtungen zur Regierung Brüning, In: VSWG, Bd.67, Heft 2, 1980, S. 200-22, der diese These kritisiert, ohne jedoch einen zwingenden Gegenbeweis anzutreten.
- 31) Helbich, a.a.O., S. 43; vgl. Eckhard Wandel, Hans Schäffer - Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 184/85, der ebenfalls in einer loyalen Erfüllungspolitik die einzig erfolgversprechende Revisionspolitik sieht.
- 32) Neben Link, a.a.O., S. 500 ff. vgl. Hardach, a.a.O., S. 130; Elliot A. Rosen, Hoover, Roosevelt, and the Brains Trust. From Depression to New Deal, New York 1977; Robert H. Ferrell, Frank B. Kellogg, Henry L. Stimson, New York 1963; Elting E. Morison, Turmoil and Tradition. A Study of the Life and Times of Henry L. Stimson, Boston 1960

sonders die amerikanische Forschung hat sich in diesem Zusammenhang verstärkt mit dem Problemfeld auseinandergesetzt, das die seit den zwanziger Jahren virulente Kooperation zwischen Regierung und "Business" und eine daraus resultierende, in Graden abgestufte Interessenidentität von staatlich-öffentlichem und wirtschaftlich-privatem Bereich aufwarfen.³³⁾ An diesen Ansatz will die vorliegende Arbeit anknüpfen. Mit dem Frühjahr 1931 und dem Sommer 1933 sind die zeitlichen Zäsuren gesetzt, die den für die Bedeutung der Stillhaltung relevanten Zeitraum eingrenzen. Das Schuldenfeierjahr und die Londoner Regierungskonferenz bilden die unmittelbare Vorgeschichte unseres Themas, der internationalen Versuche zur Privatschuldenregelung in der Weltwirtschaftskrise. Das Jahr 1931 gab den Auftakt zu einem grundsätzlichen Methoden- und Prinzipienwandel in den Beziehungen der Staaten untereinander, der anhand der Stillhaltung exemplifiziert werden soll. Dieser zu untersuchende Mutationsprozeß fand 1933 mit der Auflösung der Weimarer Republik einen vorläufigen Schlußpunkt. Das lose Netz der Stillhaltung, das ursprünglich um die deutsche Wirtschaft gelegt worden war, um ihren Zusammenhalt zu gewährleisten, verdichtete sich zwischen 1931 und 1933 zu einem engmaschigen Geflecht von Reglementierungen und Zwangsmaßnahmen, das durch wachsende Starrheit und Undurchlässigkeit gekennzeichnet war. Der ursprüngliche Sinn der Kontrolle, die die Privatgläubiger Deutschlands vom Staat zum Schutz ihrer Interessen gefordert hatten, wurde nach und nach pervertiert und durch die umfassende nationalsozialistische Machtergreifung in den Sektoren des öffentlichen Lebens ad absurdum geführt.

Diese Arbeit geht von der These aus, daß der komplexe Bereich der Außenpolitik nicht nur nach Maßgabe einer professionellen, politischen Schicht gesteuert wurde, sondern daß seine Gestaltung ebenso von der Einflußnahme (deren Tiefe es im Einzelfall auszuloten gilt) wirtschaftlicher Führungsgruppen abhing. Zwar verfügten beide Eliten über eine relative Unabhängigkeit, bildeten jedoch aufgrund paralleler, konvergierender, bzw. identi-

33) Eines der instruktivsten Bücher auf diesem Gebiet ist Joan Hoff Wilson, *American Business & Foreign Policy 1920-1933*, Boston 1971, bes. S. 123-56; außerdem Michael J. Hogan, *Informal Entente. The Private Structure in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918-1928*, Univ. of Missouri Press 1977

scher Zielsetzungen eine Einheit von Politik und Wirtschaft. Angesiedelt in der Grauzone zwischen privater Interessenvertretung und halboffiziell-diplomatischer Repräsentation und keiner legislativen Kontrolle unterstellt, fungierten Bankiers und Industrielle als außenpolitische Verbindungsgruppen ("linkage groups").³⁴⁾ Das von Sprout entwickelte Schema über die Grundlagen und die Dynamik des internationalen politischen Prozesses³⁵⁾ hat Link auf die spezielle Situation der deutsch-amerikanischen Beziehungen der frühen dreißiger Jahre übertragen. Dabei macht er in dem Sektor zwischen Administration und Geschäftswelt ein "Aktionszentrum" ausfindig, dessen Protagonisten, zu denen er Experten, halb- und inoffizielle Beobachter und Sachverständige allgemein rechnet, "de facto et in persona die Interessen der Regierung und Geschäftswelt integrierten und mit ihrem jeweiligen Gegenüber eine relativ eigenständige Interaktionsserie schufen."³⁶⁾

Es ist ein Versäumnis der breiten Mehrheit bisheriger Darstellungen, den zwingenden Beweis für die Interdependenz von Politik und Wirtschaft hauptsächlich im Zustandekommen des Hoover-Moratoriums zu sehen. Sicherlich: Die Idee, ein internationales Schuldenfeierjahr für alle politischen Zahlungen zu erklären, stammte keineswegs aus den Reihen des amerikanischen Kabinetts, wie Hoover dies in seinen Memoiren beansprucht,³⁷⁾ sondern war von außen durch maßgebliche Finanzfachleute der Wall Street an das Weiße Haus herangetragen worden. Mit der Intensivierung der amerikanisch-deutschen Wirtschaftsverflechtungen hatten die Verbindungsgruppen beider Länder ihr Sensorium für Meinungsströmungen beim Partner, für potentielle Konfliktstoffe und lauernde Gefahren verfeinert; ihr Status als de facto unabhängige Berater, die nicht in die schwerfällige Arbeitsweise eines Regierungsapparates eingebunden waren, ermöglichte ihnen eine schnellere, flexiblere

34) Diesen Terminus benutzt Karl W. Deutsch, *External Influences on Internal Behavior of States*, In: Robert B. Farrell (Hrsg.), *Approach to Comparative and International Politics*, Evanston 1966, S. 5-26

35) Harold und Margret Sprout, *Foundations of International Politics*, Princeton 1962

36) vgl. Link a.a.O., S. 564-74

37) Herbert Hoover, *The Memoirs of Herbert Hoover*, vol. 3, New York 1952, S. 69 ff.

Informationsaufnahme, -verarbeitung, -weitergabe und Rückmeldung. Durch ihre entschlossene Ratgebertätigkeit und ihre zum Teil massive Einflußnahme trugen die amerikanischen Bankiers dazu bei, daß die an offizieller Stelle entworfenen Denkmodelle und Planspiele des Mai und Juni 1931, die bereits um den Gedanken an ein Moratorium kreisten, auch tatsächlich durchgesetzt und verwirklicht wurden: In Wall Street war man sich sehr wohl der Gefahren eines finanziellen Zusammenbruchs in Mitteleuropa und seiner fatalen Folgen für die US-Investitionen in diesem Raum bewußt.

Damit ist jedoch nur ein Teilzusammenhang erfaßt. Dem oft lapidaren Hinweis auf die Rolle der Banken, die in den politischen Entscheidungsprozeß hineingewirkt hätten, haftet ein gewisser Exkurscharakter an; das zentrale Erkenntnisinteresse bleibt somit auf das Kardinalproblem der Reparationen fixiert.

Aber das Schuldenfeierjahr "löste" die deutsche Kreditfrage ja nur temporär, indem es die Zahlungen für die Dauer eines Jahres aussetzte, und es "löste" die deutsche Kreditfrage vor allem nur partiell, indem es lediglich auf die zwischenstaatlichen politischen Zahlungen Bezug nahm. Das Schicksal der Privatschulden, und hier allen voran der umfangreichen amerikanischen Privatschulden, die in Deutschland ausstanden, blieb damit ungeklärt. Eindeutig fielen sie nicht unter die Bestimmungen des Hoover-Jahres und konnten nach dem 20. Juni 1931 ohne jede Einschränkung aus dem deutschen Geldmarkt zurückgezogen werden - eine das Ziel des US-Präsidenten konterkariierende Entwicklung. Anstelle der beabsichtigten Beruhigung und Vertrauensbildung setzte - trotz des 100-Millionen-Dollar-Kredites für die Reichsbank und trotz der (späten) französischen Einwilligung in das Feierjahr - ein Run der Gläubiger auf die deutschen Banken und ein Rückruf der für die deutsche Wirtschaft lebensnotwendigen kurzfristigen Kredite ein. Solange nicht der Abfluß der kurzfristigen Kredite eingedämmt und aufgehalten wurde, drohten Banken, Industrie und Handel ihre Finanzierungs- und Operationsgrundlage zu verlieren.³⁸⁾ Die Ereignisse lehrten, daß ein politischer Zahlungsaufschub, den die amerikanischen und die europäischen Gläubigerregierungen gewährten, nur dann wirk-

38) Auf Grund der oben beschriebenen Kreditaufnahmepolitik hatten sich allein diese drei Wirtschaftsbereiche bis Ende 1931 mit einer Summe von 4,613 Mrd. RM kurzfristig verschuldet, was einen Anteil von 42 Prozent an dem Volumen ihrer Gesamtrückstände entsprach. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1932, S. 528

lich sinnvoll und effektiv sein konnte, wenn sich die privaten Gläubiger in Absprache mit ihren deutschen Schuldnern zu einer parallelen Stundungsaktion für die kurzfristigen Kredite entschlossen: Die private Stillhaltung war eine logische Konsequenz des Hoover-Moratoriums.

In den amerikanischen und deutschen Archiven stand eine Fülle von offiziellen, halboffiziellen und privaten Quellen zur Verfügung, die für diese Arbeit herangezogen werden konnten. Den Teilbereich der für unsere Problemstellung relevanten amtlichen Dokumente und Schriftstücke decken die Bestände in den National Archives sowie im Bundesarchiv und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Von Bedeutung sind die Akten der jeweils beteiligten Regierungsstellen und Fachministerien: auf deutscher Seite Reichskanzlei, Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium und die speziellen Bestände Wirtschafts-Reparationen und Sonderreferat Wirtschaft; auf amerikanischer Seite vor allem die Record Group "State Department" mit der äußerst umfangreichen Botschaftskorrespondenz. Eine unverzichtbare Abrundung für die Berliner Politik gewährleistet der Nachlaß Hans Schäffer, den das Institut für Zeitgeschichte aufbewahrt.

Wegen der Materialfülle und Aussagekraft der Presidential Papers, die bisher in einer deutschsprachigen Untersuchung noch nicht systematisch herangezogen wurden, bedeutete die Arbeit in der Herbert Hoover Presidential Library einen Glücksfall. Als von zentraler Bedeutung erwiesen sich die Aktengruppen "Foreign Affairs/Germany" und "Foreign Affairs/Financial Correspondence", in denen - weitaus stärker als in dem Material der National Archives - die diplomatisch-politische Verflechtung mit dem Bankensektor zum Ausdruck kommt. Aus der allgemeinen Korrespondenz ausgegliedert wurden die Transatlantic Telephone Conversations und als eine Sondersammlung angehängt. Zum ersten Mal nutzten im Sommer 1931 amerikanische Politiker dieses Kommunikationsmittel intensiv, und die mehrmals aufgenommenen Protokolle ihrer Gespräche vermitteln ein lebhaftes Bild vom Diskussionsverlauf der Londoner Konferenz. Handfest kommentiert, doch nicht stets zuverlässig dokumentiert finden sich diese Vorgänge unter anderem auch in den Stimson Diaries und den Stimson Papers beschrieben, die im Original in Yale und auf Mikrofilm in West Branch verfügbar sind. Einen unverzichtbaren Beitrag für diese Arbeit lieferte die Quellensammlung der New Yorker Federal Reserve

Bank. Die in keinem Katalog systematisierte Kollektion enthält höchst aufschlußreiches und teilweise noch nicht herangezogenes Material. Die Bestände "Germany/Reichsbank" sowie "Committee on German Foreign Credit" beleuchten die amerikanische Kreditpolitik und die international vereinbarten Stützungsaktionen vom Standpunkt der Fed. Die Konferenzschaltungen zwischen Harrison, Moret, Norman und Luther zeichnen den schmalen Grat nach, auf dem sich die Fed zwischen politischer Opportunität und wirtschaftlichem Sachzwang bewegte. Während die Materialsuche zum Bereich der deutschen Bankenpolitik mit verhältnismäßig dünnen Ergebnissen schloß, verfügen US-Archive über eine Reihe von Nachlässen, die eine realitätsnahe Rekonstruktion der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik erlauben. An erster Stelle seien hier die Thomas W. Lamont Papers genannt, die die intensive Berater-tätigkeit dieses Morgan-Partners in Washington offenbaren. Ergänzt und bestätigt wird dieses Bild durch die Russell C. Leffingwell Papers, die erst im Winter 1979/89 zur allgemeinen Benutzung in Yale freigegeben worden sind. Obwohl der Bestand nicht sehr umfangreich ist, enthält er informative Memoranden über tagespolitische Fragen, die der ebenfalls für Morgan tätige Leffingwell mit Lamont auszutauschen pflegte. Der Nachlaß des Governors der New Yorker Federal Reserve Bank George L. Harrison gewährt Einblick in deren dreifache Funktion als Gesprächspartnerin für die Zentralbanken anderer Länder, als Sprachrohr der US-Bankwirtschaft und als Vermittlerin zwischen Wall Street und White House. (Die gesamten Papers sind an der Columbia University einzusehen. Die Fed unterhält zwar auch eine Kollektion unter gleicher Bezeichnung, die aber weitgehend aus Ablichtungen des Columbia-Materials besteht und wohl nur als schnelle Orientierungshilfe vor Ort gedacht ist.)

Auf amerikanischen Vorschlag hin erarbeitete die Londoner Konferenz im Juli 1931 eine Empfehlung, die die Privatgläubiger dazu aufrief, ihre Forderungen gegenüber Deutschland auf bestimmte Dauer einzufrieren. Gleichzeitig wurde ein unabhängiger, international besetzter Ausschuß mit der Aufgabe ins Leben gerufen, den unmittelbaren Kreditbedarf Deutschlands zu untersuchen, d. h. eine Bestandsaufnahme der deutschen Auslandsverschuldung überhaupt zu unternehmen.

Jetzt war die wirtschaftliche Führungsgruppe der Bankiers also direkt gefordert; nicht mehr ihre Funktion als außenpolitische Vermittler und Experten war in erster Linie gefragt, sondern ihre Bereitschaft zu tätiger Kooperation und eigenverantwortlicher Politik. In der Behandlung der Stillhalteabkommen soll es um die Fragen nach dem Charakter der Zusammenarbeit zwischen privater und öffentlicher Seite und nach der Organisationsform gehen, die sich die Banken gaben, um die neugestellten Aufgaben bewältigen zu können. Nach welchen Kriterien konstituierten sich die nationalen Stillhaltekomitees, welche Gläubiger-, bzw. Schuldnerbanken waren in ihnen vertreten? Wie verlief der Prozeß der Meinungsbildung innerhalb der Bankenwelt? Welcher Natur waren die Kontakte zu den jeweiligen Regierungen? Und wie stellte sich das Zusammenwirken der verschiedenen Stillhalteausschüsse auf internationaler Ebene dar?

Neben der Klärung dieser institutionellen Bedingungen verfolgt die Untersuchung in der Hauptsache das Ziel, die Funktion der Stillhalteabkommen als eines wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Faktors in den Gesamtrahmen von Reparations- und Kriegsschuldenproblematik einzuordnen. Es soll gezeigt werden, daß wirtschaftliche Macht als politische Macht relevant geworden war et vice versa.

Auf Grund dieser Thematik will die Arbeit keine systematische Geschichte des deutschen Kredits für die Zeit der Weltwirtschaftskrise liefern. Aus dem Komplex, der hier beleuchtet und analysiert werden soll, bleibt nämlich der Teilbereich des langfristigen Kredits bewußt ausgegrenzt, weil er für das Problem der Stillhaltung keine Rolle spielte. Der im folgenden benutzte Terminus "Stillhalteabkommen" bezieht sich auf diejenigen Schuldverhältnisse, die zwischen p r i v a t e n Gläubigern und p r i v a t e n Schuldner existierten. Die Konstellation von p r i v a t e m Gläubiger und ö f f e n t l i c h e m Schuldner, wie im Falle der mit Auslandsanleihen hochbelasteten Länder und Gemeinden, bedarf keiner gesonderten Darstellung, weil die Übereinkünfte zur Regelung der Kommunalsschulden in engster Anlehnung an das Vorbild der auf privater Seite geschlossenen Stillhaltevereinbarungen getroffen wurden.

Mit dem ersten Stillhalteabkommen, das für den Zeitraum von September 1931 bis Februar 1932 kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von rund 6,3.Mrd.

RM auf dem deutschen Markt einfro, trat eine Beruhigung allmählich auch auf dem Sektor der Privatschulden ein. Diese an sich positive und zu begrüßende Entwicklung verleitet Megerle zu der These, daß damit "für die Reichsaußenpolitik die Pflicht zu 'Wohlverhalten' und Selbstbeschränkung (entfiel)".³⁹⁾ Diese These ist sehr fragwürdig. Durch die Stillhalteaktion wurden die ausländischen Gläubiger vielmehr zu einer die deutsche Finanzpolitik aktiv mitgestaltenden Kraft, und sie entwickelten Kontrollmechanismen zur Wahrung ihrer Geschäftsinteressen, die dem leisesten Verdacht nachgingen, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung ("non-discrimination") aller Gläubiger verletzt worden sei. Megerle unterstellt, die für die deutsche Außenpolitik Verantwortlichen hätten nach Hoover-Moratorium und Stillhalteabkommen tun und lassen können, was ihnen zu tun und zu lassen beliebte. Dies erscheint als eine Einschätzung ex post, indem Megerle sich der aktuellen Situation des Sommers 1931 mit dem Wissen um den deutschen Revisionserfolg des folgenden Jahres nähert. Es darf nicht übersehen werden, daß die Unsicherheit, was nach Ablauf der Schonfristen für die politischen und privaten Schulden passieren sollte, wie ein Damoklesschwert über die Regierung Brüning schwebte.⁴⁰⁾

Der Meinungsbildungsprozeß in Kabinett und Fachministerien enthüllt das Dilemma, das dem Reich aus der antipodischen Interessenlagerung seiner Hauptgläubiger erwuchs.⁴¹⁾ Die Vereinigten Staaten weigerten sich, den inneren Zusammenhang der international bestehenden Zahlungsverpflichtungen anzuerkennen. Nach offizieller Washingtoner Lesart stellte sich die Reparations-

39) Klaus Megerle, Weltwirtschaftskrise und Außenpolitik. Zum Problem der Kontinuität in der Endphase der Weimarer Republik, In: Jürgen Bergmann/Klaus Megerle/Peter Steinbach (Hrsg.), Geschichte als politische Wissenschaft, Stuttgart 1979, S. 127

40) Der provisorische Charakter des ersten Stillhalteabkommens dokumentiert sich rein quantitativ bereits in einer vergleichsweise knappen Quellenlage und einem niedrigen Informationsstand der Betroffenen. Mit fortschreitender Prolongierung und wachsender Erfahrung in Stillhaltfragen verlor sich dieses Moment des Behelfsmäßigen in den Folgeabkommen der 1931er Fassung; die Einzelbestimmungen wurden ausgefeilter und gingen tiefer ins Detail - ein Umstand, den unsere Besprechung der verschiedenen Vereinbarung reflektieren muß, da sie ausschließlich auf Quellenmaterial aufbaut.

41) Die neue Quellenedition von Gerhard Schulz bietet einen geeigneten ersten Zugang nicht nur zu dem amtlichen Archivgut, sondern sie umfaßt ebenfalls Material aus Nachlässen (Luther, Reusch, Schäffer, Schmidt-Hannover, Silverberg) und aus Partei- und Verbandsakten (RDI,ADGB). Gerhard Schulz (Hrsg.), Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, 2. Bd., = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 4/I,II, Düsseldorf 1980

frage als eine innereuropäische Angelegenheit dar, die die USA nicht tangierte. Amerika in seiner Rolle als bedeutendster Privatgläubiger und mächtigster Stillhaltepartner erwartete von Deutschland, daß es der Zahlung von Privatschulden Priorität gegenüber seinen anderweitigen (Reparations-) Verpflichtungen einräumte. Dies rief die Opposition Frankreichs auf den Plan, dessen relativ unbedeutende Rolle als Privatgläubiger, sein damit einhergehendes minimales Engagement in der Stillhaltung sowie seine Weigerung, den Komplex der Privatschulden überhaupt zu diskutieren, eine spiegelbildliche Umkehrung der US-Position darstellte. Frankreich, das das Gros der deutschen Reparationszahlungen empfang, drohte sich in die diplomatische Isolation zu manövrieren, denn sowohl Amerikaner als auch Engländer wurden angesichts ihrer bedrohten deutschen Investitionen, bzw. angesichts ihrer angeschlagenen wirtschaftlichen Lage zu Gegnern fortgesetzter Reparationszahlungen. Eine Mittlerposition nahm England ein, das neben seiner Befürwortung von Schuldenfeierjahr und Stillhaltung nicht deren provisorischen Charakter übersah und sich zunehmend zu einem Fürsprecher einer fundamentalen und umgreifenden Lösung im Sinne einer Schuldenstreichung entwickelte. London brachte sich damit in latenten Gegensatz zu Washington und erregte die Gegnerschaft Paris'.

Sollte Brüning in dieser Konstellation also auf die Vereinigten Staaten setzen, indem er ihren Wünschen in der Stillhaltung entgegenkam und langfristig auf ihre Einsicht in die inneren Zusammenhänge der internationalen Schuldenverflechtung hoffte? Dann wäre er das Risiko eingegangen, die Chance einer denkbaren deutsch-französischen Annäherung vollends zu verwirken. Oder konnte er sich der britischen Haltung anschließen und kurzfristig den gesamten deutschen Verpflichtungen nachkommen, mittelfristig aber ihre Eliminierung anstreben? Gegen Brüning hat Craig den gerechtfertigten Vorwurf erhoben, die Schlüsselposition, die Frankreich in Europa besaß, beständig unterschätzt zu haben. Möglicherweise sei der Reichskanzler "durch das Wohlwollen irregeführt" worden, das ihm von London entgegengebracht worden sei. Brüning habe sich dem Glauben hingegeben, ein effektives Zusammengehen

-
- 42) Zu der französischen Position vgl. Judith L. Kooker, French Financial Diplomacy: The Interwar Years, In: Benjamin M. Rowland, Balance of Power or Hegemony, New York 1976, S. 83-145. Zu der Herausbildung der Dominanz von politischen, militärischen und Sicherheitsinteressen über wirtschaftliche Faktoren in der Politik Frankreichs vgl. Stephen A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976
- 43) Gordon Alexander Craig, From Bismarck to Aderauer - Aspects of German Statecraft, Baltimore 1958, S. 100

mit England erreichen zu können, um auf diesem Weg Konzessionen von Frankreich zu erlangen. Dabei habe Brüning übersehen, daß er nicht über die politischen und wirtschaftlichen Kräfte verfügte, "um eine derartige Machtpolitik alten Stils zu betreiben und um die Briten so nachdrücklich zu beeindrucken, daß sie mit ihm gemeinsame Sache machten."⁴⁴⁾

Stellten die Westmächte mit ihrer Partizipation in der Stillhaltung tatsächlich einen Freibrief für die deutsche Regierung aus? Gaben sie tatsächlich ihr "finanzpolitisches Pressionsmittel" Kredit freiwillig aus der Hand?⁴⁵⁾ Oder übte die Stillhaltung einen zusätzlichen Zwang auf Berlin aus, mit seinen europäischen Nachbarn und den Vereinigten Staaten zu kooperieren? Geboten die Sachzwänge, das doppelte Problem von privater und politischer Verschuldung über zwei getrennte, aber parallel verlaufende Verhandlungsgleise einer Lösung entgegenzuführen?

Erbringt die Stillhaltung einen Beweis für die Effizienz, mit der die "anglo-amerikanische Finanzbourgeoisie" ihre Interessen zu wahren wußte?⁴⁶⁾ Ist die vom marxistischen Interpretationsansatz her getroffene Feststellung korrekt, die "internationale Monopolbourgeoisie" habe es verstanden, "sich allen widerstreitenden Interessen zum Trotz zu einigen, wenn es galt, für die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft notwendige Maßnahmen durchzuführen"?⁴⁷⁾ Sicherlich muß anerkannt werden, daß es die beteiligten Bankiers verstanden, sich rasch zu organisieren und mit dem Hilfsinstrument der Stillhaltung der Kreditflucht aus Deutschland so effektiv zu begegnen, wie dies in einer (von Psychologie mehr als von Sachverstand regierten) Notsituation möglich erschien. Doch ist fraglich, ob hieraus der Rückschluß gezogen werden darf, daß die Beteiligten diese Regelung als einen Erfolg oder

44) ebd.

45) vgl. Megerle, a.a.O., S. 127

46) Edith Hoerisch-Ruppel, Die deutschen Monopolisten 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlandpolitik der USA, Englands und Frankreichs und des deutschen Imperialismus unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise, 4 Bd., habil. Berlin (Ost) 1963, S. 724

47) Hoerisch-Ruppel, a.a.O., S. 759; zu ähnlichen Erkenntnissen gelangt auch Thomas Kuczynski, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, 2 Bd., Diss. Berlin (Ost) 1972.

zumindest eine Versicherung werteten. Carl Melchior vom Hamburger Bankhaus Warburg sah mit der Stillhaltung die Spielregeln des kapitalistischen Systems zerstört,⁴⁸⁾ und die 1970 erschienene Festschrift der Deutschen Bank betont, das Abkommen sei "als etwas Schreckliches empfunden" worden, "als (der) organisierte Beschluß, Fälligkeiten in Bausch und Bogen aufzuheben."⁴⁹⁾

Im Hinblick auf den erfolgreichen Verlauf deutscher Revisionsbestrebungen stellte die Stillhaltung sicherlich einen Aktivposten dar, doch wird man vorsichtig abwägen müssen, ob "dank der amerikanischen Unterstützung ... das Hoover-Moratorium und das Stillhalteabkommen der deutschen Regierung ohne eine politische Gegenleistung zu(fielen)."⁵⁰⁾ Der rigorose Deflationskurs, mit dem Brüning nach eigener Einschätzung dem Volk Opfer zumute- te, "um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen" ⁵¹⁾, behinderte eine Sanierung nach innen. Zumindest barg der schützende Schild der Stillhaltung ja theoretisch eine Zukunftsperspektive für die deutsche Bankwirtschaft: die Schonfrist zu nutzen und sich eine solche Struktur und Verfassung zu geben, die ihr Lebenstüchtigkeit von dem Tag an garantierte, an dem diese künstliche Abschirmung aufgehoben würde. Die Krise sei jedoch nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben worden, hat Somary kritisiert und dabei den Stillhalteabkommen, die zwischen 1931 und 1941 regelmäßig prolon- giert wurden, eine "besonders üble Rolle" zugeschrieben.⁵²⁾ "The Standstill agreements provided no solution for the collapse of credit which called them into being; ... but the agreements held the position until time could effect a cure."⁵³⁾ - Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Stillhal- tung ist auch eine Auseinandersetzung mit den ergriffenen und verschenkten Chancen deutscher Politik in der Weltwirtschaftskrise.

48) siehe unten S. 110/11

49) Fritz Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank. 1870-1970. Im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt 1970, S. 346

50) Link, a.a.O., S.503

51) zit. nach Kroll, a.a.O., S.364

52) Felix Somary, Krisenwende?, Berlin 1932, S. 18

53) Henry Clay, Lord Norman, London 1957, S. 450

B DIE VORGESCHICHTE DER STILLHALTUNG

I.

DAS HOOVER-MORATORIUM

1. Das Schuldenfeierjahr

Am 5. Juni überreichte der New Yorker Bankier Thomas W. Lamont im Weißen Haus ein Memorandum, in dem er dem Präsidenten den Vorschlag unterbreitete, den Alliierten die Rückzahlung ihrer Kriegsschulden unter der Bedingung zu stunden, daß sie ihrerseits ihre Reparationsansprüche gegenüber Deutschland zurückstellten. Die Vereinigten Staaten befänden sich als einziges Land in der Lage, die Initiative zur Lösung des internationalen Schuldenproblems zu ergreifen, so daß die übliche erste Reaktion hinfällig werde, einen amerikanischen Vorstoß in diese Richtung als politisch unmöglich und nicht durchsetzbar anzusehen: "May it not be politically impossible to do anything else? If the President doesn't take some step to prevent the breakdown in Central Europe, these are too unpleasant to visualize."¹⁾

Jene Denkschrift fiel zeitlich zusammen mit der Veröffentlichung der zweiten großen Notverordnung und des "Tributaufrufes", in dem die deutsche Reichsregierung eine Milderung der "untragbaren Reparationszahlungen" forderte.²⁾ Um die Opposition von Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die neuerlichen Einschnitte zu mildern, glaubte Brüning, gleichzeitig mit der Verabschiedung der Notverordnung eine Revision des Reparatonsystems ankündigen zu müssen.³⁾ Eine aktivere Politik gegen den Young Plan

-
- 1) Lamont Papers, 98-18: Memorandum Thomas W. Lamont an Hoover, 5.6.1931
 - 2) RGBI, I, S. 279 ff.: Die Gehälter der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst wurden um vier bis acht Prozent gekürzt, nachdem sie schon im Februar um durchschnittlich sechs Prozent gesenkt worden waren. Die Arbeitslosenunterstützung wurde herabgesetzt; eine neue Krisensteuer eingeführt.
 - 3) vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 2-5; Telegramme Gordon/Berlin an State Department, 29.5., 2.6., 3.6. 1931; Gerhard Schulz (Hrsg.), Politik und Wirtschaft in der Krise 1930 - 1932, Quellen zur Ära Brüning, Düsseldorf 1979, S. 686 -89, 650 -54, 699 - 703

zu verfolgen, schien der Reichsregierung umso ratsamer, als von den anglo-deutschen Gesprächen, zu denen Brüning und Curtius vom 5. bis 8. Juni nach Chequers gereist waren, keine greifbaren Resultate zu erwarten waren.⁴⁾ Das Manifest verfehlte jedoch seine beabsichtigte Wirkung im Innern des Reiches, und es alarmierte die Verantwortlichen im Ausland: Hatte Brüning seinen englischen Gastgebern zugesichert, bis zum November nichts in der Reparationsfrage zu unternehmen, solange der Umfang an Auslandskrediten aufrechterhalten bliebe, und hatte er noch von Chequers aus letzte Änderungswünsche in der Formulierung des Aufrufs nach Berlin telegraphiert, so fühlten sich das Kabinett Mac Donald und die Leitung der Bank von England hintergangen: "The statement issued in Berlin on Saturday was entirely unexpected and so worded as to be a shock to the English and to make the ice thin in places," notierte Montagu Norman, Governor der Bank von England.⁵⁾

Sie erfuhren von Notverordnung und Tributaufruf, als der britische Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, die Bedenken Stimsons referierte, die Chequers-Konferenz könne mit der Erklärung eines deutschen Moratoriums enden. Die Hoover-Administration hatte wiederholt allergrößten Wert auf die Sonderstellung der Privatschulden gelegt, die von einem wie immer gestalteten Moratorium ausgenommen bleiben müßten.⁶⁾

4) Vgl. Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: Memorandum eines Gesprächs mit Dawes und Sackett, 2.6.1931; Im Anschluß an die Konferenz konstatierte Norman: "No promises, no commitments, no agreements". (Columbia, Harrison Papers, binder 45: Schreiben Harrison an Norman, 8.6.1931) Ähnlich beschrieb auch Mac Donalds den betont unverbindlichen Charakter der Gespräche: "It was purely a friendly meeting of men facing very big problems, explaining to each other what they considered to be the nature of the problems and the circumstances under which they had to face them". (Stimson Papers, reel 81: Privatbrief MacDonald an Stimson, 8.6.1931); vgl. auch Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1950, S. 200-13)

5) Columbia, Harrison Papers, binder 20: Telegramm Norman an Harrison, 8.6.1931

6) DBFP, 2/II, Nr. 49, 50; vgl. Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge 1962, S. 129; Umgehend bemühte sich Norman, den amerikanischen Moratoriums-Verdacht zu entkräften: "There was no discussion of a revision of the Young Plan, or debts in general... No decisions were sought and no practical results were expected but good will and friendliness were conspicuous. Thus... dangerous topics were largely avoided in spite of many explosive opportunities." (Telegramm Norman an Harrison, 8.6.1931, a.a.O.)

Der Meinungs austausch über die Rolle der Vereinigten Staaten in der Schuldendiskussion verlief off the record äußerst lebhaft, fand aber verständlicherweise keine Aufnahme in das offizielle Chequers-Kommuniqué. Es waren vor allem die Briten, die die Möglichkeit einer amerikanischen Initiative ins Gespräch brachten, während sich die deutsche Delegation zu der Haltung durchgerungen hatte, eine Revision der Reparationslasten langfristig nur über den Young-Plan-Mechanismus anstreben zu können.

In einem vertraulichen Schreiben an Stimson - "to break through official red tape and to write you this letter... as from one interested friend to another" - bekannte MacDonald, er selbst habe im Verlaufe der Konferenz die Hoffnung auf eine konstruktive Intervention der Vereinigten Staaten genährt: "I said that from knowledge of both the President and yourself you were fully aware of the situation and would help to ease it if circumstances, political or other, would allow you to do so."⁷⁾

Daß Hoover sich der gefährvollen, deutschen Lage sehr wohl bewußt war, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß er seit den ersten Maitagen in Regierungskreisen die Ansicht vertrat, Deutschland müsse in irgendeiner Weise geholfen werden. Noch ohne von den Schwierigkeiten der Österreichischen Creditanstalt erfahren zu haben, erbat er von Stimson und Mellon am 11. Mai Vorschläge zur Sanierung,⁸⁾ von deren Notwendigkeit ihn der US-Botschafter in Berlin, Frederic M. Sackett, fünf Tage zuvor überzeugt hatte.⁹⁾ Doch weder die beiden Minister noch der ebenfalls angerufene Federal Reserve Board teilten die zutiefst pessimistischen Einschätzungen ihres Präsidenten und rieten dazu, die Entwicklung abzuwarten.¹⁰⁾

-
- 7) FRUS 1931, vol I, S. 11-14, Zitat S. 13: Telegramm Atherton/London an Stimson, 8.6.1931; als Anlage Schreiben MacDonald an Stimson
- 8) Hoover, Memoirs, vol. III, S. 67/68; Robert H. Ferrell, American Diplomacy in the Great Depression, New Haven, London 1957, S. 33, 35-43
- 9) Hoover, a.a.O., S. 63/64; New York Times 8.7.1931; Joan Hoff Wilson, American Business and Foreign Policy, 1920-1933, Boston New York 1973, S. 136; Louis P. Lochner, Herbert Hoover and Germany, New York 1960, S. 84
- 10) Hier begannen sich bereits die unterschiedlichen Auffassungen Hoovers, Stimsons und Mellons abzuzeichnen, die im Sommer 1931 während der Londoner Konferenz offenbar wurden. Hoover bevorzugte offensichtlich die Zusammenarbeit mit Stimsons und Mellons Stellvertretern, den Under Secretaries William R. Castle und Ogden L. Mills.

In Berlin setzte die Krise des Kreditsystems Ende Mai ein, als die ausländischen Gläubiger durch die alarmierende Nachricht über Schwierigkeiten des Warenhauskonzerns Karstadt und der Nordstern-Versicherungsgesellschaft aufgeschreckt wurden. Eine erste Serie von Kreditabzügen¹¹⁾ kulminierte in der Folge des unglücklich formulierten und wohl auch - wenigstens in außenpolitischer Hinsicht - zum falschen Zeitpunkt veröffentlichten "Tributauf-rufes", in dem es hieß: "Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht ! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan zustande gekommen ist, haben sich als irrig erwiesen. Die Erleichterungen, die der neue Plan nach Ansicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprach, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationszahlungen zwingt".¹²⁾ Durch alle Beratungen hindurch hatten Hans Schäffer, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, und Reichsbankpräsident Luther wiederholt vor der berechenbaren Folge der geplanten Erklärung gewarnt: Wenngleich sie nur aus innenpolitischen Erwägungen heraus abgegeben würde,¹³⁾ so berühre sie mit der Forderung nach einer Revision des Young-Plans ein wichtiges Feld der Außenpolitik. Auf diese Irritation würden die Gläubigerländer mit massiven Abzügen reagieren.¹⁴⁾ Schäffer und Luther behielten recht: In den ersten vier Tagen nach Veröffentlichung des Aufrufes mußte die Reichsbank Gold und Devisen im Gegenwert von rund 400 Mill. RM bereitstellen.

11) Die Rücknahmen betrugen bei der Danatbank 97 Mill. RM, bei der Dresdner Bank 70 Mill. RM und bei der Deutschen Bank 59 Mill. RM; Zahlen nach Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1979, S. 160

12) Frankfurter Zeitung, 7.6.1931

13) Vgl. NL Luther, Bd. 365: Aufzeichnung über eine Besprechung in der Reichskanzlei, 30.5.1931. Nach Ansicht Brünnings kam es darauf an, eine Formulierung zu finden, "wonach es nach i n n e n deutlich werde, daß die Regierung die Reparationsfrage tatkräftig anpacke, nach a u ß e n aber entscheidende Schritte vielleicht bis zum Frühjahr 1932 oder Sommer 1932 hinausgezögert würden." (eigene Hervorhebung)

14) Vgl. dazu ausführlicher Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931, München 1967, S. 68 ff.

Als ein die Krise zusätzlich verschärfendes Element wirkte sich die innenpolitische Zuspitzung aus, als am 10./11. Juni die Reichstagsfraktionen von NSDAP, Deutschnationaler Volkspartei, Deutscher Volkspartei, SPD und KPD die sofortige Einberufung des Reichstages forderten. (Er hatte sich am 26. März für die Dauer eines halben Jahres vertagt.) Die Kommunisten und Nationalsozialisten beabsichtigten, in der gewünschten Reichstagsitzung eine Aufhebung der gleichzeitig mit dem Tributaufwurf veröffentlichten Zweiten Notverordnung durchzusetzen. Sie waren sicher, dieses Ziel zu erreichen, wenn Brüning nicht den Reichstag auflösen und das hohe Risiko von Neuwahlen eingehen wollte. Das Motiv der Sozialdemokraten hieß Modifikation der Notverordnung; der Beweggrund der Deutschnationalen sowie der Deutschen Volkspartei lag in einer erhofften Forcierung der Revisions- und Reparationspolitik.

Daß die Mehrheit der Reichstagsfraktionen die sofortige Einberufung des Reichstages forderte, gab das Alarmzeichen: Am 12. Juni mußte die Reichsbank Devisen für 220 Mill. RM abgeben, am 13. Juni für 114 Mill. RM. Eine Diskontsatzserhöhung von 5 auf 7 Prozent vermochte den Devisenabfluß nicht nachhaltig einzudämmen; eine Beilegung der politischen Krise und damit einhergehend eine Beruhigung der angespannten Kreditlage erfolgte erst am 16. Juni, als die SPD von ihrer Forderung, den Reichstag einzuberufen, abrückte. Sie fürchtete um den Erhalt ihrer Regierungskoalition mit dem Zentrum in Preußen.

Nachdem sich die Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen endgültig nicht mit ihrer Forderung hatten durchsetzen können - die definitive Zurückweisung erteilte der Ältestenrat des Reichstages am 16. Juni - und die Flut von Devisenverlusten langsam abgeebbt war, machte die Reichsbank Bilanz: Zwischen dem 1. und 17. Juni hatte sie mit insgesamt 1,4 Mrd. RM mehr als die Hälfte ihres Gold- und Devisenbestandes von Ende Mai verloren. Die Notendeckung sackte von 60 auf 48 Prozent ab.¹⁵⁾

Tatsächlich wurde der Tributaufwurf auch als die offizielle Ankündigung des bevorstehenden deutschen Zusammenbruches verstanden. In einer von United Press verbreiteten Meldung war ohne jede Einschränkung zu lesen, Deutschland könne für seine Reparationszahlungen nicht mehr aufkommen. Die negative Reaktion des New Yorker Marktes und das vorhersehbare Schicksal seiner Kreditbeziehungen zu Berlin versetzten die US-Regierung in

15) Vgl. Handakten Ritter, Bd. 52/3: Telegramm an v. Prittwitz/Washington zur Budget- und Reichsbanklage, 20.6.1931

Alarmzustand. "The President was very much upset of course, for it ("Tributaufruf") seemed to knock all our plans into a cocked hat." 16) Spätestens seit dem 27. Mai war in amerikanischen Wirtschafts- und Regierungskreisen ein Umdenkungsprozeß in Gang gekommen, den ein Gespräch zwischen Georg L. Harrison, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank in New York, und Außenminister Stimson einleitete. Harrison äußerte seine Sorgen, daß die Schwierigkeiten der österreichischen Finanzen auf Deutschland übergriffen. Ein erstes Indiz lieferte die deutsche Kursnotierung, die allein am Tag zuvor um sechs Punkte gefallen war. Unter den New Yorker Banken machte sich Unruhe darüber breit, daß ein Zusammenbruch in Wien der Regierung in Berlin nur als ein zusätzlicher Vorwand dienen könne, um einen Aufschub in der Zahlung der eigenen Reparationsverpflichtungen nachzusuchen. Darüber hinaus verdichteten sich in Paris und London Spekulationen, Frankreich habe die deutschen Probleme bewußt forciert, um als Preis für die Neugewährung von Krediten einen deutschen Verzicht auf die Zollunion mit Österreich zu verlangen.¹⁷⁾ "These are all rumours," notierte Stimson in seinem Tagebuch, "and nobody knows how true they are."¹⁸⁾

Dies war, grob umrissen, Anfang Juni 1931 die Situation, in der sich Hoover auch mit der eingangs zitierten Lamontschen Aufforderung auseinanderzusetzen hatte, "in view of the fantastic total of credits and deposits of American banks in Germany" der Welt einen amerikanischen Plan zur Schuldenregelung zu präsentieren. Nach Rücksprache mit seinen Partnern J. P. Morgan und Russell C. Leffingwell hatte Lamont ausführlich die Ansicht seines Hauses begründet, die Regierung der Vereinigten Staaten müsse ein Schuldenfeierjahr für alle zwischenstaatlichen Schulden vorschlagen. Er war dabei von der These ausgegangen, daß es Deutschland unmöglich sei, von sich aus ein Moratorium unter Young-Plan-Vorzeichen zu erklären. Neben der "höchst kritischen" und ungeklärten Situation im benachbarten Österreich hatte er vorrangig mit dem Ausmaß amerikanischer Kredite argumentiert, deren Abzug der deutschen Wirtschaft ein lebenswichtiges Element entzöge:

16) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: "Germany pays no longer", 6.6.1931

17) FRUS 1931, vol. I, S. 1-2: Memorandum Stimsons über Gespräche mit Harrison und Hoover, 27.5.1931

18) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Eintrag 27.5.1931.

"The other reason was the excessive amount of short-term German bank credits outstanding, somewhere upwards of \$ 2,000,000,000 of which over \$ 1,000,000,000 were in the hands of American banks. In case Germany declared a moratorium a great many of the American banks of the rank and file, rather than the large institutions, would become alarmed and draw in their credits. They would not be logical and realize the the moratorium would probably help, rather than injure Germany's commercial position. They would become alarmed, would pull on the credits, and a terrifying crisis would be precipitated in Germany with the consequence of having a lot of American banks add substantially to their frozen assets."¹⁹⁾

Aus der deutschen Zwangslage und dem Fehlen tatsächlich durchsetzbarer Alternativen hatte Lamont seine Schlußfolgerung abgeleitet: "The only possible relief is for the chief creditor governments, namely, ourselves, to invite the debtor governments to avail of their moratorium clause with us, or to join in such holiday as might under fresh proposals from yourself (Hoover) be arranged. ... I am not talking about any species of cancellation; I am talking about a moratorium to be offered by the chief creditor power, because under prevailing conditions none of the debtor powers can ask for a moratorium, without precipitating its difficulties."²⁰⁾ Seine Ablehnung der Lamont'schen Vorschläge hatte Hoover mit dem Hinweis verbunden, daß Deutschland ja die Möglichkeit offenstehe, den Weg über die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses einzuschlagen. In dieser Reaktion lag allerdings eine Irreführung Lamonts, denn gleichzeitig hatte Hoover seinen Ministern Stimson und Mellon und Under Secretary Mills einen Plan zur Beratung vorgelegt, " (which) involved a bold emphatic proposition to assume leadership himself."²¹⁾ Stimson sympathisierte

19) Lamont Papers, 98-18: Memorandum Telefongespräch Lamont - Hoover, 5.6.1931; 2:30 p.m.; In seiner Tagebucheintragung hielt Hoover außerdem eine Beobachtung fest, auf die der Morgansche Text keine Rückschlüsse zuläßt: Lamont habe impliziert, daß rein altruistische Motive seine Empfehlung prägten, denn sein Haus unterhalte im Gegensatz zu anderen amerikanischen Bankinstituten kein Geld in Deutschland. (vgl. Hoover Diary, Eintrag 5.6.1931)

20) Memorandum Lamont, 5.6.1931, a.a.O.

21) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: Gespräch Hoover-Mellon-Mills-Stimson, 5.6.1931; Hoover, Memoirs, vol. 3, S. 68

augenblicklich mit der Idee eines über ein oder zwei Jahre laufenden Moratoriums für Kriegsschulden und Reparationen; Mills schwächte seine Zustimmung aus formaljuristischen Erwägungen heraus ab, war aber zu unterstützen der Mitarbeit bereit. Opposition ging allein von Mellon aus, der die Notwendigkeit dieser Initiative überhaupt in Frage stellte.²²⁾

Die Idee eines internationalen Schuldenfeierjahres war nicht so neu, als daß sie als eine völlige Überraschung und plötzliche Erscheinung auf der politischen Bühne gelten kann.²³⁾

Bereits im Oktober 1930 war Schacht während einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten von Finanzminister Mellon darauf angesprochen worden,²⁴⁾ hatte die New York Times diesem Thema auf ihrer Seite 1 einen Artikel gewidmet,²⁵⁾ und hatten deutsche Botschaftsberichte die Vorschläge zur Schuldenreduktion oder -streichung als die von New Yorker Banken favorisierte Politik bezeichnet.²⁶⁾

In seinen Memoiren behauptete Hoover, daß er sich bei dem Entschluß zu einem Moratorium nur von der Sorge um die internationale Wirtschaft, den Weltfrieden und den Fortbestand eines demokratischen Deutschland habe leiten lassen. Von dem Ausmaß des finanziellen Engagements New Yorker Banken in Mitteleuropa sei er erst nach Veröffentlichung des Schuldenfeierjahres unterrichtet worden.²⁷⁾ Dieser These fehlt die Überzeugungskraft allein schon angesichts der dokumentierten und nachweisbaren Kontakte der Morganbank mit dem Weißen Haus, und die Erinnerungen Dawes' liefern in diesem

22) Mellon gab seine Skepsis erst während seiner anschließenden Europa-reise auf. Am 18. Juni telegraphierte er "aufgeregt" (frantically) nach Washington, "that action must be taken at once or American financial safety would be seriously involved". (Hoover, Memoirs, vol. 3, S. 68)

23) Diesen Eindruck vermittelt z. B. Born, a.a.O., S. 78 f.

24) Kindleberger, a.a.O., S. 159

25) New York Times, 7.7.1931

26) vgl. Bennett, a.a.O., S. 136 Germany and the Diplomacy of the Financial Crises, Cambridge 1962, S. 136

27) Hoover, a.a.O., S. 62-70, 73-74

Zusammenhang wertvolle, korrigierende Aufschlüsse: "The New York banks had been phoning Hoover ... requesting governmental assistance in the European difficulty. In this situation ... Hoover was considering what he could do to relieve it. His present thought was to suggest a reparations moratorium all around for one or two years, funding the payment due to the United States for that time."²⁸⁾

Es ist darüber hinaus nicht anzunehmen, daß der Senator und ehemalige Morgan-Partner Dwight W. Morrow nicht auch auf die Probleme der deutschen Verschuldung eingegangen sein sollte, nachdem Hoover ihn gebeten hatte, die Stimmungslage bei den bedeutenden Bankhäusern zu sondieren.²⁹⁾ Widerlegt wird die Hooversche Behauptung durch den Eintrag vom 11. Juni in Stimsons Tagebuch, wo es heißt: "He (Hoover) told me that he had received private advices from friends that the situation on short-term-money was not as bad as he thought; this came through one of the large banks, the name of which I asked him to ascertain. He said that the amount of money (Auslassung im Text, wahrscheinlich: borrowed) by Germany was not more than three hundred million."³⁰⁾

Zwischen dem 6. und 16. Juni zog sich der Präsident mit Eugene Meyer, dem Governor des Washingtoner Federal Reserve Board, George L. Harrison und Dwight W. Morrow zu Beratungen über ein Moratorium zurück. Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Kollapses in Österreich, den die Bank of England durch massive Kreditgewährung aufzuhalten versuchte, und eines verstärkt eingesetzten Gold- und Devisenverlustes der Reichsbank sprach

28) Charles G. Dawes, Journal as Ambassador to Great Britain, New York 1939, S. 351; In der Chicago Tribune vom 30. Juni 1931 betonten Chicagoer Bankiers und Geschäftsleute (unter ihnen Hermann Waldeck/Continental and Commercial Bank, Philip R. Clarke/Central Trust, Harley L. Clarke/Fox Film Corporation) ihre Mit-Urheberschaft am Hoover-Moratorium, für dessen Grundgedanken sie gemeinsam mit Senator James E. Watson/Indiana seit Mitte Mai im heimatlichen Mittleren Westen und dann in New York geworben hätten. Vgl. dazu auch Joan Hoff Wilson, a.a.O., S. 137, wonach Hoover am 19. Mai in den Text für eine Rede in Indianapolis zunächst eine Passage aufnahm, um die Öffentlichkeit auf eine Reduktion der Schuldenzahlungen vorzubereiten.

29) Hoover, Diary, 6.6.1931; Louis P. Lochner, a.a.O., S. 82-112, bes. 87; vgl. Bennett, a.a.O., S. 137 f., der außerdem auf die engagierte Rolle eines "somewhat agitated" Stimson verweist.

30) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16, Eintrag 16.6.1931. Nach damaligen Schätzungen der Federal Reserve Bank betrug das Kreditvolumen nicht 300, sondern 420 Mill. Dollar; vgl. auch Wolfgang J. Helbig, Die Reparationen in der Ära Brüning, Berlin 1962, S. 82

sich die Gruppe zunächst für ein Zweijahresmoratorium aus,³¹⁾ verkürzte die Laufzeit jedoch mit Blick auf die innenpolitische Opposition auf ein Jahr.³²⁾

Zwischen Stimson und Hoover entspann sich ein kontroverser Dialog über die politische und juristische Handhabung von Kriegsschulden und Reparationen, in dessen Verlauf Hoover auf der Anerkennung zweier "cardinal principles" bestand:

- Die Frage der Stundung dürfe nur mit einzelnen Ländern und nur auf der Grundlage ihrer Zahlungsfähigkeit verhandelt werden.
- Reparationen seien von den Kriegsschulden als "absolutely separated" zu betrachten.

"...he felt perfectly certain," kommentierte Stimson mit Bedauern und Verbitterung, "that we could never explain the matter to our own people if we allowed the two things to get connected; that it would drag us into the European mess."³³⁾

Die Furcht, daß die künstlich gezogenen Trennungslinien zwischen Reparationen und Kriegsschulden verwischt oder sogar aufgegeben werden könnten, beeinflusste Hoovers Methodenwahl - die einseitige Erklärung - maßgeblich. Zunächst schien es folgende Alternative zu geben:

- Entweder konnte sich Washington von Europa abkehren und eigene Interessen wie Verantwortlichkeit leugnen. Dieser Schritt verbot sich allein wegen des hohen amerikanischen Anteils an der deutschen Wirtschaft und am deutschen Kreditgefüge, dessen Zusammenhalt die Reichsregierung allein nicht sicherzustellen vermochte.
- Oder Washington erklärte sich zur Teilnahme an einer europäischen Konferenz bereit, auf der unweigerlich beide Themen - Reparationen und Kriegsschulden - nebeneinander behandelt worden wären. Damit hätte Washington freiwillig eine der wichtigsten Grundpositionen seiner Politik geräumt.

31) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With Ogden L. Mills, 1929-1931, No. 2013.1: Gespräch Harrison-Mills-Young, 11.6.1931

32) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 506: Telegramm Leitner/Washington an AA, 19.6.1931

33) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol 16: Eintrag 8.6.1931; vgl. ebd. Eintrag 11.6.1931 über Gespräche mit Hoover und dem französischen Finanzattaché Emmanuel Monick. Im Gegensatz zu Hoover anerkannte Stimson die Verwandtschaft beider Schuldarten: Sobald Deutschland seine Reparationen an Frankreich und England in Frage stelle, würden Paris und London sich unter Hinweis auf ihre Mindereinnahmen unwillig und unfähig erklären, ihre Schulden gegenüber den USA abzutragen.

Die einseitige Erklärung eines Moratoriums bot den geeigneten dritten Weg, um die Zwangslage zu umgehen, sich für eine der beiden unerwünschten Möglichkeiten entscheiden zu müssen.³⁴⁾

Zur innenpolitischen Begründung des Schuldenfeierjahres und zum Beweis, daß die Vereinigten Staaten sich nicht leichtfertig in europäische Probleme verstrickten, regte Eugene Meyer an, Hindenburg um eine Darstellung der Ernsthaftigkeit der deutschen Lage zu bitten.³⁵⁾ "... it would assist in rounding up some additional members (of Congress) and in confirming the support already obtained if he (Hoover) had in his possession, available for publication when necessary, a statement of the actual German situation and its dangers both to Germany and the rest of the world, coming from the highest possible official source. What is required is proof of the urgency of the situation... At present the average American has no tangible evidence of such a situation and is tempted to believe that it is a mere scare gotten up by bankers for their own purposes."³⁶⁾

Den Nutzen des Arrangements eines deutsch-amerikanischen Wechselspiels von Anfrage und Antwort machten vorzeitige Berichte in der New York Times und dem Evening Star zunichte,³⁷⁾ und Hoover entschloß sich, entgegen seinen ursprünglichen Plänen, noch am 20. Juni eine Erklärung abzugeben,³⁸⁾ deren Eröffnungspassage den Kern des Moratoriumsgedankens enthielt:

34) Ogden Mills Papers, box 109, vol. 20, S. 382-87 und WBr, PresPap, FinCorr, 1007: Schreiben Mills an Hoover, 18.6.1931

35) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: Gespräch Stimson - Mills, 16.6.1931; vgl. ebd., 20.6.1931: Gespräch Stimson - Sackett/Berlin, 20.6.1931

36) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4015 A und FRUS 1931, vol. 1, S. 32-33: Telegramm Stimson an Sackett/Berlin, 20.6.1931; eigene Hervorhebung

37) New York Times 20.6.1931; Evening Star, 20.6.1931. Völlig zurecht bezeichnete Stimson die Version des "Star"-Korrespondenten Norman Gould als "frisiert"; in seiner Substanz berichtete das Blatt lediglich, ein Moratorium sei die wahrscheinlichste Alternative. (vgl. Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: Eintrag 20.6.1931)

38) FRUS 1931, vol. I, S. 33: Telegramm Stimson an Sackett/Berlin, 20.6.1931; vgl. Lamont Papers, 98-18: Telefongespräch Hoover-Lamont, 20.6.1931, wonach sich Hoover nicht allein durch die verfrühten Presseberichte zur Veröffentlichung gedrängt fühlte (so die Vermutung bei Bennett, a.a.O., S. 163), sondern auch durch die Indiskretionen "so vieler Kongreßabgeordneter".

"The American Government proposes the postponement during one year of all payments on intergovernmental debts, reparations and relief debts, both principal and interest, of course, not including obligations of governments held by private parties. Subject to confirmation by Congress, the American Government will postpone all payments upon the debts of foreign governments to the American Government payable during the fiscal year beginning July 1 next, conditional on a like postponement for one year of all payments of intergovernmental debts owing to the important creditor powers."³⁹⁾

Das "Hilferuf"-Schreiben Hindenburgs traf zu spät ein, um den Moratoriumsvorschlag zu untermauern.⁴⁰⁾ Sein verzweifelter Ton war ohnedies eher dazu angetan, den deutschen wie den amerikanischen Markt nachteilig zu beeinflussen, wie Harrison befürchtete,⁴¹⁾ und das Kabinett entschloß sich, den Brief Hindenburgs zurückzuhalten.⁴²⁾

39) FRUS 1931, vol. I, S. 33-35; eigene Hervorhebung. Vgl. AA Büro R'Min, Bd. 43/2: Telegramm Leitner/Washington, 21.6.1931: "Wortlaut der der heutigen Presse veröffentlichen Erklärung des Präsidenten"

40) AA Büro R'Min, Bd. 43/2: Schreiben Hindenburg an Hoover, 20.6.1931

41) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 16: Eintrag 21.6.1931

42) Durch Indiskretionen wurde der Hilferuf dann in Berlin publik. Vgl. NA RecGr 59, 462.00 296/4021: Telegramm Stimson an Sackett/Berlin, 22.6.1931

2. Französisch-amerikanische Verhandlungen in Paris

Während Berlin und London das Schuldenfeierjahr begrüßten,⁴³⁾ reagierte Paris mit Konsternierung und Verärgerung.⁴⁴⁾ Entgegen dem Rat Morrows, Frankreich rechtzeitig zu konsultieren und es nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, und entgegen der eindringlichen Mahnung Lamonts, den Vorschlag so allgemein wie eben möglich zu formulieren, "so as to avoid a mess with the French",⁴⁵⁾ führte eine ebenso widersprüchliche wie kurzfristige und knappe Informationspolitik zur ersten, spontanen Verstimmung am Quai d'Orsay. Frankreich verübelte Washington vor allem die Tatsache, nicht wie London und Berlin in den Vorbereitungsprozeß und die Beratungen einbezogen worden zu sein.⁴⁶⁾ In dem amerikanischen Vorschlag, ein internationales Moratorium sowohl für Kriegsschulden als auch für Reparationen zwischenzuschalten, witterten die Franzosen eine grundsätzliche Gefährdung des Young-Plans und der Fortsetzung des darin festgelegten Zahlungsschemas.⁴⁷⁾

Warum, so mußten sie sich fragen, schufen die Amerikaner in einem Überraschungscoup neue juristische und legale Bedingungen, ohne daß zuvor alle

43) vgl. AA Büro R'Min, Bd. 43/2: "Entwurf einer Äußerung des Herrn Reichsministers für die amerikanische Presse", (ohne Datum, wahrscheinlich 21.6.1931)

44) vgl. FRUS 1931, vol. I, S.42-43: Memorandum Stimson über Gespräche mit dem französischen Botschafter Paul Claudel, der um zeitlichen Aufschub "weniger Tage" zur Beratung der "vielen Probleme" bat.

45) Lamont Papers, 98-18: Telefongespräch Hoover-Lamont, 20.6.1931; Am Vortag hatte Lamont dem Weißen Haus die Vermittlungsdienste Parker S. Gilberts angeboten, der durch seine Kontakte in Frankreich "hinter den Kulissen aushelfen" könne. Hoovers Fixierung war aber so starr, daß er mit der kurzen Bemerkung ablehnte, "the French can take or leave it." (vgl. ebd., Telefongespräch Lamont-Hoover, 19.6.1931)

46) vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 16-18: Telegramm Atherton/London an Stimson, 15.6.1931; ebd., S. 18-19: Telegramm Stimson an Atherton/London, 15.6.1931, wonach MacDonald sogar über noch schwebende Beratungen des US-Kabinetts unterrichtet wurde.

47) WBr, PresPap, FinnCorr, 1007: Telegramm Morgan/New York an Morgan/Paris, 22.6.1931

Möglichkeiten der bestehenden, gemeinsam getroffenen Young-Plan-Vereinbarung ausgeschöpft worden waren? (Der Young-Plan enthielt ja eine Klausel, unter der ein Moratorium für den geschützten Teil der Annuitäten zu erwirken war.) Es war doch zu vermuten, daß keine Reichsregierung, erst einmal von der Pflicht befreit, Reparationen zu zahlen, nach Ablauf des Feierjahres eine Rückkehr auf den status quo ante durchsetzen konnte.⁴⁸⁾

Die französischen Einwände nachvollziehend erachtete Shepard Morgan in der Chase Bank das Moratorium als einen Fehler: Mit einem Schlag zerstöre es die komplizierten und die bedachtsam gesicherten Vorkehrungen des Young-Plans. Morgan erwartete keine prompte Annahme von Seiten Frankreichs: "The French financial sacrifice is great."⁴⁹⁾ In der Tat: Seitdem die Franzosen in der Folge der Septemberwahlen 1930 ihre privat gewährten Kredite aus Deutschland bis auf einen schmalen Rest abberufen hatten, waren sie jener Sorgen um die Zukunft des deutschen Kreditwesens enthoben, die die internationalen Bankhäuser in New York und London bewegten. Im Gegensatz zur Reichsregierung und zu den privaten Geschäftsinteressen von Amerikanern und Engländern profitierten sie deshalb nicht von einem Moratorium, das die kommerziellen Kredite unberührt ließ, die Reparationszahlungen jedoch für die Dauer eines Jahres festfror. Die Rechnung Washingtons, Frankreich könne auf seinen Anteil an der ungeschützten Annuität in Höhe von 100 Mill. Dollar verzichten, wenn die Vereinigten Staaten eine Summe von 235 Mill. Dollar vorgäben, fand naturgemäß in Paris keinen Anklang, dem immerhin mehr als die Hälfte aller Reparationszahlungen zufloß.⁵⁰⁾

48) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4207: Telegramm Edge/Paris an State Department, 30.6.1931

49) Aldrich Papers, box 77: Memorandum Shepard Morgan an Winthrop W. Aldrich, 22.6.1931

50) WBr PresPap, FinnCorr, 1007: Telegramm Morgan/New York an Morgan/Paris, 22.6.1931; Die Angaben über die Höhe der unter dem Moratorium aufgeschobenen Beträge schwanken: Nach einer Woche korrigierte Morgan selbst die von ihm genannten Summen auf 240 Mill. Dollar für die USA und 92 Mill. Dollar für Frankreich (vgl. ebd., Telegramm Morgan/New York an Morgan/Paris, 29.6.1931). Stimson bezifferte den amerikanischen Betrag auf 250 Mill. Dollar (vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 46); vgl. Gustav Stolper, Die Rettung, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 39, 26.6.1931, S. 1311-13, bes. S. 1312

Weitaus gravierender als das "finanzielle Opfer", das Shepard Morgan ansprach, beeinflusste Frankreichs Furcht vor politischer, diplomatischer und psychologischer Isolierung sein internationales Auftreten und Verhalten in den folgenden Monaten. Aus französischer Sicht waren die Vereinigten Staaten zur Rettung Deutschlands herbeigeeilt, und hatte Großbritannien das angeschlagene Österreich gestützt,⁵¹⁾ sodaß sich die französische Regierung mit einer angelsächsisch-mitteuropäischen Koalition konfrontiert sah. Sie fühlte sich übergangen, alleingelassen, bedroht und infolgedessen in eine Position der Verweigerung und Defensive gedrängt,⁵²⁾ die sich um so verhängnisvoller auswirkte, als sie nicht nur auf die Verhandlungen Mellons in Paris durchschlug, sondern auch auf die parallel stattfindenden Abrüstungsgespräche in Genf. "The word SECURITY is the first and last chapter of the constitution of France," faßte US-Botschafter Edge seine kenntnisreiche Analyse französischer Innen- und Außenpolitik zusammen.⁵³⁾

In der Angst vor einem politischen wie militärischen Wiedererstarken Deutschlands lag die Wurzel für Art und Umfang der Gegenforderungen, die Paris stellte:

- Weitergabe der unaufschiebbaren Annuität,
- Beibehaltung der Sachlieferungen,

51) WBr PresPap, FinCorr, 1007: Memorandum über Gespräch Mills mit Mellon, 18.6.1931; Die britischen Versuche zur Rettung des Schilling sind ausführlich dargestellt bei Stephen V.O. Clarke, Central Bank Co-operation: 1924-31, New York 1967, S. 186-89. Daß sich Norman am 16. Juni zu einem einseitigen 7-Millionen-Dollar-Kredit an die österreichische Nationalbank entschloß, mußte als ein Tadel an die Adresse der Franzosen aufgefaßt werden. Diese Entscheidung legte wohl den Keim zu wachsenden Antagonismus zwischen der Bank von England und der Bank von Frankreich und inspirierte Moret zum Umtausch französischer Pfundguthaben in Gold; vgl. NA RecGr 59, 462.00 R 296/4024: Memorandum eines Gesprächs Stimson-Claudel, 18.6.1931

52) Auf die Bitte Stimsons hin sollte die deutsche Presse auf Anspielungen verzichten, die sich auf eine "common front of the United States Germany and Great Britain directed against France" bezögen. Vgl. WBr, PresPap, FinCor, 1007: Telegramm Stimson an Sackett/Berlin, 22.6.1931; ebd., Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 23.6.1931

53) WBr, PresPap, Diplomats' File, box 995: Memorandum Edge/Paris an Hoover, 9.6.1931; Aldrich Papers, box 77: Memorandum Shepard Morgan an Winthrop W. Aldrich, 22.6.1931; Vgl. And After Chequers...?, In: Economist, Bd. 112, Nr. 4581, 13.6.1931, S. 1259/60; Lausanne and Geneva, In: ebd., Bd. 114, Nr. 4635, 25.6.1932, S. 1393; Edward W. Bennett, German Rearmament and the West, 1932-1933, Princeton Univ. Press, 1979; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970, S. 504 ff.

- Rückzahlung der gestundeten Beträge innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren
- Aufgabe von Zollunion und Panzerkreuzerbau.⁵⁴⁾

Bereits zum Auftakt der Verhandlungen, zu denen die französische Regierung Botschafter Edge empfang (und ab 25. Juni auch Finanzminister Mellon, der sich auf Europareise befand), wurde die US-Delegation mit einem Anleihe-schemata konfrontiert, mit dessen Hilfe Deutschland erneut in die Schranken einer finanziellen Verpflichtung gewiesen werden sollte. Es stand nicht im Widerspruch zu dem Geist des Hoover'schen Vorschlages; jedoch drohte jede zeitliche Verzögerung den positiven psychologischen Effekt auf die Geld-märkte zu erschüttern.⁵⁵⁾ Dem Grundgedanken zufolge sollte Deutschland die Zahlung seiner ungeschützten Annuitäten an die BIZ fortsetzen. Im Gegenzug erklärten sich die Franzosen dazu bereit, die auf ihrem Konto eingegangenen Beträge bei der BIZ für eine Kreditweitergewährung an Staaten Mitteleuropas zur Verfügung zu stellen.⁵⁶⁾

Worin lagen die Einschränkungen, durch die Deutschland unter diesem fran-zösischen Plan nicht in den vollen Genuß des Hoover'schen Vorschlages kommen sollte?

- Das Geld, das die BIZ unter Umständen nach Deutschland weiterleiten sollte, hätte am Ende des Schuldenjahres an Paris zurückgezahlt werden müssen, wäre also eine zusätzliche Belastung zu den dann eben-falls wieder fälligen normalen Zahlungsverpflichtungen gewesen. Die British Treasury meldete entschiedene Bedenken an: Frankreich beab-sichtige offensichtlich, Deutschland unter seine Gewalt zu bringen.

54) Zwar verwahrte sich die britische Regierung gegen die Bindung politi-scher Bedingungen an den Moratoriumsvorschlag, beobachtete aber Zoll-union ("highly disturbing", "no longer necessary") und die deutschen Ausgaben auf militärischem Sektor mit derselben Ambivalenz wie das State Department. Vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1008: Telegramm Castle an US-Botschaft Berlin, 27.6.1931

55) Hans Stefan Schloß, Hoover-Hausse, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr., 39, 26.6.1931, S. 1313-15

56) Von insgesamt 1589 Mill.RM, die dem Moratorium unterstellt werden sollten, entfielen 1041 Mill. RM auf den aufschiebbarer, 548 Mill. RM auf den unaufschiebbaren Teil. Frankreichs Sonderstellung dokumentier-te sein Anspruch auf den Löwenanteil der unaufschiebbaren Annuitäten, der mit 457 Mill. DM bei 83,4 Prozent lag. Zahlen nach Gustav Stolper, Die Rettung, a.a.O., S. 1312.

"But ... suspension of payments is a mere recognition of a necessity," lautete die mit Washington kongruente Überzeugung der Engländer. "Choice for France is not between getting full payment and getting no payment, but between suspension of all payments and having to meet her debt liabilities while not receiving payments from Germany."⁵⁷⁾

Die rigorose Argumentationsweise, in der Paris die Pistole auf die Brust gesetzt wurde, entblößt die Schwachstelle der anglo-amerikanischen Verhandlungsposition: Washington stand unter erhöhtem Zeitdruck, mußte eine rasche Entscheidung herbeiführen, bevor eine neue Finanzpanik losbrach.

- Gemäß dem in Paris entworfenen Gegenschema sollte ein breiter Kreditstrom auch nach Südosteuropa fließen - in Länder also, die mit Frankreich alliiert, mit Deutschland verfeindet waren. Nach anfänglichen Mißverständnissen lehnten die Amerikaner mit der Begründung ab, solche bei der BIZ eingegangenen Beträge, über die Deutschland nicht in vollem Umfang eine Nutznießung erhalte, sondern die generell für alle anderen mitteleuropäischen Länder bereitgehalten würden, verfehlten das Ziel des US-Vorschlages.⁵⁸⁾
- In der sicheren Erkenntnis, daß das deutsche Problem nicht primär in der staatlichen, sondern in der nicht-öffentlichen Verschuldung lag, wollte Frankreich neue Darlehen nur für private Unternehmungen gestatten. Hinter dieser Einschränkung stand die Idee, der Reichsregierung keine Gelegenheit zu bieten, ihre Militärausgaben zu erhöhen, und andererseits ein Budget sicherzustellen, das weiterhin die Zahlung von Reparationen erlaubte.

Durch massive Drohung mit der Konsequenz einer völligen Isolierung Frankreichs und durch entsprechende, informelle Einflußnahme gelang es Mellon und Edge, Paris unter geringen Konzessionen - und erst recht spät - zur Annahme des Hoover-Moratoriums zu gewinnen. Das Verhandlungsergebnis vom 6. Juli verpflichtete Deutschland weiterhin zur Zahlung der unaufschiebbaren Annuität und zur Fortsetzung von Sachlieferungen, für die die

57) WBr, PresPap, FinCorr, 1008: Telegramm Mills/Paris an Mellon, 26.6.1931

58) WBr, PresPap, FinCorr, 1008: Memorandum Mills an Mellon, Edge/Paris 30.6.1931

59) WBr, PresPap, FinCorr, 1007: Telegramm Morgan/New York an Morgan/Paris, 29.6.1931

Mittel schon bereitstanden und durch die das deutsche Budget nicht zusätzlich belastet wurde. Die Höhe des zurückerstatteten Annuitätsbetrages sollte der Reichsbahn in Form eines Kredites zugute kommen,⁶⁰⁾ dessen Abzahlung - wie im Falle der gestundeten aufschiebbaren Annuität - zwei Jahre nach Ablauf des Feierjahres einsetzen und sich über eine 10-Jahres-Periode erstrecken sollte.⁶¹⁾

60) WBr, PresPap, FinCorr, 1008: Telegramm Castle an US-Botschaft/Berlin, 2.7.1931

61) Helbich, a.a.O., S. 82-84 bietet einen kurzgehaltenen Überblick; eine ausführliche Darstellung gibt Bennett, a.a.O., S. 166-96, bes. S. 166-78.

3. Veränderungen im Rollenverständnis der Vereinigten Staaten

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung verdienen im Zusammenhang mit dem Hoover-Moratorium zwei Aspekte festgehalten zu werden. Während der gesamten amerikanisch-französischen Gespräche erlegte sich die Reichsregierung eine Zurückhaltung auf, die umso stärker erstaunt und auffällt, als gerade Berlin ja das allerlebhafteste Interesse an einem positiven Verhandlungsabschluß haben mußte. Brüning unterließ insbesondere auch jede Geste des guten Willens, die Frankreich eine umgehende Annahme des Moratoriumsvorschlages erleichtert hätte, und London und Washington trafen sich in ihrer Ermahnung an die Adresse der Wilhelmstraße, "that it would be unfortunate if the impression that the Germans are giving nothing and taking everything became general."⁶²⁾ Erst nach langem Zögern willigte das deutsche Kabinett in die Zusicherung ein, die im Laufe des Schuldenjahres gesparten Beträge nicht für militärische Zwecke zu verwenden - "eher eine Selbstverständlichkeit als eine Konzession".⁶³⁾

Selbst wenn eingeräumt werden muß, daß der Moratoriumsvorschlag Präsident Hoovers dem eigenen nationalen Interesse entsprang, das finanzielle Engagement großer US-Bankhäuser in Deutschland zu wahren, und daß vor diesem Hintergrund seine Appelle zur Sicherung des Weltfriedens ein wenig scheinheilig und unecht klingen, müssen sein Mut zur Tat und sein Beweggrund anerkannt werden, den westlichen Wirtschaften eine Chance eröffnet zu haben, aus dem Teufelskreis wechselseitiger Abhängigkeiten und Ansprüche ausbrechen zu können. Gemessen an dieser politisch wie moralisch verantwortungsbewußten Entscheidung stellte sich die deutsche Führung als passiv verharrend, auf äußere Hilfe wartend dar, die ihr Augenmerk eher darauf richtete, dem inneren Druck nationalistischer Gruppen nachzugeben, als für Reparations- und wirtschaftliche Erleichterungen den Preis politischer Zugeständnisse an Frankreich zu bezahlen.

62) WBr, PresPap, FinCorr, 1008: Telegramm Castle an US-Botschaft/Berlin, 27.6.1931

63) Helbich, a.a.O., S. 84

Indem die Vereinigten Staaten im Juni 1931 die Rollenverteilung von Schützern (USA) und Beschützten (Deutsches Reich) akzeptierten, taten sie jenen irreversiblen Schritt zu einer die Entscheidungen Europas mittragenden Macht. An dieser Tatsache änderten auch alle juristischen und rhetorischen Interpretationsansätze nichts, in denen die Fiktion von dem getrennten Charakter der Kriegsschulden und Reparationen künstlich am Leben erhalten werden sollte. Mit feinem Gespür für die Grundströmungen internationaler Beziehungen notierte Lamont drei Tage nach Abschluß der Pariser Gespräche: "... Germany have gotten something started there (Hoover Moratorium) that is very difficult to stop."64)

Der 20. Juni 1931 bildete mit der Veröffentlichung des Hoover Moratoriums eine Zäsur insofern, als sich nun die Tendenz abzuzeichnen begann, die Politik eines durch Institutionen geregelten, gleichmäßigen Austausches zu einer Abfolge spektakulärer Interventionen, Hilfsaktionen, Großkonferenzen und Ausnahmeregelungen zu wandeln. Die Konsequenzen, die sich für die Vereinigten Staaten aus ihrer neuen Rolle als einer Retterin in der letzten Not ergaben, prophezeite Parker Gilbert: "It would certainly tend to destroy Germany's sense of responsibility, for the German Government would look to Washington for help in every difficulty and the Germans are so constituted that they would expect it almost as a matter of right, in view of the magnitude of American investments in Germany. This in turn would raise an awkward situation with France, and the net result would be confusion worse confounded."65)

Das Hoover Moratorium bildete den Auftakt für eine enge deutsch-amerikanische Politik, deren Früchte der Reichsregierung ohne nennenswerte politische Konzessionen zufielen, und ebnete den Weg in Richtung einer Revision der gesamten, in Versailles geschaffenen Nachkriegsordnung. Wenngleich Gilbert die tatsächlich bestehende Interdependenz beider Staaten geflissentlich übersah, so bestätigten die dem Moratorium unmittelbar folgenden Ereignisse seine korrekte Einschätzung des Anspruchs Deutschlands auf den Beistand Amerikas.

64) Lamont Papers, 98-18: Memorandum Lamont an Martin Egan: "Debt Suspension Matter", 9.7.1931

65) Leffingwell Papers, Gr. No. 1030, Series No. I, box 3: S.P.(arker) G.(ilbert): "Memorandum for Mr. T. W. Lamont", 12.9.1931

II.

VERSUCHE DER ZENTRALBANKEN ZUR STÜTZUNG DER REICHSBANK

Die akute Krise des Finanzsystems in Mitteleuropa, die in dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt Mitte Mai ihren dramatischen Auftakt genommen hatte, traf die Zentralbanken unvorbereitet. Sie sahen sich vor die neue Aufgabe gestellt, untereinander eine Politik der Kriseneindämmung und der Vertrauensbildung abzusprechen. Obwohl sie die engen Verbindungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Geldmarkt erkannt hatten, gewährten sie ihre Hilfe nicht dieser organischen Einheit, sondern stattdessen jedem Land separat, und vermochten somit nicht einem Übergreifen der Krise auf Berlin vorzubeugen.

Die internationalen Anstrengungen der Zentralbanken zur Stützung der Reichsbank zerfielen in drei, deutlich voneinander abgrenzbare Phasen, deren erste unmittelbar nach Veröffentlichung des Hoover-Moratoriums einsetzte. Sie schloß nach kurzen, verhältnismäßig problemlosen Verhandlungen mit einem Erfolg ab. Der Ende Juni neuerlich einsetzende Angriff auf die Reichsmark leitete dann das zweite Stadium ein, in dem die in Aussicht genommenen Hilfsmaßnahmen der Zentralbanken durch die vorherrschenden, politischen Antagonismen überlagert und vereitelt wurden. Indem die Mehrzahl der bei der BIZ versammelten Repräsentanten ihre weitere Zuständigkeit verneinte und den Regierungen die alleinige Verantwortung für die deutsche Entwicklung übertrug, ebnete sie den Weg zur dritten Phase, der Londoner Konferenz, wo auf höchster Regierungsebene über einen Weg aus der deutschen Währungs- und Kreditkrise beraten wurde.

1. Rediskontkredit Juni 1931

Mit der innenpolitischen Krise und ihrer Politik der Notverordnungen hatte sich an der Berliner Börse ein Gefühl der Unsicherheit intensiviert, in dessen Folge deutsches Kapital in Drittländer abwanderte und ausländische

Gläubiger den Umfang ihrer Finanzverpflichtungen in Deutschland dezimierten. Nachdem die Reichsbank während der ersten drei Juniwochen Gold und Devisen im Wert von rund 250 Millionen Dollar verloren hatte¹⁾ und sie sich bis zu der am 23. Juni fälligen Veröffentlichung des Reichsbankausweises nicht dazu in der Lage sah, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnotendeckung zu erreichen, wandte sich Luther hilfesuchend an Norman, um einen Kredit von der Bank von England, der Federal Reserve Bank und/oder der BIZ zu erhalten.²⁾ Trotz der Erleichterungen, die das Schuldenfeierjahr brachte, benötigte er eine Neuzufuhr von 80 - 100 Millionen Dollar, um der zwischen dem 24. Juni und 15. Juli zu erwartenden, wesentlichen Beanspruchung der Währungs- und Devisenvorräte gerecht werden zu können. Während Norman zunächst einen 100-Millionen-Kredit unter der Bedingung billigte, daß sich die Bank von England und die Federal Reserve Bank mit je der Hälfte des Betrages beteiligten, verlangte Harrison, die Kreditaktion auf ein breiteres Fundament zu stellen: Die Bank von Frankreich sollte anteilig mit in der Verantwortung einbezogen werden.³⁾ In Rücksprache mit Lacour-Gayet von der Bank von Frankreich und McGarrah von der BIZ fiel am 23. Juni die Entscheidung zugunsten eines Kredites an die Reichsbank in Höhe von 100 Millionen Dollar, von dem New York, London, Paris und Basel je ein Viertel der Gesamtsumme übernahmen.⁴⁾ Die Rückzahlung wurde von der Reichsbank für

1) Zahlen nach Clarke, a.a.O., S. 191

2) vgl. Aldrich Papers, box 77: Memorandum Shepard Morgan an Winthrop W. Aldrich, 22.6.1931

3) Mit dieser Forderung setzte sich Harrison in anfänglichen Gegensatz zur Washingtoner Administration und zum Federal Reserve Board. Hoover befürchtete, daß eine Hilfe für Deutschland die Erfolgsaussichten Mellons in Paris erheblich beeinträchtigte und Frankreich der Verpflichtung enthebe, dem Moratoriumsvorschlag als einer internationalen Notwendigkeit zustimmen zu müssen. (vgl. Clarke, a.a.O., S. 191 f.)

4) Federal Reserve Board, 18, II: Meeting of the Federal Reserve Board, 23.6.1931; als Anlagen Telegramm Mills an Meyer und Bestätigung des Board an Federal Reserve Bank New York

den 16. Juli erwartet. Das Arrangement kam aber zu spät, um den Reichsbankausweis desselben Tages zu verbessern; ohne die fünf Millionen Dollar, die die Bank von England für einen Tag bei der Reichsbank hinterlegte, hätte sich eine Notendeckung unterhalb der 40-Prozent-Grenze ergeben.

Das Eingreifen des amerikanischen Präsidenten und die Notwendigkeit eines Rediskontkredites für die Reichsbank interpretierten zahlreiche ausländische Gläubiger als letzte Beweise für die drohende Zahlungsunfähigkeit ihres Schuldners, zumal Ende Juni eine endgültige Annahme des Hoover-Moratoriums noch immer ausstand. Eine Notendeckung, die nur um 0,4 Prozent über dem gesetzmäßigen Sollstand lag, verdeutlichte mit Schroffheit, wie knapp die deutsche Devisenreserve zur Rückzahlung von Krediten geworden war. Wollten die Gläubiger ihr Geld retten, schien die letzte gute Gelegenheit gekommen, um ihre Kredite zu kündigen, bevor die ohnehin spärlichen Devisenvorräte vollends erschöpft waren: Die starken Kreditabzüge setzten am 27. Juni qieder ein. Die sich zuspitzende Situation der Darmstädter und Nationalbank ⁵⁾ gab das Startsignal für einen Run auf die Berliner Bankinstitute, durch den der gesamte Rediskontkredit bis zum 4. Juli aufgezehrt wurde. Waren bis zum 27. Juni lediglich vier Millionen und bis zum Monatsende nicht mehr als zwölf Millionen Dollar zurückgerufen worden, entlud sich in den ersten drei Julitagen eine Explosion der Kreditabzüge, die die Reichsbank 64 Millionen Dollar kostete. ⁶⁾

-
- 5) Auf die Ursachen braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden. Vgl. die minuziöse Darstellung bei Born, a.a.O., S. 64-109, bes. S. 82-90
- 6) Zahlen nach Clarke, a.a.O., S. 193

2. Verhandlungen um Neugewährung Juli 1931

Die Versuche zur Rettung der Reichsmark traten in ihr zweites Stadium, als Norman am 8. Juli Harrison über Versuche Berlins unterrichtete, eine Verlängerung des Zentralbankkredites zu erwirken.⁷⁾ Nachdem die Reichsbank an diesem einen Tag zehn Millionen Dollar an Devisen verloren hatte, kündigte Luther seine Flugreise nach London innerhalb der folgenden 24 Stunden an. Als sein Verhandlungsziel nannte er neben der Erneuerung des Rediskontkredites die Neugewährung eines zusätzlichen Betrags in "an unlimited amount". Die nach oben unbegrenzte Forderung verwies Norman gleich in den Bereich des Unmöglichen und spezifizierte den tatsächlichen Bedarf der Reichsbank auf einen Kredit zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Dollar. In dem sich entspannenden Gespräch zwischen New York und London kristallisierten sich zwei Bedingungen heraus:

- Norman wollte sich nur dann an dem Kredit, für den Luther eine Mindestlaufzeit von sechs Monaten nannte, beteiligen, wenn sich auch die Bank von Frankreich in das neue Arrangement binden ließe.
- Als Gegenleistung für die Risiko- und Kooperationsbereitschaft der Zentralbanken verlangte Harrison eine Garantierung des Kredits durch Reichsbank, Golddiskontbank und Reichsregierung.

In britischen wie amerikanischen Bankkreisen war man inzwischen davon überzeugt, daß eine Politik, die staatliche Instanzen dazu befähigen sollte, mit Geldmitteln Ansprüche aus privaten Geschäften zwischen Gläubigern und Schuldnern reibungslos abzuwickeln, scheitern mußte. Was die internationale Zwangslage gebot, mußte der Versuch sein, die privaten Bankiers mit in die Verantwortung für den Erhalt des Kreditgefüges zu ziehen: "Norman then mentioned that any such (Reichsbank) credit should be predicated upon arrangements being made by the private banks in the principal markets not to withdraw further funds from Germany. I (Harrison) said that I did not think under any circumstances that that would be adequate; that it would be impossible to get effective agreements from so many private creditors; that I, myself, felt that if any such large credit is in contemplation the private bankers should do more than agree not to withdraw from Germany - they should take participations in the centralbank credit,

7) Columbia, Harrison Papers, binder 45: Telefongespräch Harrison-Norman, 8.7.1931; siehe auch Schulz, a.a.O., S. 746 f.

thus making them partners with us and much more satisfactorily assuring the maintenance of their present position."⁸⁾ Harrisons Plan einer Beteiligung von Privatbanken an dem Kredit der Zentralbanken erwies sich als kurzlebig und kaum durchsetzbar angesichts der Befürchtung vieler New Yorker Häuser, in irgendeine Verpflichtung oder Situation hineinmanövriert zu werden, die sie als "uncomfortable" empfänden.⁹⁾

Zu einem derartigen unerwünschten "commitment" zählten etwa die Gedanken-spiele McGarrahs, die um die Erschließung neuer Geldquellen für die BIZ kreisten. Er stellte zur Diskussion, ob die BIZ nicht künftig Privatgelder akzeptieren sollte, um ihrer wachsenden Beanspruchung und ihrer intensivierten Zusammenarbeit mit den Zentralbanken gerecht werden zu können. Unter Mißachtung politischer und psychologischer Realitäten hatte McGarrah die falschen Konsequenzen aus einer ebenso einsichtigen wie analytischen Situationsbeschreibung gezogen. "Unless or until foreign private bankers are prepared to replace their credits," hieß es da, "Central banks will not be in a position to withdraw their credits at maturity. It is questionable whether Central banks can be expected indefinitely to provide credits for other Central banks in order to enable the private banks abroad to liquidate their European commitments."¹⁰⁾ Eine Abkehr der BIZ von ihrem Selbstverständnis als einer Zentralbank der Zentralbanken und eine Hinwendung zu und Verschmelzung mit privaten Interessen bezeichnete Harrison als "im Prinzip falsch". Eine Umsetzung des McGarrah'schen Vorschlages in tatsächliche Politik würde manchen derjenigen Banken, die ohnehin ihre Kredite aus Deutschland abzögen, nur als ein zusätzlicher Anreiz und Ansporn dienen, ihre Gelder in so hohem Umfang und in so kurzer Zeit wie möglich von Berlin in das sicherere Basel umzulagern - füge also dem von

8) Telefongespräch Harrison mit Norman, 8.7.1931, a.a.O.; eigene Hervorhebung

9) Lamont Papers, 98-19: Schreiben Lamont an Hoover, 27.7.1931

10) Columbia, Harrison Papers, binder 2: Schreiben McGarrah/Basel an Harrison, 9.7.1931

Auflösung bedrohten System ein weiteres destabilisierendes Element hinzu.¹¹⁾

Es war das Verdienst Normans, mit seinem Konzept von einer zwischen Zentral- und Privatbanken konzertierten Aktion einen Weg zu weisen, der auf die vorgeschlagenen Eingriffe verzichtete und zunächst einmal die bereits vorhandenen Ansätze zur Stabilisierung aufnahm.

In Rücksprache mit den bedeutenden New Yorker Bankhäusern versicherten Federal Reserve Bank wie State Department ihren Gesprächspartnern in Berlin, daß kein amerikanischer Gläubiger seine kurzfristigen Kredite aus Deutschland abziehen plane. Im Gegenteil seien die kurzfristigen Linien seit dem 21. Juni um eine Summe von viereinhalb Millionen Dollar aufgestockt worden.¹²⁾

Diese prompte Stellungnahme war dazu gedacht, abschließend alle Gerüchte um die massiven Reduktionspläne der Guaranty Trust zu dementieren,¹³⁾ die über den Atlantik hinweg einen Sturm der Unruhe und Entrüstung ausgelöst hatten. Jene Auffüllung des Kreditvolumens mußte jedoch mehr als eine symbolische Geste denn als eine reale Hilfe gewertet werden angesichts der Größenordnungen, in denen die Abzüge erfolgten. So hatte etwa die Chase National Bank auf der Sitzung ihres "Foreign Committee" am 2. Juli den Entschluß gefaßt, in einem abgestuften Plan ihre deutschen Kreditlinien in Höhe von zunächst 17 und dann weiteren 23 Millionen Dollar zu kündigen. Dabei hatte McCain, der Vorsitzende des Ausschusses, ausdrücklich festgestellt, wie "very ruthless", wie unbarmherzig sich vor allem die kleineren amerikanischen Banken ohne jeden Zweifel bei der Rückrufung ihrer Gelder verhalten hätten. Die großen New Yorker Häuser reagierten im Gegensatz dazu "nicht derart extrem", und ihre Politik ginge konform mit der von der Chase verfolgten Linie.¹⁴⁾

11) Columbia, Harrison Papers, binder 2: Schreiben Harrison an McGarrah/Basel, 10.7.1931

12) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Castle an Sackett/Berlin, 8.7.1931

13) NA RecGr 59, 862.51/3074 und WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 6.7.1931

14) Aldrich Papers, box 74: Minutes of Meetings of Foreign Committee, 2.7.1931

Das Dementi des State Department eröffnete andererseits einen eleganten Übergang, um unter Hinweis auf die eigenen Vorleistungen des goodwill von der Reichsbank eine Art von Devisenkontrolle zu verlangen: Bevor nicht Deutschland selbst der Flucht aus der Reichsmark durch eine "drastic and disagreeable procedure" Einhalt geboten hatte, sah Harrison sich nicht zu einer Erneuerung des Rediskontkredites in der Lage. Gegenüber McGarrah führte er aus, "that it would be difficult if not impossible for us to consider taking any steps looking toward further credit accomodation here unless we have some most definite evidence that the Reichsbank has itself first done everything within its power effectively to protect its own position. ... At least it seems reasonable that they should make the effort hard as it may be before rightfully expecting the cooperation of the central banks or private banks in maintaining present credits or extending further credits which would only facilitate a continued flight of German capital."¹⁵⁾ Dieser Einwand geriet zum Angelpunkt für den Mißerfolg der Flugreise, die Luther am 9. Juli unter spektakulären Umständen antrat, um in Lodon, Paris und Basel auf der Grundlage des neugegründeten Garantiesyndikats für Deutschlands Kreditwürdigkeit zu werben.¹⁶⁾

In der Bank von England, seinem ersten Ziel, sah sich Luther mit einem radikalen Meinungsumschwung konfrontiert. Nach anfänglicher Befürwortung wandte sie sich nun emphatisch gegen einen weiteren Rediskontkredit. An erster Stelle führte Norman die Zweifel ins Feld, die er und seine Direktoren über den Nutzen einer frischen Geldzufuhr hegten, weil die Deutschen selbst durch ihre Flucht aus der eigenen Währung weitaus mehr zu einer Verschärfung der Krise beizutragen schienen als die ausländischen Gläubiger durch den Abzug ihrer Kredite. Hinzu trat die Unsicherheit darüber, ob die Reichsbank willens und in der Lage sei, neue Kreditrestriktionen zur Kontrolle des Kapitalexportes einzuleiten. Drittens bezeichnete Norman den

15) Columbia, Harrison Papers, binder 2: Telegramm Harrison an McGarrah/Basel, in Kopie an Norman, 8.7.1931; Federal Reserve Board, 18,II: Minutes of Meetings of the Federal Reserve Board, 9.7.1931

16) Columbia, Harrison Papers, binder 7: Telegramm Luther an Harrison, 8.7.1931; vgl. auch WBr, PresPap FinCorr, 1009: Telegramm Morgan/New York and Morgan/London, 9.7.1931, in dem Lamont seine entschiedene Opposition gegen jede weitere Unterstützung Berlins formulierte, die nicht durch eine Gegenleistung aufgewogen würde: "...that the Germans themselves might as well understand here and now that they are not going to be babied any longer and that if they get future credits it will only because they deserve them. The time for excuses and arguments has passed, and the only thing which will count now is actual performance, and then only when demonstrated."

vorgeschlagenen Kredit als "altogether too big, and political rather than financial", zumal die Franzosen viertens ihre Beteiligung von "gewissen" politischen Bedingungen abhängig machten, denen die Briten nicht zustimmen könnten und nicht zustimmen würden. Normans abschließender Einwand war besonders charakteristisch: Die Reparationsfrage müsse endgültig geregelt werden, da die Bank von England nicht an einem Kredit teilzuhaben wünsche, der fortgesetzte Reparationszahlungen an die Franzosen erleichtere und ermögliche.¹⁷⁾

Vor dem Hintergrund der drei Tage zuvor erfolgreich abgeschlossenen amerikanischen-französischen Gespräche über die Annahme des Hoover-Moratoriums konnte dies nichts anderes heißen, als daß Norman eine Finanzhilfe ablehnte, die unter dem Einverständnis gewährt wurde, daß nach Ablauf des Schuldenfeierjahres der status quo ante wiederangestrebt werden sollte.

Eben dies aber erachtete Moret als das Ziel jeder französischen Politik: Paris war dazu entschlossen, die Krise der Reichsmark als ein Instrument auszunutzen, mit dem Brüning zur Annahme der französischen Forderungen gezwungen werden sollte. Zu ihnen gehörte die Aufgabe der Zollunion und die Wiederaufnahme von Reparationszahlungen ebenso wie der Verzicht auf eine Erhöhung der Militärausgaben und eine Einstellung der Revisionspropaganda für die deutsche Ostgrenze.¹⁸⁾

Der französisch-britische Antagonismus bildete eine Konstante in allen Verhandlungen des Frühjahres und Sommers 1931. Trachtete Paris nach einer Zementierung des Versailler Reparationssystems, kämpfte London um die Schaffung einer neuen Ordnung, deren Ziel einer nachhaltigen Unterstützung für die deutsche Währung die Eliminierung des internationalen Schuldenplans voraussetzte.¹⁹⁾ Die Haltung der Amerikaner war ambivalent:

17) Columbia, Harrison Papers, binder 45: Telefongespräch Harrison - Norman, 9.7.1931

18) vgl. FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Eintrag über eine Unterhaltung mit dem französischen Finanzattaché Emmanuel Monick, 10.7.1931

19) vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 255/56: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 13.7.1931

Der Rigorismus, mit dem besonders die Bank von England ihre Forderung nach Streichung der Reparationen und Kriegsschulden vortrug, drohte die amerikanische Diplomatie aus der von ihr selbst angestrebten Rolle eines unbeteiligten Dritten zu locken und nährte infolgedessen in Washington eine Tendenz, näher an die Seite Frankreichs zu rücken. Sei es, daß Paris zu tief auf den Verfolg seiner nationalistischen Interessen gegenüber Deutschland fixiert war, sei es, daß es diese Chance zur Kooperation nicht recht einzuschätzen wußte - im entscheidenden Moment jedenfalls, in den Verhandlungen über die Annahme des Hoover-Moratoriums, stieß Paris die Vereinigten Staaten durch das bewußte Hinauszögern einer Entscheidung vor den Kopf. Die Amerikaner sahen sich um den Erfolg ihres mutigen Alleingangs gebracht, zumal ihr Botschafter in Berlin mit allem Nachdruck vor einem Umsturz in Deutschland warnte, falls nicht ein großer Rediskontkredit umgehend den Druck von der Reichsmark nehme. Ein ansonsten unausweichliches finanzielles Disaster und die Vertreibung der Regierung aus ihrem Amt würden das Land in ein Chaos stürzen, das die restliche Welt infizieren werde.²⁰⁾

Mit der Hoffnung aber, daß eine Vertiefung der deutschen Notlage in Washington und Paris die Einsicht wecken werde, daß ein vollkommen neuer Anfang gesetzt werden müsse, unterlagen Snowden und Norman einem Trugschluß. Die Vereinigten Staaten hatten klar gemacht, weitere Hilfe nur dann gewähren zu wollen, wenn sich die Bank von England und die Bank von Frankreich anschlossen, und sie hatten eindeutig alle Vorschläge zurückgewiesen, doch über die einjährige Laufzeit des Moratoriums hinauszugehen. Dies in Verbindung mit dem grundsätzlichen anglo-französischen Gegensatz ließ Luthers Flugreise scheitern. Der Druck auf die Reichsbank stieg an,²¹⁾ und in verzweifelten Telegrammen bat Luther die Federal Reserve Bank um finanzielle wie psychologische Unterstützung.²²⁾ Nach vertraulichen Auskünften Harrisons hatte sich New York auf Grund der deutschen Kontakte mit

20) NA RecGr 59, 862.51/3080 und WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Memorandum Sackett/Berlin an Stimson, 11.7.1931

21) Economist, Bd. 113, Nr. 4586, 18.7.1931, S. 104

22) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With German Officials, 1931, Nr. 3130.0: Telegramm Kiep/New York an Harrison, 11.7.1931; als Anlage Schreiben Dreyse/Reichsbank

Norman, Moret und McGarrah bislang nicht unmittelbar angesprochen gefühlt²³⁾ und sah sich auch nicht dazu in der Lage, eine Vermittlerfunktion zu übernehmen. Harrison erteilte Luther am 12. Juli den Rat, auf der für die beiden folgenden Tage nach Basel einberufenen BIZ-Sitzung ein vollständig ausgearbeitetes Programm vorzulegen, das Norman und Moret die Notwendigkeit, den Verwendungszweck und den Rückzahlungsmodus eines neuen Rediskontkredites plausibel mache.²⁴⁾ Der Zeitdruck, unter dem Luther durch seine Flugreise, die hektischen Diskussionen in Berlin und den Aufbruch nach Basel stand, trugen mit dazu bei, daß kein konkreter Plan entworfen wurde. Außer allgemeingehaltener Anfragen für ein zusätzliches Darlehen, dessen Höhe nicht weiter spezifiziert wurde, hatte Luther der BIZ nichts zu präsentieren, das die Bezeichnung "Programm" verdiente.

Unter diesem Eindruck votierten Norman und Moret lediglich für eine dreimonatige Erneuerung ihrer Tranche aus dem laufenden 100-Millionen-Dollar-Kredit.²⁵⁾ Eine weitergehende Intervention ihrer Zentralbanken hielten sie für unvertretbar, denn angesichts der ernsten Situation in Berlin sei die Reihe nun an den ausländischen Regierungen, der Brüning-Administration einen offiziellen Kredit zu gewähren. Falls erforderlich, seien sie bereit, das Volumen dieses Regierungskredites durch eigene Zentralbankmittel aufzufüllen.²⁶⁾ Das gleichzeitig ins Gespräch gebrachte Moratorium für die Zahlungen privater Banken versöhnte die Amerikaner nicht mit dem "nichtigen Geschwätz" um einen Regierungskredit, den sie aus innenpolitischen Gründen dem Kongreß nicht einmal vorzuschlagen wagten.

23) vgl. FED, Harrison Papers, a.a.O.: Telefongespräch Harrison an Kiep/ New York, 14.7.1931

24) Columbia, Harrison Papers, binder 7: Telegramm Harrison an Luther, 12.7.1931; FED, Harrison Papers, Conversations With German Officials, 1931, Nr. 3130.0: Telefongespräch Harrison - Kiep/New York, 12.7.1931

25) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch Harrison - McGarrah, 13.7.1931, 15.00 Uhr; Der französischen und englischen Einwilligung folgte das Plazet des Federal Reserve Board. Vgl. Federal Reserve Board, 18, 11: Minutes of Meeting of the Executive Committee, 13.7.1931

26) Telefongespräch Harrison - McGarrah, 13.7.1931, 15.00 Uhr, a.a.O.; FED, Harrison Papers, Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch McGarrah - Harrison, 13.7.1931, 10.35 Uhr

" ... any plan proposing government loans would seem to me (Harrison) to be disingenuous, and would be considered as an effort to pass the buck back to the United States, realizing it is likely that we would not be able to make the loan anyway. McGarrah agreed with this and said he was quite conscious of the fact that it might be an effort to 'put the baby on our door-steps'." ²⁷⁾

Wie tief die Kluft reichte, die sich im Verlaufe dieser Sitzung der BIZ zwischen den Zentralbanken Westeuropas und Amerikas auftat, ließ ein Statement Castles erlassen, das ebenfalls am Vormittag des 13. Juli publik wurde. Danach waren die Aktionsmöglichkeiten der US-Regierung erschöpft. Mit der Begründung, daß die Krise eine Bankenkrise sei, zeichneten nach Castles Ansicht nun die Banken allein verantwortlich für die Situation in Deutschland, und jedwede Lösung müsse "over there", in Europa gefunden werden. ²⁸⁾

Die Baseler Gespräche steckten unwiderruflich in einer Sackgasse, aus der auch der gutgemeinte Kompromißvorschlag von US-Economic Adviser Herbert Feis nicht herausführte, demgemäß die Vereinigten Staaten in einem zweiten Anlauf einen "sehr großen" Zentralbankkredit gemeinsam mit England, der Schweiz, Holland und Frankreich unter der Voraussetzung arrangieren sollten, daß die Reichsregierung versprach, adäquate Kontrollmechanismen über Bankengeschäfte und Devisenlage zu verschärfen. ²⁹⁾

Ohne eine Einigung erzielt zu haben, verließen die Zentralbankchefs die BIZ am 13. Juli. Die Tagung scheiterte, weil sich die Diskussion nicht in den Bahnen einer wirtschafts- und finanzpolitischen Sachargumentation hielt, sondern von nationalen Interessen entspringenden, politischen Erwägungen dominiert und geprägt wurde. Die Duplizität der Ereignisse dieses Tages - das ergebnislose Ende in Basel und die Schließung der Danat-Bank in Berlin - unterstrich auf das dramatischste, daß umgehende Hilfe vonnöten war und daß diese Hilfe zu jenem Zeitpunkt nur von den Regierungen kommen konnte.

27) Telefongespräch Harrison - McGarrah, 13.7.1931, 15.00 Uhr, a.a.O.

28) Telefongespräch McGarrah - Harrison, 13.7.1931, 10.35 Uhr, a.a.O.; FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch Harrison - McGarrah, 14.7.1931

29) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4626 Memorandum eines Gesprächs Herbert Feis' mit Eugene Meyer, 13.7.1931

III.

DIE LONDONER REGIERUNGSKONFERENZ

1. Das französische Darlehensmodell

Als sich Ende Juni keine umgehende Annahme des Schuldenfeierjahres abzeichnete und die Reichsmark wieder unter verstärkten Druck geriet, regte Castle in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay an, Europa solle selbst nach einer Lösung suchen - ein Vorschlag, den London als Aufforderung betrachtete, eine Konferenz der Young-Mächte und der USA für das folgende Wochenende einzuberufen.¹⁾ Am 7. Juli schickte MacDonald Einladungen an die betreffenden Regierungen ab, in denen er ein Expertentreffen für den 13. Juli vorschlug, über dessen Ergebnisse dann die Regierungschefs und Fachminister an dem darauffolgenden Wochenende des 17. Juli beraten sollten.²⁾ Paris teilte dem britischen Botschafter Lord Tyrell daraufhin mit, es sei "prepared in principle", brachte jedoch Einwände gegen die Terminplanung vor:³⁾ Zum einen könnten die Minister nicht die Hauptstadt verlassen, während die Sitzungsperiode des Parlamentes noch nicht zu Ende sei, und zum anderen benötigten die Pourparlers der Sachverständigen mehr Vorbereitungszeit als vorgesehen. Mit dem zusätzlichen Hinweis auf den Nationalfeiertag am 14. Juli lief die Argumentation auf den Gegenvorschlag hinaus, die Konferenz in Paris abzuhalten. Wie der britische Botschafter in Paris Lord Tyrell privat an seinen amerikanischen Kollegen Walter E. Edge weitergab, hatte Briand sich zunächst entschieden geweigert, die Einladung MacDonalds anzunehmen.⁴⁾

1) NA RecGr 59, 462.00 R 296/5045: Memorandum Gespräch Castle mit Lindsay, 29.6.1931; DBFP 2/II, No. 95, 102 note 1, 103, 116; Hoover, a.a.O., S. 73

2) vgl. DBFP 2/II, No. 141, 148

3) FRUS 1931, vol. I, S 165/66: Telegramm Claudel an Stimson, 9.7.1931

4) DBFP 2/II, No. 112; FRUS 1931, vol. I, S. 122

Briand befürchtete, es könne in seinem Land den Anschein erwecken, als ginge er nach London, um sich dort Verhaltensmaßregeln geben zu lassen. Frankreich hingegen wäre die Rolle des Gastgebers recht gelegen gekommen: Unter Heimvorteil hätte es mit der deutschen Delegation über eventuelle Zugeständnisse verhandeln können. Hoovers Skepsis gegenüber der französischen Kooperationsbereitschaft erwies sich demnach als gerechtfertigt. Am Vormittag des 16. Juli rief Mills den Governor der New Yorker Federal Reserve Bank an, um ihm mitzuteilen, was er soeben aus Paris erfahren hatte: Das dortige Kabinett plante, Brüning den Vorschlag einer 500-Millionen-Dollar-Anleihe zu unterbreiten, die in Form eines bond issue mit einer Laufzeit von zehn Jahren ausgegeben werden sollte.⁵⁾ Sie war je zu einem Drittel unter Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten aufzuteilen, deren Regierungen gleichzeitig für ihre jeweilige Tranche garantieren mußten.

Die Ablehnung durch Stimson folgte auf den Fuß: "...there was no use talking any more about our government doing anything more. Whatever else is to be done should be done by the banks."⁶⁾ Jede von seiner Regierung angestrebte Neuregelung, erklärte der US-Außenminister seinem französischen Amtskollegen Laval, müsse zwei Bedingungen erfüllen: Die Teilnahme der Bank von Frankreich und der Bank von England und die Priorität der Privatschulden vor den Reparationen.⁷⁾

5) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With Ogden L. Mills, 1927-1932, Nr. 2013.1: Memorandum eines Gesprächs Harrison mit Mills und Stimson, 16.7.1931; vgl. NA RecGr 59, 462.00 R 296/4579 1/2 und FRUS 1931, vol. 1, S. 271/72: Memorandum Telefongespräch Stimson/Paris und MacDonald, 17.7.1931, wonach MacDonald vertrauliche Informationen besaß, daß die Direktoren der Bank von Frankreich keineswegs den Darlehensvorschlag an Deutschland unterstützten.

6) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telefongespräch Hoover - Stimson/Paris, 16.7.1931

7) Nach Informationen der Federal Reserve Bank erklärten sich New Yorker Privatbankiers erst dann zur Beschaffung eines Deutschlandkredites bereit, wenn ihnen Priorität gegenüber Reparationsgläubigern zugesichert wurde. Vgl. NA RecGr 59, 462.00 R 296/4513 1/2: Memorandum Stimson über ein Telefongespräch mit Sackett/Berlin und Hoover, 15.7.1931

Es war gerade dieser letzte Aspekt, der Laval zu entschiedenster Ablehnung provozierte. Um einen Eklat zu vermeiden und das politische Klima im Vorfeld der Londoner Konferenz nicht unter den Gefrierpunkt sinken zu lassen, legte Stimson einen Gegenvorschlag vor, als dessen Autor wohl Mills angesprochen werden muß.⁸⁾ Der Kompromiß sah eine Spaltung des Darlehens vor, dessen eine Hälfte gemäß den französischen Vorstellungen mit Regierungsgarantien ausgestattet werden sollte, während die amerikanische Tranche mit geschäftsüblichem Risiko gewährt, aber bereits nach Ablauf eines Jahres fällig werden sollte. Harrison hatte diese Idee unverzüglich an die New Yorker Geldinstitute weitergegeben, die zwar keine direkte Ablehnung äußerten, "but there was no general expression of opinion, and certainly no commitment on anybody's part as to the possibilities of raising money."⁹⁾

Die Offerte an Laval bezeichnete Harrison als nicht nur unmöglich und unangemessen, sondern auch als unfair gegenüber den Banken des eigenen Landes. Wie könne ihnen zugemutet werden, Geld bereitzustellen, ohne daß ihnen eine entsprechende Absicherung von Regierungsseite aus angeboten würde? Castle sah das ebenso: Ohne Garantierung der Anleihe bestand seiner Meinung nach keine Möglichkeit, sie erfolgreich auf dem US-Markt zu platzieren, und zum Beweis seiner These erinnerte er an die Verluste, die die Kurse von Young- und Dawes-Anleihen hätten hinnehmen müssen, obwohl beide immerhin noch Priorität gegenüber allen anderen deutschen Verbindlichkeiten genössen.

Die Briten reagierten auf den 500-Millionen-Vorschlag mit Entrüstung. Die Regierung hielt zwar offiziell an ihrer These fest, daß angesichts der zerworfenen internationalen Situation die Konferenz der Minister unverzüglich für den 20. Juli nach London einzuberufen sei,¹⁰⁾ doch Norman übte sich in Pessimismus. Er prophezeite ein "bad weekend", in dessen Verlauf

8) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With Ogden L. Mills, 1927-1932, Nr. 2013.1: Memorandum eines Gesprächs Harrison mit Mills und Stimson, 16.7.1931; vgl. NA RecGr 59, 862.51/3163: Memorandum eines Gesprächs Stimson-Laval-Henderson im französischen Innenministerium, 16.7.1931

9) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Castle an US-Botschaft/Paris, 16.7.1931

10) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4525: Telegramm Lindsay an Castle, 16.7.1931; vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 526, 17.7.1931

die Spannungen ihrem Höhepunkt zustreben würden,¹¹⁾ und er schloß sogar ein Platzen des Londoner Treffens nicht aus. In Threadneedle Street herrschte die Überzeugung, Frankreich beharre um jeden Preis auf dem Erhalt des status quo in seinen Beziehungen zu Deutschland und richte deshalb seine Anstrengungen darauf, die für den folgenden Montag angesetzte Konferenz auffliegen zu lassen.¹²⁾ In der Darlehensidee vermochten die Engländer keinen konstruktiven Lösungsansatz zu erkennen, weil neue Kredite ja den deutschen Schuldenberg nur noch höher aufschichteten und darüber hinaus Zweifel über die deutsche Solvenz Nahrung boten.

Während sich MacDonald und Henderson noch auf ihren für Juli geplanten Besuch in Berlin vorbereiteten, verkündete die französische Regierung zu mitternächtlicher Stunde ein neues Junktim: ohne Zwischenbesuch Brünings in Paris keine französische Teilnahme in London.¹³⁾ Henderson, der dies für eine "vernünftige Bitte" hielt, erklärte sich sofort dazu bereit, auf seine Reise zu verzichten, während MacDonald diese Wende für unglücklich hielt. Er war der festen Überzeugung, daß die Briten mehr für ein deutsch-französisches Rapprochement in Berlin hätten tun können als Brüning selbst in Paris. Was das an die Presse ausgegebene Statement zurückhaltend als ein "mutual desire on the part of Germany and France" bezeichnete, kommentierte MacDonald weitaus deftiger: Dies sei der Versuch, sie, die Briten, aus der Konferenz hinauszuerwerfen (to jockey out).¹⁴⁾

11) Telegramm Castle an US-Botschaft/Paris, 16.7.1931, a.a.O.

12) Times, Nr. 45878, 18.7.1931

13) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Atherton/London an Castle, 16.7.1931; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1368, 17.7.1931

14) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Atherton/London an Castle, 17.7.1931; Als das eigentliche Ziel der französischen Diplomatie bezeichnet Lüke den Versuch, eine deutsch-englische Verständigung zu verhindern. Auf Grund der vorherzusehenden Unannehmbarkeit der französischen Forderungen hätte es der deutschen Politik seiner Ansicht nach wesentlich besser angestanden, sich mit England über eine gemeinsame Haltung abzustimmen, zumal eine ähnliche politische und wirtschaftliche Lage eine solche Annäherung begünstigt hätten. Siehe Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958, S. 316 ff.

Unter dem Einfluß Normans neigte die britische Regierung zu der Ansicht, in Lavals Vorschlag nichts anderes als einen "mere bluff" zu sehen, um Berlin "extreme politische Konzessionen abzunötigen". Stimson, der in einer rückblickenden Darstellung Hendersons Verzicht auf dessen Berlinreise als "weise" lobte, sah durch die anglo-französischen Friktionen eher eine Beteiligung Lavals in Frage gestellt, ohne dessen Kooperation die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.¹⁵⁾

Gemeinsam war aber beiden angelsächsischen Parteien die Sorge um einen harmonischen, nichts präjudizierenden deutsch-französischen Austausch, und Brüning wurde deshalb vom State Department auch eindringlich darum gebeten, sich in Paris kooperativ zu verhalten und politische Zugeständnisse nicht gleich abzuweisen. Der deutsche Botschaftsrat Rudolf Leitner in Washington gab seine gerechtfertigte Vermutung weiter, "es kann sein, daß man sie (die politischen Zugeständnisse) einstweilen nur betont, um Paris das Erscheinen am Verhandlungstisch zu erleichtern, sofern durch konzentrischen englisch-amerikanischen Druck der eigentliche Widerstand gebrochen werden sollte."¹⁶⁾

2. Vorgespräche in Paris

Gemäß Berliner Vorstellungen sollte der Pariser Besuch "nur sozusagen ein französisches Chequers" sein, das der Aussprache und politischen Fühlungnahme diene. "... unter keinen Umständen," warnte der Staatssekretär in der Reichskanzlei Hermann Pünder, "dürfen aber in Paris Dinge abschließend zwischen Deutschland und Frankreich geregelt werden, die gleichzeitig Gegenstand der unmittelbar folgenden internationalen Konferenz in London sein werden."¹⁷⁾ Auch das Reichsfinanzministerium, das sich ebenfalls für eine Einschaltung des Besuches bei den Franzosen aussprach, zog eine Chequers-Parallele, weil man befürchtete, Paris habe sich durch das deutsch-englische Treffen übergangen gefühlt.

15) Stimson Papers, reel 81: Brief Stimson an Hoover, 11.8.1931

16) AA Büro R'Min, Bd. 43/3 und Bd. 54/3: Telegramm Leitner/Washington über seine Unterredung mit Castle, 17.7.1931

17) Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei, Stuttgart 1961, S. 168

Schäffer wie Wallenberg waren sich der starken Abhängigkeit der Bank von England und des englischen Geldmarktes von Paris bewußt, denn in London standen kurzfristige französische Kredite, deren Gegenposten - die englischen Bankforderungen an Deutschland - den Handlungsspielraum einschränkten.¹⁸⁾ In der Annahme, ohne französische Zustimmung könne England weder einen Kredit gewähren noch den Stand an kurzfristigen Forderungen in Berlin aufrechterhalten, überzeugten Curtius, Bülow und Schäffer den zögernden Reichskanzler von der Notwendigkeit, einen Umweg via Paris zu machen.

Ein positives Ergebnis dieser Gespräche war auf Grund der von Frankreich verlangten "précautions" unwahrscheinlich. Zu ihnen gehörten ebenso eine Aufgabe der deutsch-österreichischen Zollunion wie die Einstellung des deutschen Panzerkreuzerbaus, die Korridorfrage, das Stahlhelmverbot sowie die Einführung einer nach dem Muster des Dawes-Plans angelegten Finanzkontrolle. Die breiteste Verständigungssperre errichtete Frankreich mit seiner Forderung nach einem politischen Moratorium, d.h. nach einer Festschreibung des status quo während der Laufzeit der Anleihe. Hierdurch sollte in erster Linie eine neue Aufrollung der Reparationsfrage unterbunden werden.

Frankreich verlangte eine Garantie, daß Deutschland während dieser Phase den Young-Plan erfülle, ohne die Möglichkeit des Transferaufschubs in Anspruch zu nehmen.

Daß für Brüning all diese Bedingungen unannehmbar waren, lag auf der Hand, doch überließ er es Großbritannien und den Vereinigten Staaten, den französischen Plan zu Fall zu bringen.¹⁹⁾ London lehnte ihn ab, weil die vorgesehene Kreditgewährung nicht der Stabilisierung, sondern der Sicherung fortgesetzter Reparationszahlungen diene. Weder die englische noch die amerikanische Regierung waren bereit, den politischen Forderungen beizupflichten. "We could not be party to the political or semi-political demands on Germany that the French have outlined," entschied Washington und hatte hier wohl auch den französischen Anspruch auf Priorität der Reparationen im Auge, der dem amerikanischen Ansatz diametral zuwiderlief.²⁰⁾

18) NL Schäffer, Bd. 49: Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, S. 62/63

19) vgl. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1950, S. 219

20) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4090b: Telegramm Castle an Edge/Paris, 17.7.1931; vgl. FRUS 1931, vol. 1, S. 275-78

Ohne Regierungsgarantie war eine Anleihe an Deutschland in der vorgeschlagenen Höhe in den Vereinigten Staaten nicht zu plazieren - ein weiterer Grund, weshalb sich der Plan in den Augen Castles als "wertlos" erwies.

Innerhalb der US-Administration gewann die Überzeugung immer mehr an Boden, eine Neuversorgung Deutschlands mit Krediten erübrige sich, wenn die bereits gewährten Gelder an Ort und Stelle belassen würden. "If present lines of credit are maintained, the proposed \$ 500,000,000 is not needed. If these lines are not maintained \$ 500,000,000 is merely a drop in the bucket."²¹⁾

Diese Anregung, die im Mittelpunkt der Londoner Verhandlungen stehen sollte, wurde in Paris bereits vorsichtig ventiliert,²²⁾ begegnete aber großer Zurückhaltung von Seiten Brünings. Ein Einfrieren von Krediten hielt der Reichskanzler für "unzureichend", eine Neuzufuhr zwischen 400 und 500 Millionen Dollar hingegen für "erforderlich".²³⁾

Ein Scheitern dieser Hilfsaktion zog Washington ins Kalkül und gab als vertrauliche Information den Vorschlag des Farm Board an Stimson und Mellon weiter, Deutschland mit 70 Mill. Bushels Weizen und 1,1 Mill. Ballen Baumwolle - also jeweils etwa dem Jahresbedarf - gegen eine über zwei bis drei Jahre gestreckte Zahlung zu beliefern.²⁴⁾

Neuartig war dieser Gedanke allerdings nicht, denn bereits am 15. Juli war Sackett gebeten worden, ihn informell den "richtigen" Partnern gegenüber ins Gespräch zu bringen. Mit dem Argument, Weizenweiterverkäufe eröffneten eine Quelle erheblichen Bargeldzuflusses, versuchte Washington, Berlin dieses Geschäft schmackhaft zu machen, in dem es selbst ein gerüttelt Maß eigener Wirtschaftsinteressen verfolgte. Angesichts steigender

21) Telegramm Castle an Edge/Paris, 17.7.1931, a.a.O., vgl. FRUS, a.a.O., S. 277

22) vgl. Times, Nr. 45881, 22.7.1931

23) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4600: Telegramm Edge/Paris an Castle, 19.7.1931; vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 286/87

24) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4090 b: Telegramm Castle an Edge/Paris, 17.7.1931; vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 278

Weltmarktpreise - die Ernteschätzungen für 1931 lagen um 250-300 Mill. Bushels unter Vorjahresniveau - wollte der Farm Board seine hohe Lagerhaltung abbauen, um an dem erwarteten Preisaufschwung teilhaben zu können.²⁵⁾ Mit einem Bekenntnis zu der Notwendigkeit von Zusammenarbeit im internationalen Rahmen schlossen die Pariser Besprechungen plangemäß ohne greifbares Ergebnis.²⁶⁾

25) WBr, PresPap, Diplomats' File, box 997: Schreiben Hoover an Sackett/Berlin, 15.7.1931. Dieser Vorschlag spielte gegen Ende der Londoner Verhandlungen noch einmal eine wichtige Rolle. Für den Fall ihres Scheiterns wollte Hoover neue "notwendige psychologische Voraussetzungen" für einen neuen Kredit schaffen: Als Demonstration seines guten Willens sollte sich Deutschland zur Abnahme wichtiger, amerikanischer Agrarerzeugnisse wie Weizen und Baumwolle verpflichten. Auf der Basis dieses Geschäftes hoffte er, innenpolitisch einen neuen Kredit für Berlin ohne Schwierigkeiten durchsetzen zu können. Vgl. R'kz. R 43 I, Bd. 100: Telegramm Ritter an deutsche Delegation/London über Gespräch zwischen Sackett und Arbeitsminister Schiele, 23.7.1931; R'fin. R 2, Bd. 3814: Telegramm Leitner/Washington an AA, 4. und 5.8.; ebd., Besprechung im AA über einen Vertrag zum Baumwollgeschäft, 5.8.1931; R'kz R 43 I, Bd. 100: Aufzeichnung über die Verhandlungen zum Baumwoll- und Weizengeschäft, 8.8.1931

26) Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 332, 20.7.1931

3. Die amerikanische Verhandlungsposition im Zwiespalt von Politik und Wirtschaft

Ohne in Einzelheiten eingeweiht zu sein, befürchtete Harrison nach Gesprächen mit seinem britischen Amtskollegen, daß die amerikanischen Vorstellungen über Möglichkeiten und Ziele der Konferenz unterhöhlt werden könnten. Norman habe ihm sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß "the fundamental reason for the calling of the London conference ... was to discuss a readjustment of all of the economic difficulties arising out of reparations and other political considerations, implying the Young Plan, the Versailles Treaty, and war debts as well."²⁷⁾ Dieser Ansatz stand in diametralem Widerspruch zur Überzeugung Hoovers, lediglich Hilfsmaßnahmen in einer gegebenen Notsituation beraten zu wollen, und konsequenterweise warnte Harrison vor einem Gesichtsverlust. Wenn Mellon nach Paris und Stimson nach London ginge, würde unweigerlich der Eindruck entstehen, daß die Frage um Kreditgewährung eben nicht eine rein europäische Angelegenheit sei. Er halte es deshalb für "quite inconsistent", so Harrison gegenüber Mills, zunächst die Fed zu der Verlautbarung zu veranlassen, die Vorüberlegungen für London beträfen weder die Federal Reserve Bank noch die Regierung der Vereinigten Staaten, dann aber zwei Kabinettsmitglieder zu Gesprächen nach Europa zu entsenden.

Er tadelte die Regierung nicht; er warnte sie lediglich davor, nicht gegen ihren Willen in eine Konferenz einbezogen zu werden, die sich allen Anzeichen nach nicht auf den bloß wirtschaftlichen Aspekt beschränken werde.

In der Tat navigierte die amerikanische Diplomatie zwischen Skylla und Charybdis: Die Franzosen strebten eine Koppelung von Kredithilfen und politischen Zusagen an, während die Briten beabsichtigten, die gesamte internationale Schuldenkonstruktion einer Revision anheimzustellen.

Entsprechend ausweichend fielen auch die Auskünfte von offizieller Seite auf die nachbohrenden Fragen von US-Journalisten aus. Ob es in London denn nicht um mehr als eine Angelegenheit der Banken ginge? Und wenn dies so sei, warum die Bankiers offensichtlich den Politikern das Feld überließen? Ob es überhaupt möglich sei, einen hartgesottenen Geschäftsmann

27) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With Ogden L. Mills, 1927-1932, Nr. 2013.1: Telefongespräch Harrison - Mills, 16.7.1931

dazu zu überreden, ein Risiko in Deutschland auf sich zu nehmen, ohne daß die politische Atmosphäre bereinigt sei? - Castle beschränkte sich auf vage Andeutungen und nahm Zuflucht zu der vielseitig deutbaren Antwort, die Idee der bevorstehenden Konferenz sei es, den Deutschen zweifelsfrei die Hoffnung zu geben, daß eine Lösung "of a more or less permanent nature" ausgearbeitet werde.²⁸⁾

Auf Anregung McGarrahs war Anfang Juli innerhalb der Bankenwelt ein Prozeß in Gang gekommen, amerikanische Devisenabzüge zu hemmen. Harrison war sofort auf diesen Vorschlag eingegangen und hatte versprochen, sich in betont informeller Atmosphäre mit den großen New Yorker Banken in Verbindung zu setzen.²⁹⁾

Über den Verlauf dieser Gespräche kann man nur Mutmaßungen anstellen, weil keiner der Beteiligten darüber eine schriftliche Aufzeichnung gemacht hat. In einem knappen Memorandum brachte Harrison das Ergebnis auf die Formel, die Repräsentanten der wichtigsten New Yorker Banken hätten sich über ein mögliches gemeinsames Vorgehen unterhalten, wie das deutsche Geschäft weiterhin abzuwickeln sei.³⁰⁾ Die Bankiers kamen überein, die bereits bestehenden Akzeptkreditlinien in ihrem Umfang aufrechtzuerhalten. Neue Wechsel sollten nur dann angenommen werden, wenn sie nicht eine zusätzliche Aufstockung benutzter Linien mit sich brachten. Diesen Vereinbarungen lagen nicht in erster Linie altruistische Sorgen zugrunde; sie waren diktiert von der sehr praktischen Erwägung, auf welchem Weg die Banken ihr Geld optimal absichern konnten.³¹⁾

Aus London, notierte Harrison lakonisch im letzten Satz, sei zu erfahren gewesen, daß die Banken dort eine prinzipiell gleiche Position einnehmen.

28) WBr, Castle Papers, Debts & Reparations: Memorandum Pressekonferenz, 17.7.1931

29) Columbia, Harrison Papers, binder 36: Telegramm Harrison an McGarrah/Basel, 7.7.1931

30) FED, Committee on German Foreign Credit, July - Aug. 1931, No. 261.12: Memorandum Harrison an Governors der Federal Reserve Banks, 16.7.1931

31) vgl. Bank of America Archives, RecGr 3.4, box 35.5: Standstill Credits, Germany (1931): Telegramm John M. Grant/Transamerica Corporation, London an Transamerica Corporation/New York, 24.7.1931, in dem Grant den Rat erteilt, auf jeden Fall sei dieser vorläufige Kompromiß besser, als durch Abzüge ein deutsches Moratorium herauszufordern und überhaupt nichts mehr zu erhalten.

Diesen Bericht ließ die Federal Reserve Bank auch Luther in Berlin zukommen, der noch am gleichen Tag telefonisch für diesen informellen Beschluß dankte und sich erkundigte, ob er a) diese Nachricht an die deutschen Banken weitergeben könne und ob er b) versuchen solle, in London ein vergleichbares Agrément zu erreichen. Harrison winkte ab: Luther möge diese Information als eine private betrachten "for his own use only; that it was the most informal agreement as to the day to day position of these institutions and not a commitment; that in taking this position the New York banks contemplated the possibility that individual credits of undesirable names would be curtailed even though the total would be maintained."

London in dieser Frage anzugehen, hielt Harrison für nicht erforderlich; seinem Eindruck nach rühre sich dort ohnehin einiges.³²⁾

Daß die Überlegungen der Reichsbank in die gleiche Richtung wiesen, zeigte die Empfehlung Marcus Wallenbergs, die deutschen Banken sollten selbst beschleunigt an ihre ausländischen Gläubiger herantreten und sie um Belassung der kurzfristigen Gelder ersuchen. Wallenberg unternahm es, den Boden für entsprechende Kontakte zu bereiten, sah sich aber enttäuscht von einer "reichlich kühlen" Antwort, die ihm J.P. Morgan erteilte.³³⁾

Zwar unterschieden sich die großen New Yorker Häuser in der Beurteilung von derjenigen Morgans, der Deutschland gegenüber eine ausgeprägte Zurückhaltung zu üben pflegte, doch Vorsicht und Skepsis ließen auch sie allemal walten. Im Zuge der von Brüning erneuerten Moratoriumsdiskussion schickte das Bankhaus Mendelssohn & Co. ein sorgenvolles Schreiben an Kabinett und Reichsbank.³⁴⁾ Die Partner von Mendelssohn warnten auf das eindringlichste vor dem irreparablen Schaden, der dem deutschen Kredit durch die Verhängung eines Auslandsmoratoriums zugefügt werden würde, um dann auf den Kern ihrer Vorstellungen zu kommen:

32) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversation with Reichsbank Officials, 1927-37, No. 3135.0: Telefongespräch Luther - Harrison, 16.7.1931

33) NL Schäffer, Bd. 49: Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, S. 52

34) FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. 261.12: Memorandum Mendelssohn an Brüning, Curtius, Dietrich, v. Trendelenburg, Luther, 15.7.1931; vgl. auch R'kz R 43 I, Bd. 2371

"As very important parts of the German economy are at the present time not in the possession of cash, and as also the banks are not in the position to meet at the same time all the foreign obligations, we believe the right thing in order to regulate this situation is that the Reichsbank enters into negotiations with the administration of the German Bankers' Association, with the Central Banks and the Foreign Bankers' Association regarding a general renewal of time deposits and reimbursement lines..."³⁵⁾

Ein vorläufiges Kreditarrangement befürwortete auch Ivar Kreuger, von dem er sich innenpolitisch eine Stärkung der Position Brünnings und außenpolitisch eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich erhoffte. Das deutsche Beharren, den Young-Plan zu revidieren, schätzte man in Stockholm als derart gravierend ein, daß man sich dort zu fragen begann, ob Berlin überhaupt den aufrichtigen Wunsch nach einer Beendigung der Krise habe, solange ihm nicht eine Änderung des status quo zugesichert sei.³⁶⁾ Die im Young-Plan vorgesehene Möglichkeit, ein Moratorium auszusprechen, hing wie ein Damokles - schwert über allen Überlegungen und Verhandlungen. Mit Unterstützung der großen Berliner Banken hatte die Deutsche Bank und Disconto Gesellschaft der Regierung vorgeschlagen, ein Gesetz zu verabschieden, das allen privaten Instituten die Zahlung ihrer vor dem 15. Oktober bestehenden ausländischen Schuld verbieten sollte³⁷⁾ - eine Anregung, die die Atmosphäre zwischen Berlin und den internationalen Finanzplätzen nicht gerade verbesserte. Zu Fall gebracht wurde dieser Plan durch die energischen Anstrengungen Mendelssohns und Dr. Fraenkels vom Central-Verband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, indem die beiden Experten dem Kabinett die langfristig negativen Auswirkungen für den deutschen Kredit vor Augen führten.

35) Mitte Juli bürgerten sich Absprachen unter den amerikanischen Banken über ihre Kreditpolitik in Deutschland ein. vgl. Bank of America Archives, RecGr 3.4, box 35.5: Telegramm Oscar L. Cox, Vice President/Bank of Italy, San Francisco an Jean Monnet/Vice Chairman Transamerica Corporation, New York, 17.7.1931

36) FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. 261,1: "Extract from a Cable Received from Ivar Kreuger", 24.7.1931

37) ebd.

4. Der Antagonismus zwischen Paris und Washington/London

Sah es im Vorfeld der Londoner Konferenz zunächst so aus, als ob zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien keine Einigung in bezug auf Aufgabenstellung und Zielsetzung des Treffens zustande käme - die Bank von England hatte ja das auf den aktuellen Notfall konzentrierte Washington mit der Ankündigung verschreckt, die Regierungschefs müßten eine Neuordnung aller Wirtschaftsprobleme inclusive Young-Plan und Versailler Vertrag diskutieren -, überschätzte die Federal Reserve Bank aber das Einflußvermögen Normans und unterschätzte den praktischen Realitätssinn MacDonalds, mit dem sich Stimson in Verbindung gesetzt hatte, "to get at the bottom of things as far as we can." Es bestand Übereinstimmung, Normans Revisionsgedanken nicht als die Generallinie der britischen Regierung zu interpretieren,³⁸⁾ und daher fühlte Washington sich auch - entgegen den Warnungen Harrisons - sicher genug, einer Teilnahme unter der Prämisse zuzustimmen, daß die Agenda auf Themen limitiert wurde, die mit der "augenblicklichen Notsituation" zu tun hatten. MacDonald sowie der britische Botschafter Tyrell schwenkten auf die von Washington vorgezeichnete Linie ein: Die Ansicht der Bank of England, derzufolge das gesamte europäische Finanzsystem der Rekonstruktion bedürfe, lehnte die Regierung vollkommen ab,³⁹⁾ und richtete ihr Augenmerk nun auf die Verhandlungsziele, die Washington ins Visier genommen hatte. Als die vordringliche gemeinsame Aufgabe stand die Abwehr der französischen Darlehensidee fest, für die sich beide Seiten mit demselben Argument rüsteten, eine wirtschaftliche Frage nicht durch Intervention von Regierungsseite lösen zu können. Daß der von Mills ausgehende Kompromißvorschlag einer geteilten Anleihe keinerlei realistische Chance auf Verwirklichung besaß, wußte Hoover sehr genau und eröffnete Stimson, unter dieses Thema durch die Briten einen Schlußstrich ziehen zu lassen. Weder Henderson noch MacDonald betrachtete er als wirkliche Finanz-

38) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telefongespräch Stimson/Paris an Hoover, 17.7.1931; vgl. auch FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch Harrison - MacGarrah, 20.7.1931

39) WBr, PresPap, FinCorr, 1099: Telegramm Stimson und Edge/Paris an Castle, 17.7.1931

experten, setzte aber seine Hoffnungen in das diplomatische Verhandlungsgeschick des englischen Premierministers "to promote conciliation and good will".

Die Hauptsorge Londons und Washingtons galt der französischen Bereitschaft zu Zugeständnissen. Würde Frankreich sich von der Idee einer 500-Millionen-Anleihe abbringen lassen und seine Politik einer ultimativen Verknüpfung von finanzieller Kooperation und politischen Ansprüchen wenn nicht aufgeben, so doch wenigstens mildern? Die Fronten verliefen klar zwischen einer anglo-amerikanischen, von finanziellen Erwägungen geprägten Interessenskoalition und einem Land, in dem das Zusammenspiel politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktoren nur einem Ziel unterstellt war: der Wahrung seiner nationalen Sicherheit. Der anglo-französische Balance-Akt geriet gefährlich ins Wanken, als das Bankhaus Morgan durch eine Indiskretion der französischen Delegation einen Triumph in die Hand spielte. Die Morgan-Partner Thomas W. Lamont und Russell C. Leffingwell hatten in einem Telegramm an ihre Pariser Niederlassung die Gründe dargelegt, warum es aus ihrer Sicht derzeit unmöglich sei, in New York neue Kredite für Deutschland zu beschaffen, und hatten ihren Repräsentanten in der französischen Hauptstadt, Pierre Jay, gebeten, diese Information an Moret weiterzugeben. Wenn gleich diese Beurteilung dem Sachverhalt entsprach und keine sensationelle Neuentdeckung war,⁴⁰⁾ so untergrub das Bekanntwerden dieses Telegramms unmittelbar vor Konferenzbeginn die angelsächsische Position.

Während eines Empfangs in der amerikanischen Botschaft in Paris am Abend des 17. Juli machte Stimson dann auch klar, für welchen "damn nonsense" er diese Aktion halte. "I told him (Jay) that I happened to know that the Bank of France was holding back on the efforts of the French Government to solve the situation and this would add fuel to the enemies to the only chance of conciliation ... You have hit the London Conference right plumb in the eye and I want you to know it."⁴¹⁾

40) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Morgan/New York an Morgan/London, 9.7.1931

41) Stimson Diaries, reel 3, box 2, vol. 17: Gespräch mit Pierre Jay in der US-Botschaft in Paris, 17.7.1931; NA RecGr 59, 462.00 R 296/4587 1/2: "Stimson's Memorandum of Conversations With M. Flandin and with Mr. Jay of Morgan & Co., 17.7.1931, at the Residence of Ambassador Edge"; WBr, TransTelConv: Hoover - Stimson, 17.7.1931; ebd.: Stimson - Hoover, 19.7.1931

Die Lage war für Hoover äußerst peinlich: Er selbst hatte nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollen, den französischen Darlehensvorschlag abzublocken, und gehofft, die Bank von England vorschieben zu können. Außerdem hatte er stets auf eine privatwirtschaftliche Lösung der deutschen Kreditsorgen gedrängt, für die er aber offensichtlich wenig Rückendeckung bei den Bankiers des eigenen Landes zu besitzen schien. Das Morgan-Telegramm zu Händen des französischen Kabinetts mußte ihm als ein bewußter Versuch erscheinen, die deutsche Stabilisierung zu verhindern und die französische Verhandlungsposition zu verstärken.⁴²⁾

Der Präsident wie sein Außenminister waren gleichermaßen entsetzt und befürchteten, die Franzosen unterliefen nun die Konferenz, von der nach den Worten Hoovers die ganze Sicherheit derjenigen New Yorker Banken abhing, die Geld in Deutschland investiert hatten.⁴³⁾

Stimson notierte: "I pointed out ... in unregulated language the folly of the bankers in getting into a situation depending on psychology when the representatives of their Government were trying to control the psychology of a situation like this and that they could not take refuge in narrow banking axioms because banking depended on general psychology. He (Jay) turned as white as a sheet when I told him what I thought, that I had never heard of such a piece of God damned folly as that was. ... I had one good chance to swat Morgan in the eye and I did it."⁴⁴⁾

Um eine eventuelle Attacke der Franzosen zu konterkarieren, drängte Stimson auf "any concrete constructive proposal for help" aus Washington, ohne aber darauf zu verzichten, Hoovers Ratgeber anzugreifen. Er bezichtigte Harrison und Meyer, ihre Informationen von Morgan zu beziehen. Die Gegensätze innerhalb der Administration verschärften sich, da Hoover annahm, Stimson wie

42) vgl. auch Joan Hoff Wilson, a.a.O., S. 141; zu der grundsätzlich Frankreich gegenüber freundlich gesonnenen Politik des Hauses Morgan vgl. Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe*, Chapel Hill 1976, bes. S. 276/77

43) Stimson Diaries, a.a.O.; In Gesprächen mit Laval hatte Stimson umrissen, daß die Vereinigten Staaten sehr greifbare Gründe hätten, Deutschland zu Hilfe zu kommen: um amerikanisches Kapital zu stützen, um deutschen Kredit zu kräftigen und um US-Investitionen zu retten. Seine Regierung empfinde die Pflicht, diejenigen zu schützen, die bisher so viel Geld verloren hätten, "that ... losing money is a habit to which many Americans are becoming accustomed". Vgl. NA RecGr 59, 862.51/3163: Memorandum of Conversation Stimson-Laval-Henderson/ Paris, 16.6.1931

44) Stimson Diaries, a.a.O.

Mellon befürworteten ein Darlehen an Deutschland. Beide insistierten, daß die Situation dort weitaus ernster sei als in Washington angenommen werde, wenngleich Stimson auch betonte, er fordere Hoover nicht dazu auf "to put up any more money. I am telling you the situation is difficult by reason of the fact that we cannot put up money and the French know it."⁴⁵⁾

Aus dieser knappen Situationsbeschreibung entwickelte Hoover die ebenso simple wie effektive Idee, die New Yorker Banken sollten ihre an

Deutschland gewährten Kredite zunächst dort belassen. In der in doppelter Hinsicht richtigen Einschätzung, daß die Banken keine neuen Risiken einzugehen bereit waren und daß sie ihrer Regierung in kalkulierbaren Vorschlägen folgten, konnte er auf Zustimmung hoffen.⁴⁶⁾

Während Brüning gegenüber Laval und Flandin betonte, sich zu der Verhängung eines Auslandsamortatoriums gezwungen zu sehen, falls in London eine sofortige Hilfe ausbleibe,⁴⁷⁾ befand Castle, daß das deutsche Wirtschaftsleben wieder auf einen normalen Kurs einschwenken werde, wenn die kurzfristigen Kredite "auf einige Zeit" nicht abgezogen würden.⁴⁸⁾

45) WBr, TransTelConv, Stimson - Hoover, 19.7.1931, a.a.O.

46) WBr, TransTelConv, Hoover - Stimson, 18.7.1931; vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 280-82 und 283-86: Telegramme Castle an Atherton/London, 19.7.1931

47) AA Büro R'Min, Bd. 43/4: Diktat Schwerin-Krosigk/Paris über Verhandlungen zwischen Brüning, Laval und Flandin zur Kreditgestaltung, 18.7.1931

48) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4617: Telegramm Castle an US-Botschaft/Paris, 18.7.1931. Den vorläufigen Schätzungen aus Paris zufolge belief sich die deutsche kurzfristige Gesamtverschuldung auf 1,4 Mrd. Dollar; Washington bezifferte ihre Höhe zwei Tage darauf mit 1,2 Mrd. Dollar (vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1013: "For Information of Correspondents; Attributed to Acting Secretary of State Castle", (handschriftliche Datierung 20.7.1931).- Nach Ausweis des Statistischen Jahrbuches waren beide Summen, die hauptsächlich auf ersten Schätzungen und nur zu einem geringen Teil auf belegten Berechnungen basierten, zu niedrig angesetzt: Ende Juli 1931 lag laut Statistischem Reichsamt die deutsche kurzfristige Auslandsverschuldung bei 13,1 Mrd. RM (= 3,1 Mrd. Dollar). Sie schlüsselte sich auf in "Stillhalte Kredite" in Höhe von 6,3 Mrd. RM (= 1,5 Mrd. Dollar) und "sonstige kurzfristige Kredite" in Höhe von 6,8 Mrd. RM (= 1,62 Mrd. Dollar). (vgl. Statistisches Jahrbuch 1934, S. 504)

Die amerikanischen Banken, deren Anteil mit einer Summe zwischen 700 und 800 Millionen. Dollar zunächst viel zu hoch eingeschätzt wurde,⁴⁹⁾ signalisierten aus wohlverstandenen Eigeninteresse ihre Kooperationsbereitschaft, wiesen aber jedes weitere Entgegenkommen Frankreich gegenüber entschieden ab, denn Deutschland stehe im Begriff, Selbstmord zu begehen und die anderen mitzuziehen.⁵⁰⁾ Vor diesem Hintergrund äußerte Castle auch die Erwartung, die Deutschen sollten einsehen, daß es besser sei, einen ersten wichtigen Schritt zu tun als ein großes Ziel anzustreben und zu scheitern: "Any agreement reached in London to which our bankers could not participate would make the conference more or less a failure and might well have serious consequences."⁵¹⁾

49) vgl. S. 78

50) WBr, Castle Papers, Countries Correspondence File: France, box 5:
Anlage zu einem Schreiben an Castle, 20.8.1931

51) Anlage zu einem Schreiben an Castle, 20.8.1931, a.a.O.

5. Die Idee einer Stillhalteaktion nimmt Gestalt an

Was Castle am Mittag des 19. Juli in einer Direktive für Stimson und Mellon nach London voraussandte, enthielt den Kern der Stillhaltung. "In our opinion," schrieb der Undersecretary im State Department, "the matter of external credits should be approached by means of a program which will make it possible to maintain the lines of credit which exist now for a sufficient period of time. ... any attempt to provide new credit for Germany, whether of a short or long term type, would be ineffective if the credits which exist at present were not sufficiently maintained. To develop a program such as that suggested would require that the governments of the principal banking countries, including the United States, France, England, Japan, Italy, Holland, Switzerland, and other important centers of banking, should agree to try to persuade their bankers to make arrangements for maintaining the lines of credit to Germany outstanding at the present day for an adequate further period of time."⁵²⁾

Damit waren die Weichen für eine franco-amerikanische Konfrontation gestellt und die Signale für eine anglo-amerikanische Kooperation gesetzt. Mit der Zusage der US-Banken im Rücken wagte die amerikanische Diplomatie einen Vorstoß gegen Paris und rechnete nun minuziös auf,

- daß die USA in der Folge des Hoover-Moratoriums ihre Kredite in Deutschland belassen und zum Teil sogar aufgestockt hätten,
- daß Frankreich im Vergleichszeitraum seine Guthaben um mehr als 200 Millionen Dollar gekürzt hätte,
- daß die USA mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Kreditlast trügen⁵³⁾ und
- daß Frankreich demgegenüber mit weniger als fünf Prozent beteiligt sei.⁵⁴⁾

52) WBr, PresPap, FinCorr, 1009 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4606 B: Telegramm Castle an Stimson, Mellon/London, 19.7.1931, 13.00 Uhr; WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Entwurf Castle zur Vorlage für Hoover, 18.7.1931

53) Diese Schätzung revidierte Hoover am folgenden Tag. Nach Umfragen bei den New Yorker Banken stand fest, daß die Vereinigten Staaten mit 600 Mill. Dollar am deutschen Kreditvolumen beteiligt waren - also mit nach damaligen Schätzungen exakt 43 Prozent. Vgl. WBr TransTelConv, Hoover an Stimson, 20.7.1931, 16.00 Uhr

54) WBr, PresPap, FinCorr, 1009 und NA RecGr 59, 862.51/3107: Telegramm Castle an Stimson, Mellon/Paris, 19.7.1931, 14.00 Uhr

Die Amerikaner unternahmen den Versuch, die französische Politik moralisch zu diskreditieren, indem sie für sich und die Briten allein in Anspruch nahmen, seit dem 20. Juni verantwortungsvoll gehandelt zu haben. Die Zusammenarbeit der anderen wichtigen Gläubigerländer vorausgesetzt, schrieb Washington nicht ohne drohenden Unterton: "... we can save Germany for the present without French assistance and that the same forces which finally drove France to accept the President's proposal will again drive her into co-operation. We, therefore, do not need to depend on French action, nor to accept any political demands France may make on Germany nor to be forced into any involvement by France. ... In other words, this conference in London is not subject to the dictation of France."⁵⁵⁾ Der deutliche Ton Frankreich gegenüber korrespondierte mit einem Tenor der Harmonie, sobald das Thema auf Großbritannien kam. Daß sich die beiden angelsächsischen Mächte zu einer Front formiert hatten, trat in ihrem Vorschlag zutage, an dem sie den guten Willen Frankreichs erproben wollten. Jedes Land sollte entweder seinen Kreditumfang in Deutschland wieder auf den Stand vom 20. Juni bringen oder ihn aber in dem Maße wiederherstellen, wie ihn eben die Briten und die Amerikaner aufrechterhalten hatten.⁵⁶⁾

Die veröffentlichte Meinung in der französischen Hauptstadt reagierte mit entschiedenen Vorwürfen an die Adresse Londons und Washingtons, in denen von Bedrohung und Obstruktion die Rede war. Einige Blätter erklärten ohne Umschweife, die Rettung Europas liege in einer franco-deutschen Kombination gegen die angelsächsischen Mächte. Jeune, der in Diplomatenkreisen als einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten galt, erkannte in dieser Konstellation die Gefahr einer zunehmenden Isolierung Frankreichs und bezog gegen die Briten Stellung: "Das Manöver ist offensichtlich. ... Dies ist der vorsätzliche Versuch, die französische und britische Initiative zu ersetzen. Denn das Foreign Office hat sein 'Divide et impera' nicht aufgegeben."⁵⁷⁾

55) Telegramm Castle an Stimson, Mellon/Paris, 19.7.1931, a.a.O., vgl. R'kz R 43 I, Bd. 319 und Handakten Köpke, Bd. 4/7: Telegramm Bülow, Hoesch/Paris an Reichsfinanz- u. Reichswirtschaftsminister über Abschlusssitzung, 19.7.1931, 23.00 Uhr

56) Telegramm Castle an Stimson, Mellon/Paris, 19.7.1931, a.a.O.

57) Paris MIDI, 20.7.1931; vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Edge/Paris an US-Botschaft/London für Stimson, 20.7.1931

In Washington hegte man den Verdacht, der Tenor der Zeitungskommentare sei "offiziell inspiriert", zumal Pertinax im "Echo de Paris" die Metapher von der lecken Badewanne zitierte, in die immer wieder Wasser nachzugießen sinnlos sei, solange man den Abfluß nicht dichte - ein Vergleich, den Stimson in geschlossener Konferenz in Paris bemüht hatte, um die Kreditlage Deutschlands zu veranschaulichen.⁵⁸⁾

In einem Gespräch mit Brüning äußerte sich Stimson sehr besorgt über diesen Ausbruch französischer Feindseligkeit gegenüber Großbritannien und den USA. Er betrachtete diese Kampagne als den Versuch, Berlin auf die Seite von Paris ziehen zu wollen, worauf ihm der Reichskanzler umgehend die Versicherung gab, daß seine Regierung auf derlei Avancen nicht eingehen werde. Im Gegenteil könne der Stabilisierungsplan sogar nötigenfalls "ohne Mitwirkung und Hilfe" Frankreichs in die Tat umgesetzt werden, weil es alle seine Kredite aus Deutschland abgezogen habe.⁵⁹⁾

Nachdem Stimson sich mit MacDonald in einem Gespräch unter vier Augen der Identität ihrer beiderseitigen Interessen versichert hatte,⁶⁰⁾ begann man mit der Feinabstimmung. Einträchtig erklärten der Präsident und der Vizepräsident der BIZ, McGarrah und Fraser, sowie der Berater der Bank von England, Sprague, daß Deutschland die augenblickliche Krise überleben würde, wenn es darauf rechnen könne, daß das Volumen ausländischer Kredite in vollem Umfang aufrechterhalten werde.⁶¹⁾ Sprague nannte allerdings als zusätzliche Voraussetzung ein "efficient handling" der innenpolitischen Lage. Für ihn mußte das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, Brüning an der Regierungsgewalt zu halten. Gegenüber Harrison plädierte er für ein Treffen der Banken, um Deutschlands einzig verletzliche Stelle, die Ver -

58) Telegramm Edge/Paris an US-Botschaft/London für Stimson, 20.7.1931, a.a.O.; vgl. auch Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Telefongespräch Stimson/London - Hoover, 20.7.1931

59) FRUS 1931, vol. I, S. 299/300: Memorandum Stimson über ein Gespräch mit Brüning, 20.7.1931

60) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Gespräch mit Prime Minister MacDonald, 20.7.1931: "...the British position would be entirely like ours. They were unalterably against a guaranteed Government loan and they thought that the most important thing to do was to stabilize the existing level of the short term credits."

61) WBr, TransTelConv, Hoover - Stimson, 20.7.1931, 16.00 Uhr

schuldung bei den kurzfristigen Krediten, heilen zu helfen.⁶²⁾

So verhältnismäßig leicht die französische Argumentation zu antizipieren war, so unsicher war die Reaktion der Deutschen vorauszuberechnen. Sollte es möglich sein, daß Brüning doch auf das von Laval vorgeschlagene Darlehen eingehen würde? Immerhin hatte er während der Pariser Verhandlungen zu erkennen gegeben, diesen Plan mit der Ausnahme einer Klausel, der Verpfändung der Zölle, nicht von vornherein verwerfen zu können.⁶³⁾

Falls die Franzosen in London der deutschen Delegation erneute Vorschläge unterbreiteten, "to make all the rest of us look very ill", so sollten sie von den Vereinigten Staaten dazu gezwungen werden, klar alle Bedingungen zu nennen, die sie an die Gewährung der Anleihe knüpften, und Hoover vertraute darauf, daß Berlin diese "Hilfe" dann gar nicht mehr in Anspruch nehmen wolle.⁶⁴⁾ Paul Schmidt, Dolmetscher für die deutsche Delegation, fand es während der Pariser Besprechungen "interessant ... zu beobachten, mit welcher Geschicklichkeit und Vorsicht Laval und sein Finanzminister Flandin alle diese Bedingungen mit Worten umkleideten und milderten. Hätten wir nicht vorher Bescheid gewußt, so wäre es manchmal schwer gewesen, hinter den zurückhaltenden Formulierungen das eigentliche Wesen dieser Vorschläge zu erkennen."⁶⁵⁾ Was würde passieren, wenn die Franzosen im Gegenzug den anglo-amerikanischen Plan bei den Deutschen mit dem Hinweis in Mißkredit zu bringen versuchten, er setze eine zähe und langwierige Organisation der Banken voraus? - Das war genau der Punkt, über den selbst innerhalb der US-Administration die Meinungen weit auseinanderklafften. Es war Mellon, der Hoover über die Londoner Botschaft ausrichten ließ, er hege "schwere Zweifel", ob eine erfolgreiche Stabilisierung von Krediten über das Einfrieren praktikabel sei, besonders wenn man ihre weite Streuung und ihre

62) Columbia, Harrison Papers, binder 20: Sprague/London an Harrison, 20.7.1931

63) vgl. AA Büro R'Min, Bd. 43/4: Diktat Schwerin-Krosigks über Verhandlungen zwischen Brüning, Laval und Flandin zur Kreditgestaltung, 18.7.1931

64) WBr, TransTelConv., Hoover - Stimson, 20.7.1931, 16.00 Uhr

65) Schmidt, a.a.O., S. 219

unterschiedlichen Verwendungszwecke bedenke. Die Ankündigung eines Stabilisierungsplanes allein reiche vielen Gläubigern als Signal aus, ihre Gelder abzuziehen und somit nur einen Run auf deutsche Märkte zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang ließ Mellon auf den kurz zuvor gewährten 100-Millionen Dollar-Kredit hinweisen, der eben nicht groß genug gewesen sei, Vertrauen zu schaffen, und deshalb einen neuen Ansturm stimuliert habe.

Während der Präsident seinem Außenminister versicherte, innerhalb von 24 Stunden eine positive Vereinbarung mit der großen Mehrheit der Banken erlangen zu können,⁶⁶⁾ sah Mellon Anzeichen für eine gegenläufige Tendenz.⁶⁷⁾

66) vgl. AA. Büro R'Min, Bd. 45/4: Memorandum Leitner/New York über Zustimmung der New Yorker Banken, 22.7.1931

67) Nach Informationen des Präsidenten lagen die Nettoabzüge aus Deutschland "erheblich" unter der 100-Millionen-Dollar-Marke, nach Angaben Mellons eher darüber. Als Beweis führte Mellon die Reduktion der Position der Guaranty Trust Company von 80 Mill. auf 35 Mill. Dollar an. - Unter dem Strich gaben die Zahlen Hoover recht. Die Guaranty Trust war eine Morgan-Bank, von der auf Grund ihrer traditionell francophilen Politik und auf Grund der vorangegangenen Dissonanzen wenig Hilfestellung zu erwarten war. Dies schien Mellon zu übersehen. NA RecGr 59, 862.3103: Telegramm Atherton/London an Castle, 20.7.1931; Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Telefongespräch Stimson/London - Hoover, 20.7.1931, 22.15 Uhr

6. Die Stillhaltung im Spannungsfeld britischer Revisionsgrundsätze, amerikanischer Hilfeleistung und französischer Status-Quo-Bestreбungen

Nach dem ersten Verhandlungstag informierte Stimson seinen Präsidenten, daß er Hoovers Stabilisierungsplan zur Sprache gebracht habe und daß die Konferenz ihn zur Detailbesprechung an das Komitee der Finanzminister weitergeleitet habe. Aus den Botschaftsberichten spricht kühle Distanzierung - ein Indiz für die Diskrepanzen innerhalb der Administration. Stimson erscheint zuweilen unbeteiligt, als ob er lediglich neutrales Sprachrohr Washingtons sei: "... we (Stimson, Mellon) were fighting y o u r battle to get these short term credits program through..."⁶⁸⁾ Mit einem nicht zu übersehenden Seitenhieb auf die Berater des Weißen Hauses kam er dann auf sein bevorzugtes Thema zu sprechen: Seine Befürchtungen, daß ein bloßes Stillhalten nicht ausreiche, um Deutschland zu helfen. Nach einem Gespräch mit Norman kritisierten Stimson wie Mellon, die Lage sei weitaus ernster als Washington sie habe annehmen lassen. Als entscheidendes Moment aber wirkte sich aus, daß beide Minister die "Treuebekundungen" MacDonalds in Zweifel zogen. Ihrer Einschätzung nach bestand auf englischer Seite ganz offensichtlich der Wunsch, die Reparationsfrage aufzuwerfen und sich nicht auf bloße Stillhaltepläne zu beschränken. Wie lange würde London unter dem Druck anhaltender Goldabzüge und der daraus resultierenden Schwäche der Bank von England eine Politik mit Stoßrichtung gegen Frankreich durchhalten können? Wenn Harrison von New York aus verbreite, Normans Bank leide nur an einer temporären Schwäche, befinde er sich im Irrtum: "He does not know, that's all," lautete das barsche Urteil Stimsons.⁶⁹⁾

Bei Snowden kristallisierte sich die Sorge heraus, gegen das kapitalstarke Frankreich wenig ausrichten zu können: Der Vorschlag, auch Paris solle seine Kredite wieder auf den Stand vom 20. Juni bringen, zielte ins Leere, weil es das Gros seiner Gelder bereits im vorangegangenen Herbst und Winter zurückgerufen hatte. Daß Snowden entschieden in Frage stellte, ob Deutschland auf dem Wege, den man durch die Konferenz einzuschlagen versuche, tatsächlich seiner wirtschaftlichen Gesundung entgegengehe, sah

68) WBr, TransTelConv, Stimson/London - Hoover, 21.7.1931, 17.30 Uhr, eigene Hervorhebung.

69) ebd.

Stimson als den Auftakt zum Thema "Reparationen und Moratorium" und wertete dies als einen Angriff auf die Verhandlungsposition Washingtons. Ihm war nämlich eine Empfehlung des British Treasury zu Augen gekommen, der gemäß "these measures (in London) will necessarily depend upon the market being assured that the discharge of Germany's intergovernmental obligations will be so dealt with as not to impair security for commercial liabilities. ... It is not the intention of any of the governments here represented that Germany's commercial credit should be undermined by her political obligations - on the contrary, they are glad to make for financial stability as essential in the interest of the world and are prepared as and when required to take the measures necessary."⁷⁰⁾

Hierin verknüpfte sich in der Tat der Komplex der zwischenstaatlichen Schulden mit dem Komplex der privaten Kredite und drohte den amerikanischen Standpunkt, der ja von einer strikten Trennung beider Bereiche ausging, als eine Fiktion zu entlarven. Wie schmal der Grat war, auf dem Washington sich zu bewegen versuchte, bewies noch an demselben Nachmittag die gleichzeitige Behandlung einer Stabilisierung der Kredite und einer Prolongation des 100-Millionen-Kredites, den die BIZ, die Bank von England, die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank gemeinsam am 25. Juni der Reichsbank gewährt hatten. Von Washington aus schaltete sich Mills mit der Forderung in die Gespräche ein, daß die Federal Reserve Bank keiner Kreditgewährung zustimmen werde, bis der Rückzahlung jenes diskutierten Kredites durch die Reichsbank eine Priorität gegenüber den Reparationen eingeräumt werde. Diese Bedingung wehrte Stimson mit Entschiedenheit nicht nur deshalb ab, weil eine dokumentierte Stellungnahme, die das Reparationsproblem und die Vertretung amerikanischer Interessen in unmittelbare Verbindung zueinander setzte, der offiziellen US-Lesart widersprach, sondern auch weil eine derartige, für die Franzosen unannehmbare Forderung den Erfolg der Londoner Verhandlungen in Frage stellen mußte. Am Nachmittag des 21. Juli hatte Hoover von der Bank von England die vertrauliche Mitteilung erhalten, sie sei nicht daran interessiert, weitere Darlehen an Deutschland zu geben. Übereinstimmend erklärten Sprague, McGarrah, Fraser und Norman noch einmal, Berlin benötige nicht den Zufluß neuen Geldes - und selbst die Reichsbank

70) WBr, TransTelConv und Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Memorandum Telefongespräch Stimson-Hoover, 21.7.1931, 23.15 Uhr; Stimson an Hoover und Mellon an Mills, 21.7.1931, 17.30 Uhr

stütze offiziell diese Einschätzung.⁷¹⁾ Da die britische Position auf Grund verstärkter Goldabzüge zu geschwächt war, als daß die Bank von England die Gewährung eines neuen Zentralbankkredites an Deutschland hätte befürworten können, beharrte Norman auf seiner Ansicht, daß wenigstens die einjährige Laufzeit des Hoover-Moratoriums durch eine dreijährige ersetzt werden müsse. Letzten Endes trug aber jede provisorische Lösung nur zu einer Verschlechterung der Lage bei. So schlug Norman auch den von Harrison und Gilbert vorgelegten Vier-Punkte-Katalog zu, der unter anderem von der Reichsbank verlangte, Devisen nur gegen entsprechende RM-Guthaben auszugeben und die Diskontrate zu erhöhen.⁷²⁾

Die Verfasser des Katalogs nahmen Norman selbst den Wind der Kritik aus den Segeln, indem sie einräumten, daß es für Brüning große Probleme mit sich brächte, diesen harten Kurs unbeirrt zu steuern. Auf jeden Fall aber lehnten sie - wie die Bank von England - die Gewährung eines zusätzlichen Kredites ab: Jede Hilfsmaßnahme erscheine ihnen zwecklos, solange Deutschland keine angemessene Kontrolle über Devisen und das allgemeine Kreditsystem praktiziere.⁷³⁾

Dies waren die erforderlichen Standortbestimmungen, bevor die Amerikaner ihre weitere Marschroute festlegten: Snowden sollte dazu bewegt werden, die mangelnde Bereitschaft der Bank von England deutlich zu machen, ein weiteres Darlehen bereitzustellen, woraufhin Stimson einhaken würde, daß seine Regierung alles unternehme, was zum **a u g e n b l i c k l i c h e n** Zeitpunkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten stehe. In der Erwartung, daß Brüning "etwas nach Deutschland mit zurücknehmen wolle", war die US-Delegation darauf vorbereitet, in London mit neuen Kreditwünschen konfrontiert zu werden, und legte sich das Argument zurecht, nicht auf die Zufuhr frischen Geldes und die Verabschiedung weiterer Provisorien komme es in erster Linie an, sondern auf das übergeordnete Ziel der Stabilisierung.

71) NA RecGr 59, 862.51/3117 und WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Mills an Mellon/London, 21.7.1931; Telefongespräch Stimson-Hoover, 21.7.1931, 17.30 Uhr, a.a.O.

72) WBr, TransTelConv, Mellon/London - Mills, 21.7.1931, 14.30 Uhr

73) Telegramm Mills an Mellon/London, 21.7.1931, a.a.O.

Mit diesem allgegenwärtigen Stichwort war das Terrain für die Stillhaltung bereitet. Die New Yorker Banken unterhielten nach damaligen Schätzungen 420 Millionen Dollar in deutschen kurzfristigen Krediten, deren Volumen sie seit der Verkündung des Schuldenfeierjahres nicht verringert, in manchen Fällen sogar erhöht hatten. Um Stimson und Mellon davon abzuhalten, Deutschland neue finanzielle Hilfe anzubieten, hatte man in Washington vorgearbeitet und bereits am 20. Juli eine autorisierte Definition dessen versucht, was am ersten großen Verhandlungstag als der neue Vorschlag Hoovers präsentiert wurde.

In seinem Entwurf verwandte Castle noch nicht den terminus technicus "standstill", bzw. "stillhalts", wohl weil es zunächst keine entsprechende englische Vokabel gab.⁷⁴⁾

Nachdem Castle auf die Erleichterungen in Höhe von rund 400 Millionen Dollar eingegangen war, die das internationale Schuldenfeierjahr brachte,⁷⁵⁾ und eine erste Besserung in der deutschen Wirtschaft diagnostiziert hatte, forderte er, Deutschland einer Stabilisierung und Aufrechterhaltung des kurzfristigen Kreditvolumens zu versichern, das von ausländischen Banken und Institutionen unterhalten werde. Und dann folgten die beiden Kernsätze: "The President's proposal is simply that the bankers and institutions in all countries should in aggregate in each country maintain present volumes of credit and that the German Government, through the Reichsbank and otherwise, should enforce strict and complete control of all foreign exchange so there will be no preferential or arbitrary withdrawals and that will enforce the maintenance of the total volume of credits from each country. Such a system of cooperation, supplemented by the action of the German authorities, will stop the drain on Germany from abroad and by the restoration of confidence, enable Germany to secure in the normal course of business such additional credits as she may require."⁷⁶⁾

74) Die bald darauf übliche Bezeichnung "standstill" war eine ans Deutsche angelehnte Wortneuschöpfung. Vgl. WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986: Telegramm Gordon/Basel an Stimson, 15.8.1931: "B.I.S. knows of no exact English equivalent in banking terms but the meaning is that of prolonging existing credits."

75) vgl. WBr, PresPap, Personal File: Thomas W. Lamont: Schreiben Lamont an Hoover, 27.7.1931

76) WBr, PresPap, FinCorr, 1013: "For Information of Correspondents; Attributed to Acting Secretary of State Castle", (handschriftliche Datierung 20.7.1931)

Auf der Agenda des ersten Londoner Verhandlungstages standen dann auf Vorschlag MacDonalds zwei Themen:

1. Die Frage, ob es notwendig sei, Deutschland umgehend einen neuen Kredit zur Verfügung zu stellen, oder
2. ob es nicht ausreiche, lediglich seine Kredite zu stabilisieren.

Ins Kreuzverhör genommen, begrüßte Brüning zwar ein eventuelles Übereinkommen zum Stop der Devisenabzüge, bezeichnete aber eine Garantie "irgendeiner Art" oder die Gewährung eines Rediskontkredites als "essentiell". Eine häufig geforderte, strengere Kontrolle durch die Reichsbank widerspräche den Artikeln 29 und 31 ihrer Statuten, deren Änderung nicht ohne internationale Zustimmung möglich war. Beharrten die Young-Plan-Mächte auf dem status quo, sähe das Deutsche Reich die einzige Lösung in der Verhängung eines Auslandsmoratoriums.

Diese Forderung veranlaßte die Franzosen zu umgehendem Protest. Flandin verdeutlichte, keine Lösung sei "wünschenswert" oder "praktikabel", die eine Modifizierung des Young-Plans voraussetze.

Snowden ließ sich von französischer Programmatik nicht leiten, sondern setzte ihr angelsächsische Pragmatik entgegen: Der Sache sei am besten gedient, wenn die Diskussion auf den Versuch gelenkt würde, wie den Zentralbanken ein Eindämmen der Kreditabflüsse empfohlen werden könne.

Snowden sah "no objections to obtaining the needed cooperation of the central banks in New York and London to any scheme for minimizing or preventing withdrawals in the future. If the Conference made a recommendation to this effect it should be very useful." Dies bot Stimson den idealen Einstieg, um der Konferenz den Stillhalte-Vorschlag Präsident Hoovers zu präsentieren.

"The banks in New York hold 420 million dollars of German short term credits. The New York banks have not been decreasing the short term credits since June 20th and as a matter of fact some of the New York banks have actually increased them. Throughout the United States the holdings of short term credits do not exceed 600 mill. dollars. We feel confident that if similar efforts are made toward the stopping of withdrawals and the maintenance of the present level of short term credits by other central banks we could within 24 hours get the assurance of a great majority of the banks in the United States who hold short term credits of their earnest cooperation. But obviously this cannot be done in one country while another country is holding back and there must be general cooperation to bring success in this common cause and there is the danger as to what would happen on mere announcement that this effort was being made while the

organization of the plan was going on.⁷⁷⁾ ... In the United States not only can we do it as a part of a joint cooperation but we feel it is the first and principal step that is called for. This would put the world's recuperation upon an economic basis. We have faith in German economy, in its resources and in the character of its population and the intelligence and energy of its labor and we feel that, given an opportunity to recover from the lack of confidence and the state of panic which has been existing in the world in the past few weeks, while one set of creditors were competing with another to withdraw their funds, would result in a pause and with this pause we might even find the credit increasing and allow for ultimate reorganization."⁷⁸⁾

Stimson formulierte drei Erwartungen, die seine Regierung mit der neuen Aktion verband: "This proposal to maintain existing credits is putting the horse in front of the cart instead of the cart in front of the horse. It would be a chance to appraise the situation and give the German resources a chance to assert themselves under proper economic conditions and make a proper basis for any ultimate reorganization that might be necessary."⁷⁹⁾

Der Abschlußparagraph versuchte eine Verbeugung gegenüber Frankreich, dessen Opposition zu einer Lösung auf rein wirtschaftlicher Ebene nicht schwer zu prophezeien war. "The steps taken by France and Germany," so

77) Dieser deutliche Hinweis hob sich stark von dem Entwurf Castles ab, der mit einer eleganten und verbindlichen Geste Frankreich von Anfang an in den Kreis der interessierten Mächte einbeziehen wollte. Von dem Schachzug, den amerikanischen Stillhaltungsgedanken als eine bloße Vorstufe hin zur Realisierung französischer Vorstellungen darzustellen, errechnete Castle sich die größten Chancen: "This (standstill) is a necessary first step to give time for the development of many plans for long term loans in substitution for short term obligations. The interest France has taken in the provision of such long term loan is ample evidence for her desire for cooperative solution of the situation." ("For Information of Correspondents...", 20.7.1931, a.a.O.)

78) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Atherton/London an Castle, 21.7.1931, 19.00 Uhr; eigene Hervorhebung

79) NA RecGr 59, 862.51/3110: Atherton/London an Castle, 21.7.1931; Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol 17: Memorandum Telefongespräch Stimson-Hoover, 21.7.1931

formulierte Stimson," ... have helped to make possible the step of ascertaining whether by voluntary organization of the creditors of Germany ... further steps can be taken to check or stop withdrawals."⁸⁰⁾

Im Anschluß an die Sitzung lieferten sich Stimson und das State Department unter Castle ein Nachhutgeplänkel, in dem es vordergründig um Semantik und die Weiterleitung von Informationen ging, in dem sich hintergründig aber die latent vorhandenen Spannungen innerhalb der US-Administration erneut entluden und in dem es sich letztendlich um eine Frage nationalen Prestiges handelte. Nach Darstellung Stimsons bat Sir Arthur Willert, der Pressesprecher des British Foreign Office, den Plan bekanntmachen zu dürfen, den er als "die einzige wirkliche Neuigkeit" bezeichnete. Noch unter dem Eindruck der in diesem Punkte deckungsgleichen Einstellung Snowdens sprach Stimson auf der nachmittäglichen Pressekonferenz von einem "anglo-amerikanischen" Plan, während sich eine am Vorabend in Washington veröffentlichte Verlautbarung auf das Adjektiv "amerikanischer" Plan beschränkt hatte.⁸¹⁾ Stimson wußte sich zunächst nicht anders zu helfen, als "glatt zu verneinen", irgendeine formelle Erklärung abgegeben zu haben. In Wahrheit hätte sich erst im Verlauf der Diskussion herausgestellt, daß eigene Vorstellungen "in the same way" hervorgebracht worden seien wie diejenigen anderer Länder. Mit Verbitterung hielt Stimson in seinem Tagebuch fest, daß "in view of the fact that such a statement had been prematurely given out by the State Department the day before in spite of the President's promise to me made it a very ugly incident between me and the press."⁸²⁾

Der Zwischenfall drohte in Washington durch die insistierenden Auslandskorrespondenten weitere Kreise zu ziehen, die in der Frage an Castle gipfelten, ob Stimson überhaupt von dem Stillhaltevorschlag in Kenntnis gesetzt

80) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Atherton/London an Castle, 21.7.1931, 19.00 Uhr; vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 337, 23.7.1931

81) Die in diesem Punkt nicht korrekte Darstellung bei Bennett geht von einer Urhebererschaft Hoovers ("Hoover's Proposal") oder Mellons/Stimsons ("American Proposal") aus. Vgl. Bennett, a.a.O., S. 274 ff.; vgl. auch Robert H. Ferrell, Frank B. Kellogg, Henry L. Stimson, New York 1963, S. 214 f.

82) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Eintrag 21.7.1931

worden sei und ob er nicht erst in London telegraphisch davon erfahren habe.⁸³⁾

Das State Department stellte sich soweit wie möglich hinter den Außenminister, rückte aber im internen diplomatischen Austausch noch einmal die Perspektive zurecht: "He (Stimson) said ... that it should be called an Anglo-American plan. Of course, it was the proposal from here ... what they printed was that we were trying to take credit for something which was really Mr. MacDonald's idea. ... We want to kill it entirely and say nothing more about it."⁸⁴⁾

Stimson verfügte hier über den sichereren politischen Instinkt. Durch die Identität britischer und amerikanischer Stillhalte-Interessen bot sich ihm eine Chance, die eigene Rolle ein wenig herunterzuspielen, um einer weiteren Verkrampfung der franco-amerikanischen Beziehungen entgegenzuwirken und dem Eindruck einer angelsächsisch-deutschen Interessengemeinschaft mit Spitze gegen Frankreich vorzubeugen.

Daß in Castles Entwurf eigene Vorstellungen in einem Atemzug mit fremden Interessen genannt und beide miteinander verbrämt wurden, darf nicht über den antithetischen Charakter der amerikanischen und der französischen Strategie hinwegtäuschen. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Regierung den Banken nicht bei der Durchsetzung dieses Stillhalteplanes Unterstützung gewähren müsse, da sie ihnen, wie es den Anschein habe, die Regelung des deutschen Problems weiterreiche, stieß sich Castle nicht an dem unschwelligen Vorwurf politisch-diplomatischen Unvermögens, sondern an der Wahl des Wortes "Unterstützung". Diese Vokabel könnte als ein Hinweis interpretiert werden, als ob Hilfsmaßnahmen von staatlicher Seite, wie z.B. eine Regierungsgarantie, im Bereich des Möglichen lägen. Hiervon könne selbstverständlich keine Rede sein. Die Washingtoner Administration erwartete, daß sich die Banken selber eine Organisation schufen, und vertraute - zu Recht - darauf, daß sie ihr Eigeninteresse zu wahren wüßten:

83) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Pressekonferenz 22.7.1931

84) WBr, TransTelConv., Telegramm Castle an Atherton/London, 23.7.1931, 9.30 Uhr

"... we (Washington) have good reason for believing that the banks are perfectly willing to do exactly that. ... the banks probably realized that to try to get money out of Germany now would get them nowhere and would probably precipitate a collapse. On the other hand, if the short term credits are renewed from time to time for a reasonable length of time, it would increase the economic stability of Germany and the credit of Germany and would give some committee, such as the President suggested, or any other group, time to work out some solution of the problem. ... That is a banking problem and that is why the suggestion was made that a committee to be appointed by the Bank for International Settlements to work out the details."⁸⁵⁾

85) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Pressekonferenz, 21.7.1931

7. Die Absteckung der Kompetenzbereiche von Regierungen und Zentralbanken

Der neben der Hauptversammlung der Regierungschefs zusammengetretenen Konferenz der Finanzminister stellte sich nach den Worten ihres Vorsitzenden MacDonald die Aufgabe, herauszufinden, ob es wünschenswert und möglich sei, von Regierungsseite aus Druck auf die Zentralbanken auszuüben, damit sie nicht ihre Deutschlandkredite liquidierten, und er wies auf die dringende Notwendigkeit einer Einigung hin: Es sei wahr, daß die Zentralbankchefs in Basel gesagt hätten: "Wir können da nichts machen; dies muß den Regierungen übergeben werden." Es sei daher recht unklug, wenn die in London repräsentierten Regierungen nun erklärten, sie sähen sich außerstande, etwas zu unternehmen; dies müsse an die Zentralbanken oder an die BIZ verwiesen werden. "Um etwas zu erreichen, müssen beide Kräfte, die sich (ohnehin) gegenseitig beeinflussen, direkt oder indirekt zusammenarbeiten."⁸⁶⁾

Snowden hakte auf diesen Hinweis sofort ein mit der Frage, ob es moralisch zu rechtfertigen sei, Druck auf Banken und Investoren auszuüben, solange die Regierungen selbst nicht fest davon überzeugt seien, daß der deutsche Kredit aufrechterhalten werde. Seiner Ansicht nach reichten bloße Vorschriften an die Adresse der Zentralbanken nicht aus, denn brähe trotz aller gutgemeinten Ratschläge ein Run auf Berlin aus, so fiel der Tadel natürlicherweise auf die Regierungen. Die erste Ableitung dieser Formel hieß: "... it is not ... sufficient ... just to bring pressure to bear upon the banks ... without at the same time doing something which will re-establish the economic financial stability of Germany" - eine Forderung, durch die sich Mellon gezwungen sah, zu betonen, seine Regierung habe nicht die Absicht, Druck auf die Federal Reserve Bank auszuüben, die eine "vollkommen unabhängige Institution" sei.⁸⁷⁾ Die New Yorker Banken hätten ihre Bereitschaft, keine weiteren Gelder abzuziehen und die bereits gewährten zu stunden, "altogether voluntarily" erklärt.

86) NA RecGr 59, 462.00 R 296/5209: "London Conference, Committee of Finance Minsters. Stenographic Notes of the First Meeting of the Committee, held in the Prime Minister's Room, House of Commons, Tuesday July 21, 1931 at 3:30 p.m."

87) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 319: Auszug aus Londoner Beratungen (ohne Datum, wahrscheinlich 21.7.1931)

MacDonald hoffte, bei der Formulierung eines Konferenzbeschlusses hieran anknüpfen zu können, stieß jedoch auf von Snowden geteilte Bedenken Francquis in bezug auf die psychologischen Auswirkungen: "In most countries people nowadays are afraid of any recommendation from central banks, and I know some countries in which, if the central banks told the creditors of Germany 'Do not withdraw your credits', they would withdraw them the next morning. ... the psychological factor counts for fifty or sixty per cent." Weder Francquis Forderung nach einer umgehenden Repatriierung deutschen Kapitals im Ausland noch sein Vorschlag von Rediskontabsprachen der Zentralbanken, sobald eine Stabilisierung der Reichsmark eingesetzt habe, fanden Zustimmung; die Kernfrage blieb das Verhältnis von Zentralbanken- und Regierungspolitik. Während Flandin sich nach und nach mit dem Gedanken einer konzertierten Aktion vertraut machte, um weitere Abzüge zu verhindern, erkannten Laval und Francqui dies zwar ausdrücklich an, betonten aber gleichzeitig, eine adäquate Lösung sei im Grunde nur von den Regierungen zu erwarten.

Mellons wie Francquis besonderes Interesse konzentrierte sich auf die Möglichkeiten der Reichsbank, eine Sicherheit für ausländische Kredite zu gewährleisten. Nach den Erläuterungen Vockes, eines Mitglieds des Reichsbankdirektoriums, war Deutschland darauf vorbereitet, ausländischen Gläubigern, die ihr Geld im Land belassen wollten, die Golddiskontbank-Garantie anzubieten. Rund tausend deutsche Banken und Industrieunternehmen hatten sich am 7. Juli 1931 unter dem Eindruck wachsender Kreditabzüge und schwindender Kreditwürdigkeit zu einem Garantiesyndikat zusammengeschlossen, in dem sie eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Mill. RM für die Kreditgeschäfte der Deutschen Golddiskontbank übernahmen. Sinn und Zweck dieser "solidarischen Haftung"⁸⁸⁾ war es, dem deutschen Kreditwesen wieder zu mehr Glaubwürdigkeit zu verhelfen. "If any foreign bank hesitates to maintain its credit in Germany, or is doubtful about this question in dealing with the Gold Discount Bank, the Gold Discount Bank is prepared either to give them a guarantee out of this block or to take the credit on itself, not generally, but in one case or another, if they are suitable, and also they are prepared to undertake new credits, but certainly only in amounts which are reasonable and which are bearable for the Gold Discount Bank."

Auf Initiative MacDonalds entwarfen Leith-Ross, Vocke, Francqui und Bizot während einer Verhandlungspause den Text einer möglichen Verlautbarung, um der Diskussion einen tragfähigen Boden einzuziehen.

Sie einigten sich auf drei Empfehlungen:

88) Born, a.a.O., S. 89

1. daß der Reichsbankkredit über 100 Millionen Dollar, der der Reichsbank unter Federführung der BIZ gewährt worden war, für eine Laufzeit von drei Monaten verlängert werden sollte,
2. daß die Zentralbanken darauf vorbereitet sein sollten, auf die Bitte der Reichsbank hin deutsche Handelswechsel zu rediskontieren,
3. daß die Finanzinstitute der verschiedenen Länder konzertierte Maßnahmen ergreifen sollten, um das Kreditvolumen zu erhalten, das sie Deutschland bereits verlängert hatten.⁸⁹⁾

Obwohl sie eine Zustimmung nicht definitiv ausschlossen, wiederholten die Briten ihr Unbehagen an allen Maßnahmen, die ihrer Meinung nach die deutschen Schwierigkeiten nicht an der Wurzel packten. Darüber hinaus machten sie deutlich, daß es angesichts eigener Belastungen fraglich sei, die augenblicklich gewährten Kredite in vollem Umfang aufrechterhalten zu können. Snowden ging hier sogar so weit, den allerdings abwinkenden Flandin zu fragen, ob Frankreich nicht einige ihrer Verpflichtungen übernehmen wolle.

Dieses Leitmotiv britischer "disinclination", das am folgenden 22. Juli auch die morgendliche Vollversammlung durchzog, betrachtete die US-Delegation als das "Haupthindernis" zur Durchsetzung ihres Planes. In Snowdens Eröffnungsrede klangen nicht nur Vorwürfe wegen der schweren Abzüge von der Bank von England an,⁹⁰⁾ sondern offenbarte sich eine kaum kaschierte Attacke gegen das von Stimson eingebrachte Stabilisierungsprojekt. Zur Verteidigung herausgefordert, konzedierte der amerikanische Außenminister Unterschiede in Snowdens und seiner Konzeption, wie es um das Verhältnis von Regierung und Zentralbank bestellt sei, doch treffe dies nicht genau das Thema der Konferenz: "What we are talking about now is a banking proposition, what we are talking about is the best way of organizing the public opinion of the world so as to make it a good banking proposition to keep up those short terms credits in Germany. ... we are met here as a committee to

89) vgl. FRUS 1931, vol. I, S. 305/306: Telegramm Atherton/London an Castle, 21.7.1931

90) In der Woche zwischen dem 16. und 21. Juli betrugen die gesamten Goldverluste der Bank von England 10,7 Mill. Pfund. Einen Hinweis auf die Ernsthaftigkeit des französischen Angriffs auf das Pfund gab nach Ansicht vieler Beobachter die Tatsache, daß von den südafrikanischen Goldbarrenankünften des 21. Juli in Höhe von 900 000 Pfund bereit 750 000 Pfund auf französische Rechnung vorverkauft worden waren. Die noch verbleibende Summe, die auf den offenen Londoner Goldmarkt gelangte, wurde ebenfalls von französischer Seite erworben. Vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 335, 22.7.1931

assist in restoring confidence not to direct the instruments of Government that do it."⁹¹⁾

Detailberatungen über die drei Empfehlungen und deren Aussichten auf Realisierung wurden dem Treffen der Fachminister überlassen. "Das Problem auswärtiger Verschuldung," notierte Schäffer in einer "Denkschrift in Reparationssachen", "hat ein Janusgesicht. Seine Verhandlungen spielen sich in den Formen auswärtiger Politik ab; seinem Wesen nach ist es aber auch in den Gläubigerländern ein Finanz- und Budgetproblem." Und dann fügte er hinzu, "daß hinter dem Außenminister Don Quichotte immer der Finanzminister Sancho Pansa herreitet, der die finanziellen Auswirkungen seines ritterlichen Herrn in ihren nachteiligen Folgen für die Reisekasse unschädlich zu machen versucht." ⁹²⁾

Bevor sich die Finanzminister am Nachmittag rasch über Punkt 1 (Verlängerung des Reichsbankkredites) im Sinne der vorangegangenen Vollkonferenz verständigten, entfachte zwischen Flandin und Mellon ein Wortwechsel über den Grad der Verantwortlichkeit von Regierungen und Banken.

Flandin zufolge konnte am Anfang nicht die Erklärung stehen, nur durch eine von Banken gesteuerte Politik seien die aktuellen Schwierigkeiten der deutschen Lage zu erleichtern. Allein den Verdacht, daß jedwede Politik von Regierungsseite dem unmittelbaren Vorgehen von Banken subordiniert sein könne, bezeichnete er als "unakzeptabel", was Mellon mit dem Hinweis zu konterkarieren versuchte, daß dies nach amerikanischer Interpretation auch gar nicht in den Rahmen der Konferenz gehöre. Er stehe auf dem Standpunkt, daß erste Verbesserungen auf finanzieller Ebene nicht zwingend den Ruf nach dauerhaften Maßnahmen auf politischer oder Regierungsebene in sich schlossen: "Our position is this, that we can take no action regarding finances at this Conference that will commit the United States to later political action."

In einer konstruktiven Wende, die er mit der Bemerkung einleitete, Jeremia den wie die seines "guten Freundes" Snowden seien nicht dazu angetan, das Selbstbewußtsein der Finanzwelt zu heben, regte Mellon die Formulierung eines "hoffnungsvoller" klingenden Memorandums an. Über die von den Finanzministern ausgearbeitete Version wolle er "kein kaltes Wasser gießen";

91) WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Bericht Stimson/London an Castle, 22.7.1931, 21.00 Uhr; ebd.: Telegramm US-Botschaft/London an Castle, 22.7.1931, 0.00 Uhr

92) NL Schäffer, Bd. 49: Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, S. 61

es gehe doch nicht darum, den Banken Befehle zu erteilen, sondern in einer Zusammenschau verschiedener nationaler Interessen eine vertrauensbildende Resolution zu verabschieden.

Nachdem die Verlängerung des Reichsbankkredites einhellig beschlossen und die Frage der Rediskontierbarkeit deutscher Handelswechsel unter tiefen Meinungsverschiedenheiten einer späteren Beratung anheimgestellt wurde, schwenkten die Briten auf die amerikanische Linie ein. MacDonald bezeichnete es "als nur fair und gerecht", wenn jedes betroffene Land das Hilfsprogramm unterstütze und seinen Anteil an der allgemeinen Last trüge. Vorbehalte meldete lediglich Laval an: Er schätzte die Banken als "äußerst unwillig" ein, ihre Kredite in Deutschland zu belassen. Die französischen Banken hatten verschiedenen Ländern Darlehen zu vorteilhaften Zinsbedingungen gewährt, die diese zu höheren Sätzen an Deutschland weiterverliehen. Warum also, so Lavals Frage, sollten sich die französischen Banken auf ein Risiko einlassen, das sie bisher bewußt zu vermeiden getrachtet hätten?

Da Laval jedoch wissen mußte, daß er sich mit diesem Standpunkt selbst von der Politik der Bank von Frankreich isolierte,⁹³⁾ hob er seine nach wie vor vorhandene Hilfsbereitschaft hervor, zur Beendigung der Krise beizutragen. Bei der Behandlung des Punktes 3, der Beibehaltung der Kredite in Deutschland, stellte niemand den Kern der Aussage in Frage; strittig war allein der modus operandi: Wie war das Komitee zu besetzen, das den weiteren Kreditbedarf Deutschlands untersuchen sollte? Zunächst ohne Gegenstimme vertrat Mellon seinen Vorschlag, Repräsentanten von Zentralbanken derjenigen Länder zu berufen, die an der Londoner Konferenz teilnahmen, bis Flandin an die Bedeutung des holländischen, schwedischen wie schweizerischen Kredites erinnerte.⁹⁴⁾

Seinem Einwurf wurde Rechnung getragen, indem die Formulierung "committee composed of a representative of the central bank of each country represented at this Conference" ersetzt wurde durch "committee composed of representatives of the central banks concerned".

93) Nach Bekanntgabe des amerikanischen Vorschlags signalisierte die Bank von Frankreich ihren Kooperationswillen, indem Lacour-Gayet ihn als "den besten Weg aus den finanziellen Unannehmlichkeiten" bezeichnete. (WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Edge/Paris an Stimson/London, 21.7.1931)

94) Die damals geschätzte Höhe der von Holland gewährten Akzepte betrug 100 Mill. RM, die der Schweiz 200 Mill. RM. (Vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1009: Telegramm Luther an Harrison, 22.7.1931)

Der in die Runde der Finanzminister hinzugebetene Stimson machte aus seiner Enttäuschung keinen Hehl, daß sie eine "Institutionalisierung" für erforderlich halte: "My mind, being ... not a financial mind, is in grave doubt about that." Der amerikanische Außenminister bezeichnete Schnelligkeit als das leitende Prinzip, denn jede Verzögerung auf Seiten der BIZ, ein Komitee zu schaffen, und jede Verzögerung, dieses Komitee auch tatsächlich einzuberufen, und jede Verzögerung, einen Plan zu formulieren, befrachte die Situation mit größeren Vorurteilen und Schwierigkeiten. Anstatt eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die sich als eine Quelle von Hemmnissen erweisen könnte, würde er viel lieber auf die Energie und Initiative der einzelnen Länder, d.h. ihrer Zentralbanken vertrauen. Allerdings war Stimson realistisch genug, einzusehen, daß seine Hoffnung, das Stabilisierungsprojekt möge "practically self-executing" sein, keinerlei Aussicht auf Verwirklichung besaß.

Der von ihm aufgestellten Forderung nach "quickness" entsprach der bereits gefaßte Beschluß, drei international anerkannte Experten umgehend nach Konferenzschluß nach Berlin zu entsenden, um die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Stellen in die Wege zu leiten. Auf Anraten Flandins kamen die Minister jedoch überein, dies nicht als einen Zusatz in das offizielle Kommuniqué zu übernehmen, sondern lediglich in den Verhandlungsprotokollen festzuhalten. Bei aller Zustimmung in der Sache befürchtete Flandin zu recht, daß sich nichts schlimmer auf die anfällige Kreditlage auswirken würde als die formelle Ankündigung, Finanzsachverständige seien unverzüglich nach Berlin abgereist.⁹⁵⁾

Der am härtesten umkämpfte Paragraph betraf die Rediskontierbarkeit der deutschen Handelswechsel, den Brüning um den Hinweis auf das Garantie-syndikat für die Deutsche Golddiskontbank erweitert wissen wollte: Weil dies nach Meinung seiner Regierung den vertrauensbildenden Charakter der Londoner Empfehlung verstärken würde, messe sie gerade dieser Klausel "allergrößte Wichtigkeit" bei.

Trotz einer Umformulierung Snowdens, die die moralische Verpflichtung des Erstentwurfes abwandelte zu einer nüchternen Untersuchung von Möglichkeiten, verweigerte Flandin seine Zustimmung, weil eine Rediskonterweiterung einer direkten Erhöhung des 100-Millionen-Dollar-Kredites gleichkomme. Die Bank von Frankreich sah sich nicht dazu imstande, diese Operation selbständig durchzuführen. Flandin wollte auf diese Konstellation aufmerksam

95) vgl. WBr, TransTelConv, Castle-Stimson, Mellon/London, 22.7.1931

machen, denn er hielt es für "illoyal", einen Text zu akzeptieren, der Hoffnungen wecke, die später nicht erfüllt werden könnten. Die einzige Konzession, zu der sich die Franzosen durchrangen, lag in der offiziellen Empfehlung, daß die neue Organisation der Golddiskontbankgarantie einen neuen Faktor ins Spiel bringe, der eine genügend solide Basis für die Wiederaufnahme normaler, internationaler Kreditoperationen lege. Damit war die alte, zweigeteilte Empfehlung zu Fall gebracht; der auf Flandins Verweigerung hin neuformulierte Passus ging als vorletzter Paragraph in die Erklärung der Finanzminister ein.⁹⁶⁾

96) NA RecGr 59, 462.00 R 296/5209: London Conference. Committee of Finance Ministers, 22.7.1931; NA RecGr 59, 862.51/3115 und WBr Pres-Pap, FinCorr 1009: Telegramm Atherton/London an Castle, 22.7.1931; FRUS 1931, vol. I, S. 313; R'kz R 43 I, Bd. 319 und AA Büro R'Min, Bd. 45/4

8. Die Mächtekonstellation am Ende der Londoner Konferenz

Daß sich die Reputation modernen "statesmanship" durch das Ereignis der Londoner Konferenz erhöhte habe, sei vielleicht ein wenig zu viel gesagt, kommentierte eine enttäuscht-ironische London Times. Vier Tage hätten die Politiker benötigt, um eine Empfehlung zu erarbeiten, die man auch schon eine Woche zuvor hätte geben können.⁹⁷⁾

Ohne es in der Öffentlichkeit einzugestehen, empfanden viele Beteiligte Unbehagen darüber, das Ziel einer tatsächlichen Lösung verfehlt zu haben. Stimson war sich wohl der schwachen Überzeugungskraft der Resolution bewußt, wenn er seinem Präsidenten Verständnis dafür abverlangte, daß dieses Resultat so "befriedigend" sei, wie es eben hätte ausgehandelt werden können.

Jede Anspielung auf die in Paris zur Sprache gekommene Darlehensidee hatten die Amerikaner herausgehalten, ohne in den Franzosen neue Ressentiments wachzurufen, und in einer alles in allem funktionstüchtigen Allianz mit den Briten gelang es, das Risiko eines weiteren, an Deutschland zu gewährenden

97) Times, Nr. 45882, 24.7.1931; vgl. auch "Economist", Bd. 43, Nr. 4587, 25.7.1931, S. 159: "It was not to be expected that any appreciable headway would be made in a three days' Conference in solving any of the general underlying problems of the economic condition of Europe ... What it has done is to give us a further breathing space."

Kredites abzuwenden.⁹⁸⁾ Als das bedeutendste Plus verbuchten die Amerikaner, daß sie sich mit ihrem begrenzten Repertoire von Argumenten, das unter ausschließlich wirtschaftlichen (und nicht politischen) Gesichtspunkten zusammengestellt war, Gehör verschafften und Zustimmung gewannen. Mit dem Vorschlag Hoovers zur "maintenance of credits" entsprachen sie zum einen ihrer eigenen These, die Krise sei von Banken verursacht (und also auch von Banken zu lösen); und zum anderen wurden sie mit ihm nach außen hin dem Anspruch der Konferenz gerecht, Erste-Hilfe-Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft zu entwerfen.

Großbritannien trat auf der Konferenz in der Doppelrolle von Bundesgenosse und Kontrahent der Vereinigten Staaten auf. Seite an Seite mit der US-Delegation stritten die Engländer für die Durchsetzung des Stillhalteprojektes sowie gegen die Gewährung neuer Gelder, die die prekäre Lage der Bank von England nicht gestattete. Andererseits entwickelte sich Norman (und mit ihm auch Snowdon) zu einem entschiedenen Kritiker einer Taktik, die, wie die Londoner Konferenz und der starke amerikanische Einfluß bewiesen, ein Provisorium an das andere reihte, anstatt eine Strategie zur grundsätzlichen Lösung der Finanzprobleme zu entwerfen.

98) Dementsprechend empfindlich reagierte die amerikanische Administration auf die am 24. Juli durch "Associated Press" verbreitete Meldung, auf seinem unmittelbar bevorstehenden Berlinbesuch vom 25. bis 27. Juli werde Stimson die Frage nach weiterer, finanzieller US-Hilfe wiederaufgreifen. Hoover plädierte für ein umgehendes Dementi: Zum einen mußte er den Eindruck vermeiden, Washington bereite ein neuerliches Engagement im Anleihegeschäft mit Deutschland vor. Zum anderen durfte er sich nicht dem Verdacht der Doppelzüngigkeit aussetzen, nachdem er die Londoner Konferenz gerade auch deshalb als einen "großartigen Erfolg" gefeiert hatte, weil sie das Problem der deutschen Finanzkrise aus dem Verantwortungsbereich der Regierungen genommen und in die Hände der Bankiers gelegt hatte. (WBr, TransTelConv und Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Gespräch Stimson/London mit Hoover und Castle, 24.7.1931) Stimson, der Brüning "soweit wie eben möglich" stützen wollte, riet von diesem spektakulären, erneut Unruhe auslösenden Schritt ab und konzentrierte sich während seiner Berliner Gespräche darauf, "to make Brüning and his colleagues realize that ... the success of the stabilization of present outstanding credits would rest with the German people and their Government. It is my (Stimson's) belief that ... the Germans are beginning to feel the importance of helping themselves and of ceasing to make appeals for immediate assistance." (WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Stimson/Berlin an Castle, 29.7.1931; vgl. auch Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Memorandum of a Conversation With Brüning Over Dinner at Chancellor's Office, 26.7.1931)

In einer Denkschrift gab Schäffer zu bedenken, "daß England fast immer die richtige Erkenntnis der Sachlage hat und uns (Berlin) zu deren Durchfechtung anreizt, daß es aber im entscheidenden Augenblick, wenn es gilt, sich restlos für das als richtig Erkannte einzusetzen, immer versagt. Das ist keine Doppelzüngigkeit, sondern nur ein Auseinanderklaffen von Denken und Handeln..."⁹⁹⁾

Symptomatisch für das Gespaltensein der britischen Position war Snowdens unvermittelte Weigerung, den Londoner Banken eine Stillhaltung zu empfehlen, die er am Vortage noch begrüßt hatte. Erst durch Hinweise auf das betreffende Sitzungsprotokoll gelang es dem US-Außenminister, Snowden zur Raison zu bringen. Normans Forderung, das gesamte Gebiet von Reparationen und interalliierten Verschuldung vollständig aufzurollen, stieß jedoch weder in den Vereinigten Staaten noch in Frankreich auf Gegenliebe. Nachdem das Angebot einer langfristigen Anleihe in Paris aus dem Verhandlungskatalog gestrichen war, beschränkte man sich auch am Quai d'Orsay auf Beratungen zur Abhilfe der aktuellen Notlage, weil man von einer umfassenden politischen Diskussion, die automatisch um die Struktur der Nachkriegsordnung kreisen würde, Rückschläge für die eigene, auf Wahrung des status quo in Mittel- und Westeuropa bedachte Position befürchten mußte.

In dieser Konstellation boten sich der deutschen Diplomatie verschiedene Optionen: Ein Zusammengehen mit Frankreich brachte die Reichsregierung ihrem aktuellen Ziel näher, einen von ihr gewünschten, neuen Kredit zu erhalten. Der während der Pariser Versprechungen genannte Preis bestand allerdings in politischen Zugeständnissen (Zollunion, Panzerkreuzer, Stahlhelm, Korridor, Finanzkontrolle) und einer de-facto-Festschreibung des Young-Plans, dessen Revision ja gerade das erklärte Ziel Brünings war, auf das seine gesamte Politik ausgerichtet war. Damit einher ging ein dezimierter Handlungsspielraum.

Hoovers Stillhalteprojekt versprach hier die Chance zu eröffnen, sich aus dem Zustand deutsch-französischer Polarisierung zu lösen und die USA als einen bisher nicht direkt Beteiligten einzubinden in das Geflecht der europäischen Schuldenordnung. Berlin schuf sich einen potentiellen, starken Verbündeten, der - und das machte eine Allianz so verheißungsvoll - ein

99) NL Schäffer, Bd. 49: Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, S. 59/60

ausgeprägtes Eigeninteresse in der deutschen Wirtschaft verfolgte und sich darüber hinaus einer Selbstbeschränkung auf nichtpolitische Maßnahmen unterwarf. Daß vorläufig in der Reparationsfrage mit keinem Definitivum zu rechnen sei, kalkulierte man ein: Die Amerikaner würden die Reparationsfrage mindestens bis zum Ende des Wahlkampfes aufschieben, wenn der gewählte Präsident wieder über einen größeren Handlungsspielraum verfügte.¹⁰⁰⁾ Immerhin barg ein deutsches Abwarten und Eingehen auf diese Zwischenlösung die Chance in sich, Revisionswünsche in der Zukunft erneut aufrollen zu können.

In dem anti-französischen Moment besaß die amerikanische, britische und deutsche Diplomatie eine gemeinsame, wenngleich in Graden abgestufte und aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Komponente. Das zentrale Problem des Sommers 1931, die Auflockerung des Reparationssystems, verlangte großes Fingerspitzengefühl, denn eine sinnvolle Lösung war nur über eine konzertrierte Aktion der alliierten Mächte zu erreichen.

An diesem Standard gemessen nahmen sich Hoovers Überraschungscoup mit der Erklärung eines Schuldenfeierjahres und Normans Frankophobie¹⁰¹⁾ schlecht aus; dem Maßstab eher gerecht wurden die mäßigenden Versuche Castles und Stimsons in Paris und London, durch Rücksichtnahmen und gegenseitige Konsultationen eine Verständigung anzubahnen.¹⁰²⁾

Die deutsche Delegation stand zwar "unter dem Eindruck der Unzulänglichkeit dieser (Londoner) Beschlüsse",¹⁰³⁾ denn immerhin hatte Brüning sein Ziel nicht erreicht, die Zusage für einen neuen Rediskontkredit zu erhalten,

100) Vgl. NL Schäffer, Bd. 12, S. 479 f., Eintrag 30.7.1931: Gespräch mit v. Bülow

101) vgl. Deutschland und seine Gläubiger, In: Die Bank, 24. Jg., Bd. 48, Heft 34, 22.8.1931, S. 1153/54, in dem Normans Rigorosität auf die geschwächte Position des britischen Bankwesens zurückgeführt und eine deutsch-britische Parallele konstruiert wurden: "In die Situation des deutschen Schuldners konnten sich eigentlich nur die englischen Großbanken einfühlen, da sie selbst durch die wiederholten französischen Angriffe auf den Londoner Markt darüber belehrt worden sind, daß ein Land auch ohne eigenes Verschulden in eine derartige Notlage gebracht werden kann." (S. 1153)

102) vgl. hierzu Bennett, a.a.O., S. 294

103) AA Büro R'Min, Bd. 45/4: "Zusammenfassung des Verlaufs und die Ergebnisse der Londoner Konferenz", 23.7.1931

tröstete sich aber mit dem erreichten Kompromiß, das einzuberufende Sachverständigenkomitee nicht von der BIZ, "in der öffentlichen Meinung Deutschlands ... ein Überbleibsel der Reparationskommission",¹⁰⁴⁾ sondern durch die Präsidenten der Zentralnotenbanken ernennen zu lassen.

Die deutsche Presse beurteilte die Ergebnisse der Londoner Konferenz mit skeptischer Zurückhaltung und Enttäuschung und setzte sich mit der Frage auseinander, was nun im Anschluß zu tun sei.¹⁰⁵⁾ Unter der Überschrift "Selbsthilfe" forderte der "Deutsche Volkswirt" zum einen die Wiederherstellung des freien Zahlungsverkehrs in Deutschland sowie die Verhinderung weiterer Bankzusammenbrüche, denn "daß (die Londoner Konferenz) vor den ungeheuren Problemen, die ihr gestellt waren, versagt hat, hat die Probleme selbst nicht aus der Welt geschafft."¹⁰⁶⁾

Stolper sprach sich für eine "wesentliche Heraufsetzung des Diskontsatzes (seit dem 16. Juli auf 10 Prozent) aus, um die Inflationsgefahr durch hinreichende Geldverteuerung zu bannen. Durch höhere Zinsen als "exorbitante Vergütungen für Einlagen" müsse ein "exorbitanter Anreiz" geschaffen werden, Guthaben bei Sparkassen und Banken zu lassen, "statt sie abzuheben und mit dem Geld, das in der Wirtschaft nicht gebraucht wird, Unfug zu treiben."¹⁰⁷⁾ Das Stillhalteprojekt selbst gewähre Einblick in einen "Kampf, der bei seinen ungeheuren, unvermeidbaren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht in die finanzielle Späre gebannt bleiben" könne.¹⁰⁸⁾ Die nachhaltige Schwächung der Bank von England durch französische Goldabzüge vergrößere die amerikanischen Sorgen "ins Gigantische", spekulierte das Blatt: "Will Washington Deutschland ohne Frankreich helfen, so muß es dagegen gerüstet sein, neben Deutschland auch England, neben der Mark auch das Pfund zu stützen, einen Angriff auf seine eigenen Goldbestände durch Zurückziehung französischer Guthaben aus New York zu verteidigen."

So scharfsinnig dieses Gedankenspiel auch sein mag, war es der Vorstellung

104) ebd.: Außerdem galb die BIZ als unpopulär, weil sie Luthers Bitte nicht gefolgt war, ihr vorangegangenes Treffen nach Berlin zu verlegen.

105) vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 335, 22.7.1931

106) Gustav Stolper, Selbsthilfe, In: Der Deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 43, 24.7.1931, S. 1451-54; Zitat S. 1454

107) Stolper, a.a.O., S. 1453; vgl. auch die Kölnische Zeitung, Nr. 396, 24.7.1931, die einen neuen, höheren Diskont von 15 Prozent als "die obere Grenze" nannte.

108) Stolper, a.a.O., S. 1452

von einem gleichsam automatischen Prozeß verhaftet, dem nicht - wie z.B. durch die englische Aufgabe des Goldstandards - individuell gegengesteuert werden konnte. In dieser für möglich gehaltenen Verkettung wirkte der Eklat zwischen der US-Administration und dem Bankhaus Morgan nach, das vor allem mit Guthaben der französischen Regierung in einer geschätzten Höhe von 500 Millionen Dollar arbeitete.¹⁰⁹⁾

Wie hier leicht anklingende Vorstellungen eines finanzkräftigen Amerika, auf das ein zerrüttetes Europa wegen Hilfe blickte, gerieten in das Kreuzfeuer der Kritik von links: "... sieht der deutsche Bürger im Augenblick Frankreich etwa anders als den bösen Franzmann, der von dem guten Onkel Sam unter heftigen Sträuben dazu gezwungen wird, endlich einmal das arme Deutschland in Ruhe zu lassen?" fragten die "Sozialistischen Monatshefte". Anstelle "angelsächsischer Protektion" sprach sich das Organ für eine deutsch-französische Direktverständigung aus, in der "Brünings einzige Chance" liege.¹¹⁰⁾

In einem Beitrag für den in London erscheinenden "Economist" betonte Moritz J. Bonn die Anstrengungen Berlins, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, die er von einer denkbaren "freiwilligen Verlängerung" der in Deutschland stehenden Kredite durch die ausländischen Gläubiger sinnvoll unterstützt sah.¹¹¹⁾ Es waren gerade die von ihm angesprochenen Notverordnungen zur Devisenbewirtschaftung und eine strikte Kontrolle durch die Reichsbank, auf deren Durchsetzung die Amerikaner so großen Wert legten. Daß die Hoover Administration jedoch inländische Kapitalflucht und ausländische Kreditabzüge als zwei gleichwertige Faktoren nebeneinander betrachtete, lieferte der "Frankfurter Zeitung" Anlaß zu Kritik: Washington lege ein übertriebenes Gewicht auf die Überwachung der Devisentransaktionen und die Erfassung der Kapitalflucht, das der tatsächlichen Relation nicht angemessen sei.¹¹²⁾ Den Vergleich mit der "schleunigen Durchhauung des Gordischen Knotens" bemühte der Teil der amerikanischen Presse, der die politische Unterdrückung Deutschlands durch Frankreich befürchtet hatte.

109) vgl. Handakten Ritter, Bd. 52/4: Telegramm Kiep/New York an Ritter, 14.7.1931

110) Carl(o) Mierendorff, Brünings einzige Chance, In: Sozialistische Monatshefte, 37. Jg., Bd. 74, 6.7.1931, S. 625-30, Zitat S. 627

111) Moritz J. Bonn, A German Economist's View, In: Economist, Bd. 113, Nr. 4586, 18.7.1931, S. 104/105; vgl. dazu Ernst M. Patterson, The German Crisis: An American View, In: ebd., Nr. 4588, 1.8.1931, S. 212/13

112) Frankfurter Zeitung, Nr. 539, 22.7.1931

Von solch ungerechtfertigter Euphorie distanzierte sich zwar das Gros der veröffentlichten Meinung, erkannte aber ausdrücklich den Wert der Londoner Empfehlung an.¹¹³⁾

Ohne dem Thema weiteren Raum in den Kommentarspalten zu geben, gingen Blätter wie Herald Tribune und New York Times gleich zur weiteren Berichterstattung über: Was jetzt in den Vordergrund des Interesses rückte, galt der Frage, in welcher Weise die Banken sich untereinander arrangieren und mit der Regierung in Washington kooperieren würden.

113) vgl. Frankfurter Zeitung, 22.7.1931, a.a.O.

C DIE GESCHICHTE DER STILLHALTUNG

IV.

DER WEG ZUM ABSCHLUSS DES ERSTEN STILLHALTEABKOMMENS

1. Die Bedeutung der amerikanischen Banken für die Organisation der Stillhaltung

Um zu einer systematischeren und besser organisierten Ausgestaltung des bereits Mitte Juli vereinbarten Gentlemen's Agreement¹⁾ zu gelangen, traf sich, noch während in London getagt wurde, eine Runde von elf Bankiers bei Harrison in der Federal Reserve Bank: M. N. Buckner, Chairman New York Trust Company; S. Sloan Colt, President Bankers Trust Company; Georg Davison, President Central Hanover Bank & Trust Company; E.C. Delafield, President Bank of America, New York; Harvey Gibson, President Manufacturers Trust Company; F. Abbott Goodhue, President International Acceptance Bank; Percy H. Johnston, President Chemical Bank & Trust Company; Robert F. Loree, Vice President Guaranty Trust Company; C.E. Mitchell, Chairman National City Bank; Harry E. Ward, President Irving Trust Company; Albert H. Wiggin, Chairman Chase National Bank. Harrison regte die Bildung eines Unterausschusses an, um Details besser handhaben und Interpretationshilfe in Verbindung mit den deutschen Notverordnungen leisten zu können.²⁾ Auf den Wunsch einiger Vertreter, daß die Federal Reserve Bank als gemeinsame Interessenvertretung diese Aufgabe übernehmen sollte, räumte der Governor dies zwar als eine theoretisch denkbare Möglichkeit ein, bezeichnete deren Durchführung jedoch als für sein Haus nicht angemessen.³⁾

1) vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Telegramm Harrison an Governors of other Federal Banks, 16.7.1931

2) Auf einstimmigen Beschluß hin gehörten dem Ausschuß F. Abbott Goodhue als Chairman, Robert F. Loree, Joseph T. Cosby/National City Bank, Howard J. Rogers/Bank of Manhattan und Siegfried Stern/Chase National Bank an. Vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Memorandum Crane über die Konferenz der New Yorker Banken, 31.7.1931; Siegfried Stern, The United States in International Banking, Columbia Univ. Press 1951, S. 214/215

3) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Memorandum Crane über Gespräch Harrisons mit New Yorker Banken, 22.7.1931

Obwohl einige Vertreter das Gefühl hatten, anstelle eines Ausschusses lieber selbst Antworten auf solche Fragen zu finden, die sie angingen, wurde eine Delegation von Aufgaben unvermeidlich, als es um die Besetzung des Expertenkomitees für Berlin ging.

Die Hoover-Administration beabsichtigte, die New Yorker Banken weder zu bitten, formell Schritte zur Verständigung mit Berlin in die Wege zu leiten oder einen verbindlichen Vertrag einzugehen, noch sie zu drängen, die Fälligkeit ausstehender deutscher Kredite definitiv festzulegen.

Washington stellte sich auf den Standpunkt, daß Annahme und Anwendung des Londoner Vorschlags ganz in Händen der Banken lagen. Und das hieß: Sowohl die Frage nach Beteiligung der Federal Reserve Bank an der Verlängerung des Zentralbankkredites wie die Frage nach amerikanischer Beteiligung am Berliner Sachverständigenausschuß blieb einer Entscheidung in Wall Street vorbehalten.⁴⁾

Nachdem der Entschluß der Runde publik geworden war, dem vorgeschlagenen Komitee mit dem britischen Bankier Kindersley, Sprague und Wallenberg keinen vierten, amerikanischen Berater hinzuzufügen, regte die Bank von England einen Meinungsumschwung an. Die Briten planten, Tiarks, Direktor der Bank von England und Mitinhaber des Bankhauses J. Henry Schroeder & Co., als "technischen Berater" nach Berlin zu entsenden, und hielten es für "wünschenswert", wenn er von einem New Yorker Bankenvertreter, etwa von Gannon/Chase National Bank oder Grant/Guaranty Trust, begleitet würde. Die New Yorker Bankiers knüpften ihre Einwilligung an die Bedingung, daß die Aufgabe ihres Emissärs unmißverständlich als die eines "inoffiziellen Beobachters" und "Horchpostens" deutlich gemacht wurde. "... New York banks have not constituted any formal Committee with respect to their German business nor have they made any formal agreements. Their action so far has been merely in the nature of a gentlemen's agreement effective from day to day and they did not want the visit of Gannon, Grant or any other American to Berlin to make it appear that he was an official representative of a formally constituted committee."⁵⁾

4) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Memorandum Crane, 23.7.1931

5) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Telegramm Crane an Sprague/London, 24.7.1931; ebd.: Memorandum Crane, 24.7.1931; vgl. ebd.: Telegramm Joseph C. Rovensky/Chase National Bank an Gannon/Berlin, 29.7.1931.

Die Vorsicht und Zurückhaltung, die sich die Bankiers hier auferlegten, läßt einen tiefen Zwiespalt vermuten zwischen legitimer, alteingeübter Praxis, eigene Geschäftsinteressen zu wahren - Grant hielt sich im Auftrag seiner Bank ohnehin in Berlin auf -, und oktroyierter Verantwortlichkeit für ein nur auf der dünnsten Oberfläche wirtschaftliches und in der Substanz politisches Problem.

Das Dilemma war ja keineswegs neu. Bereits 1923 hatte Hughes' Vorschlag, die Reparationszahlungen durch private Sachverständige feststellen zu lassen, eine Kontroverse zwischen dem demokratischen Senator Joseph P. Robinson und den "Internationalisten" unter den Republikanern, wie eben Hughes oder Hoover, entfacht. Robinson hatte den Vorwurf erhoben, die Verantwortung für die Außenpolitik eines Landes dürfe nicht den Fähigkeiten privater Bankiers, Geschäftsleute und Börsenmakler überlassen bleiben. Verantwortung müsse in erster Linie die Exekutive übernehmen, denn die anstehenden Themen in Zusammenhang mit der Reparationsfrage verlangten nach "public authority", nicht nach "private responsibility".⁶⁾

In seinen Einwänden hatte Robinson Zustimmung bei Norman H. Davis gefunden, der seine Kritik auf die Formel vom "back door approach to economic diplomacy" brachte. Anno 1931 mögen manchem Bankier die warnenden Worte Davis' aus dem Jahre 1924 ins Gedächtnis zurückgekehrt sein: "(I deplore) leaving to private citizens ... the task of helping to bring order out of world chaos. This sort of participation (in world affairs) is inadequate, undignified and cowardly. The problems of the day are too great, too vital to our security and prosperity, to be left to this haphazard treatment. They should be dealt with, they could be better dealt with, by officials and delegates of the United States Government, chosen and trained for the work, empowered to speak for America in measured and responsible terms."⁷⁾

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich in den Vereinigten Staaten die Praxis einer informellen Zusammenarbeit von "Big Business" und Regierung entwickelt, die im Namen von freiwilliger Zusammenarbeit, wissenschaftlichem Management, Rationalisierung und Effizienz diejenigen Ressourcen amerikanischer Bankiers und Industrieller freisetzen sollte, die erforderlich waren, um eine Wirtschaftsmodernisierung zu finanzieren und eine

6) zit. nach Betty Glad, Charles Evans Hughes and the Illusions of Innocence: A Study in American Diplomacy, Urbana, Ill. 1966, S. 235

7) Norman H. Davis, American Foreign Policy: A Democratic View, In: Foreign Affairs, vol. 3, Nr. 1, 15.9.1924, S. 22-34; bes. S. 27,32

Wiederherstellung Europas zu gewährleisten.⁸⁾

-
- 8) vgl. hierzu: Michael J. Hogan, *Informal Entente. The Private Structure in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918-1928*, Univ. of Missouri Press 1977, bes. Einleitung; Ellis W. Hawley, (Hrsg.), *Herbert Hoover As Secretary of Commerce, 1921-1928*, Univ. of Iowa Press 1981; Frank Charles Costigliola, *The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe, 1924-1930*, Diss. Cornell Univ. Press 1973, der ebenso wie Carl P. Parrini, *Heir to Empire. United States Economic Diplomacy, 1916-1923*, Univ. of Pittsburgh Press 1969 von einer anglo-amerikanischen Rivalität auf internationaler Wirtschaftsebene ausgeht. Im Gegensatz hierzu vertritt Hogan die These, daß Briten und Amerikaner bis spätestens zur Mitte des Dezenniums untereinander Arrangements getroffen hatten, die viele Streitigkeiten auf kooperativer Basis lösten. (vgl. S.7.) Mit dem Komplex "Regierung und Business" setzen sich ebenso auseinander: Louis Galambos, *Competition and Cooperation: The Emergence of a National Trade Association*, Baltimore 1966; Robert D. G. Cuff, *Business, Government and The War Industries Board*, Diss. Princeton Univ. Press 1966; Mira Wilkins, *The Maturing of Multinational Enterprise: American Business Abroad From 1914 to 1970*, Cambridge 1974.

2. Erste Standortbestimmungen und Zielsetzungen zum Entwurf eines Stillhalteschemas

In der "New York Times" hieß es, die großen US-Banken "verneinten mit Nachdruck", eine Übereinkunft mit dem Ziel unterzeichnet zu haben, Regierungsvorschläge zu verwirklichen, und der "Herald Tribune" berichtete von einem Riß, der sich mitten durch die banking community von Wall Street ziehe: Eine breite Phalanx bezog Stellung gegen das Stillhalteprojekt; Zustimmung fand Hoovers Plan nur bei einer kleinen, aber wichtigen Minderheit.

Gemeinsam war allen Banken jedoch die Sorge vor einer ungewissen Indienstnahme durch die Regierung, und da sie befürchteten, einer entscheidungsunfreundigen Politik Washingtons vorgeschoben zu werden, schrieben sie die Forderung nach Reduktion oder völliger Eliminierung der Reparationszahlungen auf ihre Fahnen: "With Germany relieved of (the) necessity of paying reparations, existing short term credits could be transferred into long term loan without serious difficulty. If reparation payments were to continue, such long term loan would not be considered attractive."⁹⁾

Während die elf bedeutendsten Banken zu ihrem Mitte Juli geschlossenen "Gentlemen's Agreement" standen, waren es gerade die kleinen Institute, die sich am 22. Juli auf einer Konferenz in der Federal Reserve Bank weigerten, sich diesem Vorgehen anzuschließen und die Übereinkunft als verbindlich anzuerkennen. Und selbst eine Einigung auf nationaler Ebene und eine sehr wahrscheinliche Allianz mit den Engländern, durch die die anglo-amerikanische Gruppe rund zwei Drittel aller kurzen Auslandsgelder in Deutschland unterhielt, bedeutete noch keine Lösung des Problems: Es galt ja auch, Vereinbarungen mit Frankreich, Holland, der Schweiz und Schweden zu treffen.

Die stillzuhaltenden Kredite waren Bankkredite, die am häufigsten als Akzepte oder Barvorschüsse ausgegeben wurden. Die Akzepte - die von London und New York bevorzugte Form - waren im Grunde nichts anderes als kurzfristige Darlehen, um die Güterbewertung von und nach Deutschland zu finanzieren.

9) AA Büro R'Min, Bd. 45/4: Telegramm Leitner/Washington an AA, 23.7.1931; vgl. RecGr 59/462.00 R 296/4951: Memorandum Gespräch Pierre Boal/State Department mit Leitner, 14.8.1931

Eine ausländische Bank und ein deutsches Handelsunternehmen arrangierten sich entweder direkt oder durch Vermittlung einer deutschen Bank, indem die ausländischen Banken "agreed to accept bills drawn on them by the German firm or for the account of this firm by the foreign shipper of goods to Germany" bis zu einem festgesetzten Betrag. Für diesen Dienst pflegte die ausländische Bank eine Kommission in Rechnung zu stellen, deren Höhe sich nach dem "standing" des Kreditnehmers richtete und auf dem Londoner Markt etwas weniger als 1,5 Prozent jährlich betrug. Die ausländische Bank machte sich haftbar, sobald sie den Wechsel akzeptiert hatte, der nun, versehen mit der Unterschrift weltweit angesehener Häuser, leicht auf dem freien Markt diskontfähig war. Hier wurden die Wechsel von Banken gekauft oder von Personen, die ihre überschüssigen Geldmittel in kurzfristigen Titeln anlegen wollten. Diese Käufergruppe fungierte also als der "ultimate lender" für die beteiligte deutsche Firma.

Diese Akzeptkredite bewegten sich in einem Kreislauf ständiger Übertragung, denn sobald die alten Wechsel bei Fälligkeit eingelöst worden waren, zog die deutsche Firma beim Exportieren im Bedarfsfall neue Wechsel. Die Akzeptkredite wurden als quasi selbstliquidierend betrachtet.

In diesem Punkt unterschieden sich die Akzeptkredite von den gerade von Schweizer Banken bevorzugten Barvorschüssen, die nicht nur zur Finanzierung des deutschen Handels benutzt wurden, sondern auch zur Versorgung mit Betriebskapital, und die sich eben nicht in den selbstliquidierenden Prozeß einfügten. Eine direkte Kontrolle über den Verwendungszweck war so gut wie unmöglich, weil die Mehrzahl dieser Kredite der zwischengeschalteten Institution gewährt wurde. Aber ihre Liquidität hing letztendlich von der Solidität der deutschen Firma ab, an die die deutsche Bank diese Gelder weiterverliehen hatte.¹⁰⁾

Eine den aktuellen Verhandlungen vorgeschaltete Phase der Bestandsaufnahme nutzten die Komitees aus, um zunächst einmal präzise die Aufgaben zu beschreiben, für die es eine Lösung zu erarbeiten galt. Rasch erwies sich, daß die bloße Idee stillzuhalten, viel zu diffus und unspezifiziert war, um als Diskussionsgrundlage dienen zu können.

10) vgl. Charles R. S. Harris, Germany's Foreign Indebtedness, London 1935, S. 22/23

1. Erhaltung

Das vordringlichste Problem war alt: Es bestand in der Beibehaltung des Kreditvolumens. Ein plötzlicher Kreditabzug hätte aller Wahrscheinlichkeit nach ja auch in den Gläubigerländern schwerste Turbulenzen angerichtet; die Insolvenz der Schuldner hätte eine Reihe von Insolvenzen bei Gläubigerbanken und Accepting Houses nach sich gezogen.

2. Liquidität

Wesentlich war eine formelle Liquiditätserhaltung dieser Kredite, damit der Gläubiger nicht den Bankrott erklären mußte und der deutsche Außenhandel nicht zum Erliegen kam, was die darin verwickelten Banken hätte in ernsthafte Verlegenheiten stürzen müssen.

3. Rückzahlung

Es mußte eine Ordnung geschaffen werden, die Regeln für eine gleichmäßige und allmähliche Rückzahlung vorsah. Ohne die deutsche Währung in Gefahr zu bringen, mußte der Kreditumfang auf das Niveau gesenkt werden, auf dem eine "normale" Finanzierung von Ein- und Ausfuhr möglich war.

Genaue Aussagen über die Qualität der einzelnen Kredite zu treffen, erwies sich zu Beginn der Gespräche als ein unerfüllbares Unterfangen. Soweit mangelnde Sicherheiten für einen Wechsel bekannt waren, verschaffte man ihnen eine fiktive Liquidität, indem der Kredit des Schuldners gestützt wurde. Dies war eine Hilfskonstruktion, die einen "Triumph der pragmatischen Philosophie des als ob" darstellte.¹¹⁾

Dies war die Lage, als sich das Kabinett in Berlin während der Nachmittagssitzung des 25. Juli auf die Ankunft des Expertenkomitees vorbereitete, dem der Engländer Tiarks/J. Henry Schroeder Bank, der Amerikaner Gannon/Chase National Bank, der US-Berater bei der Bank von England Sprague und der Schwede Marcus Wallenberg angehörten. Die deutsche Seite vertraten Dreyse/Reichsbank, Jeidels/Berliner Handelsgesellschaft, Kastl/RDI, Melchior/Bankhaus Warburg und Schmitz/IG Farben.

Wie Luther notierte, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß "jetzt alles auf die Stillhaltung ankam, ob mit Moratorium oder ohne".¹²⁾ Luther und

11) Harris, a.a.O., S. 24

12) NL Luther, Bd. 365: Tagesbericht der Reichsbankpräsidenten Luther, 25.7.1931, In: Schulz, a.a.O., S. 795

Schäffer räumten der Wiedereröffnung eines normalen Bankverkehrs oberste Priorität ein und lehnten gemeinsam Dietrichs Vorschlag ab, eine Notverordnung, "also eine Art Auslandsmoratorium" zu erlassen, die die Abziehung von Guthaben verhindere, Nach Einschätzung des Reichsfinanzministerium gefährdete "irgendetwas im Sinne eines Auslandsmoratoriums" das mühsam erlangte Vertrauen des Auslandes; die sofortige Aufnahme von Stillhaltungsverhandlungen in Ergänzung durch Devisenverordnungen bildeten den einzig richtigen Ausweg.¹³⁾ Die Reichsbank wurde aufgefordert, Zahlungsmittel "in jeder erfordernten Höhe" bereitzustellen, wobei man von einem Bedarf zwischen 600 Mill. und 1 Mrd. RM ausging, denn bei Schließung von Betrieben und Unruhen in den Gemeinden waren die Gläubiger wohl kaum zur Stillhaltung zu bewegen.¹⁴⁾

Da auf Grund der unterschiedlich gelagerten Interessen der Auslandsbanken nicht mit einem raschen Abschluß der Stillhaltungsverhandlungen zu rechnen war, spekulierte die Presse, daß sich eine vorläufige Verlängerung der Zahlungssperre gegenüber den ausländischen Bankschulden nicht vermeiden lasse, selbst wenn der inländische Zahlungsverkehr wieder freigegeben würde.¹⁵⁾ Der Reichsverband der Deutschen Industrie drückte in einer Denkschrift ähnliche Befürchtungen aus. Den "teilweisen Nichterfolg" der Verhandlungen in Berlin antizipierend, bekräftigte er die Notwendigkeit eines Moratoriums, das ja ohnehin "in letzter Zeit viel von seinem Schrecken verloren" habe. "Das Moratorium," so die Forderung des RDI, "darf kein 'beneficium', sondern muß ein 'impedimentum' für den deutschen Schuldner werden. Bei einem Auslandsmoratorium, das von hoher Hand verfügt wird, muß es sich nicht um ein 'Du brauchst nicht', sondern um ein 'Du darfst nicht' handeln."

Gleichzeitig jedoch warnte der RDI davor, über den aktuellen Notmaßnahmen, mit denen den "Gefahren des Heute und Morgen" begegnet werden solle, nicht die zukünftige Erhaltung des Kreditgefüges aus den Augen zu verlieren.

13) vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 395, 22.8.931: "...letzten Endes (ist) selbst der schlechteste Stillhaltungsvertrag immer noch viel besser als ein von Deutschland erlassenes Auslandsmoratorium."

14) NL Schäffer, Bd. 12, S. 440/441, Eintrag 25.7. und 27.7.1931

15) Frankfurter Zeitung, Nr. 554, 28.7.1931

Er sprach deshalb die dringende Empfehlung aus, von vornherein die langfristig in Deutschland angelegten Anleihen "in klarer Form" von einem Auslandsmoratorium auszunehmen und die in diesem Zusammenhang entstehenden Verpflichtungen "absolut sicherzustellen" und "prompt zu erfüllen".¹⁶⁾

Die Struktur der deutschen Verschuldung erlaubte den Berliner Sachverständigen, den Themenstoff in drei Teile zu gliedern.

- Diejenigen zehn Prozent der Auslandsgelder (500 Mill. RM), die auf Reichsmarkguthaben entfielen, blieben zunächst ausgeschaltet, weil sie gewissermaßen den ständigen Dispositionsfonds des Auslandes im normalen Waren- und Finanzverkehr mit Deutschland bildeten und kaum zurückgezogen werden konnten.
- Bei der Behandlung der Rembourskredite (2,5 Mrd. RM) bestand Übereinstimmung, daß es sich hier lediglich um eine Verringerung, nicht aber um eine vollständige Rückzahlung handeln konnte, denn Rembourse würde es immer geben, solange Deutschland Außenhandel betrieb, so das deutsche Argument. (Zweitens waren Rembourskredite relativ leicht zu mobilisieren, weil sie in Trattenform liefen und infolgedessen nach Absprache mit den betreffenden ausländischen Notenbanken rediskontiert werden konnten.) Auf Wunsch amerikanischer und schweizerischer Banken verpflichteten sich die Aussteller der von den Auslandsbanken direkt akzeptierten Wechsel auch direkt gegenüber dem betreffenden Institut, das dadurch neben der Verpflichtung der deutschen Banken durch die Direktverpflichtung der letzten Kreditnehmer eine erhöhte Sicherheit besaß.
- Die eigentliche Schwierigkeit bildeten die sogenannten Valutakredite (2 Mrd. RM). Für sie wollte man versuchen, eine Bürgschaft der Golddiskontbank zu erlangen. Für den Fall, daß die Syndikatsgarantie nicht den vollen Umfang dieses Teils der Kredite umfaßte, strebte man eine Umwandlung in Wechsel und Ausstattung der neuen Papiere mit Rediskontfähigkeit bei den ausländischen Notenbanken an.¹⁷⁾

16) NL Kastl, Bd. 10: Denkschrift "Wie stehen die Stillhalte-Aussichten?" (ohne Datum, wahrscheinlich 29.7.1931)

17) Deutsche Bergwerks-Zeitung, Nr. 175, 29.7.1931

Die Bankenvertreter einigten sich darauf, daß die Golddiskontbank eine Garantie für zehn Prozent bei den Rembourskrediten, fünf Prozent bei den an die Banken gewährten Barkrediten und 20 Prozent bei den an die deutsche Wirtschaft direkt gewährten Krediten übernahm. Daß diese letzte Gruppe der Direktkredite (mit einem Umfang von 1 bis 1,5 Mrd. RM) in die Stillhaltung einbezogen wurde, galt in Fachkreisen als Überraschung und erregte vor allem holländischen und französisch-schweizerischen Widerspruch.¹⁸⁾

Den Auslandsbanken wurde das Recht eingeräumt, von ihren deutschen Kreditkontingenten die festgelegten Sätze von fünf, zehn, bzw. 20 Prozent auf die Golddiskontbank umzulegen, wobei es ihrer Entscheidung überlassen blieb, welchen deutschen Firmen sie den Kredit entziehen wollten. Diese Bestimmung sicherte den Gläubigern einen gewissen Spielraum, indem sie die Zusammenarbeit mit in ihren Augen nicht vertrauenswürdigen Firmen einschränken oder beenden konnten.

Daß man mit einer durchschnittlich zehnprozentigen Sicherung "abgekommen" war, galt in den Augen des Reichsfinanzministeriums als ein "großer Erfolg", während sich die Industrie gegen diese Sicherheitsleistung wandte. Hermann Schmitz (IG Farben) und Gustav Brecht (Rheinische Braunkohlen-AG) beugten sich nur widerwillig dem Argument, "daß es eine große Dummheit wäre, für diese Sache die Golddiskontbank nicht einzusetzen. Jetzt die Golddiskontbank zu verweigern, heißt, die ganze Stillhaltungsaktion zu gefährden."¹⁹⁾ Dem Schuldner bot der Stillhalteentwurf die Möglichkeit, mit Genehmigung einer zu schaffenden Devisenkontrollstelle fällige Wechsel an das Ausland zu bezahlen - eine Regelung, um das "revolving" der für die Finanzierung des Außenhandels in Anspruch genommenen Kredite zu gewährleisten. Dadurch kam nämlich der ausländische Gläubiger theoretisch wiederum in die Lage, im Rahmen der Kreditlinien deutschen Importeuren und Exporteuren neue Rembourskredite zu gewähren.²⁰⁾

18) vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 357, 4.8.1931

19) NL Schäffer, Bd. 12, S. 475-77, Eintrag 28.7. und 29.7.1931

20) Frankfurter Zeitung, Nr. 561, 30.7.1931 und Nr. 568, 2.8.1931; vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1460, 31.7.1931

Um eine formelle Einigung voranzutreiben, entwickelte das deutsche Bankenkomitee gemeinsam mit Reichsbank und Golddiskontbank einen verbindlichen Stillhalteentwurf, der der Federal Reserve Bank New York am 30. Juli vorgelegt wurde.²¹⁾

Während Berlin hoffte, daß es sich bei der Annahme um eine juristische Formalie handeln würde, formulierte der Unterausschuß des amerikanischen Bankenkonsortiums Einwände und Wünsche auf Klarstellung,²²⁾ die mit Modifikationen am 5. August als offizielles Schreiben²³⁾ an die Reichsbank weitergeleitet wurden. Deutsch-amerikanische Uneinigkeit herrschte in folgenden Punkten:

1. Laufzeit der Stillhaltung

Die deutsche Gruppe forderte einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten; die Amerikaner nannten eine Phase von 90 Tagen und setzten die Klausel hinzu, daß die Stillhaltung in jedem Fall bei Erklärung eines allgemeinen Moratoriums ende.²⁴⁾

2. Ausdehnung der Stillhaltung

Die New Yorker Banken lehnten es ab, wie vorgeschlagen die ausländischen Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in das Warteschema einzubeziehen.

3. Stichtag für Stillhaltebeginn

Nach deutschen Vorstellungen sollte das Kreditvolumen in der Höhe eingefroren werden, auf der es sich am Tage der Schließung der Danat-Bank, dem 13. Juli, befunden hatte. Mit Blick auf das für den

21) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Entwurf des deutschen Bankenkomitees: "With a View to Giving Effect to the Proposals of the London Conference", Schreiben Luther an Harrison, 30.7.1931

22) Aldrich Papers, box 74 und FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. 261.12: Group Report to Bankers, 3.8.1931; vgl. auch Bank of America Archives, RecGr 3.4, box 35.5: Schreiben H.P. Preston/Vice President Transamerica Corporation, New York an Jean Monnet/Vice Chairman Transamerica Corporation, San Francisco, 3.8.1931

23) Aldrich Papers, box 74 und FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. 261.12: Proposed Cable Reply to Dr. Luther, 5.8.1931

24) vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 361, 6.8.1931

4. August in London angesetzte Treffen der englischen, französischen, holländischen und schweizerischen Stillhaltevertreter, die sich untereinander absprechen und dem über Paris anreisenden Gustav Schlieper ihre Wünsche vortragen wollten,²⁵⁾ erwog der Group-Report der US-Banken zunächst den 31. Juli als die praktischere Lösung: Er ging davon aus, daß die deutschen Kreditnehmer seit Monatsmitte den Schuldenberg weiter abgetragen hatten, da außerhalb NewYorks und Londons keine dem Gentlemen's Agreement vergleichbare Übereinkunft getroffen worden war. Eine Verlegung auf einen um 18 Tage späteren Termin bedeutete für die Akzeptkredite eine Verringerung der Linie um 580, für Valutakassakredite um 270 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der anderen Kredite galt die Stillhaltung dann nach Schätzungen des RDI lediglich für weniger als drei Fünftel des am 13. Juli ausstehenden Gesamtbetrages. Kastl wählte "die Grenze des praktisch Durchführbaren" erreicht, denn außerdem mußte ja der Zins- und Amortisationsdienst der langfristigen Schulden in einer Höhe von rund 1500 Millionen RM pro Jahr aufrechterhalten werden.²⁶⁾

Die endgültige Fassung behielt den 13. Juli als Stichtag bei, modifizierte aber, die Konditionen müßten für den ausländischen Gläubiger mindestens so günstig sein, wie diejenigen, die zwischen dem 13. Juli und dem Tag herrschten, an dem der Vertrag rechtskräftig werde.

4. Garantie der Golddiskontbank

In definitiver Form schrieben die US-Bankiers die Verpflichtung der Golddiskontbank fest, während der Laufzeit des Abkommens jederzeit eine Garantie für Akzepte und/oder andere Formen der Verschuldung zu übernehmen, wann immer der amerikanische Bankgläubiger dies wünsche. Nach deutscher Version sollte die Golddiskontbank über einen breiteren Entscheidungsspielraum verfügen, innerhalb dessen sie die Übernahme bestimmter Garantien ablehnen konnte.

25) vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 357, 4.8.1931 und Nr. 364, 7.8.1931; Frankfurter Zeitung, Nr. 568, 2.8.1931

26) NL Kastl, Bd. 10: Schreiben RDI an deutsche Delegation des Bankenausschusses/Basel, 15.8.1931

In Übereinstimmung mit den Ansichten Washingtons stellte der Unterausschuß der amerikanischen Banken nochmals die ausdrückliche Forderung nach umfassenden Restriktionen durch die Reichsbank und nach angemessenen Schritten zur Repatriierung des ins Ausland abgewanderten deutschen Kapitals.

Dieser Forderung entsprach zum Teil ein Gesetz vom 1. August, das den Devisenankauf abhängig machte von der Zustimmung einer mit der Reichsbank eng zusammenarbeitenden Devisenstelle, um so die Gleichbehandlung der kurzfristigen Gläubiger sicherzustellen. Darüber hinaus wurde eine ständige Kontrolle über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland geschaffen, die zwei Ziele verfolgte: Rationierung der Wareneinfuhr und Verhinderung von Zahlungen an das Ausland bei Devisenmangel.

Um eine weitere Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern, schrieb der Gesetzgeber eine Melde- und Anbietungspflicht für Devisen und Auslandsforderungen vor, durch die die Reichsbank in die Lage versetzt werden sollte, die ins Ausland gelangten Vermögenswerte wieder in die Hand zu bekommen.²⁷⁾

Zu der ernüchternden Analyse, daß diese Vereinbarungen eine Zwangsbewirtschaftung der Auslandskredite einleiteten, trat die Furcht vor ergänzenden Notverordnungen. Die Fachpresse warnte vor der Gefahr, "daß der Staat die gegenwärtige günstige Gelegenheit benutzt, um in allerbreitester Front durch planwirtschaftliche Okkupation in die wichtigste privatwirtschaftliche Sphäre einzudringen...die Planbewirtschaftung durch ein Ministerium ... ist nicht als Fortschritt zu werten."²⁸⁾

So sehr die allmähliche Konkretisierung und Organisation des Hooverschen Stillhaltungsgedankens dazu angetan war, die deutsche Wirtschaft "wieder flott" zu machen, - so überschrieb Schäffer das betreffende Kapitel seiner Wallenberg-Studie - markierte sie die einsetzende Erosion eines an privatwirtschaftlichen Prinzipien orientierten Systems und das Heraufziehen staatlicher Aufsicht und Reglementierung. Carl Melchior vom Hamburger Bankhaus Warburg prophezeite, "was wir jetzt

27) vgl. NL Schäffer, Bd. 49: Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise 1931, S. 138/39

28) Wilhelm Kalveram, Planwirtschaft im Bankwesen?, In: Bankwissenschaft, 8. Jg., 1. Halbjahresband 1931/32, Heft 11, S. 373-79, Zitat S. 374, 376 und In: Kölnische Zeitung, Nr. 466, 28.8.1931; vgl. auch Frankfurter Zeitung, Nr. 561, 30.7.1931

erleben, ist eine Zerstörung der Spielregeln des kapitalistischen Systems, das auf deren strikter Innehaltung beruht. ... Diese Lossagung von den Spielregeln erträgt das kapitalistische System in Deutschland nicht. Das geht weiter und weiter, und daran geht es zugrunde."²⁹⁾ Ähnliche Befürchtungen hegte der britische "Economist", der in der Stillhaltung einen "beunruhigenden Aufbruch des klassischen Systems von individuellen Schuldner-Gläubiger-Beziehungen" sah.³⁰⁾

Auf den ironischen Zusammenhang, daß es ausgerechnet ein republikanisches Amerika war, das Deutschland keine Alternative ließ, als eine Politik strenger, staatlicher Überwachung der Wirtschaft einzuschlagen, hat Bennett hingewiesen.³¹⁾

In dieser Haltung kam der Pragmatismus der US-Administration zum Ausdruck, als es darum ging, sich gegen eine als ungerechtfertigt empfundene Inanspruchnahme für Ziele Dritter abzusichern. Bereits im Vorfeld der Londoner Konferenz hatten nach Ansicht Washingtons alle Anzeichen darauf hingewiesen "that instead of instituting the strictest measures of control, the German Government is temporizing in the hope of assistance from the United States ... The point we wish to make strongly ... is that vigorous German action must of necessity precede any hope of outside assistance."³²⁾

29) zit. nach Lüke, a.a.O., S. 321; vgl. auch Eckhard Wandel, Hans Schäffer - Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 217

30) Economist, Bd. 113, Nr. 4607, 12.12.1931, S. 1108/09

31) Bennett, a.a.O., S. 277; vgl. auch FED, Germany-Reichsbank-Credit, Nr. C 261.12: vertrauliches Schreiben Parker Gilbert an Harrison, 21.7.1931, in dem Gilbert seine Kritik in zwei Punkten zusammenfaßte:
- Von der Reichsbank verlangte er, alle einer Zentralbank möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontrolle über Währung und Devisen (currency and exchange) wiederzuerlangen und um den Abfluß inländischen Kapitals zu stoppen.
- Von der Reichsregierung verlangte er, unverzüglich Schritte einzuleiten, um die öffentlichen Finanzen wiederherzustellen und um die kurzfristigen Verpflichtungen zu verringern.

32) NA RecGr 59, 862.51/3098: Telegramm Castle an Sackett/Berlin, 15.7.1931

3. Die Tagung des Baseler Sachverständigenausschusses und die Ergebnisse des Layton-Wiggin-Reports

Während die privaten Bankgläubiger in den einzelnen Ländern Ausschüsse zu organisieren begannen und nach Formen für die Gestaltung der Stillhalteaktion suchten, unternahmen Regierungen, Zentralbanken und BIZ parallele Anstrengungen, der Londoner Empfehlung gerecht zu werden, d.h. ein Komitee zur Untersuchung des unmittelbaren deutschen Kreditbedarfs ins Leben zu rufen. Mit Besorgnis verfolgten die Amerikaner bei der BIZ den Plan der Bank von England, Sir Walter Layton zu entsenden. Der von Layton herausgegebene "Economist" galt als Fürsprecher einer radikalen Reparationslösung im Sinne Normans. Diese Denkschule Laytons hatten die Vertreter der USA im Hinterkopf, wenn sie selbst ein Komitee bevorzugten, das sich aus praktischen Bankiers und nicht aus Wirtschaftsfachleuten zusammensetzen sollte: In Washington hegte man die Befürchtung, Norman wolle mit Unterstützung Laytons das Untersuchungsfeld so weiträumig abstecken, daß die Behandlung politischer Sachverhalte unausweichlich blieb: "He (Norman) is desirous of securing from the committee some general recommendation to the effect that the German problem cannot be solved without certain fundamental changes in Europe such as the reconsideration of the Versailles Treaty of the reduction of Germany's reparation debts." In Basel wolle die Bank von England nun das Ergebnis erzwingen, das sie in London nicht durchgesetzt habe.³³⁾ McGarrah und Fraser erklärten von Basel aus ihre offene Opposition und drängten Harrison mit dem Argument auf Gegenkurs, daß eine akademische Studie von Wirtschaftswissenschaftlern in diesen Tagen völlig "fehl am Platze" sei.³⁴⁾

Burgess von der New Yorker Federal Reserve Bank stellte ebenfalls Überlegungen an, ob das Komitee der BIZ angesichts der britischen Position und Laytons wahrscheinlicher Prädisposition in der Lage sein werde, Ergebnisse von irgendeinem Wert zu erzielen, und warnte Harrison vor überspannten Erwartungen: "It will be difficult to reach any findings which will

33) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Memorandum Telefongespräch Crane - Fraser/BIZ, 25.7.1931

34) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 2: McGarrah/BIZ an Harrison, 25.7.1931

appear to be more satisfying than those reached by the minister at their conference. ... I suspect the study will lead further to the conclusion that there will have to be an continuation for some considerable period of present foreign credits in Germany."³⁵⁾

In dem englisch-amerikanischen Dissens, der auf den ersten Blick als eine auf Mutmaßungen beruhende Präliminarie erschien, brach einmal mehr die amerikanische Selbsttäuschung hervor, die Finanzkrise als ein rein wirtschaftliches Phänomen behandeln zu können. Entlarvend war ja schon die Tatsache, daß sich die Beschickung des Sachverständigenkomitees zu einem Politikum auszuwachsen drohte. Hinzu kamen die Vorbehalte der New Yorker Banken, daß eine vorgehende Lösung der Reparationsfrage eine Lösung der anstehenden Kreditfrage erheblich begünstigen würde.

Die Reichsregierung trug nicht zur Entspannung der Lage bei, als sie sich telefonisch bei der Bank von England erkundigte, ob nicht der Harvard-Professor Sprague nominiert werden könne. Nachdem Norman unter Hinweis auf Spragues amerikanische Staatsbürgerschaft abgelehnt hatte, wandte Brüning sich hilfesuchend an die Federal Reserve Bank,³⁶⁾ die jedoch für diesen Versuch der Einmischung wenig Verständnis aufbrachte.³⁷⁾ Es ist

35) FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Memorandum William R. Burgess an Harrison, 31.7.1931

36) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4717: Telegramm Sackett/Berlin an Castle, 25.7.1931

37) NL Schäffer, Bd. 12, S. 444, Eintrag 25.7.1931: Memoranden über ein Gespräch mit Kiep/New York über eine Nominierung Spragues und über ein Gespräch mit Paul Kempner/Mendelssohn & Co. über eine mögliche Kandidatur George Murnanes/Lee, Higginson & Co., Berlin. Nach Ansicht Kempners gab es nicht viele Amerikaner so wie Murnane, die "ohne deutsche Blutbestandteile so deutschfreundlich wären". - Für die Reichsregierung gab es allerdings einen gewichtigen Grund, Murnanes Kandidatur nicht zu forcieren. In der banking community von Wall Street galt Lee, Higginson & Co. als eine Adresse zweiter Wahl. Das erklärt wohl zum Teil den Umstand, daß es diesem Haus - mochte es mit den deutschen Verhältnissen noch so eng vertraut und am deutschen Kreditwesen noch so exponiert beteiligt sein (125-Millionen-Dollar-Überbrückungskredit vom 11. Oktober 1930) - nicht gelang, Eingang in die Gruppe derjenigen New Yorker Banken zu finden, deren Vertreter federführend an internationalen Sachverständigenausschüssen oder Stillhaltekomitees beteiligt waren.

zweifelhaft, so verlautete aus der Liberty Street, ob es richtig sei, einen Theoretiker anstelle eines praktischen Bankiers zu ernennen.

Nachdem sich Harrison in einem regen Austausch mit dem Board in Washington darauf verständigt hatte, daß das amerikanische Komiteemitglied weder als ein Vertreter der Federal Reserve Bank in New York noch des Federal Reserve Systems, sondern als ein Unabhängiger fungiere,³⁸⁾ ging am Abend des 30. Juli in Basel die letzte Ernennung ein: Der Delegierte der Vereinigten Staaten hieß Albert H. Wiggin (Chase National Bank).³⁹⁾

Stunden zuvor hatten die anderen Zentralbanken ihre Entscheidung veröffentlicht: Alberto Beneduce (Consorzio di Credito per le Opere Pubbliche, Rom) für Italien, Rudolf G. Bindschedler (Cr'edit Suisse, Zürich) für die Schweiz, P(aul?) Hofstede de Groot (Amsterdamsche Bank, Amsterdam) für die Niederlande, Emile Francqui (Société Générale de Belgique, Brüssel) für Belgien, Sir Walter Layton (Herausgeber des "Economist") für Großbritannien, Carl Melchior (Bankhaus Warburg, Hamburg) für Deutschland, Emile Moreau (Banque de Paris et des Pays-Bas) für Frankreich, Oskar Rydbeck (Skandinaviska Kredit-Aktie-Bolaget, Stockholm) für Schweden und T. Tanaka (Bank of Japan) für Japan.⁴⁰⁾

Als die Konferenz am 8. August ihre Beratungen unter dem Vorsitz von Albert Wiggin aufnahm, ließen Franzosen wie Belgier wenig Interesse erkennen, einen langfristigen Kredit zu diskutieren; diesen Punkt betrachteten sie als "akademisch". Sie beabsichtigten, den Kreditbedarf im Zeitraum des Hoover-Moratoriums zu untersuchen, ohne die Themen Young-Plan, Reparationen und interalliierte Verschuldung zu berühren.⁴¹⁾

38) Federal Reserve Board, 18, II: Minutes of Meeting, 28.7.1931

39) Nach Einschätzung Vockes war Wiggin "so offiziös wie ein Amerikaner, der nicht Regierungsvertreter ist, sein kann". (NL Schäffer, Bd. 13, S. 597, Eintrag 10.8.1931)

40) WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Cochran/Basel an Stimson, 30.7.1931; FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With G. W. McGarrah 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch Harrison - McGarrah, 31.7.1931; Federal Reserve Board, 18, II: Minutes of Meetings, 5.8.1931

41) WBr, PresPap, FinCorr, 1010 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4880: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 8.8.1931; vgl. auch FRUS 1931, I, S. 314/15

Die Behauptung, daß sich französische und deutsche Absichten in dieser eingeschränkten Aufgabenstellung trafen,⁴²⁾ steht im Widerspruch zu den deutschen Quellen. Melchior erklärte nämlich gleich zur Eröffnung, "kurzfristige Kredite können wir nicht gebrauchen; ... ein allgemeiner Entspannungskredit von etwa 2 Jahren, um das Devisenpolster der Reichsbank anzureichern, ist uns dagegen erwünscht."⁴³⁾ Ohne diese Hilfe sah Deutschland nach seinen Darlegungen einen Ausweg nur in einem forcierten Export und einer durch geminderte Kaufkraft gedrosselten Einfuhr. Layton zeigte sich beeindruckt, nannte diesen Weg als nicht erträglich für das internationale Wirtschaftsleben - es waren in der Sitzung Vorwürfe wegen eines deutschen Schleuderexportes und wegen Dumpingmethoden gefallen⁴⁴⁾ - und gab zu bedenken, ob es nicht an der Zeit sei, die grundsätzliche Frage der Reparationen zu berücksichtigen. Sekundiert wurde er von Beneduce, der die Gewährung eines neuen Kredites abhängig machen wollte von dem Entwurf einer Rückzahlungstableaus, in das es notwendigerweise die Reparationen einzu beziehen galt.

41) WBr, PresPap, FinCorr, 1010 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4880: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 8.8.1931; vgl. auch FRUS 1931, I, S. 314/15

42) siehe Bennett, a.a.O., S. 289, der hauptsächlich englische und amerikanische Quellen herangezogen hat.

43) AA W'Rep, Bd. 5: Besprechung in der Reichskanzlei über Telefongespräch Melchior/Basel-Schäffer, 11.8.1931; NL Schäffer, Bd. 13, S. 597-99, Eintrag 10.8.1931; AA Büro R'Min, Bd. 43/4: Telegramm Foerster/Basel an Schäffer, 10.8.1931; vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 8.8.1931; AA Büro R'Min, Bd. 45/4 und NL Kastle, Bd. 10: "Memorandum zum Vorschlag über ein Stillhalteabkommen", 13.8.1931

44) vgl. dazu Carl Oppenheimer, Die Export-Hypnose, In: Das Tagebuch, 12. Jg., 1. Halbbd., Heft 5, 31.1.1931, S. 168-71: "Aber man muß sich zuerst einmal darüber klar werden, was Export überhaupt bedeuten kann. ... Wo sind die Märkte, die plötzlich einen solchen Überschuß aufnehmen sollen, angesichts der Tatsache, daß die ganze Welt bankerott ist und alle Industrieländer mit Gewalt exportieren wollen? Die ganze Idee, unsere Wirtschaftsnot durch so gewaltsam gesteigerten Export beheben zu können, ist einbarer Unsinn." (S. 170)

Daraufhin unterbrach der amerikanische Vorsitzende die Konferenz, um dem britischen Vertreter zu erklären, welch ein "äußerst gefährlicher Punkt" dies sei; Moreau und Francqui kündigten ihre Abreise bereits für den Fall an, daß die Erörterungen auf das Reparationsgebiet hinüberglitten. Wiggin sah sehr deutlich, daß das Thema "Reparationen" in der einen oder anderen Form immer wieder auftauchen würde, solange die Frage nach einem Langzeitkredit ohne Antwort blieb, und ermunterte Berlin, selbst die Initiative zu ergreifen. Drei Wege standen offen:

- Antrag auf Einberufung des Beratenden Sonderausschusses unter dem Young-Plan,
- diplomatische Verhandlungen,
- Erweiterung des Auftrags, der "terms of reference", für das Baseler Komitee.

So recht es der Reichsregierung war, daß die Reparationsfrage auf die Tagesordnung gesetzt wurde, so ungelegen kam ihr dieser frühe Zeitpunkt. Zum einen hoffte Brüning auf vorgeschaltete Konsultationen in Berlin mit den Komiteemitgliedern; zum anderen befürchtete die Reichsregierung, daß jedwede Entscheidung in der Frage um Gewährung eines Kredites das Schicksal der gesamten Stillhaltung präjudiziere. Immerhin hatten sich die einzelnen Bankenkomitees, die zur gleichen Zeit in Berlin, Zürich und London tagten, noch auf keinen gemeinsamen Schwerpunkt einigen können. Melchior setzte deshalb auf Zeitgewinn und bat Wiggin, "noch zwei bis drei Tage Seminar zu treiben". "Die ideale Behandlung der Dinge wäre ... zunächst Seminar, dann Stillhaltungsverhandlungen im Komitee, dann Komitee-Reise nach Berlin und schließlich Bericht."⁴⁵⁾

Die von Wiggin favourisierte Lösung, die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses, ließ die Mehrheit in Basel auf entschlossenen deutschen Druck hin fallen. Melchior betonte, seine Regierung zöge entweder eine neue Kommission oder eine politische Unterhaltung jeder Beratung unter Young-Plan-Vorzeichen vor.

Der Wigginsche Vorschlag provozierte die Formulierung weiterer Optionen, die die von Anfang an bestehende Gewißheit verdeutlichten, unter den gegebenen Bedingungen in Basel kein Ergebnis erreichen zu können: Entweder verwies das Komitee den Untersuchungsauftrag an die Regierungen zurück

45) Besprechung in der Reichskanzlei, 11.8. 1931, a.a.O.

mit einer Empfehlung zum weiteren modus procedendi, oder es forderte eine Erweiterung seines Untersuchungsauftrages "to get to the bottom of questions involved in Germany's situation."⁴⁶⁾

Einen Spalt durch das Komitee riß die Frage um die von Brüning gewünschte Berlinreise der Delegierten. Wiggin, Layton und Moreau erklärten ihre Bereitschaft, doch Beneduce und dann auch Francqui erhoben einen solchen entschiedenen Einspruch, der es Moreau unmöglich machte, seine Einwilligung weiterhin aufrechtzuerhalten: Eine Verlegung des Tagungsortes würde in Belgien und Frankreich und vor allem in der Presse dieser Länder politisch ungünstig beurteilt werden und falsche Hoffnungen bezüglich großer Kredittransaktionen wecken. Man würde sagen, das Komitee stünde unter dem Einfluß der deutschen Regierung und sei nicht mehr unabhängig. Bindschedler und Rydbeck schlossen sich diesen Spekulationen an.

Eine weitere zwiespältige Reaktion rief die von Melchior aufgestellte Rangfolge hervor, "die großen Fragen", d.h. die Reparationsthematik, hinter die Stillhaltung zu setzen.⁴⁷⁾ Auf die Anfrage, welches der "richtigste Augenblick" zur Aufrollung des Reparationsproblems sei, kamen zur Zurückhaltung mahnende Worte aus der deutschen Botschaft in Washington: Wenn gleich sich auch die Ansicht vertiefte, daß Deutschland mit dem Hoover-Moratorium ebensowenig wie mit Krediten geholfen sei und daß letzten Endes eine Schuldenrevision kommen müsse, werde die US-Administration zunächst nichts unternehmen. Washington klammerte sich an die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung und betrachtete die zukünftige Wiederaufnahme von Zahlungen als eine cura posterior: "Man befürchtet (eine) Aufrollung (der) Schuldenfrage nicht nur, weil dadurch (die) innerpolitische Opposition versteift wurde, sondern weil dadurch auch außenpolitische Schwierigkeiten entstehen würden, insbesondere von französischer Seite. ... Bei dieser Sachlage würde eine sofortige Anschneidung (in der) Frage (einer) Verlängerung (des) Hooverjahres und noch mehr (eine) Aufrollung (der) Reparationsfrage bei (der) hiesigen Regierung auf das

46) NA RecGr 59, 862.51/3161 und 462.00 R 296/4923; WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Cochran/Basel an Stimson, 12.8.1931

47) NL Schäffer, Bd. 13, S. 602-13, Eintrag 11., 12., 13.8.1931; NA RecGr 59, 862.51/3164, 462.00 R 296/4931 und WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Cochran/Basel an Stimson, 13.8.1931

unangenehmste empfunden werden, würde Ablehnung und Verurteilung begegnen..."⁴⁸⁾ Immerhin war das Hoover-Moratorium erst fünf Wochen zuvor in Kraft getreten und erlaubte deshalb noch keine längerfristigen Aussagen über seine Wirksamkeit. Und der Kongreß, der das Schuldenfeijahr noch billigen mußte, räumte nationalen Belangen wie der brennenden Frage nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit Vorrang ein.⁴⁹⁾

Die Situation, die sich aus dem deutschen Zeitschema ergab, bezeichnete Wiggin als "unlogisch": Man wisse doch, daß die Schwierigkeiten nach sechs Monaten genauso vorhanden wären, wenn in der Zwischenzeit nicht "das große Problem" zur Sprache komme. Er trat für die Konstituierung eines neuen Komitees möglichst unter Regierungsbeteiligung ein, um die Reparationsfrage zu diskutieren und offizielle Maßnahmen in die Wege zu leiten⁵⁰⁾ - ein Vorschlag, der Owen D. Young zu umgehendem Einspruch herausforderte. Von größter Wichtigkeit sei es, den bereits bestehenden Vertrag, "a solemn treaty", aufrechtzuerhalten, denn er biete ja bereits ein Programm zur Erleichterung und Teilrevision als Grundlage für weitere Hilfsmaßnahmen. Obwohl Young zugestand, daß dieser Prozeß langsam und mühselig und die Young-Plan-Maschinerie den bestehenden Anforderungen nicht ganz angemessen sei, war die Warnung an Wiggin unmißverständlich: "If you try to start new, treating the present plan as dead, no government in any country will be strong enough to make new basic commitments again... In this way (procedure à la Young Plan) a permanent solution will be reached much more

48) AA Büro R'Min. Bd. 43/4: Telegramm Leitner/Washington an AA, 15.8.1931

49) vgl. R'kz Bd. 316 und AA Büro R'Min, Bd. 43/4: Telegramm v. Prittwitz/Washington an Reichskanzlei, 21.8.1931

50) Columbia, Harrison Papers, binder 34: Telegramm Wiggin/Basel an Harrison, 16.8.1931; Die Gedankengänge der britischen Regierung bewegten sich in ähnlichen Bahnen: Sie befürworteten ein Gesuch der deutschen Regierung an MacDonals als den Chairman der Sieben-Mächte-Konferenz, in dem sie um Fortsetzung der Komiteearbeit auf breiterer Grundlage bar. Dies sollte entweder vor Abschluß des endgültigen Baseler Reports oder nach Veröffentlichung eines Interimberichtes geschehen.

rapidly than to try any short cuts."⁵¹⁾

Andere Akzente setzten Sondierungen der deutschen Botschaft mit der Division of Western European Affairs im State Department. Deren Leiter Pierre S. Boal riet lebhaft davon ab, die Reparationsfrage zu jenem Zeitpunkt zu stellen. "...it would not help to raise the reparations issue again so soon ... there was a tendency toward a suspicion ... that Germany was more interested in getting rid of reparations than making an economic recovery and that the successive economic pleas were put forth for the purpose of gradually breaking down the reparations and the Versailles Treaty systems".⁵²⁾

Diesem Verdacht durfte Berlin sich nicht aussetzen. Obschon Brüning niemals eine Revision der Reparationsfrage als das übergeordnete Ziel seiner Politik aufgab, verlagerte sich im Sommer 1931 dennoch das Schwergewicht auf die vordringlichen Überlebensübungen. Mit dem Zusammenbruch der Danat-Bank und dem Ausbleiben von Krediten aus dem Ausland begann der Wettlauf gegen eine Krise, die Brüning über Notverordnungen und Provisorien einzudämmen und zu beenden versuchte.

Während sich das offizielle Amerika beharrlich auf quasi-isolationistische Positionen zurückzog, sobald das Thema des europäischen Schuldensystems zur Sprache kam, machten die US-Banken von ihrem Blickwinkel sehr wohl Berührungspunkte ihrer eigenen Interessen mit denen Europas aus. Im Grunde war es Washington wie New York klar, daß ihr Engagement in der Stillhaltung das poröse europäische Finanzgefüge zu unterspülen begann, denn Stillhaltung ist nie eine wirkliche Lösung, ist immer nur eine Aufschiebung, die à la longue nach einer Entscheidung verlangt.

51) Columbia, Harrison Papers, binder 34: und FED, Committee on German Foreign Credit, Nr. C 261.12: Telegramm Owen D. Young an Wiggin/Basel, 18.8.1931; vgl. auch NL Schäffer, Bd. 13, S. 671, Eintrag 20.8.1931: Nach Informationen von Melchior nahm Wiggin es als sicher an, dieses Telegramm sei von Parker Gilbert veranlaßt. Melchior sah hierin den Beweis, daß man die Hoffnung auf Unterstützung durch das Haus Morgan abschreiben müsse.

52) NA RecGr 59, 462.00 R 296/4951: Memorandum Gespräch Boal - Leitner, 14.8.1931

Erst eine Zusammenschau von deutschem und amerikanischem Standpunkt erschloß die potentielle Chance der deutschen Diplomatie, die Stillhaltung als ein Vehikel zur Durchsetzung ihrer Reparationspolitik zu benutzen. Trotz gelegentlich geäußerter Ressentiments gegenüber den deutschen Banken, sie zögen sich auf den Standpunkt zurück, Schlechteres könne ihnen gar nicht mehr passieren, und die Gläubiger sollten sehen, wie sie zu ihrem Recht kämen,⁵³⁾ sahen Amerikaner wie Briten die absolute Notwendigkeit zu kooperieren ein: "American banks have too much money at stake in Germany to warrant too narrow a view of the actual needs and they must act intelligently to assure the ultimate working out of the crisis without loss to themselves."⁵⁴⁾

War erst der Beweis guten Willens erbracht, sich in den Stillhalteverhandlungen kompromißbereit zu zeigen und auch die in ihrer Folge entstehenden Restriktionen und Einbußen auf sich zu nehmen, bestand dann für Brüning nicht die reelle Aussicht, einen weiteren Vorstoß zur Revision erfolgreich wagen zu können?

Die theoretischen Überlegungen zu der Frage, welche Kompetenzen das Baseler Komitee besitze und welche Aussagen es treffen dürfe, führten zu praktischen Schwierigkeiten, als Layton damit begann, einen Bericht zu entwerfen, dessen Tendenz er bereits fünf Tage vor Veröffentlichung der deutschen Delegation gegenüber umriß: In der Frage der kurz- und langfristigen Verschuldung sei kein positives Resultat zu erzielen, denn angesichts der deutschen Zahlungsbilanz schließe das Komitee eine Neuzufuhr von Krediten aus. In bezug auf die Stillhaltung wisse es um die "schwere Verantwortung", so Layton, den Banken zu raten, für die Dauer eines halben Jahres stillzuhalten, weil sich die Gefahren und Risiken ohne eine Änderung des status quo nicht verringerten. Man habe sich aber trotzdem zu dieser Empfehlung durchgerungen, damit in der entstehenden Atempause Maßnahmen zur Besserung der deutschen Zahlungsbilanz getroffen werden könnten.

53) NL Schäffer, Bd. 13, S. 619, Eintrag 14.8.1931: Memorandum Gespräch Schwerin-Krosigk - Tugendhat/Erka, London

54) WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986 und NA RecGr. 59, 862.51/3174: Telegramm Gordon/Berlin an Castle, 15.8.1931; vgl. auch FED, German Committee, Cables, August 1931-Dec 1934, Nr. C 261.12 C: Telegramm Tiarks/Basel an Stern, 8.8.1931

Das Kabinett in Berlin begrüßte Laytons Entwurf, implizierte er doch die Empfehlung, das Reparationsproblem so schnell wie möglich aufzugreifen. Es formulierte aber Einwände gegen die erwähnte sechsmonatige Stillhaltezeit: Brüning wollte hervorgehoben wissen, daß die Stillhalteaktion "ihre letzte Bedeutung" erst dadurch bekam, daß an ihrem Ende eine endgültige Regelung stand, und wollte das Baseler Komitee in die Verantwortung "gerade im Hinblick auf die weitere Zukunft" nehmen.⁵⁵⁾

Die endgültige Fassung vom 18. August gab eine souveräne Beschreibung des Zirkels deutscher Verschuldung, aus dem auszubrechen Deutschland ohne Hilfe von außen nicht in der Lage war.⁵⁶⁾ Auf Grund der restringierenden terms of reference - "to inquire into Germany's immediate further credit needs and to study the possibilities of converting a portion of the short term credits into long term credits" - durfte der Bericht nicht direkt Stellung zu der Reparationsfrage nehmen, und folglich gewann er seine Bedeutung nicht durch das, was er an Neuem und Positivem vorschlug, sondern vielmehr durch das, was er ausließ, andeutete und implizierte. Die deutsche Wirtschaft habe unter dem Anreiz hoher Zinssätze so viel Kapital an sich gezogen, daß die Zahlungen an ausländische Gläubiger gar nicht den eigenen Ressourcen entstammten, stellte der Bericht fest. Diese Entwicklung werde so lange anhalten, bis die kommerzielle Auslandsverschuldung durch den Ertrag eines Exports von Gold, Waren oder Diensten abgetragen werden könne.

55) NL Schäffer, Bd. 13, S. 614, 617/18, Eintrag 13.8.1931; vgl. auch Columbia, Harrison Papers, binder 34: Telegramm Crane/London an Harrison, 20.8.1931: "... no solution of German problems is possible unless governments put reparations on realistic basis. ... (the) whole structure of intergovernmental debts must be revised before the World recovers (sic/wohl: resumes) normal economic activity..."

56) Das Basler Gutachten über die deutsche Wirtschaftskrise. Der Layton-Bericht. Bericht des auf Empfehlung der Londoner Konferenz von 1931 ernannten Sachverständigen-Ausschusses bei der B.I.Z., Frankfurt 1931; "Report of the Committee Appointed on the Recommendation of the London Conference 1931", In: DBFP 2/II, Appendix II; Economist Nr. 4591, 22.8.1931, supplement; International Conciliation Nr. 280, May 1932, S. 175-91, hrsg. von Carnegie Endowment for International Peace

In vorsichtiger Sprache wurde die Tatsache umschrieben, daß Deutschland bisher nicht dazu in der Lage war, unter anderem für seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland aufzukommen. Ohne sich ein Urteil erlauben zu wollen - "(this) is not a question we have been asked to decide" - wies der Ausschuß warnend darauf hin, daß die Aufnahme kurzfristiger Kredite durch den fällig werdenden Schuldendienst eine von Jahr zu Jahr steigende Belastung für die deutsche Wirtschaft darstelle. Im Klartext hieß das: Von echter Reparationserfüllung war erst in dem Moment zu sprechen, wenn ein mit den politischen Zahlungen korrespondieren der Betrag der kommerziellen Auslandsschuld durch einen Exportüberschuß zurückbezahlt worden war. Die mit geliehenen Devisen bezahlten Reparationen zerstörten den deutschen Kredit, und damit sanken die Aussichten der kommerziellen Gläubiger, ihre Gelder zurückzubekommen.⁵⁷⁾ Vorschläge politischen Charakters zu unterbreiten, vermied der Ausschuß also unter Hinweis auf seine beschränkten terms of reference,⁵⁸⁾ "aber wir hielten es für unsere Pflicht, die Gründe herauszustellen, warum es zur Zeit unmöglich ist, in definitiven Plänen langfristige Kredite für Deutschland vorzuschlagen." Nach seiner Untersuchung des deutschen Kreditbedarfes kündigte der "Layton-Wiggin-Report" eine sechsmonatige Stillhaltung an und setzte mit dieser Vorabmeldung die internationalen Gläubigerausschüsse in moralischen und sachlichen Zugzwang. (Eine Einigung der am 14. August nach Basel gebetenen Bankenkomitees zögerte sich allerdings noch um etwa einen Monat hinaus.)

Trotz des begrenzten Untersuchungsauftrages kam die politische Komponente des Problems unweigerlich zur Sprache, als der Bericht auf den Themenkomplex der langfristigen Verschuldung einging. Zwei fundamentale Schwierigkeiten verhinderten eine Wiederherstellung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft, die im Grunde gesund sei. Die erste läge in dem politischen Risiko, denn solange die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten nicht auf die Grundlage freundschaftlicher Kooperation gestellt wurden, war keine Gewähr für einen dauerhaften und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt geleistet.

57) siehe hierzu Helbich, a.a.O., S. 70/71

58)) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 34: Telegramm Wiggin an Owen D. Young/Federal Reserve Bank New York, 19.8.1931

Die zweite Gefahr entspringe dem Gebiet der deutschen Außenverschuldung, die entweder nach Schneeballmanier einer fortlaufenden Erhöhung unterlag oder in ihrem wachsenden Mißverhältnis von Ein- und Ausfuhr die ökonomische Prosperität anderer Länder bedrohte. "Die Zeit drängt. In einem ihrer Mitglieder hat die Weltwirtschaft, deren Lebenskraft ohnehin geschwächt ist, eine schwere Erschütterung erlitten mit dem Ergebnis einer teilweisen Lähmung, der nur durch die ungehinderte Zirkulation von Geld und Waren abgeholfen werden kann." Der Report vertrat den Standpunkt, daß dies aber nur zu erreichen sei, wenn die Regierungen dieser Welt einsähen, daß die Verantwortung bei ihnen liege, und wenn sie umgehende Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens ergriffen:

"We wish ... to recall ... the German problem is part of a larger issue which deeply affects many other countries of the world. In this connection we wish to make two observations. The first is that in order to revive demand and thus to put an end to the continued downward movement of prices - which is enclosing both debtor and creditor countries in a vicious circle of depression - it is essential that the normal process of investment of fresh capital should be resumed, with a well defined economic purpose in view - namely, an increase in the purchasing power of the world.

Secondly, we would point out that the case of Germany provides the most forcible illustration of the fact that in recent years the world has been endeavoring to pursue two contradictory policies, in permitting the development of an international financial system which involves the annual payment of large sums by debtor to creditor countries, while at the same time putting obstacles in the way of the free movement of goods. So long as these obstacles remain, such movements of capital must necessarily throw the world's financial balance out of equilibrium. Financial remedies alone will be powerless to restore the world's economic prosperity until there is a radical change in this policy of obstruction, and international commerce ... is allowed to resume its natural development."⁵⁹⁾

In einer abschließenden Würdigung übertrug der "Layton-Wiggin-Report" die Verantwortung zur Lösung der Krise wiederum den Regierungen:

59) Report of the Committee Appointed on the Recommendation of the London Conference 1931, a.a.O.

"There are many ways in which this object (Vertrauen, Gesundung) could be achieved. If we refrain from putting forward detailed schemes to this end, it is only because of our conviction that action which lies outside our province must first be taken before any long-term German bonds, however well secured, can be sold. We therefore conclude by urging most earnestly upon all Governments concerned that they lose no time in taking the necessary measures for bringing about such conditions as will allow financial operations to bring to Germany - and thereby to the world - sorely-needed assistance."⁶⁰⁾

⁶⁰⁾ ebd.

4. Der Gegensatz zwischen Zentral- und Geschäftsbanken in der Frage einer Bindung des Reichsbankkredites an die Stillhaltung

Auf Einladung des internationalen Sachverständigenausschusses⁶¹⁾ setzten die ausländischen Gläubigerkomitees mit den deutschen Bankenvertretern (Gustav Schlieper/Deutsche Bank und Disconto Gesellschaft, Otto Jeidels und Hans Fürstenberg/beide Berliner Handelsgesellschaft, Richard Fuchs und Bodo von Wedel/ beide Reichsbank) seit dem 14. August ihre Stillhalteberatungen in Basel fort, denen die Gruppe um Wiggin ihre guten Dienste zur Verfügung stellen wollte, falls sich Schwierigkeiten bei einer Einigung ergeben sollten.⁶²⁾

Wenn Layton in seinem Bericht eine Einigung der Bankenkomitees auf ein Warteschema angekündigt hatte, so war dies eine ihrer Zeit vorausseilende Feststellung, denn die Gespräche fuhren sich fest in der Frage um

- die Erfassung der Markguthaben und
- die Bindung der Stillhaltedauer an die Prolongation des Reichsbankkredites.

Der Widerstand der Reichsbank, den Ausländern die freie Verfügungsgewalt über ihre Reichsmarkguthaben in einer Höhe zwischen 700 bis 800 Millionen einzuräumen, konnte nur durch die Androhung von Repressalien auf Gläubigerseite gebrochen werden. Die Kompromißformel sah vor, daß 25 Prozent des Markguthabens jedes Gläubigers an dem Tag freizugeben waren, an dem er dem Stillhalteabkommen beitrug. Für jeden weiteren Monat lag der Satz bei 15 Prozent, so daß nach Ablauf von fünf Monaten der Gesamtbetrag abgezogen sein konnte. Angesichts der ohnehin kurzen Stillhaltefrist stellte diese Klausel eine "schwere Belastung" dar, und die Reichsbank sicherte sich das Recht zu, die Konvertierung der Markguthaben in Devisen zu erschweren,

61) vgl. NA RecGr 59, 862.51/3158 und 462.00 R 296/4915: Telegramm Cochran/Basel an State Department, 11.8.1931

62) Die BIZ hatte bereits ähnliche Vermittlungsdienst angeboten. Vgl. NA RecGr 59, 862.51/3143 und 462.00 R 296/4816: Telegramm Cochran/Basel an State Department, 5.8.1931

falls solche Transaktionen die deutsche Devisenlage wesentlich beeinträchtigten.⁶³⁾

Die ausländischen Banken erklärten sich außerstande, ihre Kredite aufrechtzuerhalten ohne die Zusicherung von BIZ und Zentralbanken, den 100-Millionen-Dollar-Kredit nicht vor Ablauf der Sechsmonatsfrist abziehen. Diese Forderung kollidierte allerdings mit den Statuten der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank, die es nicht gestatteten, eine über die Dauer von drei Monaten hinausgehende Verpflichtung einzugehen. Gegenüber den Banken ihres eigenen Landes verwahrte sich die Bank von England gegen diese Verkoppelung "zweier grundsätzlich verschiedener Positionen" und hob hervor, daß die Verlängerung von Krediten zu dem normalen Geschäft von Banken gehöre. Die Bank von England sei - wie die übrigen drei Institute auch - in einem Notstand eingesprungen, und ein Rückzug müsse ihr zugesichert werden, wann immer sie ihn für angemessen halte.⁶⁴⁾

Diesen Gedanken baute Harrison in einem Schreiben an McGarrah zu einem Grundsatz-Diskurs über die unterschiedlichen Aufgaben von Geschäfts- und Zentralbanken aus: "I have no sympathy whatever with (the) position of (the) private bankers. ... There is a great difference in substance and in principle between private bank credits which have been outstanding for a long period of time as a basis of (a) commercial relationship between two countries and a central bank credit granted in an emergency and avowedly only for a short period to tide over an emergency. Furthermore there is the very practical difference that under the terms of the German decrees the private bankers cannot withdraw whereas the central bankers are in a position to do so by demanding gold from the Reichsbank which is not subject to the decrees. Therefore the effort to tie up the private bank credits is wholly

63) AA W'Rep, Bd. 5: Rundschreiben des Auswärtigen Amtes über das Stillhalteabkommen, 16.9.1931; vgl. Hans E. Priester, Das Ergebnis, In: Berliner Tageblatt, Nr. 389, 19.8.1931; Georg Katona, Das Stillhalte-Abkommen, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 48, 28.8.1931, S. 1620

64) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12 und Columbia, Harrison Papers, binder 20: Telegramm Jay E. Crane an Harrison, 18.8.1931

illogical and in my mind unjustified." 65)

Trotz prinzipieller Einwände entschloß sich die BIZ zu einer vermittelnden Position, bat die beteiligten Zentralbanken, die Frage als "practical matter" zu betrachten und eine gleich lange Laufzeit zu gewähren.

Luther ergriff Partei für die Forderungen der ausländischen Gläubigerinstitute, die ihm eine elegante Überleitung boten, auf seine Wünsche aufmerksam zu machen. Eine Absprache in der von der BIZ gewiesenen Richtung genügte ihm nicht; er verlangte "schon jetzt absolute Klarheit über diesen Punkt" der Verlängerung des Rediskontkredites durch die Notenbanken. Ohne Streichung dieser Klausel behielt er sich eine Ablehnung des Stillhalteabkommens vor. 66)

Warum legte die Reichsbank solch großen Nachdruck auf die Eliminierung jenes Paragraphen im Baseler Report, der feststellte: "This agreement provides for the continuation of credits to German debtors up to the total then outstanding for a period of six months from the date of the signing of the agreement, subject to an arrangement being made with regard to the existing central bank credits."?

Gegenüber dem Kabinett bezeichnete Luther die Entscheidung um Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung als "eine sachliche, psychologische und politische Frage". 67)

65) FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. C 261.1: Telegramm Harrison an McGarrah/BIZ, 21.8.1931; vgl. zu dieser Auseinandersetzung WBr, PresPap, FinCorr, 1010 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4953: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 16.8.1931; FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. 261.1: Telegramm McGarrah/BIZ an Harrison, 17.8.1931; WBr, PresPap, FinCorr, 1010 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4959: Telegramm Cochran/Basel an State Department, 17.8.1931; FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. C 261.1: Telegramm Harvey/Bank von England an McGarrah/BIZ, 18.8.1931; Federal Reserve Board, Minutes of Meetings, 18, II: Telegramm Harrison an Board, 26.8.1931

66) R'kz R 43 I, Bd. 316: Auszug aus der Niederschrift der Ministerbesprechung zum Zustandekommen der Stillhaltung, 22.8.1931

67) R'kz R 43 I, Bd. 316: "Einleitung in eine Materialzusammenstellung betreffend den Meinungsaustausch über die sechsmonatige Laufzeit des Stillhalteabkommens", 7.9.1931

In der Sache sah er die sechsmonatige Laufzeit der Stillhaltung als gefährdet an, solange über Gläubigern und Schuldern das Risiko des 6. November schwebte - des Stichtages, an dem der Rediskontkredit ablief. Das Moment der Unsicherheit wirke sich psychologisch nachteilig auf das Ziel einer wirtschaftlichen Beruhigung aus. Deshalb empfahl er der Reichsregierung, zu prüfen, "ob es möglich ist, vor der deutschen Öffentlichkeit und vor dem im Oktober zusammentretenden Reichstag die durch Notverordnungen zu ergreifenden Maßnahmen und ... die Inanspruchnahme des Garantiefonds der Golddiskontbank zu vertreten und zu verantworten, wenn nur eine Laufzeit bis zum 6. November gesichert ist."⁶⁸⁾

Die Bedenken, die Luther mit Bestimmtheit auch nach außen hin zu vertreten begann, drohten die amerikanischen und britischen Finanzkreise auseinanderzudividieren. Die Bank von England reagierte nämlich mit "Überraschung" auf die Entscheidung des New Yorker Komitees, Wiggin die Vollmacht zur Streichung der Rediskontklausel zu erteilen, wenn die anderen Gläubiger gleichermaßen entschieden.⁶⁹⁾

Wiggin erfuhr von dieser Empfehlung, nachdem er bereits in strengem Ton nach Berlin gekabelt hatte, daß "technische Gründe" der Federal Reserve Bank im Wege ständen, eine definitive Zusage für die Verlängerung des Rediskontkredites zu machen. Jede Änderung des Stillhalteentwurfes zu jenem Zeitpunkt würde die gesamte Arbeit zunichte machen.⁷⁰⁾ In diesem Punkt wußte sich Wiggin in kompletter Übereinstimmung mit Tiarks und der Londoner

68) Materialzusammenstellung, a.a.O.; vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Wiggin/Paris, 22.8.1931, in dem er seine Vorbehalte noch einmal bekräftigte.

69) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12 und Columbia, Harrison Papers, binder 7: Telegramm Harrison an Luther, 24.8.1931; R'kz R 43 I, Bd. 316: Telegramm Luther an Wiggin/Paris, (ohne Datum, wahrscheinlich 25.8.1931); FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12 und Columbia, Harrison Papers, binder 20: Telegramm Crane/London an Sproul/Federal Reserve Bank New York, 25.8.1931; vgl. ebd.: Telegramm Luther an Harrison, 25.8.1931, in dem Luther die Entscheidung begrüßt.

70) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Wiggin/Paris an Luther; als Anhang zu Telegramm Wiggin an Harrison, 25.8.1931

Bankengruppe, die eine Verwirklichung der Lutherschen Änderungs idee für "unmöglich" hielten.⁷¹⁾

Um die Fronten nicht weiter zu verwirren, schwenkte die Federal Reserve Bank in New York unverzüglich ein. In einem entschuldigenden Schreiben an die brüskierte Bank von England begründete Deputy Governor Sproul die New Yorker Bereitschaft zur Streichung der Rediskontklausel mit dem Wunsch "to maintain a consistant record",⁷²⁾ und die Fed machte sich nun gegenüber der Reichsbank stark für die von Wiggin vertretene Linie:

"I (Harrison) hope you (Luther) will let me urge upon you the advisability of dropping the matter promptly because if you still pursue it with other central banks it will cause confusion and misunderstanding that will likely do much more harm than good."⁷³⁾

Ein weiterer Vorstoßversuch prallte an der bestimmten Haltung Wiggins ab, der dem "Sturm im Wasserglas" Einhalt gebot: "Your contact with (the) central banks has undoubtably now convinced you that (an) extension of their credit to (the) Reichsbank is assured so please consider agreement in present form as definite."⁷⁴⁾

Wenn Jeidels am Ende der ersten Septemberwoche damit beauftragt wurde, Wiggin nach London nachzureisen, muß dies als ein letzter Versuch der Reichsbank angesehen werden, ihr Gesicht zu wahren. Mit Rücksicht auf die anderen ausländischen Stillhaltekomitees⁷⁵⁾ einigten sich die Notenbanken

-
- 71) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Memorandum der Sitzung des Subcommittee, 24.8.1931
- 72) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Sproul an Crane/Paris, 25.8.1931
- 73) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12 und Columbia, Harrison Papers, binder 29: Telegramm Harrison an Luther, 26.8.1931; in Kopien an Moret/Banque de France und Harvey/Bank of England, 27.8.1931
- 74) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Wiggin/Paris an Luther, 28.8.1931
- 75) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 34: Telegramm Crane/Basel an Federal Reserve Bank New York, 3.9.1931. Crane bezeichnete diesen Austausch als einen "ridiculous impasse considering that it makes little difference which way it is settled." Mit Verstimmung über das inneramerikanische Wechselspiel von Zusage und Ablehnung reagierte die überwiegende Zahl der ausländischen Gläubiger, die sich der vermittelnden Position der BIZ angeschlossen und für eine Streichung der Rediskontklausel votiert hatten (England am 27.8., Schweden und Belgien am 26.8., Tschechoslowakei am 28.8., Norwegen am 31.8., Italien am 1.9., Holland am 2.9., die Schweiz am 4.9., Dänemark am 5.9.).

auf ein Gentlemen's Agreement über die Erneuerung des Rediskontkredites über den 6. November hinaus. Luther mußte nun klar sein, seine Grenzen erreicht zu haben. Mit dem Trost, daß eine Verlängerung zwar nicht in rechtlich verbindlicher Weise fixiert, aber doch als sehr wahrscheinlich gelten konnte, ermächtigte ihn das Reichskabinett, dem Stillhalteabkommen zuzustimmen.⁷⁶⁾

Auf der am selben Tag stattfindenden Kabinettsitzung verlagerte sich der Blick fort von der Diskussion um den Reichsbankkredit ("Welcher Zustand jedoch tatsächlich am 6. November besteht, ob Frankreich doch nicht prolongiert oder andere Schwierigkeiten aus anderen Ländern kommen, vielleicht aus England, auf eigener Not beruhend, läßt sich im voraus nicht sagen.") auf die einen unverzüglichen Abschluß fordernde, wirtschaftliche Lage. "Die Notwendigkeit, ein Moratorium auszusprechen, würde vielleicht schon in den nächsten Tagen bestehen, wenn wir das Abkommen nicht abschließen," - eine Alternative, zu der sich Brüning aus politischen Gründen nicht entscheiden konnte. Luther empfahl ohne jede Begeisterung, das Stillhalteabkommen so zu nehmen, wie es sei, obwohl er keinen Zweifel an seiner Auffassung ließ, daß auf diese Weise ein Moratorium eben nur hinausgezögert werde. Die Frage würde spätestens Anfang Februar, dem übernächsten Fälligkeitstermin des Rediskontkredites, wieder auftauchen. Mit Hinweis auf die gestaffelte Freigabe der Markguthaben - bis zum 6. November rechnete die Reichsbank mit Abzügen in Höhe von rund 300 Mill. RM - verhehlte Luther nicht seine Sympathie für ein frühes, d. h. September-Moratorium.⁷⁷⁾

Vor dieser nicht eingeplanten Verzögerung durch die Kontroverse um die Rediskontklausel hatten die Bankiers zeitgleich zu der Veröffentlichung des Layton-Wiggin-Reportes allgemeine Übereinkünfte für die Bereiche erzielt, in denen nicht stillgehalten werden sollte:

76) R'kz R 43 I, Bd. 316: Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung zur Frage der Streichung der Rediskontklausel, 7.9.1931; vgl. auch FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegrammaustausch Luther-Wiggin über Gespräche Wiggin-Jeidels, 8.9.1931

77) NL Luther, Bd. 337: Kabinettsitzung zur Annahme des Stillhalteabkommens, 7.9.1931

- bei Amortisations- und Tilgungsraten langfristiger Schulden,
- bei Sonderkrediten zur Erntefinanzierung oder bei anderen Saisonkrediten,
- bei Krediten, die an ausländische Zweigniederlassungen oder ausländische Konzern- oder Tochtergesellschaften (Affiliationen) von deutschen Banken oder Handels- oder Industriefirmen gewährt worden waren,
- bei den kurzfristigen Schulden der öffentlichen Hand.

Damit gingen in der Nacht vom 18. auf den 19. August⁷⁸⁾ die Verhandlungen der Stillhalteausschüsse zu Ende, und die von ihnen getroffenen Vereinbarungen wurden als Kanon an Gläubiger und Schuldner verschickt. Auf deutsche Bitten hin diente der Baseler Entwurf als eine Art Mantelvertrag, an dem sich die jeweiligen Parteien bei der Ausarbeitung ihres Individualkontraktes orientierten.⁷⁹⁾

78) WBr, PresPap, FinCorr, 1010 und NA RecGr 59, 462.00 R 296/4975: Telegramm Cochran/Basel an State Department; 19.8.1931

79) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Wiggin/Paris, 22.8.1931; NA RecGr 59, 462.00 R 296/5112: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 18.9.1931; Zusammenfassungen über die Bestimmungen des ersten Stillhalteabkommens In: RGBI I, Nr. 63, 21.9.1931, S. 509-511: "Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Stillhalteabkommens vom 18. September 1931" und "Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherstellung der Durchführung des Stillhalteabkommens vom 18. September 1931"; R'kz R 43 I, Bd. 328: "Über die Durchführung des Stillhalteabkommens"; Hans Fürstenberg, Der Layton-Bericht, In: Bank-Archiv, 30. Jg., Nr. 23, 1.9.1931, S. 493-96; The Report of the Basle Committee, In: Economist, Bd. 113, Nr. 4591, 22.8.1931, S. 340; H.A. Simon, Das Baseler Stillhalteabkommen, In: Bank-Archiv, 30. Jg., Nr. 24, 18.9.1931, S. 506-14; Georg Katona, Das Stillhalteabkommen, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 48, 28.8.1931, S. 1617-1620; Wilhelm Beutner, Das Stillhalteabkommen, In: Juristische Wochenschrift, 60. Jg., Bd. III, Heft 39, 26.9.1931, S. 2665-2673; The German Standstill Agreement, In: Economist, Bd. 113, Nr. 4595, 19.9.1931, S. 513; Ernst Hickmann, Reparationen und Stillhaltung, In: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 28. Jg., Nr. 45, 5.11.1931, S. 1053-1060; Stillhaltung und Devisenlage, In: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 28. Jg., Nr. 38, 17.9.1931, S. 898; (H.R.), Stillhalteabkommen und Devisenmarkt, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2381, 18.9.1931, S. 1369/70; Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1573, 19.8.1931; Wirtschaftsdienst, Heft 34, 21.8.1931, S. 1472

5. Die Stillhaltung in der nationalen und internationalen Diskussion

Mit Oskar Sempell/Vereinigte Stahlwerke AG und Hermann Schmitz/IG Farben als Wortführern meldeten Teile der deutschen Industrie ihre Vorbehalte an. Die Anzahl der Ausnahmen sowie die völlige Streichung deutscher Vorschläge, wie etwa die Einbeziehung der Affiliationen, verminderten die Qualität und Wirkungskraft der Stillhaltung. In einem Schreiben an den Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) regte Sempell an, die Möglichkeit eines Moratoriums "ernsthaft" zu überprüfen. Er wollte dieses Moratorium verbunden wissen mit einer "fairen Stillhalte-Offerte". Das bedeutete: Die Forderungen desjenigen Auslandsgläubigers, der das von deutscher Seite entworfene Warteschema akzeptierte, fielen nicht unter die Bedingungen jenes zu erlassenden Moratoriums. Gemeinsam mit Schmitz und Gustav Schlieper vertrat Sempell die Überzeugung, daß "die gegenwärtige Zusammenkunft in dem großen Baseler Kreis die letzte Möglichkeit darstelle, für Deutschland etwas herauszuschlagen."⁸⁰⁾

Mit der Forderung, "etwas herauszuschlagen", stellten die Exponenten dieser Denkrichtung ihre politische Instinktlosigkeit unter Beweis, von der sich weder Reichsbank noch Kabinett beeindrucken ließen. Wenn in Berlin das geringschätzige Urteil kursierte, man habe aus Basel zwar einen Bericht, aber kein Geld bekommen, zeigt das, wie sehr die Öffentlichkeit ihren Illusionen zum Opfer gefallen war. "Einen der unbegreiflichsten Irrtümer der deutschen Politik" nannte Salin in einem Zeitungskommentar die Tatsache, daß immer wieder die Hoffnung auf eine langfristige Anleihe genährt worden sei.⁸¹⁾ Unterstützt von den Empfehlungen des Layton-Reports wies die Stillhaltung die Währungs- und Kreditpolitik auf nationaler wie auf internationaler Ebene zurück in die Grenzen des politischen Handelns: Keine langfristige Anleihe und damit einhergehend keine nachhaltige Gesundung der deutschen Wirtschaft ohne eine Lösung der Reparationsfrage.

80) NL Kastl, Bd. 10: Aktennotiz v. Hofacker über Telefongespräch mit Sempell/Basel, 17.8.1931; vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Wiggin/Basel an Goodhue/New York, 17.8.1931

81) Edgar Salin, Zum Abschluß der Basler Finanzverhandlungen, In: Kölnische Zeitung, Nr. 452, 21.8.1931

Gemeinsam mit dem "Deutschen Volkswirt" plädierte Luther für eine Einhaltung des geschlossenen Abkommens⁸²⁾ gegen eine aus konservativen Kreisen stammende Kritik, die der Verhängung eines Moratoriums eindeutig den Vorzug einräumte: "Nicht nur die Politik," hieß es in den "Briefen eines Bankdirektors an seinen Sohn", "ist schuld daran, daß im Ausland immer wieder alarmierende Gerüchte über unser Land in Umlauf kommen...; schuld ist auch der Stand der Verhandlungen mit unseren ausländischen Privatgläubigern... Nicht einmal (ihren) Interessen ... haben wir auf diese Weise (mit der Stillhaltung) gedient. Bei einem glatten generellen Moratorium hätte ... das verhängende Reich die Garantie für die Verpflichtungen all derjenigen Schulden übernehmen müssen, die am Tag der Verhängung nachgewiesenermaßen solvent waren. Bei dem statt dessen gewählten Verfahren ... (starren) die Gläubiger ... voll Bangen auf die Liste der deutschen Konkurse und Vergleichsverfahren und (lehnen) zum Teil jedes weitere Stillhalten ab, es sei denn, daß Deutschland Garantien stellt."⁸³⁾

Brüning mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß ein Ende Juni verkündetes Auslandsmoratorium die Aussichten erheblich verbessert hätte, eine langfristige Anleihe zu erhalten, weil die ausländischen Regierungen dann im Interesse ihrer eigenen Banken gehandelt hätten, die auf die schnellste Wiederaufhebung des Moratoriums hätten drängen müssen. Diese auf politische Erpressung hinauslaufende Taktik eines verschärften quid pro quo verfehlte freilich das Gebot jener Monate, die mit Chequers-Besuch, Hoover-Moratorium und den Gesprächen des amerikanischen Ministers Mellon in Paris von Versuchen geprägt waren, zu einer internationalen Verständigung zu gelangen.

82) vgl. Carl Landauer, Ankurbelung oder Inflation?, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 51, 18.9.1931, S. 1707-1710; Hans Neisser, Ankurbelung oder Inflation? Eine Entgegnung, In: ebd., 6. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 3, 16.10.1931, S. 80-84

83) Argentarius (Alfred Lansburgh), Das Auftauen der Kredite, In: Die Bank, 24. Jg., Bd. 48, Heft 47, 21.11.1931, S. 1596-99, Zitat S. 1596/97; vgl. Alfred Lansburgh, Aus eigener Kraft, In: ebd., Heft 34, 22.8.1931, S. 1135-1142; Walter Schück, Währungsschutz durch Moratorium, In: ebd., S. 1143-47

Der Beschluß zur Stillhaltung war kaum veröffentlicht, als bereits die ersten Fragen nach dem weiteren Schicksal von deutschen Finanzen und deutschem Reparationsproblem auftauchten. Allen Verantwortlichen war klar, daß jeder Stillhaltezustand umso mehr von seinem Charakter einer Zwischenlösung verliert, je länger er anhält. Ein Gefahrenmoment lag für Deutschland in der Tendenz, daß sich ein Provisorium zu einem System verselbständigte und im Verwaltungsapparat institutionalisiert wurde. Eine solche Entwicklung drohte seine internationale Schuldnerstellung zu zementieren und somit auch eine Revision erheblich zu erschweren. Und es gab noch einen zweiten Grund, aus dem heraus die Reichsregierung an einer Bereinigung des Stillhaltezustands interessiert sein mußte: Durch die von den Gläubigern geforderte Devisenbewirtschaftung und die artifizielle Natur der Kreditbeziehungen kam der Stillhaltung konjunkturelle Bedeutung zu. Nahezu jede Neuinvestition, die in der einen oder anderen Weise eine Mehreinfuhr bedeutete, gab die Initialzündung für eine sich gegenseitig bedingende Steigerung von Import und Export. Um z.B. Waren in einem Wert ausführen zu können, der um 1 Mrd. RM höher lag als eine gegebene Vergleichsgröße, mußten nach Berechnungen des Statistischen Reichsamtes rund 300 Mill. RM mehr für die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten aufgewendet werden.⁸⁴⁾ Die der Stillhaltung immanente Unelastizität hatte nach einem Jahr Praxis bereits derart zugenommen, daß ein Beobachter 1932 warnend schrieb: "Die Blockierung des Kreditverkehrs mit dem Ausland ... führt à la longue zu zunehmender Erstarrung des Außenhandels."⁸⁵⁾

Was hätte demnach noch dringender sein können, als die "sechs Monate Galgenfrist"⁸⁶⁾ zu nutzen, um über gangbare Wege zu einer echten Lösung

84) Zahlen nach Walter Gerteis, Die Währungs- und Kreditpolitik Deutschlands, Frühjahr 1930 bis Frühjahr 1932, Würzburg 1934, S. 75

85) Berthold Schwartz, Zur Frage der Stillhaltung, In: Wirtschaftsdienst, Bd. 17, Nr. 44, 4.11.1932, S. 1475-1477

86) Überschrift der Deutschen Bergwerks-Zeitung, Nr. 194, 20.8.1931 zum Abschluß des Stillhalteabkommens

nachzudenken? Bot das Stillhalteabkommen nicht über sein Primärziel, nämlich eine vorläufige Kreditstabilisierung in Deutschland zu gewährleisten, hinaus die Chance, quasi unter diesem Schutzschild bilateraler Absprachen eine Überwindung der inneren Bankenkrise und eine Reformierung des Bankensystems anzustreben? Quer durch die Parteienlandschaft wurden diese Möglichkeiten gesehen und Änderung und Reform gefordert.

Weitestgehende Einigkeit bestand in der Rangfolge, daß die Gewährung neuer Kredite nicht am Anfang, sondern am Ende politischer Verhandlungen stehen mußte, und selbst in der Diskussion um die interne Neuregelung kristallisierten sich ungewohnte Konstellationen heraus: Theodor Heuss zitierte aus "Quadragesimo anno" und beschrieb seine Furcht vor der Erniedrigung der staatlichen Hoheit "zur willenslos gefesselten Sklavin selbstsüchtiger Interessen". Man spüre einen starken Groll gegen eine Wirtschaftsordnung, die - so die Interpretation Heuss' - die "Menschenwürde des Arbeiters", den "gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft", "Gemeinwohl und Gemeingerechtigkeit" nicht mehr berücksichtigt habe.⁸⁷⁾ Nachdem Heuss selbst notiert hatte, solche Kritik könnte auch von Marxisten stammen, veröffentlichten die "Sozialistischen Monatshefte" einige Wochen darauf in der Tat einen Kommentar, der "die angemäße Oberhoheit (der Banken) über die Wirtschaft" anprangerte, den Bankiers "die Qualifikation zur Wirtschaftsführung" absprach und - mit Blick auf die innere Bankenkrise - eine Reformierung des Bankensystems forderte.⁸⁸⁾

87) Theodor Heuss, Quadragesimo anno, Zur Entwicklung der Katholischen Soziallehre, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 47, 21.8.1931, S. 1588-92. Die betreffende Passage der Enzyklika lautet: "Zur Ungeheuerlichkeit wächst diese Vermachtung der Wirtschaft aus bei denjenigen, die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen. Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des Wirtschaftskörpers; das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, daß niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu atmen wagt." (zit. nach Heuss, a.a.O.)

88) Julius Kaliski, Bankenherrschaft ode Wirtschaftsführung?, In: Sozialistische Monatshefte, 37. Jg., Bd. 74, 14.9.1931, S. 848-57, Zitat S. 853, 854; zur Forderung einer Bankreform vgl. auch Gustav Stolper, Krisenliquidation II, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 47, 21.8.1931, S. 1581-83

Die Uniformität, in der die Sorgen ungeachtet des politischen Lagers zur Sprache kamen, beweist, als wie fundamental und bedrohend die politische und wirtschaftliche Lage erlebt wurde. Der rhetorischen Frage, ob es noch der Betonung bedürfe, daß bei den Großbanken längst nicht mehr von Privatwirtschaft gesprochen werden könne, stellte Stolper seine Diagnose einer "Grenzvermischung von Staat und Wirtschaft" an die Seite und entrüstete sich über die Absurdität eines Kampfes gegen den Marxismus "angesichts eines Versagens der Privatwirtschaft in der Stunde, da es nicht um kleine Konkurrenzkämpfe, sondern um ihr Lebensschicksal geht."⁸⁹⁾

In den Vereinigten Staaten äußerte Goodhue als der Vorsitzende des Bankenkommitees sein Erstaunen über das Tempo, mit dem der Baseler Report geschrieben worden war: "(The New York banks) were of the opinion that ... this (standstill) agreement was in the nature of a stop gap (sic) to enable (the) Basle committee to work without pressure as it would probably give at least three months for them to arrive at their conclusions."⁹⁰⁾ Mit einer Verbeugung vor der Leistung Laytons lobten die New Yorker Banken den Bericht als "äußerst günstig" und bezeichneten die in Basel formulierte Priorität einer Regelung des internationalen Schuldengeflechts als eine "allgemein akzeptierte Einschätzung". Das offizielle Washington hingegen glaubte erneut darauf hinweisen zu müssen, daß Wiggin ohne Regierungsvollmachten gehandelt habe. Castle charakterisierte die Baseler Tagung als eine "private Angelegenheit (von) Bankiers"⁹¹⁾ und ging sogar so weit zu erklären, er werde nicht einmal den autorisierten Text des Layton-Wiggin-Reportes anfordern.⁹²⁾ Die US-Administration überließ es offensichtlich den

89) Gustav Stolper, Staat und Banken, In: Der deutsche Volkswirt, 5. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 45, 7.8.1931, S. 1515-18, Zitat S. 1515. In diesem Zusammenhang verwies der Artikel auf die in den Vereinigten Staaten geübte Bankenaufsicht - ein Thema, das aufgenommen wurde von Hermann Luft, Bankkontrolle und Bankaufsicht in USA, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2376, 14.8.1931, S. 1198-1200; ders., Erfahrungen mit der Bankkontrolle in USA, In: ebd., Nr. 2378, 28.8.1931, S. 1259-61; Rudolf Hilferding, Probleme der Kreditkrise, In: Die Gesellschaft, 8. Jg., 2. Halbjahresband, Heft 9, S. 233-41

90) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Goodhue/New York an Wiggin/Basel, 17.8.1931

91) R'kz, R 43 I, Bd. 316: Telegramm v. Prittwitz/Washington an AA, 21.8.1931

92) vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 386, 20.8.1931

Banken, das auszusprechen, was auch ihre stille Überzeugung war. Verstimmt über das französische Insistieren, daß die Zahlung von Reparationen Vorrang besitzen müsse vor der Begleichung privater Schulden, vermutete man, die französische Regierung sei nur für eine Schuldenrevision unter der Bedingung zu gewinnen, daß ihr Reparationsüberschuß erhalten bleibe.⁹³⁾

Versöhnlichere und um Verständnis bittende Töne schlugen die Briten an, indem sie an Frankreichs "einmalige Position der Stärke" appellierten und es auf eine Politik der Großzügigkeit zu verpflichten trachteten: "... the opportunity of the powerful is not to impose his own desires upon his adversary by force, but to win his adversary's goodwill by generosity. The greater the power, the greater the generosity in not taking undue advantage of it, and the greater the goodwill which such generosity will avoke. Moreover, goodwill is not only a better security than main force; it is also a more durable security..."⁹⁴⁾

Mochten die Stellungnahmen über das Ende der Stillhalteberatungen noch so positiv ausfallen, wiesen die Bedenken aller Beteiligten dennoch über den Tag des Vertragsabschlusses hinaus. Aus ihren Stellungnahmen erhellte die Gewißheit, daß eine bewegte diplomatische Tätigkeit auf internationaler Ebene nicht notwendigerweise eine Lösung des deutschen Finanzproblems forcierte, sondern den Verdacht mehrte, daß alle Aktion in einer Kreiselbewegung befangen war: Hatte Hoover mit der Erklärung des Moratoriums nicht de facto einen Zusammenhang von Reparationen und Schulden anerkannt? Und hatte sich die Washingtoner Administration nicht in den darauffolgenden Monaten von dieser Einsicht zu distanzieren versucht?

93) FED, Committee on German Foreign Credit, July-Aug. 1931, Nr. C 216.12: Telegramm Crane/London an Harrison, 20.8.1931; Weitaus schärfere Worte wählte der republikanische Senator Smoot, den Frankreich "anwiderte". "Mit allen Mitteln sucht es, koste was es wolle, Deutschland zu zerstören und verlangt von dem Reich 'sein Pfund Fleisch', obwohl es weiß, daß es Deutschland absolut unmöglich ist, zu bezahlen. Frankreich ist ein Schüler Shylocks." (zit. nach Berliner Börsenzeitung, a.a.O.)

94) Whither France?, In: Economist, Bd. 113, Nr. 4594, 12.9.1931, S. 462/63, Zitat S. 463

Hatte sich die Londoner Konferenz der Minister nicht für inkompetent erklärt und Urteil und Entscheidung an die Tagung der Bankiers delegiert? Und hatten nicht eben jene Bankiers in Basel die Aufgabe zurückgereicht, indem sie feststellten, eine grundlegende Bereinigung der Wirtschaftslage sei erst nach Bereinigung der politischen Lage zu erreichen?

In dieser Situation der Spätsommermonate von August/September 1931 blieb Berlin wenig anderes zu tun, als sich von Tag zu Tag über die wirtschaftlichen Runden zu retten. Die Reichsregierung stand vor der Alternative, über das Moratorium einen nationalen Alleingang zu riskieren oder sich über die Stillhalteabkommen in internationaler Zusammenarbeit zu üben. Beide Wege bargen Gefahren: Wenn der erste eine sofortige Abhilfe gegen die Devisenabzüge leistete, als Opfer aber die Zerstörung des deutschen Kredits mit sich brachte, dann schwebte über dem zweiten die schwere Ungewißheit, ob die Stillhaltemaßnahmen trotz aller Ausnahmen greifen und was nach Ablauf der vereinbarten Sechsmonatsfrist im Februar 1932 geschehen würde. Die Frage, wie die deutsche Revisionspolitik weiterhin gestaltet werden sollte, drängte stärker in den Vordergrund.

V.

DIE INTERNATIONALE SUCHE NACH PERSPEKTIVEN IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

1. Die Stillhaltung in der Kontroverse um die Young-Plan-Revision

Daß Deutschland nach Ablauf der Stillhaltefrist in der Lage sein werde, auch nur einen Bruchteil der rund sechs Milliarden RM seiner kurzfristigen Verpflichtungen¹⁾ zurückzuzahlen, nahm im Ausland kein realistisch denkender Gläubiger an.

"The conditions in Germany today are such that the constant leakage of the Stillhaltung Agreement and the constant seepage of German capital into other countries will very likely within a short time render it impossible to continue even the moderate payments provided for under the Stillhaltung Agreement."²⁾ Der Autor dieses im State Department kursierenden Memorandums forderte eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums um mindestens zwei bis drei Jahre und schlug eine Aufsplitterung der Stillhaltung vor: In zwei Gruppen sollten die selbstliquidierenden Transaktionen getrennt geregelt werden von den nicht selbstliquidierenden Krediten (etwa bei der kurzfristigen Schuld von Ländern und Gemeinden). Nur über diesen Weg sei es möglich, Deutschlands "capacity to pay" festzustellen, was unter den derzeitigen panikartigen Bedingungen bewiesenermaßen ausgeschlossen sei, denn "to say that she can pay nothing would be just as wrong as to say that the payments provided in the Young Plan must be carried out."³⁾

Damit war eines der Reizwörter ausgesprochen, auf das Deutschland mit Empfindlichkeit reagierte und auf das sich gerade Frankreich mit Emphase und teilweise auch die Vereinigten Staaten beriefen: der Young-Plan.

In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Washington bezeichnete Owen D. Young den Weg über die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses als die "einzig richtige Methode", an dessen Beratungen sich "zwangsläufig" Erörterungen der gesamten Revisionsfrage anschließen würden. Die Idee einer

1) vgl. Statistisches Jahrbuch 1934, S. 504: "Entwicklung der deutschen Auslandsverschuldung seit Juli 1931"

2) WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Memorandum "German Reparations Payments and the German Private Debt", (ohne Datum, wahrscheinlich 31.7.1931.)

3) ebd.

internationalen Reparationskonferenz lehnte er mit dem Argument ab, daß die Diskussionen dann von politischen Momenten erfüllt seien und dies die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten zu lähmen drohte.⁴⁾

Die von Young aufgestellte Präferenz stieß auf den Widerspruch der New Yorker Banken, die das durch den Neuen Plan vorgeschriebene Procedere als "unangemessen" brandmarkten, um die vorrangigen Fragen zu erfassen. Im Detail vorgetragen wurde ihr Protest von Morgan und dessen Partner Stewart, die in einem breit angelegten tour d'horizon auf die Verflechtung wirtschaftlicher, sozialer und politisch-nationaler Probleme aufmerksam machten.⁵⁾ Sie sprachen sich für eine Regierungskonferenz aus, die in den Vereinigten Staaten zusammentreten sollte, um einer innenpolitischen Ablehnung dieses Aspektes amerikanischer Außenpolitik vorzubeugen und eine effiziente Vertretung ihrer Interessen zu gewährleisten.⁶⁾

Ihre ebenfalls geäußerte Forderung, das Hoover-Moratorium zu verlängern, fand breite Unterstützung durch den Kongreß, dessen Mitglieder die Bemessung auf ein Jahr als zu knapp empfanden. Innerhalb der Hoover-Administration wurde offen die Einschätzung gehandelt, daß, "nachdem man einmal A gesagt hat, die Welt von den Vereinigten Staaten irgendwann verlangen wird, auch B zu sagen."⁷⁾ An diesem Punkt eröffnete sich ein Dilemma: Folgte die Washingtoner Regierung dieser realistischen Einsicht und erklärte z.B. die Verlängerung des Schuldenfeierjahres, setzte sie sich dem Vorwurf der Opposition aus, inkonsequent und wortbrüchig zu sein. In den USA herrschte

4) AA Büro R'Min, Bd. 45/4: Telegramm v. Prittwitz/Washington an AA, 21.8.1931

5) Im Mittelpunkt der Agenda für eine von ihnen geforderte Regierungskonferenz standen die Beziehungen Deutschlands zu den Ländern Osteuropas (Polnischer Korridor) sowie sein Verhältnis zu Frankreich, dessen Sicherheitsbedürfnis es durch angemessene Garantien zu schützen gelte. Der Bezugsrahmen des Beratenden Sonderausschusses indessen erlaube nicht die Behandlung solch weitreichender Themen.

6) Der Young-Plan sah in der Besetzung des Beratenden Sonderausschusses ja keinen amerikanischen Repräsentanten vor. In diesem Zusammenhang riefen die Bankiers die Worte Moreaus in Erinnerung, nach dem Wiggin-Komitee werde er an keiner weiteren Konferenz teilnehmen, auf der nicht auch die USA offiziell vertreten seien. Vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Memorandum Burgess an Harrison, 3.9.1931

7) Handakten Ritter, Bd. 53/1: Telegramm v. Prittwitz an Ritter: "Die gegenwärtige amerikanische Einstellung zur Reparations- und Schuldenfrage", 16.9.1931

Vorwahlkampf, und Hoover mußte alles vermeiden, was ihn in Widerspruch zu seinen Wählergruppen bringen konnte.⁸⁾ Der US-Botschafter in Berlin, Frederic M. Sackett, hielt wenig von dem Vorschlag der Bankiers, deren Verhalten, "nun plötzlich über den Atlantik zu reisen und sich vor Ort um ihre nach Deutschland gegebenen Kredite zu kümmern", er stark monierte. Ihre Rechnung, daß ihre Darlehen mit denjenigen Geldern zurückgezahlt würden, die jedes zusätzliche Moratoriumsjahr der Reichsbank belasse, könne nicht aufgehen: "If they (these loans) are successfully withdrawn by means of the funds rendered available by a moratorium of reparation payments ... it will bring on rapidly a collapse in the industries of the country through the lack of working capital."⁹⁾

Als von allerhöchster Bedeutung stufte er eine Weiterführung der Stillhaltung an, die seinen Empfehlungen nach "für einen angemessenen begrenzten Zeitraum" an ein eventuelles neues Moratorium gebunden werden sollte. Brüning hatte ihn mit einer Darstellung der deutschen Zwangslage beeindruckt.¹⁰⁾

Wie sollte der Reichskanzler den am 15. Dezember fälligen Etatentwurf vorlegen, ohne die zwei entscheidenden Determinanten - Reparationen und Stillhaltung - mit ins Kalkül ziehen zu können? Neue Kredite zu erhalten war ebenso ausgeschlossen wie eine ausgewogene Zahlungsbilanz zu erwirtschaften,¹¹⁾ und den Weg über die interne Geldschöpfung durch die Reichsbank blockierte das im Young-Plan festgeschriebene System. Einer Geldmengenerweiterung war das Kabinett jedoch über diesen juristischen Aspekt hinaus aus zwei anderen Gründen abgeneigt. Zum einen befürchtete es, damit eine inflatorische Entwicklung einzuleiten, zum anderen stand eine künstliche Finanzierung staatlicher Programme in Konflikt mit Brünings

8) vgl. etwa Büro R'Min, Bd. 43/5: Telegramm Foerster/Paris an die deutsche Delegation/Genf, 8.9.1931

9) WBr, Castle Papers, Countries Correspondence File: Germany, box 7: Schreiben Sackett/Berlin an Stimson, 3.10.1931

10) WBr, Castle Papers, Countries Correspondence File: Germany, box 7: Schreiben Sackett an Stimson über Gespräch mit dem Reichskanzler (1.10.), 3.10.1931; vgl. auch NA RecGr 59, 862.51/3226 und WBr, Foreign Affairs/Countries: Germany, box 986, Schreiben Sackett an Stimson, 6.10.1931

11) vgl. Journal of Commerce, Nr. 11600, 3.9.1931

erklärtem Ziel, durch Nachweis der Zahlungsunfähigkeit das Ende der Reparationen zu erzwingen.¹²⁾

Brünings Drängen, nach weiteren Arrangements in der Stillhaltung zu suchen, bremste der Hinweis Sacketts, daß die Washingtoner Regierung in diesem privatwirtschaftlichen Gebiet nichts ausrichten könne. Der amerikanische Botschafter ließ durchblicken, daß sein Land die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses durch Berlin begrüßen würde - eine Lösung, der sich für die deutsche Regierung zwei Hindernisse in den Weg stellten. Bevor dem Ausschuß die Gelegenheit gegeben wurde, mit Forderungen an das deutsche Finanzsystem heranzutreten, verlangte Brüning die Gewähr auf Verlängerung der Stillhaltung und eine einhergehende Kreditstabilisierung: "... such a call by Germany for instituting that committee would affect everybody who had money here (in Germany) in the shape of loans and the credit of the country would be so disturbed that there would be no hope of the loans so vitally needed being retained here."¹³⁾

Zu dem pragmatisch-praktischen Einwand gesellte sich ein allgemein-psychologischer: Indem die Regierung auf die im Young-Plan vorgesehenen Regelungen zurückgriff, besiegelte sie einerseits die Gültigkeit des dort niedergelegten Reparationssystems. Andererseits besaß der Sonderausschuß gar nicht die Kompetenz, das 900-Millionen-Thema des unbedingten Teils der Annuitäten zu behandeln, und war somit nicht für eine Revision des Young-Planes zuständig.

In Washington setzte sich Sackett, beeindruckt von der "earnestness" Brünings, nachhaltig für eine synchrone Laufzeit von Stillhaltung und Schuldenfeierjahr ein, scheiterte aber an der Ablehnung Herbert Feis', des Economic Adviser im State Department.¹⁴⁾

Es spricht für die in den Vereinigten Staaten herrschenden Orientierungslosigkeit, wenn zu einer Zeit, da der Layton-Bericht unverzügliche und durchgreifende Maßnahmen der Regierungen verlangte und da sich desungeachtet die deutsch-amerikanischen Stillhalteverhandlungen mühsam voranschleppten, in der Administration der Vorschlag eines neuen Darlehens für Deutschland ventiliert wurde.

12) vgl. hierzu Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. In: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1979, München 1979, S. 85-132

13) Schreiben Sackett über Gespräch mit dem Reichskanzler, (1.10.), a.a.O.

14) WBr, Castle Papers, Countries Correspondence File: Germany, box 7: Memorandum Feis an Castle, 20.10.1931.

Urheber dieses Gedankens war wiederum Sackett, der sich von einer 50-Millionen-Dollar-Anleihe eine Erleichterung für die deutsche Wirtschaft versprach. "It would require less now than it will later and it should be done unasked by Germany and as a voluntary suggestion of the part of our banks," schrieb er in seiner Begründung, die gleichermaßen seinen guten Willen, helfen zu wollen, und seinen realitätsentfernten und idealistisch gedachten Zugang zu Wirtschaftsfragen offenbarte.¹⁵⁾ Dem amerikanischen Außenminister gegenüber, der selbst diesen Vorschlag als "hochinteressant und wohlbedacht" lobte, reagierte Morgan mit der kühlen Distanz des Unbeteiligten: Man habe sich aus dem deutschen Geschäft herausgehalten.¹⁶⁾

"In dem ganzen Kreis der Morgan-Gruppe, die geschäftlich mit Frankreich eng verbunden ist," berichtete der Züricher Bankier Somary von seinen Gesprächserfahrungen in New York, "ist die Vorstellung vorherrschend, daß die Mitteleuropäer böswillige Kreditäre seien. ... (Man wunderte sich), daß ich mich mit dieser traurigen Angelegenheit des deutschen Bankrottes befasse, ich sollte froh sein, daß ich ... es nicht nötig hätte."¹⁷⁾

Über die National City Bank holte der Sonderberater im US-Außenministerium, Allen Trafford Klots, in dieser Angelegenheit Rat bei Hjalmar Schacht ein, der seinen Gesprächspartnern unumwunden erklärte, die deutsche Wirtschaft brauche kein neues Geld; die Neuzufuhr von Krediten käme einem Unglück gleich.¹⁸⁾ In diesem Zusammenhang sprach sich Schacht für einen generellen Zahlungsstop der Reparationen aus, wenngleich er unter der Bedingung eines deutschen Exportüberschusses Ausnahmen einräumte. Schacht widersetzte sich dem Wunsch der Alliierten nach einer vorrangigen deutsch-französischen Verständigung; stattdessen sollte Deutschland erkennen, daß es bei der Behandlung des Reparationsproblems seinen "besten Verbündeten" in den Vereinigten Staaten besäße. Aus seiner Sicht würden sich die USA

15) Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 17: Telefongespräch Sackett/Berlin mit Stimson/London, 27.8.1931

16) NA RecGr 59, 862.51/3590: Memorandum Stimson über Gespräch mit J. Pierpont Morgan, 27.8.1931

17) R'kz R 43 I, Bd. 317: Memorandum Somary, 19.11.1931; "Kridatar" war die in Österreich übliche Bezeichnung für "Gemeinschuldner".

18) FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. C 261.1: Memorandum Henry Mann/The National City Company, Berlin über Gespräch Klots-Schacht, 29.8.1931; in Kopie an Harrison und Burgess/beide Federal Reserve Bank, New York

einer Fortschreibung des Reparationssystems widersetzen, bis die Gefahr gebannt sei, daß die Rückzahlung privater Schulden eingestellt werden könnte.

Die Vertreter der genau 100 Banken, die bis zum 15. Oktober das Stillhalteabkommen unterzeichnet hatten oder noch einen Beitritt erwogen,¹⁹⁾ konstatierten mit Enttäuschung, daß das Warteschema nicht ihre Erwartungen erfüllte: die Kreditabzüge hielten an.²⁰⁾ Die Belastung der Reichsbank trotz eines Exportüberschusses, die deutsch-britische Kreditpolitik seit Freigabe des Pfundkurses am 20. September und die allgemeinen deutschen Geschäftspraktiken unter der Stillhaltung waren die drei zentralen Bereiche, die das Mißfallen des US-Bankenkomitees erregten und über die es Aufklärung verlangte.

1. Für den weiteren Abzug von Krediten machte der deutsche Ausschuß unerwartete Leckstellen und Schlupflöcher im Abkommen verantwortlich.²¹⁾ Zwischen dem 1. September und dem 7. November standen einer Deviseneinnahme der Reichsbank von 1297 Mill. RM in demselben Zeitraum Devisenabgaben in Höhe von 1761 Mill. RM gegenüber: Eine Differenz von 464 Mill. RM, die aus den bestehenden Beständen gedeckt werden mußte. Weniger als die Hälfte der Abzüge, nämlich 784 Mill. RM, wurden zur Bezahlung von Importen aufgewendet; weitere 35 Mill. RM durch Versicherung, Frachtzoll, Transportkosten etc. aufgebraucht. Nicht weniger als 942 Mill. RM entfielen auf Kapitalpositionen, 690 Mill. auf die Rückzahlung von Krediten und 187 Mill. auf die Zahlung von Zinsen und die Amortisation langfristiger Schulden sowie weitere 65 Mill. auf die Sparte "Verschiedenes".

19) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: "List of all banks which up to October 15, 1931 inclusive, have declared their desire to become parties to the German Stillhaltung Agreement". Mehr als die Hälfte dieser Banken hatten ihren Sitz in New York.

20) FED, Germany-Reichsbank-Credit, May-Dec. 1931, Nr. 261.12: Memorandum Jay E. Crane/Federal Reserve Bank New York, an Eugene Meyer/Federal Reserve Board, Washington, 23.10.1931

21) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 7: Telegramm Luther an Harrison, 12.11.1931, in dem die Reichsbank hervorhob, daß die deutschen Vertreter in Basel bereits im Sommer wiederholt auf die Gefahren aufmerksam gemacht hätten, die aus der großen Anzahl von Stillhalte-Ausnahmen erwuchsen.

Ohne die Zurückzahlung von Krediten hätte die Reichsbank in diesen Wochen ihr Devisenpolster sogar auffüllen können. Seit Ende Juli war insgesamt über eine Milliarde RM für die Rückzahlung von Krediten aufgewendet worden. Aus der Bestimmung des Stillhalteabkommens, die Markguthaben freizugeben, entstanden allein Devisenanforderungen für mehr als 350 Mill. RM; hinzu kamen die Ansprüche aus den anderen Bereichen, in denen nicht stillgehalten wurde, also bei den Saison- und kaufmännischen Krediten sowie bei den Geschäften deutscher Tochtergesellschaften im Ausland. Als entscheidender Faktor erwies sich die Reduzierung im Volumen der Akzeptkredite. Kreditlinien von etwa 500 Mill. RM standen ungenutzt aus.²²⁾

Nach Angaben aus dem Kreis von 28 deutschen, regelmäßig berichtenden Bankfirmen lag der Prozentsatz der nicht erneut in Anspruch genommenen britischen Kreditlinien bei etwa 16 Prozent, was einen Ausfall von circa acht Millionen Pfund bedeutete. Bei den Dollarkreditlinien schlug die Nichtnutzung mit einem Fehlbetrag von fast 80 Millionen Dollar zu Buche.²³⁾

2. Die Tatsache, daß die deutschen Firmen nach der Freigabe des Pfundes dazu übergegangen waren, ihre Londoner und sonstigen Sterling-Verbindlichkeiten nach Möglichkeit zu liquidieren, rief in Wall Street beträchtliche Verstimmung hervor, weil diese Praxis im Einzelfall gegen den Grundsatz der non-discrimination in der Behandlung aller Stillhaltegläubiger verstieß. Die amerikanischen Banken warfen den deutschen Exporteuren vor, die britische Abwertung dazu auszunutzen, einen erheblichen Disagiovorzug aus ihren Schulden gegenüber England zu ziehen.²⁴⁾ Sackett wurde jedoch umgehend versichert, die Vermutung, daß Deutschland bestimmte Gläubiger bevorzuge, täusche, denn es wolle nicht mutwillig die eigene Glaubwürdigkeit untergraben.²⁵⁾

22) Zahlen nach Economist, Bd. 113, Nr. 4605, 21.11.1931; vgl. auch Georg Katona, Die deutsche Devisenlage, In: Der deutsche Volkswirt, 6. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 2, 9.10.1931, S. 50-52

23) NL Kastl, Bd. 12: Telegramm Luther an Harrison, 12.11.1931

24) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Schreiben Loree/Guaranty Trust an Kenzel/Deputy Governor. Federal Reserve Bank New York, 26.10.1931; als Anlage Briefentwurf Goodhue an Luther; vgl. ebd., Memorandum der amerikanischen Banken-gruppe an Reichsbank, 6.11.1931

25) WBr, PresPap, Countries File: Germany, box 986 und NA RecGr 59, 862.51/3246: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson über Gespräch mit Brüning, 31.10.1931

3. Die Beteuerungen deutschen goodwills nahmen dem in New York herrschenden Unbehagen aber nichts von seiner Tiefe. Die Gläubiger sahen eine längerfristige Entwicklung vorher, in der die Stillhalteaktion zu einer allmählichen Akkumulation schwacher Papiere und Geschäftsnamen führen würde. Die deutschen Banken schienen nämlich die unter dem Abkommen offenstehenden Kreditlinien weitgehend für reine Finanzwechsel zu benutzen, während sie - so wurde behauptet - ihre guten Warenwechsel, die bei dem Umfang der deutschen Ausfuhr in reichlichem Maße zur Verfügung standen, bei der Reichsbank diskontierten. Unter dem bestehenden Abkommen besaßen die US-Gläubiger aber einen Anspruch auf ausschließlich beste Warenwechsel, die sich zur Weitergabe an die Federal Reserve Bank eigneten. Wie New Yorker Häuser berechneten, waren bis Mitte November nur etwa 20 Prozent des deutschen Außenhandels effektiv auf dem Weg über die Stillhalte-Kreditlinien finanziert worden. Von diesem niedrigen Wert leiteten sie ihre Forderung an die Reichsbank nach unbedingtem Eingreifen ab, wenn sie weiterhin daran interessiert sei, das Stillhalteabkommen zu verlängern und das für die Finanzierung des deutschen Außenhandels notwendige Vertrauen aufrechtzuerhalten.²⁶⁾

Nachdem indirekte, von Holland aus dirigierte deutsche Bondskäufe mit illegal verwendeten Devisen aufgedeckt worden waren, zögerten die New Yorker Banken nicht, der Reichsbank die Fähigkeit abzusprechen, die für den Export erforderlichen Gelder unter Kontrolle halten zu können. In der Konsequenz drängte eine Mehrheit von ihnen darauf, das der Stillhaltung unterworfenen Volumen kurzfristiger Kredite zu schmälern und ein Auswahlprinzip einzuführen, um schlechte Kredite auszuschließen.²⁷⁾

-
- 26) NL Plünder, Bd. 91: Telegramm (ohne Verfasser, wahrscheinlich v. Prittwitz) an Ritter über ein Gespräch mit George Murnane/Lee, Higginson & Co., 11.11.1931; vgl. FED, Germany-German Government, 1916-1955, Nr. C 261: Telegramm John Foster Dulles an Sullivan & Cromwell, 8.11.1931
- 27) R'fin R 2, Bd. 4063: Telegramm deutsches Generalkonsulat/New York an deutsche Botschaft/Washington und AA Berlin, 7.11.1931; vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Harrison, 11.11.1931, in dem Luther weitere Verordnungen ankündigte, um ein angemessenes Funktionieren der Stillhaltung zu gewährleisten.

2. Pläne zur Umgestaltung des Stillhalteabkommens

Unter Berücksichtigung der Gründe, die zu der deutsch-amerikanischen Stillhalteverstimmung geführt hatten, unterbreitete Goodhue der Reichsbank den Vorschlag, gemeinsam ein Modell für die zukünftige Behandlung der deutschen Schuldensituation über den 1. März 1932 hinaus zu entwickeln. Nach seinen Vorstellungen sollte es Arrangements für eine "wesentliche Zurückzahlung" aus dem Bestand der der Stillhaltung unterliegenden Verpflichtungen enthalten.²⁸⁾

Den Anstoß, über die weitere Tilgung der kurzfristigen Auslandsverschuldung zu beraten, gaben zwei, dem von den US-Stillhaltebanken gebildeten Unterausschuß vorgelegte Pläne von Felix Somary und Emile Francqui. Somary sah die Einrichtung einer neuen internationalen Bank in einem Gläubigerland vor, die zwanzig Prozent der kurzfristigen deutschen Schulden übernehmen sollte. Die Gläubiger sollten je ein Viertel ihrer Forderungen in Aktien der Bank, bzw. in langfristigen Obligationen erhalten; die verbleibenden fünfzig Prozent in drei- bis fünfjährigen, niedrig verzinslichen Kassenscheinen. Über die Forderungsabtretung wurde die deutsche Schuldnerbank unter der Bedingung aus ihrer Haftung entlassen, daß sie eine Forderung, die sie als Gegenwert eines gewährten Auslandskredits erworben hatte, der Somaryschen Institution verkaufte. Mit dem deutschen Schuldner sollte diese dann ihre Geschäfte direkt abwickeln und auch die Konditionen aushandeln, unter denen ein langfristiger Kredit gewährt werden könnte.²⁹⁾

Auch Franqui bediente sich bei seinem Vorschlag der Zession und der Übernahme von Forderungen durch einen internationalen Treuhänder. Gegen die Schuldverschreibung des deutschen Kunden sollte in seinem Modell der Trustee eigene Beteiligungszertifikate (participation certificates) herausgeben, die im Falle Belgiens, Frankreichs, Hollands und der Schweiz ihre

28) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Schreiben Loree/Guaranty Trust an Kenzel/Deputy Governor, Federal Reserve Bank New York, 26.10.1931; als Anlage Briefentwurf Goodhue an Luther

29) R'kz R 43 I, Bd. 317: Memorandum Somary, 19.11.1931; R'kz R 43 I, Bd. 316: Rundschreiben v. Bülow über Vorschläge zur Tilgung kurzfristiger Auslandsverschuldung, 30.10.1931; FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Schreiben Loree/Guaranty Trust an Kenzel, 4.11.1931; Anlage

jeweils eingefrorenen deutschen Kredite liquidieren sollten.³⁰⁾

Mit einer Vielzahl parallel laufender Studien setzte sich der deutsche Stillhalteausschuß auseinander. Zu den Verfassern solcher Vorschläge zählten Oskar Wassermann/Dedi-Bank, Hermann Schmitz/IG Farben, Simmonds/Reichs-Kredit-Gesellschaft, Pierre Quesnay/Banque de France und BIZ und Otto Wolff/Vereinigte Stahlwerke. Ihnen allen gemeinsam war die Umwandlung der kurzfristigen in eine langfristige Verschuldung sowie die Ausgabe von Bonds (Ausnahme hier der Plan Simmonds'). Unterschiede traten in den Entwürfen über der Frage auf, welche Stelle die Bonds ausgeben sollte (BIZ, Zentralnotenbank, Reich, besondere Institute) und welche Garantien zu gewähren seien.³¹⁾ Luther ging von einer Umschuldungsmasse in Höhe von sieben Milliarden RM aus, für deren Bedienung er eine jährliche Aufbringung von 700 Millionen RM vorschlagen wollte. In die Umschuldung einbezogen werden sollten grundsätzlich sämtliche kurzfristigen sowie die sonst während der ersten beiden Jahre der Laufzeit des Neuen Planes fällig werdenden Auslandsverpflichtungen deutscher Schuldner. Angesichts der bereits revisionsreifen Werte zur deutschen Verschuldung, die der Layton-Wiggin-Report geschätzt hatte,³²⁾ forderte Brüning dringend dazu auf, an dieser 7-Milli-

30) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Schreiben Loree/Guaranty Trust an Kenzel, 4.11.1931; Anlage; vgl. H.R., Vor der Aufröhlung der Stillhaltefrage, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2388, 6.11.1931, S. 1606/07

31) Einen Überblick von deutscher Seite bietet R'kz R 43 I, Bd. 316: Rundschreiben v. Bülow, 30.10.1931; eine Zusammenstellung aus amerikanischer Sicht gibt NA RecGr 59, 862.51/3309: "Proposed Methods of Consolidating German Short Term Indebtedness", 9.12.1931; vgl. auch R'kz R 43 I, Bd. 335: Reichardt/Reichswirtschaftsminsiterium an Schäffer über den sogenannten Donovanplan, 24.12.1931

32) Der Layton-Wiggin-Report veranschlagte die deutsche Gesamtverschuldung im Ausland auf 23 Mrd. RM - ein Wert, der im November 1931 nach Abschluß einer amtlichen Registrierung als überholt angesehen werden mußte. Von deutscher Seite wurde die Verschuldung nun um eine Summe von 4,5 Mrd. RM höher veranschlagt (FED, Memorandum der Reichsbank: "Be- trifft Annex IV des Reportes des Wiggin-Komitees", 10.11.1931). Der Grund für diesen gravierenden Fehler ist in der Tatsache zu suchen, daß im Juli kein umfassendes Zahlenmaterial über die Verschuldung deutscher Industrie- und Handelsunternehmen vorlag. Ihnen waren Kre- dite auch direkt und nicht nur durch den Kanal der Banken zugeflossen. Vgl. auch WBr, PresPap, Diplomats' File, box 997: Memorandum Sackett an Hoover, 31.10. 1931 und WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Sackett an Hoover, 29.10.1931

arden-Summe übereinstimmend festzuhalten, da nichts mehr geeignet sei, das Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Absichten zu erschüttern als ein ständiges Abweichen von den einmal gewählten, die Lage widerspiegelnden Ziffern.³³⁾

In vertraulichen Besprechungen zwischen Vertretern der am Stillhalteabkommen beteiligten Banken und dem Governor des Federal Reserve Board, Eugene Meyer, fand der Vorschlag Somarys eine positive Resonanz; der Angelpunkt der weiteren Entwicklung sollte in der Fundierung der im Stillhalteabkommen festgelegten kurzfristigen Auslandsschuld liegen: Schwebende, kurzfristige Schulden sollten dabei in langfristige, "fundierte" Schulden überführt oder auch Bankkredite durch die Emission von Obligationen oder Aktien abgelöst oder "refundiert" werden.³⁴⁾

Somary erhielt in New York die Zustimmung der führenden Banken, die Stillhalteberatungen auf internationaler Ebene zu regeln und zu diesem Zweck den Plan in Deutschland weiter zu besprechen.³⁵⁾

Als unmittelbare Reaktion auf dieses Signal der Verhandlungsbereitschaft beschloß die Reichsregierung die Bildung eines Sonderausschusses, der "in den allernächsten Tagen" gemeinsam mit ihr einen Vorschlag für das Stillhalteproblem ausarbeiten sollte. Aus dem Wirtschaftsbeirat gehörten diesem neuen Komitee Robert Pferdenges/Bankhaus Salomon Oppenheim, Kurt Schmitt/Allianz-Versicherungs AG, Hermann Schmitz/IG Farben und Paul Silverberg/Rheinisches Braunkohlen-Syndikat an; als Sachverständige berufen wurden Otto Jeidels/Berliner Handels-Gesellschaft, Gustav Schlieper/Dedi-Bank, Oskar Wassermann/Dedi-Bank, Samuel Ritscher/Reichs-Kredit-Gesellschaft, Max Haller/Siemens & Halske, Rudolf Loeb/Mendelssohn und Otto Wolff/Vereinigte Stahlwerke.³⁶⁾

33) R'kz R 43 I, Bd. 316: Vermerk über die Besprechung in der Reichskanzlei, 1.11.1931

34) R'kz R 43 I, Bd. 316: Telegramm v. Prittwitz/Washington an AA über die New Yorker Verhandlungen zur Regelung der Stillhaltung, 30.10.1931

35) R'kz R 43 I, Bd. 316: Telegramm Samuel Ritscher/Reichs-Kredit-Gesellschaft an v. Bülow/AA, 30.10.1931; vgl. auch ebd.: Vermerk über die Besprechung in der Reichskanzlei, 1.11.1931; Franquis Ideen wurden in New York mit Reserve aufgenommen. Vgl. dazu Büro R'Min, Bd. 43/5 und Handakten Ritter, Bd. 53/1: Telegramm v. Prittwitz über New-York-Aufenthalt Franquis, 30.10.1931

36) R'kz R 43 I, Bd. 316: Besprechung des Stillhalteausschusses des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, 31.10.1931

Eine gleichzeitig unter Wirtschaftsminister Warmbold einberufener "Ausschuß für Fragen des Kredits und der Zinsen" stand vor der Aufgabe, wie das Budgetdefizit für 1932 in einer erwarteten Höhe zwischen 800 Mill. und 1 Mrd. RM zu decken sei. Brüning selbst bekannte, er wisse nicht, wie dies möglich sein könne angesichts der erreichten Steuerbelastung und unter der zweifachen Gefahr, das Wirtschaftsleben zu lähmen und die Arbeitslosenzahl zu erhöhen. Man sei davon überzeugt, nicht nur in einem Stadium tiefgreifender Depression zu leben, schrieb er an Wilhelm Cuno von der Hapag; was Deutschland erlebe, sei der grundsätzliche und bleibende Wandel wirtschaftlicher Strukturen: "Die deutsche Zahlungsfähigkeit ist an ihrem Lebensnerv getroffen."³⁷⁾ Als das "Hauptproblem Deutschlands und des größten Teils der Welt" sprach Brüning in diesem Zusammenhang die Stillhalteraktion an.

Angesichts der Gleichzeitigkeit, mit der die Vereinigten Staaten einerseits auf Neuverhandlungen in der Stillhaltung drängten und Deutschland andererseits die Anrufung des Beratenden Sonderausschusses nahelegten, plädierte das Reichsfinanzministerium dafür, alle Anstrengungen auf den Stillhaltebereich zu konzentrieren; er sei "zweifellos nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Mit Rücksicht darauf aber, daß wir allgemein das Primat der Wirtschaft vor die politischen Probleme stellen," erklärte Ministerialrat Berger, "empfiehlt es sich auch hier, die unpolitischen Stellen, d.h. die Zentralnotenbanken, in den Vordergrund zu schieben und die Regierungen nur nebenher, soweit unbedingt notwendig, einzuschalten."³⁸⁾

Im Zuge der Stillhaltung sollte die Reparationsfrage "möglichst accidenter mit erledigt" werden. Aus taktischen Gründen hielt man es in Berlin für ratsam, selbst die Initiative zu ergreifen: Diese Taktik erlaube es Deutschland, das Tempo selbst zu bestimmen und sich im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen frühzeitig auf die veränderte Entwicklung einzustellen.

Brüning bewegte sich ganz auf dieser Linie, wenn er gegenüber dem US-Botschafter auf der zeitlichen Abfolge von 1. Stillhalteberatungen und 2. Wiederaufnahme der Reparationsfrage beharrte. Ein Vorgehen in umgekehrter Ordnung gefährde alle Aussichten auf eine erfolgreiche Lösung der kurzfristigen Auslandsverschuldung. Nach Einschätzung des Kabinetts würde

37) WBr, PresPap, FinCorr, 1011 und Foreign Affairs/Countries: Germany, box 986: Memorandum Brüning an Dr. Cuno, 30.10.1931

38) NL Pünder, Bd. 91: Memorandum Ministerialrat Berger, 24.10.1931

ein denkbarer Beschluß des Young-Plan-Ausschusses, Deutschland keine Verlängerung des Schuldenfeierjahres über mehrere Jahre hinweg zuzubilligen, einen weiteren Kreditabzug auslösen. Allgemeiner Überzeugung zufolge würde der Ausschußbericht keine adäquate Lösung der deutschen Situation hervorbringen, denn selbst das wohlgesonnenste Fazit konnte keine neuen Empfehlungen geben, die den Rahmen des Young-Plans sprengten. Wenn Deutschland sich dennoch diesem modus procedendi unterwarf, so verlangte es eine Option in die Zukunft, wobei es bei seinem "Sprung ins Dunkel" ein Sicherheitsnetz wünschte: Vorab sollte Laval seine weitere Gesprächsbereitschaft für den Tag zusagen, an dem die legalen Möglichkeiten des Young-Plans ausgeschöpft waren.³⁹⁾

Daß Frankreich zu größeren Zugeständnissen zu bewegen war, mußte als unwahrscheinlich gelten, da sein minimaler Anteil am Kreditgeschäft in Deutschland mit einem maximalen Anspruch auf Reparationszahlungen korrelierte, von denen Abstriche zu akzeptieren es nicht bereit war. In diesem Punkt herrschte eine natürliche Opposition zu der Politik Hollands und der Schweiz, deren Forderungen unter exakt umgekehrten Vorzeichen standen: Sie verfolgten keine Reparationsinteressen und stellten in konsequenter Ausschließlichkeit das Problem der deutschen Privatverschuldung in den Mittelpunkt. Berlin lebte in der Furcht, die holländisch-schweizerische Gruppe könne auf Grund der schwebenden Ungewißheit eine Fortführung der Stillhalteaktion verweigern und ihren Schuldner dazu zwingen, ein allgemeines Moratorium zu verhängen - ein entscheidender Grund für die vom Wirtschaftsbeirat ausgegebene Parole: Stillhaltung vor Reparationen.

In einem ausführlichen und um konstruktive Vorschläge bemühten Memorandum an den Morgan-Partner Thomas W. Lamont tadelte Parker Gilbert die deutsche Strategie, private Schulden und Reparationen nacheinander abzuhandeln, aus dem Verdacht heraus, Deutschland wolle die beiden "Klassen" von Gläubigern gegeneinander ausspielen und eine Auseinandersetzung in Gang bringen, über der seine eigenen Verpflichtungen in Vergessenheit gerieten. "I believe in fact that there is no such opposition between private debts and reparations as the Germans (and to some extent the British also) would like to have us believe. Germany is not going bankrupt in water-tight compartments, and the private debts will have the best chance of being paid if at the same time Germany recognizes her reparation obligations by some honorable settlement

39) WBr, PresPap, FinCorr, 1011 und WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986 und NA RecGr 59, 862.51/3246: Telegramm Sackett an Stimson über Gespräch mit Brüning, 31.10.1931

with her reparation creditors."⁴⁰⁾

In seiner ersten Annahme fand Gilbert Zustimmung, denn Deutschland und Großbritannien waren ja gerade in London entschlossen für den Standpunkt eingetreten, beide Probleme als zwei verschiedene Symptome ein und derselben Krankheit zu behandeln. Die tatsächlichen Meinungsunterschiede setzten erst im letzten Teil seiner Hypothese ein, die von Brünings Zeitplan als einer "ill-concealed repudiation" ausging. Gilberts Empfehlung an die Privatgläubiger, die Prioritätsfrage zu ignorieren und die Reparationslösung ihrem "natürlichen Gang" zu überlassen, wies eine weitere Unstimmigkeit auf. Zwar hatten die Banken deutlich gemacht, daß der wirtschaftliche Privatsektor allein die Lösung der internationalen Kreditprobleme nicht im Alleingang bewerkstelligen könne, doch traf Gilberts Rat an die Banken, in ihrem Bestreben, eigene Interessen zu vertreten, auf keinen Fall nach Regierungsbeteiligung und -hilfe zu rufen, ins Leere. Weitblickende und einsichtige Bankiers mochten ihre Administration auf die Zusammenhänge und Bedingungen aufmerksam machen, die eine Gesundung der deutschen Wirtschaft erforderte,⁴¹⁾ doch führten sie eine selbstbewußte eigene Regie in den Stillhalteverhandlungen.

Lamont selbst formulierte diesen Gedanken in einem wenige Tage später formulierten Aide-M'memoire in aller Schärfe und Deutlichkeit. Unter Hinweis auf die Konstituierung und erste Zusammenkunft des sogenannten Senior Committee⁴²⁾ unterstrich er die Selbständigkeit, Initiative und Organisationsfähigkeit der New Yorker Banken. Gegen die ergebnislose Juli-Konferenz von London, deren Regierungscharakter er scharf kritisierte, grenzte er die Chancen einer Verständigung innerhalb der Bankenwelt ab:

40) vgl. Stimson Diaries, reel 3 = box 2, vol. 18: Memorandum Gespräch Stimson mit Shepard Morgan/Chase Bank, 6.10.1931

41) Lamont Papers, 181-21 und FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Memorandum S. Parker Gilbert an Thomas W. Lamont: "German Stillhaltung Agreement", 5.11.1931; vgl. auch Lamont Papers, 181-21: Telegramm v. Prittwitz an Parker S. Gilbert S. Gilbert, 21.11.1931

42) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 2: Telegramm Harrison an Fraser, 7.11.1931 und FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: First Meeting, 6.11.1931. Mitglieder des Ausschusses waren Albert H. Wiggin als Chairman, F. Abbott Goodhue, Charles E. Mitchell, William C. Potter und George F. Davison. In einem Telegramm hatten sie Luther ihren Wunsch übermittelt, angesichts des auslaufenden ersten Stillhalteabkommens in direkte Verhandlungen mit einem Komitee deutscher Bankiers einzutreten.

Die Disposition in Wall Street richte sich auf eine konstruktive Lösung ein. Mit der günstigen deutschen Handelsbilanz und den durch das Hoover-Moratorium ermöglichten Einsparungen ständen all die Mittel zur Verfügung, um in beidseitiger Übereinstimmung ein Programm zur ordentlichen Schuldenliquidierung zu erarbeiten. Dann fuhr Lamont fort: "It is important that the negotiations between German private debtors and their foreign bank creditors should take their normal course on their own merits, and it would be a grave mistake to permit the private debts to become involved in an international debate as to whether private debts or reparations have 'priority'. Indeed, we are convinced that such debate would be most unfortunate from the standpoint of German private credit. ... The reparation creditors know that the private debts exist and should be realistic enough to let them be dealt with in regular course in order to enable Germany to carry on as a going concern. And Germany, and therefore her private creditors, will benefit by the restoration of German credit which should result if Germany settles her reparation obligations by a voluntary agreement with her reparation creditors."⁴³⁾

Das Beharren auf einer getrennten und schnellstmöglichen Behandlung sowohl von Reparationen als auch von Privatverschuldung zog sich als ein Thema ohne Variationen durch die Stellungnahmen, die die Berliner Niederlassungen der bedeutenden New Yorker Häuser nach Amerika schickten. In einem bündigen Zwei-Punkte-Katalog forderte Lee, Higginson & Co. z.B. eine "broad and prompt acquiescence in (the) formation of (the) Young Committee without (the) endeavor to tie together it and (the) Standstill matter."

Vonnöten sei ein Zeichen der deutschen Gläubiger, daß sie Verständnis für den Standpunkt der amerikanischen Banken aufbrächten und daß sie ihren Wunsch zu kooperieren in die Wirklichkeit umsetzten. Georg Murnane teilte die skeptische Beurteilung Goodhues, daß die Reichsregierung systematisch die Bedeutung des deutschen Exportüberschusses herabzuspielen versuche: "We emphatically pointed out that the theory of a limited export surplus out of

43) Lamont Papers, 181-21 und FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Aide-Memoire Thomas W. Lamont, 9.11.1931; vgl. Handakten Ritter, Bd. 53/2 und Handakten Köpke, Bd. 5/3: Telegramm v. Prittwitz/Washington an AA, 10.11.1931; vgl. auch, Leffingwell Papers, box 3, folder 63: Memorandum Lamont an Parker Gilbert, 24.7.1931, wo er für eine Anrufung des Beratenden Sonderausschusses eintrat.

which they must at one moment settle the reparations question and amortization (of the) Standstill credit was unfounded and would not succeed."⁴⁴⁾

In einer vertraulichen Unterhaltung mit von Prittwitz, der sich Anfang November in Berlin aufhielt, lehnte der deutschfreundliche Murnane die von Berlin aufgestellte Priorität der Privatschuldenregelung als "taktisch unklug" ab und setzte sich für eine mit "größter Beschleunigung" betriebene Einberufung des Beratenden Sonderausschusses ein.⁴⁵⁾ Die von der Reichsregierung betonte Sorge um vorherige Abgrenzung der Kompetenzen schob er mit dem Hinweis beiseite, daß der Ausschuß im Dezember unter dem Druck der Verantwortung vor der ganzen Welt stehen werde, der ihn dazu zwingt, seine Vollmachten "schneller und besser" gemäß dem Gebot der Lage zu gestalten, als dies je der Reichsregierung als "Bittstellerin" gelingen würde. Um diesen, für die deutschen Interessen arbeitenden Druck aufrechtzuerhalten, mußte nach Murnanes Überlegungen die noch ungelöste und unentschiedene Frage um die Stillhaltung bis zum Ende der politischen Verhandlungen ruhen. Während auf der Londoner Konferenz die Regierungen den Banken "Vorschriften" über die Behandlung ihrer deutschen Schuldner gemacht hätten, liege es im deutschen Interesse, nun den Banken ihren "Anspruch auf das letzte Wort" zukommen zu lassen.⁴⁶⁾

Diesen Faden nahm John Foster Dulles in einem Gespräch auf, zu dem ihn Brüning gebeten hatte. Dulles unterbreitete die Vorstellungen seines Hauses, ein modifiziertes Stillhalteabkommen für nur kurze Zeit zu verlängern, weil der Vertrauensbeweis in die deutsche Wirtschaft auf anderem Gebiet erbracht werden müsse: "In general interest the reparation settlement should be required to meet the test of restoring confidence in Germany's commercial credit rather than permit its promulgation in (a) situation artificially freed of dependence on commercial credit." Mit der Forderung nach einer originären Reparationsregelung, der alles andere folge und die sich nicht en passant in einem künstlich geschaffenen Freiraum ergeben sollte, stellte Dulles - wie auch Murnane - die deutsche Primatsformel auf

44) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm George Murnane/Berlin an Lee, Higginson & Co., New York, 9.11.1931

45) NL Pünder, Bd. 91: Schreiben (ohne Verfasser; v. Prittwitz) an Ritter über ein Gespräch mit George Murnane/Lee, Higginson & Co., 1.11.1931

46) Schreiben v. Prittwitz über Gespräch mit Murnane, 1.11.1931, a.a.O.

den Kopf. Nach Einschätzung von Sullivan & Cromwell hing der Charakter eines definitiven Abkommens zur deutschen Verschuldung in allergrößtem Maße davon ab, ob jener Vertrag Vorreiter oder Nachhut der Reparationsregelung wäre. "If sane and prompt settlement restores German credit, (the) short term debt will automatically cease to be (the) major problem, whereas (the) arrangement now arrived at (Stillhaltung September 1931) in (an) atmosphere (of) uncertainty und distrust will impose severe and probably unnecessary hardship and loss on creditors..."⁴⁷⁾

47) FED, Germany-German Government, 1916-1955, Nr. C 261: Telegramm John Foster Dulles/Berlin an Sullivan & Cromwell, 8.11.1931; in Kopie an Harrison. Dulles galt als der aussichtsreichste Kandidat, die Vereinigten Staaten im Sonderausschuß zu vertreten. Vgl. NL Schäffer, Bd. 14, S. 990, Eintrag 6.11.1931

3. Von den Hoover-Laval-Gesprächen in Washington bis zur Einberufung des Beratenden Sonderausschusses

Ohne eine Verständigung mit Frankreich ging offensichtlich nichts. Hoover sträubte sich gegen das Drängen gewisser Bankiers, die Reparations- und Schuldenfrage aufzugreifen, solange nicht bestimmte Vorbedingungen wie eine vorteilhafte innenpolitische Atmosphäre, eine Annullierung der Balfour-Note⁴⁸⁾ sowie eine Berücksichtigung der deutschen Zahlungsunfähigkeit durch Frankreich erfüllt waren.⁴⁹⁾

Auf Grund seiner positiven Pariser und Londoner Gesprächseindrücke von der französischen Delegation gewann Stimson den Präsidenten langsam für seine Idee, Laval nach Washington einzuladen und mit ihm alle Fragen zu beraten, die einem Ausgleich mit Deutschland entgegenstünden. Bei den vorbereitenden Gesprächen, die die Administration intern und mit führenden Finanzfachleuten führte, wurde eine Verhandlungstaktik festgelegt, die an Frankreichs Stolz, Stärke und Großzügigkeit appellieren sollte. Über diesen Weg erhoffte man sich, Laval zu Zugeständnissen gewinnen zu können. Nach den Empfehlungen eines so frankophilen Bankiers wie Thomas W. Lamont kam alles darauf an, den Franzosen ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Hinsichtlich politischer Fragen wie z.B. der Regelung der Beziehungen zwischen Paris und Berlin⁵⁰⁾ sollte die Eigenverantwortlichkeit der französischen Regierung herausgestellt werden; Washington würde lediglich seine loyale Kooperation anbieten.

48) Mit der Balfour-Note vom 1. August 1922 legte die britische Regierung ihre Haltung gegenüber ihren alliierten Schuldner fest: "In no circumstances do we propose to ask more from our debtors than is necessary to pay our creditors. And, while we do not ask for more, all will admit that we can hardly be content with less." Diese Formulierung implizierte, daß Großbritannien sich durch die Gläubigerpolitik der Vereinigten Staaten zu einer Aufrechterhaltung seiner eigenen Schuldenansprüche gezwungen sah.

49) Stimson Diary, vol. 17, 12.9.1931

50) Der Versuch, die deutsch-französischen Differenzen zu entkrampfen, prägte die Gespräche, die Laval und Briand vom 27. bis 29. September 1931 in Berlin führten. Der Besuch sollte einzig und allein der atmosphärischen Verbesserung zwischen beiden Staaten dienen: Laval sei "ernstlich bemüht" gewesen, zumindest auf persönlicher Ebene ein gutes Verhältnis zur deutschen Seite entstehen zu lassen (vgl. Schmidt, a.a.O., S. 228/29). Politische Fragen standen von vornherein nicht auf der Tagesordnung, und folglich endete das Treffen mit keinem anderen Beschluß als dem, eine gemeinsame Wirtschaftskommission ins Leben zu rufen.

Hinsichtlich finanzieller Fragen sah Lamont das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs stark erschüttert durch die Loslösung des britischen Pfund Sterling vom Gold.⁵¹⁾ Ein Treueschwur der Vereinigten Staaten, gemeinsam mit Frankreich den Goldstandard durch dick und dünn aufrechtzuerhalten, eignete sich nach Ansicht der Division of Western European Affairs, die gemeinsamen Beziehungen dem "vernichtenden Einfluß britischer Politik" zu entziehen.⁵²⁾ Wenn Laval sich Hoffnungen hingab, Washington zum Abschluß eines Beistandspaktes bewegen zu können, so holten ihn allerdings deutliche Worte Senator Borahs in die Wirklichkeit zurück: Er, Borah, betrachte sich als einen Advokaten der revisionistischen Sache und bekämpfe jede bilaterale Übereinkunft, die das augenblickliche Vertragssystem nur noch fester zunägele.⁵³⁾

Im Lichte weitergehender Überlegungen warf das Thema "Pfundentwertung" einen Schatten auf die in Aussicht genommene Allianz der beiden größten Goldblockländer. Goldverluste, verursacht durch verstärkte Abzüge der Bank von Frankreich, hatten Unruhe in den New Yorker Devisenmarkt getragen: Am 1. und am 8. Oktober wurde Gold im Gegenwert von je 25 Millionen Dollar nach Paris zurückgerufen; am 13. Oktober folgten weitere 20 Millionen. Von Mitte September bis Ende Oktober betrug der Goldverlust des Federal Reserve Systems insgesamt 755 Millionen Dollar.⁵⁴⁾

51) Lamont Paper, 98-19 und WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Memorandum Thomas W. Lamont "Re Laval Visit", 20.10.1931

52) WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Memorandum Division of Western European Affairs, m. Paragraphen Pierre de L. Boal, Herbert Feis, William Castle, 29.9.1931; vgl. ebd., Telegramm EdgeParis an Stimson, 19.10.1931 über ein Gespräch mit Masson/Cr'edit Lyonnais und mit J.P. Morgan, nach deren Empfehlungen sich Hoover und Laval in ihren Ab-schlußcommuniqué auf den Goldstandard verpflichten sollten.

53) zit. nach Economist, Bd. 113, Nr. 4601, 21.10.1931, S. 796/77

54) Zahlen nach Charles Kindleberger, a.a.O., S. 176/77

Hoover, der der Vorstellung eines anglo-französischen Gesprächs ohnehin nicht viel abgewinnen konnte⁵⁵⁾, hob in einer Kritik des Lamont-Memorandums prompt auf diesen Punkt ab: Unter einem Mißverständnis dessen, was die Franzosen als die für sie beste Politik betrachteten, hätten sie den US-Dollar angegriffen. Er sei nicht dazu bereit, Laval weitreichende Zusicherungen in bezug auf gegenseitige Stützung der Goldposition zu geben.⁵⁶⁾

Keineswegs einverstanden erklärten sich Hoover wie Stimson außerdem mit dem von dem Leiter der Division of Western European Affairs im State Department Pierrepont Moffat unterbreiteten Verhandlungsmodell, in dem er die Alternative von Revision oder Nicht-Revision miteinander verschmolz und

55) "Um nicht in den Verdacht zu geraten, ein "Freund" und eine "Stütze" Laval'scher Politik gewesen zu sein, verbat sich Hoover im Herbst 1943 die Veröffentlichung eines Memorandums, das Stimson am 23.10.1931 über Laval's Washingtonbesuch angelegt hatte und nach einer entsprechenden Anfrage an die Herausgeber der "Foreign Relations of the United States" weiterleiten wollte. Stimson konnte in dem Text nichts entdecken, "which I (Stimson) would anticipate to be poisonous even if published." Nachdem Hoover auf die Bitte seines ehemaligen Außenministers hin zunächst versprochen hatte, seine Einwilligung in eine Publizierung dieses Dokumentes "so großzügig wie möglich" zu erteilen, gelangte er jedoch in seinem entscheidenden, ablehnenden Schreiben vom 9.11.1943 zu einer negativen Einschätzung: "You (Stimson) and I did not like Laval. We did not like the French policies of that time. ... His (Laval's) primary purpose was to cancel or modify the French War debts. We had already recommended modification during the depression only and did not go further than to suggest France act likewise to Germany. ... You and I were trying to get Laval to see France's responsibility to lead Europe in peace and specifically to keep Bruening and the democratic elements in power in Germany as the road to peace. ... Generally there was so few of Laval's proposals to which we could agree that we had difficulties in finding anything to put into a public statement." (WBr, Post-Presidential, Individual: Henry L. Stimson, box 517: Schreiben Hoover an Stimson, 9.11.1943; vgl. ebd. Anfrage Stimson bei Hoover, 15.10.1943; die Ankündigung einer wohlwollenden Prüfung durch Hoover an Stimson, 19.10.1943 und Schreiben Stimson an Hoover 6.11. und 12.11.1943)

56) Lamont Papers, 98-19: Memorandum Martin Egan an Thomas W. Lamont über Gespräch mit Hoover, 21.10.1931; vgl. auch WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Dawes an Stimson, 13.10.1931, in dem Dawes vor einer Unterschätzung der Goldabzüge warnte und als klassisches Gegenmittel eine Erhöhung des Diskontsatzes empfahl.

eine Kombination von dem von Paris aufgeworfenen politischen Zehnjahresmoratorium und rüstungs- oder kolonialpolitischen Zugeständnissen anregte.⁵⁷⁾ Gegen diese Tendenz, die französische Interpretation ihres Sicherheitsinteresses zu billigen und das antirevisionistische Moment mit der Festschreibung des status quo zu stärken, legten Stimson und Morrow Widerspruch ein: "If the French meant the perpetual freezing of the postwar status quo, including the maintenance of unjust and bitterly resented treaty solutions, and a preponderant military force to guarantee it, then we could not agree with them. Our idea of security was a tranquillized Europe, which meant the solution, one by one, and by peaceful means, of the problems that preventing it from settling down."⁵⁸⁾ Rückhaltloser und entschiedener hätte auch kein Tadel an dem in der Nachkriegszeit entstandenen Vertragsgefüge durch einen deutschen Politiker ausfallen können.

Auf den militärischen und rüstungspolitischen Aspekt der Hoover-Laval-Gespräche, der eine Quelle der Dissonanzen war und die Unvereinbarkeit beider Ausgangspositionen offenbarte,⁵⁹⁾ soll an dieser Stelle verzichtet werden zugunsten einer Konzentration auf die Schulden- und Reparationsfrage. In einem Gespräch mit dem US-Botschafter Edge in Paris hatte Flandin eine sich wechselseitig bedingende Kompromißbereitschaft beschrieben: Die Franzosen würden auf die Zahlung der bedingten Annuität verzichten, wenn die Amerikaner ihre Rückzahlungsforderungen erheblich reduzierten.

Selbst für den Fall, daß die Franzosen Einspruch gegen ein weiteres Schuldenfeierjahr erhoben, sich auf ihre Rechte unter dem Young-Plan beriefen, von Deutschland die Zahlung irgendeines Betrages verlangten und ihnen in Belgien ein Bundesgenosse heranwuchs,⁶⁰⁾ hielt das State Department es für geraten, ein wenn auch vorläufiges *fait accompli* im Hinblick auf den Anfang 1932 auslaufenden Stillhaltevertrag zu schaffen:

57) siehe Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970, S. 508; vgl. Nancy H. Hooker (Hrsg.), The Moffat Papers, Cambridge 1956, S. 47

58) Memorandum of Conversation between the Secretary of State and Senator Morrow, 2.10.1931; zit. nach Link, a.a.O., S. 509 (sic) (eigene Hervorhebung)

59) vgl. hierzu zusammenfassend Link, a.a.O., S. 510/11

60) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Telegramm Gibson/Brüssel an Stimson, 16.10.1931

Es winkten entschiedene Vorteile, wenn die Reparationsfrage nicht nur diskutiert, sondern auch gelöst würde, weil die ausländischen Gläubiger dann mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu bereit seien, das Stillhalteabkommen zu erneuern oder andere Wege der Konsolidierung zu beschreiten. Das internationale Schuldenproblem lastete nach wie vor schwer auf den Budgetentwürfen betroffener Regierungen und auf den Kalkulationen privater Gläubiger und Banken mit direkten oder indirekten Interessen in Deutschland. Diese Grundbedingungen des Zweifels schädigten eben nicht nur Deutschland, sondern auch die Gesamtheit der Gläubigerländer, die Vereinigten Staaten eingeschlossen.⁶¹⁾

Wenn die Vereinigten Staaten entgegen vorhergehenden Spekulationen schließlich kein neues Moratorium genehmigten und trotz ihrer Vorbehalte in das vom Young-Plan vorgezeichnete Procedere einwilligten, bedeutete diese Entscheidung keinesfalls ein einseitiges Zurückweichen vor entschlossen demonstrierten Forderungen Frankreichs, sondern kluge Einsicht in das Prinzip des do-ut-des. In ihrem gemeinsamen Communiqué forderten Laval und Hoover, jede weitere Initiative müsse aus Europa kommen, und sie erteilten damit Deutschland den Auftrag, den Beratenden Sonderausschuß unter dem Young-Plan anzurufen.⁶²⁾

Mit dieser Empfehlung erreichten die Vereinigten Staaten dreierlei. Sie kamen ihrem Ziel, die Privatschuldenregelung forcieren zu können, einen großen Schritt näher, wenn die Reparationsfrage mit der Einberufung des Sonderausschusses formaliter eröffnet und einer potentiellen Lösung anheim gestellt worden war. Sie vermieden einen Eklat mit Frankreich, das die Schlüssel für eine Normalisierung und Aussöhnung mit Deutschland in Händen hielt, und verpflichteten es durch die eigene Flexibilität zu gleichrangigem und Zugeständnisse in sich schließendem Verhalten. Sie verzichteten auf effektheischende Alleingänge, wie etwa die Veröffentlichung des Juni-Beschlusses, ein Feiertag einzulegen, zugunsten einer kontinuierlichen, auf Abstimmung bedachten Politik, ohne ihr übergeordnetes Ziel, die Revision und den peaceful change, auch nur für einen Augenblick aus den Augen zu verlieren.

61) WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Memorandum "Matters That Might Be Talked Over With Premier Laval", 9.10.1931

62) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Memorandum Stimson über Gespräch mit v. Prittwitz, 26.10.1931; ebd., Telegrammentwurf Richey an Dawes/London, 28.10.1931; vgl. auch ebd., Telegramm Dawes an Stimson, 29.10.1931

Auf das Ergebnis der Hoover-Laval-Gespräche reagierte die deutsche Reichsregierung mit "tiefer Enttäuschung" darüber, nun "doch auf diesen Weg (des Young-Plans) gedrängt" zu werden.⁶³⁾ Berlin hatte die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses als "ungeeignet" bekämpft, weil hiermit allen möglichen Schwierigkeiten juristischer und politischer Art Tür und Tor geöffnet würden, und hielt unverändert an seiner These vom Primat der Stillhaltung mit dem Argument fest, daß die gesamte Leistungsfähigkeit Deutschlands abhänge von einer Regelung der Privatschulden.

Bis Mitte Oktober hatte sich nach erster Kenntnislage die gesamte deutsche Auslandsverschuldung auf 28 bis 29 Mrd. RM erhöht, von denen 12 Mrd. auf kurzfristige und rund 11,5 Mrd. RM auf langfristige Verpflichtungen entfielen. Gegenüber den Schätzungen des Wiggin-Berichtes bedeutete dies allein für den Bereich der kurzfristigen Schulden ein Mehr von 4 Mrd. RM. Nach Ausweis vom 15. Oktober verfügte die Reichsbank über Gold- und Devisenreserven in Höhe von 1294 Mill. RM bei einem Notenumlauf von 4527 Mill. RM. Hieraus ergab sich eine tatsächliche Notendeckung von 28,6 Prozent gegenüber der gesetzlich vorgeschriebenen 40-Prozent-Deckung.⁶⁴⁾

Die Amerikaner versuchten mäßigend auf die rigorose deutsche Ablehnung einzuwirken, indem sie den Interimscharakter der Beratungen des Sonderausschusses durch den Hinweis unterstrichen, mit Rücksicht auf die französische Mentalität und Einstellung sei es unerläßlich, die juristischen Möglichkeiten des Young-Plans auszuschöpfen, bevor ernsthaft an eine Neuregelung gedacht werden konnte.⁶⁵⁾ In den Tagen um die Monatswende Oktober/November machte sich das State Department verdient um eine Annäherung der unflexiblen Standpunkte Berlins und Paris' und eine Aufweichung ihrer festgefahrenen Argumentationsweisen. Konnte Frankreich sich über die deutsche Versicherung freuen, als Reparationsgläubiger nicht willentlich benachteiligt zu werden, so verstimmte es die nachgeschobene Erklärung, daß Frankreich ja die Stillhaltung stören könne, indem es z.B. finanziellen Druck auf die USA und England ausübte.

63) AA Büro R'Min, Bd. 43/5: Schreiben v. Bülow an die deutschen Botschaften in Washington, Paris, London und Rom, 27.10.1931

64) Zahlen nach Büro R'Min, Bd. 43/4 und W'Rep, Bd. 5: Telegramm Brüning an v. Prittwitz/Washington, 18.10.1931

65) Handakten Ritter, Bd. 53/1 und Handakten Köpke, Bd. 5/3: Vermerk v. Bülow über Gespräch Brüning-Sackett, 30.10.1931

Wenngleich diese Einschätzung den Sachverhalt korrekt erfaßte, bewies sie einen Mangel an politischem Fingerspitzengefühl und barg die gefährliche Tendenz, die Lage nur noch weiterhin zu zementieren und den französischen Befürchtungen Vorschub zu leisten.⁶⁶⁾

Die amerikanische Administration konnte eine Annäherung der Standpunkte nur dann beschleunigen, wenn es gelang, Deutschland und Frankreich die jeweiligen Befürchtungen zu nehmen oder sie zumindest abzuschwächen. An die Adresse von Paris erging die vorsichtig von Castle ins Gespräch gebrachte Möglichkeit, Reparationen und Stillhaltung nicht nach-, sondern gleichbedeutend nebeneinander behandeln zu lassen. Und mit Blick auf Berlin hielt es das State Department für "selbstverständlich, daß der Youngausschuß auch ohne besonderes Mandat seine Zuständigkeiten überschreiten wird."⁶⁷⁾ Die Franzosen verfügten über ein feines Gehör, und etwa eine Woche später riet der französische Botschafter Francois-Poncet dem Auswärtigen Amt, an dem "zweckmäßigen" Gedanken festzuhalten, die Stillhaltegläubiger gleichzeitig mit dem Stillhalteausschuß tagen zu lassen, denn so wie ein Gläubigergremium dem anderen zuvorkomme, entstände Streit und Mißtrauen, während sich bei paralleler Behandlung niemand beklagen könne.⁶⁸⁾

Die von Washington und besonders von Lamont aufgemachte Rechnung, daß Frankreich aus einer Position der Stärke heraus am ehesten zu

66) Handakten Ritter, Bd. 53/2: "Sprechzettel über die Reparationsfrage für Reichsminister", November 1931

67) Handakten Ritter, Bd. 53/2: Telegramm v. Prittwitz/Washington, 3.11.1931

68) Handakten Köpke, Bd. 5/3: Memorandum Gespräch v. Bülow - Francois-Poncet, 12.11.1931; vgl. dazu ebd. und Handakten Ritter, Bd. 53/2: Telegramm Hoesch/Paris, 17.11.1931, der die französische Gesprächsbereitschaft auf heftigen Druck Amerikas und Englands zurückführte. Flandin habe Berlin sogar direkt empfohlen, Kontakt mit den ausländischen Gläubigerkonsortien aufzunehmen. Den deutschen Standpunkt und die Bedeutung der Stillhaltung hatte auch der italienische Außenminister Grandi während seiner Amerikareise dargelegt. Vgl. hierzu Büro R'Min, Bd. 43/5: Telegramm Schubert/Rom über Gespräch mit Grandi, 3.11.1931

Zugeständnissen zu bewegen sei, ging auf und erfuhr eine indirekte Bestätigung durch Flandin. Er stellte sich nicht der deutschen Anregung in den Weg, den Beratenden Sonderausschuß mit denselben Mitgliedern zu besetzen wie das Wiggin-Komitee. Während diese Personalunion der deutschen Regierung ein Alibi erbrachte, um selbst die Maschinerie des "im deutschen Volk verhaßten" Young-Plans in Bewegung setzen zu können,⁶⁹⁾ kam es der französischen Regierung "sachlich gar nicht so sehr" auf das Ausschlußvotum an sich an. Von Entscheidung war für sie vielmehr der formaljuristische Aspekt der Einhaltung des Young-Plans, über die sie hoffte, "wieder in die Legalität zu kommen" und "möglichst ungefährdet von Parlament und öffentlicher Meinung weiter prozedieren" zu können.⁷⁰⁾ Laval respektierte also a priori auch eine für Deutschland positiv ausfallende Empfehlung, die die Erwähnung eines Autors wie Wiggin erwarten ließ. Dies würde ihm um so leichter fallen, als die nationale Opposition nicht dem Paradoxon verfallen konnte, den Young-Plan als adäquates Instrument in Zweifel zu ziehen.

Unter dem Druck der Gesprächsergebnisse von Hoover und Laval und der intensiven Konsultationen mit amerikanischen Bankiers und Finanzfachleuten⁷¹⁾ bereitete Luther sein vorübergehendes Einschwenken in der Frage des Beratenden Sonderausschusses vor, an dessen unfreiwilligem Charakter er keinen Zweifel ließ. In einer zusammenfassenden Stellungnahme unterrichtete er Harrison davon, sich Zurückhaltung bei der Formulierung eigener Stillhaltepläne aufzuerlegen, um nicht den Beginn von Reparationsverhandlungen zu stören. "Spätestens gleichzeitig mit der Reparationsfrage," folgte seine einschränkende Warnung, "wird jedoch diese Frage von uns angeschnitten werden. '... ich möchte ... darauf hinweisen, daß bei (der) Regelung des Hooverjahres anerkannt wurde, daß (die) Forderungen an private Gläubiger wie (der) Dawes- und Young-Anleihe auch bei (einer) Unterbrechung (der) politische(n) Schuldenzahlung weitergezahlt werden müssen. Ich kann mir nicht denken, daß ein System allgemeine Billigung fände, das den

69) vgl. Büro R'Min, Bd. 43/5: Schreiben v. Bülow an die deutschen Botschaften in Washington, Paris, London und Rom, 27.10.1931

70) Büro R'Min, Bd. 43/5 und Handakten Köpke, Bd. 5/3: Telegramm Hoesch/Paris über Gespräch mit Laval und Flandin, 3.11.1931

71) vgl. NA RecGr 59, 862.51/3256: Memorandum des State Department an Herbert Feis, 11.11.1931 über Gespräch Harrison-Rogers-Feis

umgekehrten Weg einschläge und im Ergebnis auf eine Verkürzung der privaten Rechte und Interessen aller Gläubiger hinausliefe."⁷²⁾ Trotz dieses von taktischen und psychologischen Überlegungen diktierten Versuches, die deutsche Reichsbank als die wahre Hüterin amerikanischer Interessen darzustellen, hatte innerhalb des Kabinetts bereits eine allmähliche Öffnung gegenüber den US-Empfehlungen eingesetzt, die Möglichkeiten des Young-Plans auszuschöpfen. Brüning forderte schon Ende Oktober dazu auf, die Tatsachen anzuerkennen und endlich Ansprüche abzuschreiben, deren Chancen auf Verwirklichung unrealistisch seien.⁷³⁾

Der leise diplomatische Gleichklang in den Ansichten Berlins und Washingtons drohte durch eine Dissonanz gestört zu werden, als Sackett im Auswärtigen Amt vorstellig wurde und die amerikanische Opposition zu allen Bestrebungen betonte, beide Themenkomplexe zusammenzubinden. Die Lösung der Privatschuldenfrage erachte seine Regierung als so dringend, daß sie bis zum 1. Dezember ein Ergebnis erwarte. Der ungewohnt strenge und ultimative Ton des US-Botschafters veranlaßte Pünder zu der Vermutung, daß Washington offenbar von New York unter starken Druck gesetzt worden sei.⁷⁴⁾

Zur selben Zeit war bei der Reichsbank ein Telegramm der New Yorker Federal Reserve Bank eingetroffen, in dem Harrison noch einmal verstärkt auf das Drängen der Banken aufmerksam machte, die deutschen Gläubiger möchten unverzüglich ein Komitee einberufen.⁷⁵⁾

Diese doppelt vorgetragene Forderung stieß zunächst einmal auf Schwierigkeiten in Paris, wo Staatssekretär von Bülow und der deutsche Botschafter von Hoesch seit dem 1. November mit der französischen Regierung über die

72) NL Kastl, Bd. 12; R'kz. R 43 I, Bd. 317; Columbia, Harrison Papers, binder 7 und FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.- Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Harrison, 12.11.1931

73) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Memorandum Brüning an Dr. Cuno, 30.10.1931

74) R'kz R 43 I, Bd. 317: Memorandum Dieckhoff an v. Bülow, Brüning, 14.11.1931; mit handschriftlichen Randnotizen Pünders

75) vgl. FED, Minutes of Meetings of Senior Committee Nr. C 261.12 A: 3rd meeting, 13.11.1931; vgl. auch die positive Einschätzung des Ergebnisses der Hoover-Laval-Gespräche durch Lamont (Lamont Papers, 108-15: Telegramm Lamont an Morgan, 30.10.1931)

Formulierung des deutschen Memorandums zur Einberufung des Beratenden Sonderausschusses verhandelten. Flandin widersetzte sich standhaft einer Regelung der kurzfristigen Privatschulden, solange die deutsche Regierung nicht die Zusammenkunft des Komitees unter dem Young-Plan beantragt hatte.⁷⁶⁾ In einer Note warnte die französische Regierung davor, dem New Yorker Druck auf Zusammentritt der Stillhaltekomitees nachzugeben. Jeder deutsche Versuch, die Privatschuldenfrage zeitlich vor die Beratungen des Young-Plan-Sonderausschusses zu ziehen, sei unvereinbar mit der zwischen Hoover und Laval vereinbarten Linie und werde von Frankreich entschieden bekämpft werden.

Im Anschluß an die Washingtoner Gespräche hatte Laval den deutschen Botschafter in Paris von seiner mit Hoover übereinstimmenden Ansicht in Kenntnis gesetzt, daß nach wie vor der Young-Plan den einzigen Weg zur Reparationslösung weise und er in unverändertem Zustand, d.h. ohne die von deutscher Seite gewünschte, formelle Erweiterung der terms of reference, erhalten bleiben müsse.⁷⁷⁾

Nach vertraulichen Informationen der Pariser Niederlassung von Lee, Higginson & Co. war die deutsche Delegation dazu bereit, auf die französische Vorstellung von einer ausschließlich mit der Reparationsfrage befaßten Konferenz einzugehen, wenn Paris im Gegenzug die Zusicherung gab, in der Behandlung der Stillhaltefrage Rücksicht zu üben oder eventuell eine simultane Behandlung außerhalb des Young-Plans zu gestatten.⁷⁸⁾

Die Reichsbank stand vor einem Dilemma, denn "jede Initiative von deutscher Seite hinsichtlich der privaten Schulden (würde) Deutschland in

76) WBr, PresPap, FinCorr, 1011 und NA RecGr 59, 862.51/3257 und FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Sackett an Stimson über Gespräch mit v. Bülow, 14.11.1931

77) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Howell/Paris an Stimson, 4.11.1931; NA RecGr 59, 862.51/3248: Memorandum Howell/Paris, 5.11.1931; vgl. auch NA RecGr'59, 862.51/3247: Telegramm Cochran/Basel an Stimson, 5.11.1931

78) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Memorandum Lee, Higginson/Paris an Lee, Higginson/New York, 12.11.1931

die Gefahr bringen, daß die Franzosen das deutsche Verhalten als Doppelspiel auslegen."⁷⁹⁾

Ließ Luther es auf keine Gedulds- und Zerreißprobe mit seinen Gläubigern ankommen, lastete die Öffentlichkeit ihm die Verantwortung und die Schuld für ein Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen an. Ging er aber auf die dezidierten Forderungen aus Paris ein und zögerte ein Stillhaltegespräch mit New York noch weiter hinaus, riskierte er, durch die in der Folgezeit wahrscheinlich einsetzenden Kreditabzüge den Rest wirtschaftlich geretteten Terrains zu verlieren und den Staatsbankrott erklären zu müssen. Scharfsinnig sah der Berliner Vertreter der National City Bank diese Gefahren vorher und warb im voraus um weiteres Verständnis und weiteren Kooperationswillen der Gläubiger in seinem Land.⁸⁰⁾

Nach Gesprächen mit deutschen Bankiers warnte Banta vor einer akuten Verschlechterung der deutschen Kreditlage, die sich lebensgefährlich auswirken würde, wenn nichts auf politischem oder sonstigem Gebiet passiere, um das derzeitige wachsende Mißtrauen auf Gläubiger- und auf Schuldnerseite auszuräumen. "Die Stillhaltung hat ihren ursprünglichen Auftrag verloren. Anstatt die Interessen der einen wie der anderen Partei zu beschützen, bietet sie eine Plattform für Rechtsstreitigkeiten, die von dem Wunsch inspiriert werden, einen Vorteil zu erhalten. Der nötige allgemeine goodwill der ausländischen Gläubiger ist weitgehend einer Rangelei (scramble) um die Zurückzahlung gewichen - mit all ihrer einhergehenden Gefährdung der Gesamtsituation."⁸¹⁾

79) Columbia, Harrison Papers, binder 7 und FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Harrison, 16.11.1931

80) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Banta/National City Bank, Berlin an Mitchell/National City Bank, New York, 16.11.1931; in Kopie an Harrison

81) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Banta/National City Bank, Berlin an Mitchell/National City Bank, New York, 13.11.1931; in Kopie an Harrison, Wiggin, Potter, Gilbert, Davison und Goodhue

Hilfe- und ratsuchend wandte sich Luther an Harrison: "Solange dieses politische Hindernis für (die) Vorlegung deutscher Vorschläge für (die) private Schuldenregelung nicht beseitigt ist - unsere deutschen Bemühungen Frankreich gegenüber dauern fortgesetzt und mit allem Nachdruck an - sehe ich daher noch nicht, wie bei den von den dortigen (New Yorker) Banken gewünschten Verhandlungen verfahren werden soll."⁸²⁾ Der Governor der Federal Reserve Bank sah keinen Grund, warum Deutschland nicht umgehend der Bitte der amerikanischen Stillhaltgläubiger gerecht werden könne. Stände es denn nicht vollkommen in seiner freien Wahl, umgehend einen Sonderausschuß berufen zu lassen, dessen Kompetenzen sich streng innerhalb der vom Young-Plan gezogenen Grenzen bewegten? Und wenn dies geschehen sei, möge Deutschland in Verbindung mit seinen Gläubigern treten: Harrisons Meinung nach mußte die Regelung beider Fragen "separately" und "distinctly" verhandelt werden.⁸³⁾

Spätestens nach diesem vertraulichen Schreiben konnte für Luther und Brüning kein Zweifel mehr daran bestehen, was zu tun sei.

82) Telegramm Luther an Harrison, 16.11.1931, a.a.O.

83) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.-Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Harrison an Luther, 17.11.1931; in Kopie an Moret, Norman und Fraser

VI.

ANSTRENGUNGEN VON REGIERUNGEN UND PRIVATEN ZUR REVISION DES
INTERNATIONALEN SCHULDENGEFÜGES

1. Parallele Einberufung von Beratendem Sonderausschuß und internationalen
Stillhaltekomitees

Am 19. November ging bei der BIZ der Antrag der Reichsregierung auf Einberufung des Beratenden Sonderausschusses ein; am 20. November nahmen die drei deutschen Bankenvertreter Schlieper, Jeidels und Kastl Kontakt mit den ausländischen Stillhaltekomitees auf.¹⁾

Indem die deutsche Regierung bei der Formulierung des Memorandums Frankreich konsultiert hatte, verpflichtete sie Paris moralisch auf den gemeinsam entworfenen Text zur Aufgaben- und Kompetenzregelung des Komitees. Die Handschrift Berlins war unverkennbar, wenn festgestellt wurde, daß sich die Welt in steigendem Maße "über den inneren Zusammenhang der verschiedenen, durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen," klar geworden sei. "Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letztthin der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderausschuß einzuberufen. ...

Nach dem Neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß 'sie in gutem Glauben zu dem Schlusse gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.' Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Lage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Da der neue Plan dem Beratenden Sonderausschuß die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß

1) Columbia, Harrison Papers, binder 2: Telegramme Fraser/BIZ an Harrison, 18.11. und 20.11.1931

das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldnern zu treffen ist."²⁾

Noch in der morgendlichen Chefbesprechung des 19. November war dem Wunsche Lavals entsprochen worden, in diesen vorletzten Paragraphen des Memorandums einen Zusatz aufzunehmen, der zum Ausdruck brachte, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands durch unmittelbare Verhandlungen der privaten Gläubiger- und Schuldnergruppen geregelt werden müsse. Bei Nichtänderung hatte Flandin sich vorbehalten, das Memorandum als ein "einseitiges, deutsches Schriftstück" zu betrachten, das die französische Regierung nicht binde und zu nichts verpflichte. Daß Paris sich von dem vereinbarten Wortlaut distanzierte und somit den positiven psychologischen Effekt der gemeinsamen deutsch-französischen Redaktionsarbeit zunichte zu machen drohte, konnte Brüning nicht zulassen und schlug zunächst vor, die Veröffentlichung über das Ende der bevorstehenden kritischen Debatten in der französischen Kammer hinauszuzögern.³⁾ Angesichts des von amerikanischer Bankenwelt wie Regierungsseite aufgebühten Zeitdrucks erwies sich dieser Kompromiß als nicht tragfähig. Indem Berlin den Änderungswünschen Lavals Rechnung trug, entsprach es gleichzeitig den Forderungen seiner Stillhaltegläubiger in New York, den Weg zu Verhandlungen zu bahnen,⁴⁾ ließ aber durch seinen Pariser Botschafter Hoesch noch einmal daran erinnern, daß sich die französische Regierung nun an die Linie des Memorandums halten müsse.⁵⁾

-
- 2) NA RecGr 59, 862.51/3286; Büro R'Min, Bd. 44/1 und Handakten Ritter, Bd. 53/2: Memorandum der Deutschen Reichsregierung zur Einberufung des Beratenden Sonderausschusses, 19.11.1931; eigene Hervorhebung; abgedruckt in: Hans Ronde, Von Versailles bis Lausanne, Stuttgart, Köln 1959, S. 187/88
- 3) R'kz R 43 I, Bd. 317: Aufzeichnung über die Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 19.11.1931, 9.30 Uhr; vgl. auch NA RecGr 59, 862.51/3286: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 24.11.1931
- 4) NL Pünder, Bd. 91: Aufzeichnung über die Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 19.11.1931, 12.00 Uhr
- 5) Handakten Ritter, Bd. 53/2: Vermerk Köpke über Telefongespräch Brüning - v. Hoesch, 19.11.1931

Auf Grund einer vertraulichen Vorabinformation begannen bereits im Laufe des 18. November hektische Beratungen zwischen New York und Washington über die Frage, wie der den Vereinigten Staaten zustehende Posten im Advisory Committee zu besetzen sei. Harrison mahnte zu einer schnellen Entscheidung, denn "if we fail to make this appointment the implication is that it might possibly be damaging... It would be said that we are hesitating again."⁶⁾ Nach Hoovers Ansicht sollte kein Vertreter mit einer sehr prononcierten Haltung in der Frage der Schuldenerhebung entsandt werden. Mit Rücksicht auf die Anstrengungen Amerikas, eine getrennte Behandlung politischer und privater Schulden durchzusetzen, durfte der Kandidat weder ein New Yorker Bankier sein (im Gespräch waren Morgan und die First National) noch durfte er von diesem Kreis ernannt werden. Die Administration mußte den Anschein einer rein politischen Berufung vermeiden; das hielt sie für unvereinbar mit Geist und Aufgabe des Plans. Andererseits mußten die Banken den Verdacht einer untereinander abgestimmten Ernennung von sich lenken; sie befürchteten mögliche negative Rückwirkungen auf spätere Gespräche.⁷⁾

Als Pflichtlektüre empfahl Parker Gilbert eine Analyse der Sunday Times, die a) davon ausging, daß die Konferenzergebnisse nicht endgültig sein könnten und daß b) vor Gesprächsbeginn ein anglo-französisches Agr'eement unbedingt erforderlich sei.⁸⁾ Die Prioritätsfrage zog eine breite Trennungslinie zwischen Paris und London. In Basel erklärte Norman am 23. November, daß nichts erreicht oder getan werden könnte, solange seine Forderung nach kompletter Streichung aller Schulden nicht verwirklicht worden sei. An diesem Punkt kamen die Vereinigten Staaten ins Spiel, weil jede Annullierung der Reparationen abhing von einer Annullierung der US-Ansprüche auf Kriegsschulden. Nach Vermutungen Frasers nahm die Bank von England diese unverändert "extreme Position" ein, um sie als einen Hebel

-
- 6) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Telephone Conversation Stimson-Harrison, 18.11.1931
- 7) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With President Hoover, Nr. 2010.1: Telephone Conversation Harrison-Hoover, 19.11.1931. Die Entscheidung fiel dann doch trotz seiner engen Verbindung zum Hause Morgan auf Walter W. Stewart.
- 8) Columbia, Harrison Papers, box 7: Schreiben Parker S. Gilbert/London an Harrison, 26.11.1931; als Anlage Memorandum des Diplomatic Correspondent der Sunday Times

gegen das für die Reparationsstreichung hauptverantwortliche Frankreich und gegen das für die Kriegsschuldenstreichung entscheidende Amerika anzusetzen.⁹⁾

Der scharfe Tadel an die Adresse der Bank von England und des British Treasury, in dem Trugschluß befangen zu sein, Deutschland vor Frankreich retten zu müssen, fand den Beifall Gilberts. "The City of London, especially, instead of directing its hate against the Germans, who have taken its money, concentrates on an anti-French feeling, which is as ridiculous as it is unprofitable."¹⁰⁾ Vor allem die Äußerungen MacDonalds vor dem House of Commons, nun sei eine große Gelegenheit gekommen, einen Schlußstrich unter das internationale Schuldensystem zu ziehen, lösten in Washington Beunruhigung aus. London möge doch endlich seine Versuche aufgeben, so der barsche Kommentar Gilberts, die Rolle des "overhead intervener" in dem Stück über die deutschen Finanzen zu spielen. Der Londoner Markt werde keine Besserung ohne die Liquidierung der deutschen Situation erleben. "Und unter Liquidierung verstehen wir die Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland bankrott ist und auch so behandelt werden sollte."

Die Verantwortlichen waren in der Weltwirtschaftskrise der Vorstellung verhaftet, über den Weg internationaler Konferenzen Lösungen ihrer verflochtenen Probleme zu erzielen. Die amerikanischen Stillhaltegläubiger verfielen in der zweiten Novemberhälfte ebenfalls auf diese Idee, nachdem die offizielle deutsche Einladung zu Stillhaltegesprächen nach Berlin eingegangen war.¹¹⁾

In einem Schreiben an das Londoner Komitee unter Eduard Holland-Martin sprachen sich die New Yorker Bankiers für ein Treffen mit Repräsentanten der anderen Gläubigerländer aus, das einen offizielleren Charakter tragen

9) Columbia, Harrison Papers, box 11: Telegramm McGarrahs/BIZ an Harrison: Wiedergabe Telegramm Fraser an McGarrah über Gespräch mit Norman, 23.11.1931

10) Schreiben Parker S. Gilbert an Harrison, 26.11.1931, a.a.O.

11) Columbia, Harrison Papers, binder 2: Telegramm Fraser an Harrison, 20.11.1931

sollte als die Stillhaltegespräche von August/September.¹²⁾ Dieser Vorschlag ging zunächst in der Kritik Mitchells von der National City Bank unter, der ihn als einen offenbaren Fehler bezeichnete; dem Treffen hafteten ja alle Merkmale einer Bürgerversammlung (town meeting) an. Er wollte stattdessen das bereits praktizierte Verfahren der Direktverhandlungen zwischen den einzelnen ausländischen und dem deutschen Komitee wiederaufgenommen wissen.¹³⁾

Die Kontroverse, die in New York schon um die Wahl des Tagungsortes entbrannte, enthüllt das Bewußtsein von der Janusköpfigkeit der deutschen Frage: Entschieden verwarf die Federal Reserve Bank das von Mitchell ins Gespräch gebrachte Basel, wo der Beratende Sonderausschuß zur gleichen Zeit zusammentreten würde. Aus dieser Duplizität befürchtete Harrison psychologische Nachteile und eine Schwächung der eigenen Position, obwohl gerade das stereotype Insistieren der Vereinigten Staaten wie Frankreichs auf ihren jeweiligen altbekannten Argumenten krasse Zweifel an der Glaubwürdigkeit ihrer Thesen aufkommen lassen mußte, daß private und politische Schuldenfrage nur getrennt beantwortet werden könnten.

Es war der britische "Economist", der zum Auftakt der unter dem Young-Plan am 8. Dezember zusammengetretenen Konferenzrunde in aller Deutlichkeit auf die Verflechtung und innere Abhängigkeit beider Bereiche hinwies: Die Position der ausländischen Stillhaltebanken stehe und falle mit einer allgemeinen Regelung von Deutschlands zukünftigen Verpflichtungen. Solange nicht der Bericht des Beratenden Sonderausschusses vorliege, sei deshalb jeder Vorschlag noch so wohlinformierter Sachverständiger unreif und vor-schnell.¹⁴⁾

12) FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: 6th meeting, 18.11.1931 und 7th meeting, 20.11.1931, in dessen Verlauf Norman noch einmal telefonisch die Bitte auf eine ausschließliche, separate und individuelle Behandlung der privaten Schulden vorgetragen wurde.

13) FED, Committee on German Foreign Credit, Sept. - Nov. 1931, Nr. C 261.12: Schreiben Mitchell/National City Bank an Harrison, 19.11.1931

14) Economist, Bd. 113, Nr. 4607, 12.12.1931, S. 1108/09

Tiarks von der Bank von England beschäftigte der Gedanke eines Gläubigertreffens, das der eigentlichen großen Stillhaltekonferenz vorgelagert sein und als eine "Demonstration für die Baseler Reparationskonferenz des Sonderausschusses" dienen sollte. Er plante, in London ein Dokument entwerfen und unterzeichnen zu lassen, "das den Regierungen den Bankiersstandpunkt entgegenhält und den Regierungen vorhält, wie sie die Gläubiger und die Wirtschaft mißhandelt haben." Zum einen seien bereits im Young-Plan die Privatschulden als "Bagatelle" behandelt worden. Zum anderen hätten die Regierungen den Wiggin-Bericht ignoriert anstatt den ernststen Mahnungen zu folgen. "Die Berliner Stillhaltekonferenz könne nur insofern etwas nützen, als sie einen Druck auf die Baseler Verhandlungen ausübe," notierte Schlieper im Anschluß an seine Verhandlungen mit Tiarks. "Im übrigen könne etwas Positives ja nicht zustandekommen in Berlin, weil ja alles davon abhinge, inwieweit die gleichzeitigen Reparationsverhandlungen uns am Leben ließen."¹⁵⁾

Dieser aggressive Ton fand Resonanz bei den New Yorker Bankiers, die in zunehmendem Maße ihre Ohnmacht spürten, einer um ihre neutrale Haltung bemühten Regierung die politische Seite des Problems wirkungsvoll vor Augen zu führen. In einer intelligenten Analyse umriß Kiep die "innere Verlegenheit" und "Unsicherheit" in Wall Street, weil man dort den Zusammenbruch mancher Thesen befürchte, mit denen man Deutschland etwa die Annahme des Young-Plans empfohlen habe. In ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt, lenkten die Banken ihren allgemeinen Unmut über Fragen wie die internationale Verschuldung und die Reparationen auf einen Bereich in für sie greifbarer Nähe: "(Man) meint den Reparationesel, wenn man auf den Stillhaltesack schlägt."¹⁶⁾

15) NL Pünder, Bd. 91: Telefongespräch Schlieper/London - Pünder über Gespräch Schliepers mit Tiarks, 23.11.1931; vgl. auch New York Evening Post, 15.12.1931

16) AA Abt. III, Bd. 18: Memorandum Kiep/Generalkonsulat New York zur Einstellung Wall Streets zur deutschen Finanz- und Reparationslage, 4.12.1931

2. Die Beratungen der Young-Plan-Mächte in Basel

Die Gespräche des Beratenden Sonderausschusses waren von Anfang an einer starken Politisierung unterworfen, weil jeder der "unabhängigen" Sachverständigen nur auf Anweisung seiner Regierung auftrat. Zwischen England und Frankreich entspann sich ein lebhafter Notenwechsel über die Haltung beider Regierungen zur weiteren Behandlung der Reparationsfrage. Nachdem Laval bereits Ende November eine Revision des Young Plans weit von sich gewiesen hatte,¹⁷⁾ wiederholte die französische Regierung diese Überzeugung in ihrer Note vom 4. Dezember mit der Begründung, die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht prüfen zu können, weil Berlin kein ausreichendes Zahlenmaterial vorgelegt habe.¹⁸⁾ An die Notwendigkeit, Deutschland während der Depression entlasten zu müssen, knüpfte sie eine doppelte Bedingung: die Begrenzung aller Hilfsmaßnahmen für eine "begrenzte Zeitspanne" sowie eine auf den aufschiebbaren Teil der Annuitäten konzentrierte Behandlung, dessen Herabsetzung sie für den Fall einer entsprechenden Senkung der amerikanischen Kriegsschuldenansprüche in Aussicht stellte.¹⁹⁾

Die englische Antwort vom 16. Dezember warnte vor der Präjudizierung einer Empfehlung, die Gegenstand noch laufender Verhandlungen sei. Unter Ablehnung einer Priorität für die unaufschiebbare Annuität wies Großbritannien darauf hin, daß es durch seine Kredite und die Öffnung seines Marktes für deutsche Erzeugnisse zur deutschen Zahlungsfähigkeit von Reparationen an Frankreich beigetragen habe:

17) vgl. NA RecGr 59, 862.51/3271: Telegramm Shaw/Paris an State Department, 27.11.1931

18) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Shaw/Paris an Stimson, 4.12.1931 und ebd. Telegramm Cochran/Basel an Castle, 9.12.1931 über den Wortwechsel zwischen Charles Rist und Carl Melchior

19) vgl. hierzu auch Stimson Diaries, reel 4 = box 2, vol. 19: Gespräch Stimsons mit Bundy und Feis über Lavals Rede vor der französischen Deputiertenkammer, 1.12.1931; Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum der französischen Regierung, 3.12.1931, in dem sie an der grundsätzlichen Gültigkeit des Young-Plans festhält; ebd., Memorandum Gespräch Stimson-Claudel, 3.12.1931, in dem Stimson sich gegen ein die Arbeit des Baseler Komitees vorwegnehmendes Urteil durch Paris verwahrt. Washington erwartete seinen Worten nach "a full, impartial and expert exploration", "an untrammelled report of scientific character".

Von der Regierung Seiner Majestät könne nicht erwartet werden, ein System aufrechtzuerhalten, das zwar die Ressourcen für Reparationszahlungen an Frankreich bereitstelle, die privaten britischen Ansprüche hingegen nicht völlig absichere.²⁰⁾

Im Laufe der Baseler Verhandlungen kristallisierten sich zwei Blöcke heraus: Auf der einen Seite standen die Vertreter Deutschlands, Englands, Hollands, Schwedens und der Schweiz; Gegenposition bezogen die Franzosen unter belgischer und jugoslawischer Sekundanz, während sich Amerikaner und Italiener in der Rolle des Vermittlers übten. Der von den USA ausersehene Kandidat Stewart lehnte es ab, den Vorsitz über die Verhandlungen zu übernehmen - eine Entscheidung, die in Basel zu Mutmaßungen veranlaßte, Stewart habe unter Instruktion seiner auf Trennung der Reparations- und Schuldenfrage bedachten Administration gehandelt. Stewarts Begründung, die Reparationsfrage sei eine rein europäische Angelegenheit, die folglich unter europäischer Federführung zu bereinigen sei, verdeutlichte einmal mehr die Diskrepanz zwischen dem Anspruch des Beratenden Sonderausschusses, frei von Kontrolle durch Regierungen und Zentralbanken zu verhandeln, und der Wirklichkeit einer hochpolitisierten Atmosphäre.²¹⁾ Den Vorsitz übernahm dann der Italiener Alberto Beneduce, der ja bereits im Sommer 1931 Mitglied des Wiggin-Ausschusses gewesen war.

Ansesichts der von Brüning ausgegebenen Parole, jedes neue Provisorium wäre "ein wirtschaftlicher Nonsens", durfte Carl Melchior, der deutsche Repräsentant in Basel, nicht in die europäische Schuldnergemeinschaft gegenüber den Vereinigten Staaten eintreten, zumal die Amerikaner ihre "höchste Unzufriedenheit" über die von Paris formulierte Parallelität des Schuldennachlasses auf internationaler Ebene geäußert hatten. Zu keinem Zeitpunkt verlor Berlin die Bedeutung der Stillhaltung aus den Augen. Folgerichtig plädierte Melchior für den "tatsächlichen Vorrang" der Wirtschaft als dem Fundament öffentlicher Zahlungsverpflichtungen; der "reserveentblößte" Reichsetat 1932 lasse zusätzlich politische Zahlungen nicht zu.²²⁾

20) vgl. dazu Helbich, a.a.O., S. 86

21) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 9.12.1931

22) NL Pünder, Bd. 92: Vorbesprechung in der Reichskanzlei zu Baseler Verhandlungen, 2.12.1931

Einen dramatischen Beweis für die Ernsthaftigkeit der Lage erbrachte die Notverordnung vom 8. Dezember, die die Löhne und Gehälter um zehn bis fünfzehn Prozent maximal auf den Stand vom 10. Januar 1927 herunterschnitt und die Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten um zehn Prozent senkte. In dieser "Maßnahme ohne Beispiel in der modernen Gesetzgebung"²³⁾ sah der "Economist" Brünings "letzte heroische Anstrengung", der verzweifelte Situation Herr zu werden,²⁴⁾ während sie amerikanischen Gläubigern als Anlaß diente, Hoover die Gefahren vor Augen zu führen, die ihrem eigenen Land aus der starren Haltung Frankreichs erwuchsen.²⁵⁾

In ihren miteinander unvereinbaren Forderungen nach Streichung der Reparationen versus Aufrechterhaltung des Young-Plans bildeten Deutschland und Frankreich die beiden extremen Verhandlungspole. Während Rist sich bemühte, auf Zeitgewinn zum Ende der französischen Wahlen zu setzen, drängte die deutsche Delegation darauf, "jetzt möglichst schnell Schluß zu machen." Nachdem die von Layton und Sprague entwickelte Idee eines fünfjährigen Moratoriums weder in Paris noch in Berlin auf Gegenliebe gestoßen war, hatte Brüning angeregt, gemeinsam mit Frankreich den Bericht des Beratenden Sonderausschusses nicht zu unterzeichnen. Er wollte sich mit der Zusatzserklärung begnügen, daß die optimistische Einschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch die Gläubiger durch nichts gerechtfertigt sei. Unter den verschlechterten Umständen glaube die Reichsregierung nicht, in Basel eine Voraussage geben zu können, daß sich die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaften der Welt unter den bestehenden Reparationsbelastungen in Zukunft wieder erholen würden. Damit ging Brüning ein Spiel mit hohem Risiko ein. Realistisch betrachtet war seine Verhandlungsposition nicht stark genug, um eine Reparationsstreichung erzwingen zu können. Möglicherweise bewogen ihn innenpolitische Spekulationen, um über die

23) Handakten Ritter, Bd. 44/2: Memorandum über die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung, 23.12.1931

24) Economist, Bd. 113, Nr. 4607, 12.12.1931, S. 1115

25) WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986: Schreiben W. L. Teagle/President Standard Oil, New York, 7.12.1931; vgl. auch NA RecGr 59, 862.51/3292: Schreiben Feis an Stimson, 8.12.1931, in dem er zu bedenken gab, daß die Brüning'schen Notverordnungen ein Verhältnis zwischen Regierung und Industrie schufen ähnlich den Verhältnissen im faschistischen Italien. Ein Schritt hinüber zu dem Programm Hitlers sei nicht sehr groß.

wahrscheinliche Ablehnung in Basel zu einer "Regierung der nationalen Einigung" zu gelangen, die Hitler entweder in das bürgerliche Lager zwang oder ihn aber kompromittierte.²⁶⁾

Layton als der Vertreter Londons verlangte von Melchior anzuerkennen, "irgendetwas müsse man doch schließlich, wenn auch für die Zukunft, als (deutsche) Zahlungspflicht feststellen." Ohne sich mit der französischen Forderung nach Aufrechterhaltung des Young-Plans einverstanden zu erklären, schloß er eine Empfehlung aus, nach der Deutschland niemals wieder würde Reparationen bezahlen können.²⁷⁾

Der Reichskanzler fühlte sich taktisch am Ziel angekommen, als Layton dem Plenum die Anregung unterbreitete, einen Bericht ohne Schlußfolgerungen und nur mit der Bemerkung zu verabschieden, "daß die Weltlage sich inzwischen so ungünstig entwickelt habe und die Katastrophe ein solches Ausmaß angenommen habe, daß der Ausschuß im Rahmen der ihm durch den Young-Plan gegebenen Ermächtigung nicht in der Lage sei, Empfehlungen über das, was geschehen sollte, abzugeben." Melchior wie Rist erklärten sich bereit, ihre Unterschrift unter ein Dokument dieses Charakters zu setzen.²⁸⁾

In einigen Punkten blieb der Bericht hinter den deutschen Erwartungen zurück, weil er eben keine durchkonstruierte Untersuchung bot, sondern "eine Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten oder zweideutigen Formeln, bei denen der Vordersatz Deutschland, der Nachsatz Frankreich befriedigen sollte."²⁹⁾ Aus Angst vor einem allzu aussageschwachen und farblosen Bericht hatte das State Department sogar zeitweilig die

26) NL Schäffer, Bd. 16, S. 1201-13, Eintrag 19.12.1931

27) NL Schäffer, Bd. 16, S. 1166/67, Eintrag 9.12.1931

28) vgl. NL Schäffer, Bd. 16, S. 1204, Eintrag 19.12.1931; Laytons Vorschläge gingen über diese negative Kompromißformel hinaus: Nach offiziellem Beratungsende sollten die Delegierten in Basel feststellen, was ihnen als eine geeignete Lösung des Reparationsproblems erscheine. Das Ergebnis sollte dann in vertraulichen, nicht zur Veröffentlichung bestimmten Briefen den Regierungen mitgeteilt werden.

29) Gustav Stolper, Zwischen Basel und Lausanne, In: Der deutsche Volkswirt, 6. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 15, 8.1.1932, S. 479-82, Zitat S. 479

Veröffentlichung eines Minderheitenberichtes in Erwägung gezogen, der auf jeden Fall "irgendeine Bedeutung" haben sollte.³⁰⁾ Dieses Gedankenspiel war jedoch auf Anraten McGarrahs aufgegeben worden, der vor dem Hintergrund der gleichzeitig stattfindenden kritischen Debatten im US-Kongreß um Billigung des Hoover-Moratoriums den Vorwurf der europäischen Schuldner fürchtete, Washington versage sich einem konstruktiven Kurs.³¹⁾

London, das vor dem Ausscheren seines wichtigsten Verbündeten aus gemeinsamer Front bangte, kühlte die amerikanische Impulsivität mit der Begütigung, ein Gläubiger könne ja immer eine Regelung revidieren, die sich in der Praxis als untauglich erweise, und ein *w e i s e r* Gläubiger tue dies schnell, bevor sein Schuldner in den Bankrott stürze. Eleganter hätte MacDonald kaum an den Stolz Washingtons und den Geschäftssinn New Yorks appellieren und gleichzeitig die Notwendigkeit weiterer Schritte über den Dezember 1931 hinaus andeuten könne. "What is sound business practice in dealing with private obligations is equally necessary in handling international obligations, as the financial and economic interests of all nations are indissolubly linked ..."³²⁾

Für Brüning, der aus seiner Enttäuschung keinen Hehl machte, empfahl es sich, den Beneduce-Ausschuß als eine Formalität und Durchgangsstation zu betrachten, die auf dem Weg zu einer Revision des Young-Plans abgehakt werden mußte. Der Bericht erkannte zwar die katastrophale Lage der deutschen Finanzen an, glaubte aber Aussichten auf Besserung zu erkennen, sobald sich die Weltwirtschaft erhole. Für die Reichsbahn, deren Geschäftsgrundlage er ohnehin als gesund bezeichnete, sah der Bericht für die folgenden Jahre sogar einen Nettoüberschuß vorher.

30) Stimson Diaries, reel 4 = box 2, vol. 19: Gespräch Stimsons mit Bundy, Feis, Klots, Mills, 21.12.1931; vgl. auch WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 19.12.1931

31) FED, Harrison Papers/Harrison's Conversations With G.W. McGarrah, 1930-1933, Nr. 3013.1: Telefongespräch McGarrah/Basel an Harrison, 21.12.1931

32) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Dawes/London über vertraulichen Bericht MacDonalds an Stimson, 21.12.1931; eigene Hervorhebung

Ohne das Problem der Reparationen und Kriegsschulden offen beim Namen zu nennen, warnte der nach dem italienischen Vorsitzenden des Sonderausschusses benannte Beneduce-Bericht³³⁾ vor dem weltweiten Transfer großer Summen, der schließlich das "augenblickliche Chaos" nur verschärfe. Dem von Rist vertretenen Standpunkt, daß einem französischen Entgegenkommen in der Frage der Reparationen ein amerikanisches Entgegenkommen in der Frage der Kriegsschulden entsprechen müsse, wurde durch die Erklärung Rechnung getragen, daß ein Schuldnerland - Deutschland - nicht auf Kosten eines anderen - Frankreich - entlastet werden dürfe.

Das Schlußkapitel bestätigte aber im großen und ganzen alle von der deutschen Delegation vorgebrachten Einwände. In eindeutiger Überschreitung seiner Kompetenzen gelangte der Beratende Sonderausschuß zu der Feststellung, daß die Grundannahmen, unter denen der Young-Plan formuliert worden war, der Situation unangemessen und von der deutschen wie internationalen Entwicklung überholt worden seien. Der Bericht folgte dem deutschen Antrag, wenn er den Transfer der bedingten Annuität als unmöglich anerkannte und ein ähnliches Schicksal für den unbedingten Teil der Annuität durchblicken ließ: "The Young Plan, with its rising series of annuities, contemplated a steady expansion in world trade, not merely in volume but in value, in which the annuities payable by Germany would become a factor of diminishing importance. In fact the opposite has been the case. Since the Young Plan came into effect, not only has the trade of the world shrunk in volume, but the very exceptional fall in gold prices that has occurred in the last two years has itself added greatly to the real burden... We appeal to the Governments on whom the responsibility for action rests to permit of no delay in coming to decisions which will bring an amelioration of this grave crisis which weighs so heavily on all alike."³⁴⁾

Nach dem eindringlichen Ruf des Layton-Wiggin-Reportes verstärkte also der Bericht des Beratenden Sonderausschusses den Appell an die Regierungen zur Initiative. Es war die britische Regierung, die auf diese Aufforderung umgehend reagierte, indem sie am 29. Dezember Einladungen zu einer

33) Der Basler Reparationsbericht. Das Gutachten des Beneduce-Ausschusses. Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses, Frankfurt 1932; Report of the Special Advisory Committee, 23.12.1931; abgedruckt in: Ronde, a.a.O., S. 170-86

34) Report of the Special Advisory Committee, 23.12.1931

Reparationskonferenz in Lausanne für den 18. Januar 1932 an die am Young-Plan beteiligten Mächte versandte.³⁵⁾ Die englische Diplomatie hatte sich ja bereits seit Ende Oktober, etwa zeitgleich mit dem Abschluß der Hoover-Laval-Gespräche, für eine internationale Konferenz ausgesprochen. Damals hatte Lord Reading in Paris die Chancen einer allgemeinen monetären Konferenz und die speziellen Möglichkeiten einer Stabilisierung des Pfund Sterling sondiert.³⁶⁾

Hoover begnete diesen Aktivitäten mit um so entschiedenerer Ablehnung, da er zum einen das Problem des Pfundes und seiner Rückführung zum Gold als "business matter" zwischen Banken und Handel beider Länder aufgegriffen sehen wollte, zum anderen aber mit Blick auf Deutschland und Frankreich befürchtete, in eine Diskussion um Reparationen und Schulden verwickelt zu werden.³⁷⁾ Die Amerikaner nahmen die Gefahr sehr ernst, für die Erleichterung Deutschlands eigene Einbußen bei der Zahlung alliierter Schulden hinnehmen zu müssen. Nach Ansicht Stimsons ging es nicht an, eine Entwicklung zuzulassen, in der die Vereinigten Staaten zum "residuary legatee", zum Haupterben der Zahlungsansprüche aller Nationen gegenüber Deutschland würden. In diesem Zusammenhang verwies der US-Außenminister auf die pikante Verhandlungsposition der britischen Regierung, die sich auf der gewünschten Konferenz Seite an Seite mit Frankreich und gegen den alten Partner Amerika gestellt wiederfinden müßte.³⁸⁾

Schon vor Einberufung des Beratenden Sonderausschusses waren die deutsche und französische Regierung von einer neuerlichen Konferenz als einer

35) NA RecGr 59, 800.51 W 89/455: Telegramm Dawes/London an Stimson, 30.12.1931 und WBr, PresPap, FinCorr 1011: Telegramm Atherton/London an Stimson, 30.12.1931

36) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1010: Memorandum "Matters That Might Be Talked Over With Premier Laval", 9.10.1931; ebd., 1011: Telegramm Dawes an Stimson, Hoover, 4.11.1931; vgl. auch ebd.: Telegramme Atherton/London an Stimson, 19. und 20.11.1931

37) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: draft telegram Richey an Dawes, 28.10.1931

38) Stimson Diaries, reel 4 = box 2, vol. 19: Gespräch Stimsons mit dem britischen Botschafter Lindsay, 28.12.1931

Selbstverständlichkeit ausgegangen.³⁹⁾

Berlin hatte dem amerikanischen Drängen, die Mittel des Young-Plans zunächst auszuschöpfen, unter der Bedingung Folge geleistet, daß jenes Verfahren nur den Ausgangspunkt bilden und nicht etwa einen Endpunkt setzen würde.⁴⁰⁾ Dem deutschen und französischen Konferenzwunsch entzog sich Hoover, indem er auf die höheren Erfolgsaussichten individueller Verhandlungen zwischen Schuldnern und Gläubigern verwies; alles andere resultiere in "great disturbance" und "disagreement".⁴¹⁾ Um einer Festlegung zu entgegen, drang die große Mehrzahl der verantwortlichen Stäbe im Weißen Haus und im State Department (vor allem Stimson, Klots, Feis, Mills) auch darauf, keine offizielle Erklärung zum Bericht des Beratenden Sonderausschusses abzugeben.⁴²⁾ In Washington wie in New York herrschte die Furcht vor, die europäischen Unterzeichner leiteten aus dem allgemeinen Charakter des Berichts die Forderung nach einem entscheidenden Wort Amerikas ab: "There is every indication that the Europeans probably will line up and say, 'Here is about what we can do, but dependent upon America's doing so and so...'," sah Harrison die Politik seines Landes auf lange Sicht in die Schiedsrichterrolle gedrängt.⁴³⁾

Diese prinzipielle Skepsis und diese Einschränkungen der Vereinigten Staaten minderten jedoch nicht den praktischen Wert, den der Beneduce-Bericht und die Einladung nach Lausanne für die deutsche Diplomatie besaßen. Eine Lösung schien in greifbare Nähe gerückt.

39) Büro R'Min Bd. 43/4, Handakten Ritter, Bd. 53/1 und Handakten Köpke, Bd. 5/3: Telegramm, v. Bülow an v. Prittwitz/Washington, 31.10.1931; Büro R'Min, Bd. 44/1: Memorandum Köpke über Neuregelung der Reparationsfrage, 17.11.1931; Büro R'Min., Bd. 43/5 und Handakten Köpke, Bd. 5/3: Telegramm Hoesch/Paris über Gespräch mit Laval und Flandin, 3.11.1931

40) Handakten Ritter, Bd. 53/2: "Sprechzettel über die Reparationsfrage für Reichsminister", November 1931

41) draft telegram Richey an Daweś, 28.10.1931, a.a.O.

42) vgl. Stimson Diaries, reel 4 = box 2, vol. 19: Gespräch Stimsons mit dem britischen Botschafter Lindsay, 28.12.1931

43) WBr, TransTelConv, Gespräch Stimson-Harrison, 17.12.1931

3. Die Beratungen der Stillhaltegläubiger in Berlin

Als der Beratende Sonderausschuß in Basel seine Verhandlungen aufnahm, trafen sich in Paris die Stillhaltegläubiger Deutschlands zu einer Vorkonferenz, die Tiarks als eine Gegenveranstaltung konzipiert hatte, um den Regierungen einen Spiegel ihrer eigenen Fehlentscheidungen vorzuhalten. Dieser Plan scheiterte sofort an den zwischen der anglo-amerikanischen und der französischen Bankengruppe aufbrechenden Differenzen um das Verhältnis von Handels- und Finanzkrediten. Es gelang den Vertretern Frankreichs nicht, den Handels-Rembourskrediten, an denen sie hauptsächlich interessiert waren, eine bevorzugte Stellung zu sichern. In New York war man im großen und ganzen dazu entschlossen, die Frage der Mobilisierung beider Kreditarten en bloc zu behandeln. Die von dem amerikanischen Vertreter Wiggin⁴⁴⁾ als gemeinsame Richtlinie bezeichnete Einigung trug alle Merkmale des Kompromisses: Der bei den deutschen Schuldnern verfügbare, bzw. verfügbar werdende Devisenbetrag sollte gleichmäßig auf die Gläubigergruppen nach einem Schlüssel verteilt werden, der sich aus der Höhe der in Deutschland angelegten Beträge ergab. Es blieb dann jeder Ländergruppe überlassen, nach eigenem Gutdünken die verschiedenen Kredite ihrem Charakter nach zu sortieren und Rückzahlungen entsprechend zu verteilen.⁴⁵⁾

Zum Auftakt der Verhandlungen in Berlin erwartete die Gläubiger ein minutiöses Memorandum zur deutschen Finanz- und Wirtschaftslage, dessen Hauptthese die Bindung einer Rückzahlung der Kredite an eine Erhöhung der Exportmöglichkeit für deutsche Erzeugnisse vorführte.⁴⁶⁾ Die

44) Harrison ernannte ein "Special Committee", das die New Yorker Banken in den Stillhaltengesprächen vertreten, bzw. beraten sollte. Ihm gehörten an: Albert H. Wiggin/Chase National Bank als Chairman, George W. Davison/Central Hanover Bank and Trust Company, F. Abbott Goodhue/International Acceptance Bank, Charles E. Mitchell/National City Bank, William C. Potter/Guaranty Trust Company; vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Sept.- Nov. 1931, Nr. C 261.12: Telegramm Wiggin an die stillhaltenden US-Banken, 24.11.1931

45) Berliner Tageblatt, Nr. 580, 9.12.1931; Frankfurter Zeitung, Nr. 911/12, 8.12.1931

46) FED, Memorandum Submitted by German Debtors' Committee to the Creditors' Committee in Berlin, December 1931

außergewöhnlich schweren Verluste an Gold und Devisen im Kapitalverkehr konnten nicht in vollem Umfang durch den positiven Abschluß der Handelsbilanz ausgeglichen werden. Allerdings stand einem Exportüberschuß von rund 1200 Mill. RM zwischen August und Mitte November 1931 ein Abzug von "nur" 1000 Mill. RM für Kreditrückzahlungen gegenüber, was scheinbar eine günstige Lage signalisierte.⁴⁷⁾ In Wirklichkeit war es aber doch anders: Die Zahlungsgepflogenheiten in Import und Export erschwerten und verzögerten den Nettodevisenzufluß. Auf der Importseite wurden in zunehmendem Maße Barzahlungen üblich. Ein deutscher Importeur vermied es nach Möglichkeit, ausländische Handels-Rembourskredite aufzunehmen, weil sie ihm entweder zu teuer waren oder weil er angesichts der unsicheren internationalen Währungssituation keine langfristige Verpflichtung im Ausland wünschte. Auf der Exportseite verzögerte der Brauch, Ausfuhren nicht direkt bezahlt zu bekommen, einen unmittelbaren positiven Niederschlag im Zahlungseingang. Mit einem nominalen Zuwachs der Exporte vergrößerte sich zudem der Bestand an Devisen auch deshalb nicht in gleichem Umfang, weil ein zunehmender Teil der deutschen Ausfuhren gegen Bezahlung in Reichsmark geliefert wurde. Die deutsche Seite argumentierte: Jeder Druck auf eine beschleunigte Kreditrückzahlung müßte in einer vermehrten Ausfuhr resultieren, die durch eine notwendige Niedrigpreiskalkulation nur schmale Gewinne abwerfen oder sogar Verlust bedeuten würde. Eine solche Praxis, die sich dem Verdacht des Dumping aussetzte, bringe eine negative Spirale in Bewegung: Deutschland verschärfe seinen Wettbewerb auf dem internationalen Markt, verringere aber gleichzeitig seine eigene Aufnahmekraft und verliere so noch mehr an Attraktivität für alte Handelspartner.

Um fällige Kredite an das Ausland zurückzahlen zu können, habe die Reichsbank 1931 eine Summe von rund 2200 Mill. RM bereitstellen müssen. Für 1932 wurde ein Schuldendienst von insgesamt 1820 Mill. erwartet, von denen 995 Mill. auf den Dienst an langfristigen und 825 Mill. auf den Dienst an kurzfristigen Schulden entfallen würde. Diesen Forderungen in Höhe von 1820 Mill. stünden aber nur Einkünfte von 420 Mill. aus fälligen Zinszahlungen des Auslandes und Dienstleistungen gegenüber. D.h., das bestehende Defizit

47) Der Beneduce-Bericht kam auf Grund der deutschen Statistik für den deutschen Außenhandelsüberschuß zu folgender Aufschlüsselung:

1931 Juli	265 Mill. RM	1931 August	349 Mill. RM
Sept.	387 " "	Oct.	396 " "
Nov.	267 " "		

von 1400 Mill. RM belaste von vornherein jeden erzielten deutschen Exportüberschuß.⁴⁸⁾

Unter nationalen Aspekten geführte Versuche zur Währungsstabilisierung und Wirtschaftsvereinigung in vielen Ländern - exemplifiziert an der Aufschüttung immer höherer Zollwälle - sowie die britische Aufgabe des Goldstandards setzten dem deutschen Zwang zur Exportexpansion aber enge Grenzen. Hätte hier nicht das Instrument der selektiven Devisenrestriktionen Abhilfe schaffen können, indem es den Devisenvorrat schonte und das Ausland durch diese Repressalie zu mehr Entgegenkommen zwang?

Die Einwände liegen auf der Hand:

1. Es bedeutete einen offenen Verstoß gegen den Grundsatz der Meistbegünstigung, wenn Deutschland auf dem Wege der Devisenzuteilung nicht die Einfuhr aus allen Ländern beschränkte, sondern nur aus solchen, die selbst die deutsche Einfuhr durch Devisenbestimmungen hemmten.
2. Ein im Gefolge der Restriktionen erforderliches bilaterales (Devisen-) Clearing, gar eine anzustrebende 1:1-Relation im Warenverkehr, würde zu einer planmäßigen Verminderung der deutschen Ausfuhr führen, da Deutschlands Handelsbilanz gegenüber den meisten Partnern aktiv war. Die große Gefahr eines verwaltungsmäßig geregelten Devisenausgleichs lag in der potentiellen Forderung von Gläubigerländern, einen Teil des Devisenanfalls zur Abdeckung der deutschen kurzfristigen Verschuldung zu verwenden, wie dies die Schweiz bei Handelsvertragsverhandlungen bereits angekündigt hatte. Eine derartige Entwicklung beschwor die gravierendsten Konsequenzen für das Schicksal der Stillhaltung herauf, deren Erfolg ja von einer einheitlichen Regelung gegenüber allen Gläubigern abhing: Unter einem bilateralen Clearing würde sie in eine Reihe von Einzelabmachungen mit je nach der Höhe des deutschen Außenhandelsüberschusses uneinheitlichem Tilgungstempo zerfallen und diejenigen Länder unbefriedigt lassen, denen gegenüber Deutschland keinen Überschuß erzielte, wie z.B. gegenüber den Vereinigten Staaten.

48) Zahlen nach FED, Memorandum Submitted by German Debtors' Committee to the Creditors' Committee in Berlin, December 1931

3. Deutschland lief Gefahr, mit der Devisenbewirtschaftung den westlichen Handelsländern ein Signal zu geben, den internationalen Warenverkehr stärkeren Hemmnissen zu unterwerfen.⁴⁹⁾

Aus diesen Überlegungen erhellt, daß eine in die Zukunft gerichtete Lösung also weder in Zwangsmaßnahmen noch bei einem um jeden Preis forcierten Export noch bei einem künstlich restringierten Import liegen konnte.⁵⁰⁾

"The close ties linking Germany financially to her creditors have been built up in eight years and cannot be suddenly severed. ... a way must be found," lautete der deutsche Auftrag an die Berliner Stillhaltekonferenz, "to relieve Germany of the pressure under which she is bound to increase her exports and to do away with the danger of a collapse of the currency."⁵¹⁾

Die im Gebäude der Reichsbank tagenden Bankenkomitees standen vor der grundsätzlichen Entscheidung, entweder das seit September 1931 praktizierte System der begrenzten Stillhaltung und der allmählichen Kreditrückzahlung fortzuschreiben oder aber eine dauerhafte Regelung der kurzfristigen deutschen Auslandsschuld einzuleiten, d.h. Wege der Zusammenarbeit zwischen Gläubiger und Schuldner zu weisen, die sich dazu eigneten, die deutsche Schuld abzuwickeln, zu konsolidieren oder in einer Form aufrechtzuerhalten, die das deutsche Wirtschaftsleben nicht mehr gefährdete.

-
- 49) R'kz R 43 I, Bd. 2447: Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes zur Frage deutscher Devisen-Gegenmaßnahmen, 7.12.1931. Den amerikanischen Banken diese Zwangslage an Ort und Stelle zu verdeutlichen, beabsichtigte Luther mit seiner Einladung an Eugene Meyer, den Governor des Washingtoner Federal Reserve Board. Trotz der Fürsprache Sacketts hielten State Department und Meyer selbst einen die Stillhalteverhandlungen begleitenden Berlinbesuch für mißverständlich und unpassend; Meyer ließ seine Absage mit Terminverpflichtungen im eigenen Land entschuldigen. (NA RecGr 59, 862.51/3283: Telegramm Sackett an Stimson, 5.12.1931 und Telegramm Stimsons an Sackett, 7.12.1931)
- 50) Tiarks machte sich für eine Warenkontingentierung mit dem Argument stark, es gehe nicht an, daß Deutschland Kaviar einführe und seine Gläubiger auf ihr Geld warten lasse. Berlin verwies jedoch zu Recht auf die praktischen Schwierigkeiten der Kontingentierung, die indignierten Proteste betroffener Länder und die konsequenten Repressalien gegen deutsche Exporteure.
- 51) FED, Memorandum Submitted by German Debtors' Committee to the Creditors' Committee in Berlin, December 1931

Im Schatten des ungewissen Ergebnisses der Baseler Reparationsverhandlungen erlegten sich die ausländischen Bankenvertreter Reserve auf und neigten zunächst zu einer Kopie bereits vertrauter Stillhalteschemata.⁵²⁾

Aus den uneinheitlichen Gläubigerforderungen hatten sich bis zur weihnachtlichen Konferenzpause zwei wesentliche Streitfragen herausgeschält, deren Lösung bereits fixiert wurde.

1. Die Stillhaltekomitees erkannten die Unantastbarkeit der der Reichsbank verbliebenen Gold- und Devisenbestände an. Man zog aus dem ersten Abkommen die Lehre, daß ein jeglicher Transfer die Kreditlage nur weiter anspannen und belasten würde. Eine Übertragung von Kapitalien sollte nur dann stattfinden, wenn die Aufbringung der erforderlichen Devisen nicht den Status der Reichsbank gefährdete.
2. Über die beiden großen deutschen Zugeständnisse des September-Schemas hinaus - Garantie der Golddiskontbank und Gewährung einer Zweitunterschrift für die von deutschen Banken in Anspruch genommenen Akzeptkredite - erhielten die ausländischen Gläubiger keine weiteren Sicherheiten von Bedeutung. Öffentliche Mittel durften nicht herangezogen und öffentliche oder Reichsbank-Bürgschaften durften nicht geleistet werden.

In der Aussicht auf eine baldige Reparationskonferenz sowie in der Einsicht in die deutsche Kooperationswilligkeit modifizierten die Stillhaltegläubiger den dem Vertrag zugrunde liegenden Gedanken: Sie hielten mit ihren Forderungen nicht deshalb still, weil sie eben keine andere Möglichkeit sahen, als ihre gefährdeten Kredite in Deutschland zu belassen, sondern sie stufen ihre Forderungen als gut ein und wollten lediglich verhindern, daß ein panikartiger Rückruf durch kurzsichtige Gläubiger ihre Ansprüche angreifen würde.

Diese Umorientierung beschrieb ein bedeutendes Memorandum, das die Bankiers dem neu ausgehandelten Vertragstext beigaben. Der von Wiggin und Benjamin M. Anderson, Chase-Berater und Sekretär des Komitees, formulierte "Report of the Foreign Creditors' Standstill Committee" stellte fest:

52) vgl. Büro R'Min, Bd. 44/1: Telegramm Kiep/New York an Dieckhoff über die Stimmungslage in den amerikanischen Finanzkreisen, 21.12.1931; FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: 8th and 10th Meeting, 23.11. und 9.12.1931, die sich mit Fragen der Kreditsicherheit und -amortisation sowie den Gefahren einer drei-, bzw. sechsmontägigen Laufzeit befaßten; vgl. auch Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 583/84, 19.12.1931

"The credit problem is not solved when reluctant creditors agree to prolong credits out of consideration for the debtor who is embarrassed, and out of consideration for the general economic situation of the world, in which the debtor occupies a vitally important place. The problem is solved when creditors cheerfully and confidently continue credits which they might withdraw at their own convenience. The all-important thing is to restore the basis of credit." Und mit Blick nach Basel und Lausanne wandten sich die Autoren an die Regierungen und führten aus, daß "it is obvious that a settlement of Germany's international payments, which are now under discussion between the governments, is a vital element in this problem, as indeed are the inter-allied debts, which are in intimate economic connection with them. But these questions, though they profoundly affect private credit, cannot be solved by bankers."

Bereits im Titel sollte diesen Überlegungen Rechnung getragen werden: Während in der Bezeichnung des "Stillhalteabkommens" noch die Einseitigkeit der Aktion hervorgehoben worden war und in ihr ein Moment der Unfreiwilligkeit und des Zwanges mitschwang (sie mag erinnern an den in anderem Zusammenhang von Karl Otto Pöhl geprägten Begriff von der "Mausefallenwährung", in die man aus eigenem Entschluß hineingeht, aber entweder überhaupt nicht oder nur unter erheblichen Einbußen wieder herauskommt), hieß der neue Vertrag "Deutsches Kreditabkommen" - eine Benennung, die eher dazu angetan war, den Charakter bilateraler Zusammenarbeit zwischen Geschäftspartnern zu unterstreichen.⁵³⁾

53) vgl. auch NL Kastl, Bd. 15: Rundschreiben des RDI zum Deutschen Kreditabkommen 1932, 26.1.1932; im Vorwort begrüßte Kastl es, daß das "scheußliche Wort 'Stillhaltung'" beseitigt worden sei.

VII.

DAS DEUTSCHE KREDITABKOMMEN 1932

1. Dauer

Um einen lückenlosen Anschluß an das erste, über sechs Monate gültige Abkommen zu gewährleisten, trat der neue Kreditvertrag am 1. März 1932 für die Laufzeit eines vollen Jahres in Kraft. Im Gegensatz zu der 1931er Vorlage regelte eine Klausel die automatische Beendigung nur für den Fall eines deutschen Auslandsmoratoriums.¹⁾ Eine ausdrückliche Bindung an die Prolongation des Reichsbankkredites entfiel; das Reichskabinett verwarf modifizierte Koppelungsmodelle etwa in Hinblick auf den Lee, Higginson-Kredit an das Reich, um die eigene Glaubwürdigkeit nicht zu erschüttern.²⁾ In fünf Sonderfällen hing die Entscheidung über Lösung oder Beibehaltung des Stillhaltezustandes von dem Mehrheitsbeschluß der Gläubiger ab. Da die einzelnen Stimmen nach der Höhe der Forderungen gewichtet wurden, besaß die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gemeinsam die Majorität und konnten theoretisch das Abkommen auch gegen den Wunsch aller anderen aufrechterhalten.

2. Umfang

Das Abkommen umfaßte Kredite ausländischer Banken in einer Höhe zwischen 5,5 und 6 Mrd. RM. Es regelte nicht die Forderungen ausländischer Industrie- und Handelsgesellschaften, die Auslandsschulden der Reichsbank und

1) vgl. FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: 14th meeting, 23.12.1931; vgl. NA RecGr 59, 862.51/3329: Telegramm Sackett an State Department, 7.1.1932; als Überblick vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011 und NA RecGr 59; 862.51/3347: Telegramm Sackett an Stimson, 23.1.1932

2) R'kz. R 43 I, Bd. 317: Vermerk über eine Besprechung in der Reichskanzlei, 16.12.1931

der Golddiskontbank sowie Verpflichtungen deutscher Länder und Gemeinden.³⁾ Eine von der Industrie begrüßte Neuerung gegenüber dem ersten Vertrag bestand in der teilweisen Einbeziehung der Affiliationen: Die Bestimmung erfaßte solche Kredite, die nur formell an ausländische Filialen oder Tochtergesellschaften gegangen waren, praktisch aber der Muttergesellschaft zugute kamen.⁴⁾

3. Rückzahlungsmodus

In der Regelung zur Schuldenrückzahlung ging die Berliner Konferenz neue Wege. Jeder Bankgläubiger besaß Anspruch auf sofortige, zehnprozentige Kürzung der Kreditlinien vom 8. Oktober 1931. Hatte allerdings ein Schuldner die ihm zur Verfügung stehenden Kredite voll ausgenutzt, durfte sein Gläubiger nicht kürzen, sondern erhielt ein Vorzugsrecht auf spätere Rückzahlungen. Die Höhe aller zu erwartenden Vorzugsrechte lag bei der im Vergleich zu den nicht genutzten Rembourskrediten (400 bis 500 Mill. RM) geringen Summe von 100 bis 200 Mill. RM.

Über das Ausmaß späterer Schuldenkürzungen jedoch trafen die Stillhaltegläubiger keine Vorschriften, weil sie die Fähigkeit Deutschlands zum Devisentransfer nicht im voraus feststellen zu können glaubten.

Hierin lag eine verantwortungsvolle Entscheidung: Zum einen erwachsen der Reichsbank aus der zehnprozentigen Reduktion der Kreditlinien keine Devisenanforderungen; zum anderen wurde die Ungleichheit in der Zahlung an Gläubiger dadurch ausgeglichen, daß Barzahlungen zuerst denjenigen Ausländern zugute kamen, die bislang am wenigsten erhalten hatten.

3) Über die kurzfristigen Kommunalsschulden wurde ein separater Stillhaltevertrag abgeschlossen.

Die kurzfristige Gesamtverschuldung der deutschen

Gebietskörperschaften betrug

278 377 400 RM,

davon entfielen auf die Länder

185 442 900 RM

und auf die Gemeinden

92 934 500 RM.

Nach der Schweiz und Großbritannien nahmen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von rund 18% (= 50 490 00 RM) die dritte Stelle als Gläubiger ein. Vgl. R'fin R 2, Bd. 4063: "Übersicht über die kurzfristigen, am 31. Juli 1931 bestehenden und bis 29. Februar 1932 fälligen Auslandsschulden der Länder und Gemeinden"

4) vgl. NL Kastl, Bd. 14: Schreiben Sempell an Jeidels, 23.12.1931; ebd. Formbrief des RDI zur Einbeziehung der Affiliationen in die Stillhaltung, 29.12.1931

Darüber hinaus erhielt die Reichsbank jetzt erstmalig ein Mitspracherecht bei der Festlegung zukünftiger Rückzahlungsbeträge. In vierteljährlichem Rhythmus (1. Juli 1932, 1. Oktober 1932, 4. Januar 1933) sollte die Reichsbank den ausländischen Bankenkomitees Auskunft über Devisenein- und -ausgänge der vorangegangenen Dreimonatsfrist erteilen, deren Fluktuation als Bemessungsgrundlage für Rückzahlungen in realistischer Höhe diene. De facto wurde damit der Reichsbank das Recht auf Transferverweigerung zugestanden. Die deutsche Sorge, daß diese Regelung auf eine wiederholte Erklärung eigener Zahlungsunfähigkeit hinausliefe, entbehrte ihrer Grundlage, weil sich die Berliner Stillhaltekonzferenz ausdrücklich auf den Layton-Wiggin-Bericht berief und Rückzahlungen nur gesichert wissen wollte "für den Fall und so weit die Devisenlage der Reichsbank den Transfer gestattet". Für dieses auf kontinuierlichem Informationsfluß aufbauende System wurde der "Ausschuß für Auslandsschulden" ins Leben gerufen, dem neben Vertretern von Reichsregierung und Reichsbank die drei Teilnehmer an den Stillhalteberatungen Schlieper, Jeidels und Kastl angehören sollten.⁵⁾

4. Akzeptkredite

Für den Versuch, die Reichsbank nach Möglichkeit von Devisenanforderungen freizuhalten, liefert die Behandlung der Akzeptkredite ein gutes Beispiel. Zwar mußten nach wie vor die Wechsel bei Fälligkeit durch Ersatzwechsel oder Devisenzahlung abgedeckt werden, aber die Akzeptierung der Ersatztratten wurde wesentlich erleichtert. Lehnte ein ausländischer Bankgläubiger die Akzeptierung eines ihm eingereichten Wechsels ab, so mußte er den Betrag als Barvorschuß an die deutsche Bank weiterführen. Eine Lockerung der formellen Ansprüche an einen Wechsel erlaubte es, erstmalig durch Finanz- wie auch durch Akzeptkredite nicht nur die Ein- und Ausfuhr, sondern auch die Verarbeitung einer Ware in Deutschland zu finanzieren.

5) vgl. FED, Committee on German Foreign Credit, Jan.-June 1932, Nr. C 261.12: Telegramm Luther an Wiggin, 21.1.1932 über die Schaffung des Ausschusses für Auslandsschulden

5. Konsolidierung

Die Diskussion um die Frage, wie die Barkredite zu konsolidieren seien, enthüllte unterschiedliche Absichten des amerikanischen und des schweizerischen Bankenkomitees und mündete in ein zweigleisiges Lösungsangebot.

- a. Der Plan der New Yorker Bankiers sah die langfristige Konsolidierung ungesicherter Barkredite durch die Ausgabe zehnjähriger, sechsprozentiger Zertifikate vor. Das System bot außer der langfristig festgelegten Zinshöhe wenig Vorteile, schien aber angesichts des hohen amerikanischen Sicherheitsbedürfnisses nur folgerichtig: Der Gläubiger durfte seine gesamten, einer deutschen Bank gewährten Barkredite in Zertifikate umwandeln, von denen er für 15 Prozent eine besondere Sicherheit erhielt. Die deutschen Banken sollten dazu verpflichtet werden, für 15 Prozent der von ihnen beanspruchten Barkredite der Reichsbank treuhänderisch Werte zu übergeben. Bei einem Barkreditvolumen von 1300 Mill. RM sollten also bei der Reichsbank Sicherheiten von rund 200 Mill. RM hinterlegt werden. Unabhängig von der Höhe ausgegebener Zertifikate durfte die von den deutschen Banken geleistete Sicherheit nicht ermäßigt werden, solange sich ihre Barschulden an den ausländischen Banken nicht um die Hälfte verringert hatten.⁶⁾

- b. Zukunftsträchtigere Perspektiven hingegen eröffnete der Vorschlag, der fortan als "Schweizer Klausel" zu einem feststehenden Terminus wurde.⁷⁾

Der Grundgedanke war klar und einfach: Jeder ausländische Gläubiger sollte über das Recht verfügen, seine kurzfristigen Barkredite von seinem Schuldner abzuziehen und in Deutschland langfristig fest anzulegen. Die Rückforderung eines Kredites bedurfte der Vorankündigung: 15 Tage bei deutschen Bankfirmen, 30 Tage bei Industrie- und Handelsunternehmen. Verweigerte der Schuldner seine Zustimmung, trat eine Staffelung abrufbarer Prozentsätze in Kraft. Angelegt werden durften die Beträge in a) Hypotheken mit mindestens fünfjähriger Laufzeit, b) Aktien, Pfandbriefen, Anleihen oder anderen Wertpapieren, die für fünf

6) vgl. R'kz, R 43 I, Bd. 317: Vermerk über eine Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 16.12.1931

7) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 317: Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei, 5.1.1932

Jahre bei der Reichsbank zu hinterlegen waren, und c) Grundstücken, Fabriken etc., wenn sich der Gläubiger dazu verpflichtete, den Erlös aus einem möglichen Verkauf bis zum Ablauf des fünften Jahres unter Sperre zu legen. Der Umtausch erworbener Anlagen wie der Ankauf langfristiger Werte hingen von der unwiderruflichen Entscheidung der Reichsbank ab.

Auf dieser Einbindung der Reichsbank in das Vertragswerk hatte das deutsche Bankenkomitee als einer *conditio sine qua non* beharrt. Es schrieb dabei der Reichsbank die Pflicht zu, den einzelnen Schuldner vor "Ausplünderung" zu bewahren, denn auf Gläubigerseite setzte das Komitee das "naturgemäße" Bestreben voraus, Geld gerade von schwächeren deutschen Partnern abziehen. Zwei Einwände galten dem potentiellen Mißbrauch der Schweizer Klausel. Schlieper warnte vor einem Kapitalentzug aus der Industrie zugunsten der öffentlichen Hand. Die Bayerische Staatsregierung stand z.B. wegen einer langfristigen Staatsanleihe in Verhandlungen mit einem Gläubigerkonsortium; die dazu erforderlichen Mittel sollten aus gekündigten, kurzfristig an die Industrie gewährten Krediten bereitgestellt werden. Die andere Gefahr, die der Schweizer Klausel innewohnte, lag in der durch Aktienerwerb erreichbaren Konzentration und einhergehenden Kontrolle über einen beliebigen Markt. Luther konzidierte zwar, daß nur die Umwandlung in Hypotheken, Pfandbriefe und Hausbesitz unbedenklich sei, doch folgte man dem Hinweis Trendelenburgs, in den Stillhaltevertrag keine allzu sehr ins Detail gehenden, allgemein gültigen Richtlinien aufzunehmen, da eine zur Perfektion getriebene Reglementierung der täglichen Bankpraxis eher geschadet als genützt hätte.⁸⁾

Immerhin ermöglichte eine konsequente Anwendung der "Schweizer Klausel" theoretisch die Konsolidierung einer Summe bis zu 2 Mrd. RM, die damit endgültig als kurzfristige Auslandsforderung ausscheiden würden.⁹⁾ Diese Regelung trug der Interpretation Rechnung, daß die deutsche Krise in erster Linie eine Transfer- und erst in zweiter Linie eine Liquiditätskrise war. Obwohl

8) R'kz R 43 I, Bd. 317: Vermerk über eine Besprechung in der Reichskanzlei, 16.1.1932

9) Tatsächlich wurden zwischen März und Oktober 1932 80-90 Mill RM umgeschuldet

bei der Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige Anlagen der deutschen Volkswirtschaft nicht eine einzige Mark entzogen, sondern ihr Gelder in lediglich veränderter Form zur Verfügung gestellt wurden, war allerdings bei der Mobilisierung ein langsames Tempo geboten. Mit diesen beiden Konsolidierungsvorschlägen betrat die Stillhaltekonferenz Neuland und stellte ihren Willen zu langfristiger Kooperation glaubhaft unter Beweis.

6. Verzinsung

Beeinträchtigt wurde dieser Eindruck allerdings durch die Auseinandersetzung um die Stillhaltezinss. Hier fand die Konferenz zu keiner verbindlichen Regelung. Die von der Schweiz und Holland vorgetragene Forderung von achtprozentiger Verzinsung stieß auf den gemeinsamen Widerspruch der deutschen, englischen und amerikanischen Komitees. Die Angelsachsen machten geltend, daß jedes Abkommen durch überhöhte Zinsforderungen entwertet werde; die deutschen Vertreter schlugen vor, den Zinsfuß in Relation zu setzen zu den in den Gläubigerländern herrschenden Diskontsätzen, die in der Schweiz 2 Prozent und in Holland 3 Prozent betrugen. Dieser Kompromißversuch wurde abgelehnt, auch weil er den Briten, deren von der Bank von England festgesetzter Diskontsatz bei 6 % lag, einen Vorteil hätte zukommen lassen.¹⁰⁾

10) Deutsches Kreditabkommen 1932, 23.1.1932; Bericht des Stillhalte-Ausschusses der ausländischen Gläubiger, 23.1.1932; NL Kastl, Bd. 15: Rundschreiben des RDI zum Deutschen Kreditabkommen 1932, 26.1.1932 und ebd., "Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Bankenausschusses für Stillhaltefragen", 5.2.1932, zum Abschluß des Abkommens vgl. allgemein: Georg Katona, Das neue Stillhalteabkommen. Bestimmungen und Wirkungen, In: Der deutsche Volkswirt, 6. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 18, 29.1.1932, S. 575-80; H.A. Simon, Das neue Stillhalteabkommen, In: Bank-Archiv, 31. Jg., Nr. 9, 1.1.1932, S. 180-85; Nr. 10, 15.2.1932, S. 201-08; Nr. 11, 1.3.1932, S. 229-34; (o.V.), Stillhaltung auf ein Jahr, In: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 29. Jg., Nr. 4, 28.1.1932, S. 87; (o.V.), The Standstill Agreement, In: Economist, Bd. 113, Nr. 4607, 12.12.1931, S. 1108-09; speziell zur Rolle der Reichsbank vgl. Dr. Pw., Der Schutz der Reichsbank im neuen Stillhalteabkommen, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2399, 29.1.1932, S. 123/24; zur Frage Transfer und Liquidität vgl. Dr. Pw., Das Markproblem im Stillhalteabkommen, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2400, 5.2.1932, S. 155; zur Frage der Kreditlinien vgl. (o.V.), Das "Konzentrationsrecht" im Stillhalte-Abkommen, In: Die Bank, 25. Jg., Bd. 49, Heft 6, 10.2.1932, S. 180

7. Bewertung und Reaktion

a. Im Spiegel der Denkschrift der Stillhaltegläubiger und der veröffentlichten amerikanischen Meinung

Um der vorhersehbaren Kritik aus den verschiedenen Gläubigerländern im voraus zu begegnen, zeichneten die an der Stillhaltung teilnehmenden Bankiers die Grundlinien ihrer Politik in einer dem Kreditabkommen beigegebenen Denkschrift nach: Dort wurde eine Stärkung des deutschen Kreditsystems im allgemeinen wie der Reichsbank im besonderen als das "wichtigste Interesse" der Gläubiger bezeichnet. Die "weiseste Politik" bestand nach Ansicht des Ausschusses darin, keine völlige Liquidierung der kurzfristigen Schulden zu versuchen, die in der Tat nicht ohne eine Katastrophe zu erreichen sei. Stattdessen müsse Vertrauen hergestellt werden, so daß die ausländischen Gläubiger geneigt seien, Deutschland weiterhin Kredite zu bewilligen. Die Stillhaltekomitees attestierten der deutschen Wirtschaft, die aufgenommenen Kredite zweckvoll verwendet zu haben: "These short term debts represent funds which were used for business purposes and which, on the whole, were soundly used. The money was taken in good faith and in good faith the German debtors mean to repay." Und gleichzeitig wehrten sie den Vorwurf ab, Kredite seien zu großzügig und ohne ausreichende Absicherungen gewährt worden: "The credits were carefully given and in general represent strong names. This is abundantly demonstrated by the magnitude of repayments which have already been made, amounting to 5 billion (=Mrd.) marks since the autumn of 1930, including 1200 million marks since July 31, 1931."¹¹⁾

Abschließend betonte der Bericht, daß das internationale Kreditgefüge wesentlich von einem angemessenen Warenaustausch unter den einzelnen Ländern abhängen. Nur wenn Deutschland die Chance eingeräumt werde, einen Exportüberschuß zu erwirtschaften, könne es für seine Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern aufkommen. Für die periodischen Zahlungen ungewöhnter Größenordnungen ans Ausland weiterhin die Goldreserven anzugreifen, verbiete sich; für diesen "abnormen Gebrauch" stehe nicht genug Gold zur Verfügung. Und da neue Kredite nicht zu erhalten und neue Gläubiger nicht zu finden seien, empfahl sich die Zahlungsmethode in Waren und Dienstleistungen als ultima ratio. Mit einer Bekräftigung der These, daß Deutschland

11) FED, Report of the Foreign Creditors' Standstill Committee, 23.1.1932

Hilfe verdiene, und einer ebenso nachdrücklichen wie pathetischen Mahnung schloß das Memorandum: "The Committee have been impressed with the very great efforts and sacrifices, which the German Government and the German people are making to maintain their position in the midst of such unprecedented difficulties. While the German economy possesses within itself immense recuperative powers, which will manifest themselves as more favorable world conditions emerge, it is imperative that the hindrances to such a development should be removed. ... The present extreme crisis must bring home to all peoples of the world the fact that all countries grow poor together. The obverse is as true. All countries grow rich together, a lightening of burdens and a greater freedom of trade, enriching one country, will enrich all."¹²⁾

Gerade gegen diese Politik und die sie tragenden Grundsätze artikulierte sich aber in den Vereinigten Staaten eine entschlossene Kritik und Propaganda. Zu ihrem Wortführer machte sich der Journalist Gareth Garrett, dessen in der Saturday Evening Post veröffentlichte Artikelserien internationale Beachtung fanden und Widerrede und Verteidigung provozierten. Garrett ging von der These aus, daß Deutschland die einzelnen Schuldnergruppen gegeneinander ausspiele und seit dem Dawes-Plan 1924 in ungebrochener Reihenfolge einen Vorteil nach dem anderen für sich verbucht habe. In dieser Interpretation stellten sich Hoover-Moratorium, Londoner Konferenz und Layton-Wiggin-Bericht als eine Serie einseitiger, unverdienter Zugeständnisse an Deutschland dar. Bei all diesen "glanzvollen Resultaten" einer unlauteren Diplomatie habe Deutschland in geradezu erpresserischer Weise den Gläubigern die Suche nach einer Lösung überlassen und nie selbst einen Plan darüber erarbeitet und vorgelegt, wie es seine eigenen Finanzen wiederherzustellen gedenke. In Umkehrung der von Washington gezogenen Fronten ritt Garrett eine Attacke gegen MacDonald und ergriff Partei für Laval, der seiner Ansicht nach Deutschland immer habe helfen wollen und als Gegenleistung nur ein Benehmen verlangt habe, das sich einem Gläubiger ziemte. (Er bezog sich hier vor allem auf die Zollunion, den Kreuzerbau und das Stahlhelmsverbot.) Die Idee der Stillhaltung rückte Garrett in die Größenordnung eines deutschen Sieges; damit trat Wall Street seiner Meinung nach in letzte Stadium des Irrtums, das Problem der deutschen Reparationen wirtschaftlich lösen zu können.

12) Report of the Foreign Creditors' Standstill Committee, a.a.O.

Daß die Bankiers in allererster Linie an einer Regelung der Privatschulden interessiert waren, ignorierte Garrett ebenso wie die Tatsache, daß Deutschland Rückzahlungen in Milliardenhöhe gemacht hatte. Wenn der Bericht der Berliner Stillhaltekonferenz ausdrücklich auf die zweckmäßige Verwendung der Deutschland gewährten Kredite einging, geschah dies in Kenntnis eines außerhalb New Yorks und Washingtons sehr weitverbreiteten Sentiments, das von denjenigen Bevölkerungsschichten gepflegt wurde, die Europa räumlich wie gedanklich entfernt standen, und dem Garrett zu demagogisch-einprägsamer Formulierung und Popularisierung verhalf: "Deutschland (hat) niemals irgendwelche Reparationen bezahlt. Es hat die Welt, seine Gläubiger, für sich zahlen lassen. ... Deutschland gab das geborgte Geld aus einmal für Wohnungen, zum anderen für Neubau und Rationalisierung der Industrie, drittens für große öffentliche Anlagen wie Parks, Bäder, Erholungsstätten, Stadien, Ausstellungsgebäude, Stadthäuser, Postgebäude, Wege, sogar Denkmäler. ... Die Architektur feierte Orgien. ... Deutschland gab es (das geborgte Geld) für Dinge aus, die sich die Gläubiger selbst nicht leisten können. ... Wenn sie (die Deutschen) darüber nachgedacht hätten, würden sie sich nicht darum gekümmert haben."¹³⁾

Hinter der propagandistisch aufbereiteten und geschickt aneinandergereihten Argumentationskette Garretts blieb die Wirkungskraft der meisten amerikanischen Gegenstimmen zurück. Die Skala der Reaktionen reichte von Enttäuschung und Beschämung darüber, daß die USA nicht mehr lernbereit und somit "mentally fossilized" seien¹⁴⁾ bis hin zu Beschimpfung und

13) Garet Garrett, *The Rescue of Germany*, In: *Saturday Evening Post*, 26.10.1931; ders., *As Noble Lenders*, New York 1931; vgl. Abraham Frowein, *Verschuldung und Reparationen. Eine verfehlte amerikanische Kritik*, In: *Deutsche Wirtschafts-Zeitung*, 28. Jg., Nr. 50, 10.12.1931, S. 1176-80; Walter Kreiser, *Nachwort*, In: ebd., S. 710-12; Hamm, *Nochmals: Verschuldung und Reparationen*, In: ebd., Heft 52, 24.12.1931, S. 1221-23. Zu dem auch in gebundener Form herausgebrachten Text "The Rescue" stellte der Autor auf jede zweite Seite kühne und kolossale Luftbildaufnahmen von Wohnanlagen in Berlin und Leipzig sowie Fotos von sommerlich überfüllten Wannsee-Ufern, die den Eindruck von einem Heer von Müßiggängern suggerierten. Vgl. auch G. Borsky, *The Greatest Swindle in the World: The Story of the German Reparations*, London 1942

14) Paul F. Douglass, *The Economic Dilemma of Politics. A Study of the Consequences of the Strangulation of Germany*, New York 1932; vgl. etwa auch Frederick W. Peabody/Frederick E. Coe/T.G. Tucker, *Honour or Dollars? A Critical Examination of the Moral Obligations of America to Her Former Allies*, Sydney 1930

Diffamierung, wenn etwa der ehemalige AP-Europakorrespondent in den Artikeln der Saturday Evening Post eine "natürliche Ausgeburt von Ignoranz" erblickte, deren Verbreitung dazu beitrage, den Ausbruch eines neuen Krieges zu beschleunigen.¹⁵⁾

Diese Art der Auseinandersetzung war die Abwehr einer als unrichtig und unsachlich empfundenen Meinung; sie verfehlte es, eine konstruktive Gegenposition zu beschreiben und einer breiteren Öffentlichkeit die Gründe für das vitale Interesse Amerikas an einer gesunden deutschen Wirtschaft zugänglich zu machen. "No man who was starving would reject the meal that was placed before him."¹⁶⁾ Solch ein sentimental und apologetischer Ton, den Frederick Stallforth, Vertrauensmann der deutschen Botschaft in Washington, anschlug, weckte kaum sachbezogene Einsicht, zumal in den Vereinigten Staaten selbst Arbeitslosigkeit und Absatzschwierigkeiten zu Problemen größeren Maßstabs heranreiften.

Es war Albert H. Wiggin von der Chase-Bank, der als einer der wenigen einen realistischen, an Fakten orientierten Beitrag zu der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion um die deutsche Kreditlage beisteuerte.¹⁷⁾

Er bescheinigte Deutschland "außerordentliche Anstrengungen" bei der Rückzahlung seiner Schulden. Bei Abschluß des Stillhalteabkommens habe sich die deutsche Gesamtverpflichtung am 31. Juli 1931 auf 5 500 000 000 Mark (= 1 310 000 000 Dollar) belaufen, die sich bis zur Jahreswende 1931/32 um ungefähr 1 080 000 000 Mark (= 257 000 000 Dollar) verringert habe. Der noch ausstehende Betrag von 4 420 000 000 RM brauchte den Stillhaltebanken laut Wiggin keinen Anlaß zur Beunruhigung zu geben, weil seine Höhe unterhalb jener 5 000 000 000 RM lag, die Deutschland insgesamt seit dem Herbst 1930 zurückerstattet hatte. Diese schnellen Zahlungen waren für Wiggin - im Unterschied zu Garrett - nicht Beweis eines nur simulierten, künstlich herbeigeführten betrügerischen Bankrotts, sondern Beleg für die relative deutsche Liquidität.

15) S. Miles Bouton, Chiefly Concerning Garet Garrett, Berlin 1923

16) FED, Memorandum Frederick Stallforth, "Economic Conditions in Germany after the Stillhalte-Agreement", November 1931

17) vgl. etwa Büro R'Min, Bd. 43/5: Telegramm v. Prittwitz/Washington über Ausführungen Wiggins vor Senatsausschuß, 2.11.1931; Benjamin W. Anderson: What England and Germany Mean to the United States, In: Chase Economic Bulletin, vol. XI, Nr. 4, 8.10.1931, S. 3-13

Ein großer Teil der unter das Stillhalteabkommen fallenden privaten Schuld hätte theoretisch in der Tat sofort flüssig gemacht werden können, wenn die ausländischen Bankengläubiger RM anstelle von Devisen angenommen hätten. "But these debts are payable in foreign currencies. In the present situation it is impossible to secure in exchange for Reichsmark enough of these foreign currencies to make all the payments demanded." Und hieraus leitete Wiggin eine prägnante Kurzdefinition dessen ab, was auf Seiten ausländischer Gläubiger wie deutscher Schuldner als das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft betrachtet wurde: "Inability to obtain foreign exchange is no reflection on the solvency or the liquidity of the individual German debtor."¹⁸⁾

Die von Brüning verfolgte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die dem Ziel der reparationspolitischen Erfüllung verpflichtet war, entsprach den Erwartungen der Gläubiger, die ihm die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses oft genug bekundeten.¹⁹⁾ Das Ausland begrüßte die scharfe Deflationspolitik als einen Beweis deutscher Zahlungswilligkeit; die Gefahr, die aus der einseitigen Fixierung auf das Transferproblem drohte, erkannte keiner der Beteiligten. Weil der Zusammenhang zwischen Konjunkturstützung und Aufbringungssicherung nicht gesehen wurde, mußte sich eine deutsche Politik, die auf jeden Fall den Zahlungstransfer gewährleisten sollte, negativ auf die Aufbringungskraft der Wirtschaft auswirken.

Im Grunde hätte sich dann eine Politik empfohlen, die - in genauer Umkehrung - die Aufbringungsfähigkeit erhalten und die Transferfähigkeit zerstört hätte. Bei Erkenntnis der Zusammenhänge hätte nach Ansicht Sanmanns²⁰⁾ für die Gläubiger nichts näher liegen müssen, als von ihrem Wohlwollen gegenüber der deutschen Deflationspolitik abzurücken und der Reichsregierung vielmehr eine antizyklische und antideflatorische Politik naheulegen, über die die Aufbringungsfähigkeit auf weitere Sicht gewährleistet worden wäre. Der vorübergehend eingetretenen Zahlungsunfähigkeit hätten die Gläubiger Rechnung tragen können, indem sie entweder ein längerfristiges Moratorium vereinbart oder mehr Sachleistungen akzeptiert

18) Albert H. Wiggin, Annual Report to Stockholders, In: The Commercial and Financial Chronicle, Nr. 3473, 16.1.1932; vgl. auch Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 16, 11.1.1932

19) Helbich, a.a.O., S. 37 ff., 54 ff.

20) Horst Sanmann, Daten und Alternativen in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1965, S. 129, 134 ff.

hätten, bis eine wiederbelebte Weltkonjunktur und eine verbesserte Zahlungsbilanz dem Deutschen Reich die Wiederaufnahme der Transferzahlungen erlaubt hätten.

b. Im Spiegel der zeitgenössischen Theorie

Die außenwirtschaftliche Transferierung setzte eine binnen-wirtschaftliche Aufbringung voraus, wobei der Begriff "Aufbringung" die Bereitstellung von Zahlungsmitteln in der eigenen Währung des Schuldnerlandes beschreibt. Demgegenüber definiert sich das Transferproblem als die Frage, ob die Währung eines Schuldnerlandes in die Währung eines Gläubigerlandes konvertiert werden kann. Die zeitgenössische Transfertheorie setzte sich also mit der Frage einer monetären Übertragung auseinander, die vor dem Hintergrund eines stabilen Wechselkurses in der Währungsordnung des Golddevisenstandards stattfand.

Ausgehend von dem Memorandum der Stillhaltekonferenz müssen die Größenordnungen zurechtgerückt werden, denn die erwarteten Hauptschwierigkeiten für den Transfer verursachten nicht die Forderungen privater Auslandsgläubiger, sondern die Reparationen an die Alliierten: Die im Young-Plan festgelegten jährlichen Annuitäten bewegten sich in einer Größenordnung von rund 2 Mrd. RM, die durch Überschüsse in der Leistungsbilanz zu erwirtschaften waren. "Es ist klar, daß nach Bezahlung von zwei Annuitäten Deutschland seinen gesamten Gold- und Devisenvorrat verloren hätte, wenn die Summe nicht als Bezahlung eines Ausfuhrüberschusses immer wieder zurückströmen würde."²¹⁾

Machlup unterscheidet drei Phänomene, wenn ein Land es unternimmt, Zahlungen an das Ausland zu leisten, sei es für militärische Feldzüge, Subsidien, Kriegsentschädigungen, Auslandshilfe, Kredite oder Investitionen.

Dabei stelle sich die Frage, ob es erstens seine Reserven an Gold und Devisen erschöpft, ob es zweitens eine unbegrenzte Entwertung seiner Währung verursacht, wenn keine Reserven verfügbar sind, oder ob sich drittens seine Leistungsbilanz von selbst dem Kapitalstrom und den einseitigen Zahlungen angepaßt und auf diese Weise die internationalen Zahlungsmittel

21) Gottfried v. Haberler, *Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik*, Berlin 1933, S. 57, Anm. 3

liefert, mit denen den Auslandsverpflichtungen nachgekommen werden kann.²²⁾ Den amerikanischen Bankiers, die aus praktischer Einsicht und aus Verantwortungsbewußtsein Rahmenbedingungen forderten, die Deutschland eine Steigerung seiner Exporte erlaubten, hatte Keynes bereits das theoretische Rüstzeug bereitgelegt.²³⁾ Seine Überlegungen zu dem Zusammenhang von Transfer und Preisniveau enthüllten darüber hinaus die tiefgreifende Verzahnung innen- und außenwirtschaftlicher Faktoren, die Brüning die Hände band und ihm - trotz der durch Stillhalte- und Kreditabkommen real eingetretenen Atempause und einer sich zögernd anbahnenden Revision der Reparationsregelung - so gut wie keine Alternative zu dem von ihm gesteuerten Deflationskurs ließ. Keynes ging davon aus, daß ein jeglicher Transfer langfristig nur sichergestellt war durch einen Handelsbilanzüberschuß, dessen Höhe wiederum abhing von einer Reduzierung des (deutschen) Preisniveaus. Seiner Ansicht nach würde ein wegen des (Reparations-)Transfers notwendig werdender Deflationsprozeß in Deutschland um so wahrscheinlicher werden, je unelastischer die Nachfrage nach deutschen Gütern im Ausland auf Preisänderungen reagieren und je stärker die von Drittländern verhängten Importrestriktionen die deutschen Exportaussichten trüben würden. Ohne einen aktiven Handelsbilanzsaldo mußten automatisch die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank zum Transfer herangezogen werden - ein Punkt, von dem an eine Kettenreaktion abspulte: Die Kontraktion der deutschen Währungsreserven mußte eine Verringerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge verursachen, die ihrerseits in einer Verminderung von Einkommen und Preisen resultieren sollte. Diese depressiven Phänomene wirkten dann einerseits ausfuhrfördernd, einfuhrhemmend und somit handelsbilanzaktivierend, andererseits wegen der kontraktiven Geldpolitik mit ihren hohen Zinssätzen kapitalimportfördernd, kapitalexporthemmend und somit kapitalbilanzaktivierend.

22) Fritz Machlup, Das Transferproblem: Thema und vier Variationen, In: Ordo, Bd. 14, 1963, S. 139-67, vgl. S. 139

23) John M. Keynes, The German Transfer Problem, In: Economic Journal, vol. 39, Nr. 153, März 1929, S. 1-7; Bertil Ohlin, The Reparation Problem: A Discussion, In: ebd., Nr. 154, Juni 1929, S. 172-78; John M. Keynes, The Reparation Problem, A Reply, In: ebd., S. 179-82; Jacques Rueff, Mr. Keynes' Views on the Transfer Problem, In: ebd., Nr. 155, September 1929, S. 388-99; Bertil Ohlin, A Rejoinder, In: ebd., S. 404; John M. Keynes, A Reply, In: ebd., S. 404-08

"Wie groß die deutsche Deflation sein mußte, hing sowohl von der Elastizität der Nachfrage des Auslands nach deutschen Gütern als auch von der Elastizität des ausländischen Angebots ab. ... Ein positiver deutscher Handelsbilanzeffekt konnte durch eine Deflationierung nur entstehen, wenn die Elastizität der Auslandsnachfrage größer als eins war. Außerdem mußte vorausgesetzt werden, daß das Ausland keine eigene binnenwirtschaftliche Deflationspolitik betrieben hätte."²⁴⁾

8. Die Verlängerung des Rediskontkredites

Die praktische Einsicht in die volkswirtschaftlich notwendige Schonung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank drohte durch Differenzen um die neuerlich anstehende Verlängerung des Rediskontkredites durch die Federal Reserve Bank, Bank of England, Banque de France und BIZ konterkariert zu werden. Die im ersten Stillhaltebkommen zugesicherte dreimonatige Prolongation lief am 4. Februar 1932 aus, so daß ein juristisches Vakuum zwischen diesem Datum und dem 29. Februar, dem letzten Gültigkeitstag der Stillhaltung, zu entstehen drohte; bei ersatzlosem Auslaufen des Rediskontkredites besaß der Stillhaltevertrag keine bindende Kraft für die Gläubiger mehr. Die Bank von Frankreich machte eine Verlängerung von der Bereitschaft der Reichsbank abhängig, einen entsprechenden Betrag in Gold im Ausland zu hinterlegen und ihn den Kreditgebern zu verpfänden.²⁵⁾ Daß eine Kreditfortschreibung für Paris keine untragbare wirtschaftliche Belastung bedeutete, stand außer Frage. Die tatsächliche Schwierigkeit wurzelte vielmehr im politischen Bereich, in dem nach Ansicht Lacour-Gayets Zugeständnisse nur in zähem Für und Wider durchzusetzen waren. Die explizite Erklärung Brünnings gegenüber dem französischen Botschafter in Berlin, Deutschland könne keinerlei Reparationszahlungen mehr leisten, förderte eben nicht eine Politik des Aufeinander-Zugehens.²⁶⁾

24) Jürgen Schieman, Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise, 1929-1933, Bern, Stuttgart 1980, S. 78/79

25) R'kz R 43 I, Bd. 317: Schreiben Luther an Pünder für Brüning, 26.1.1932

26) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With Lacour-Gayet, 1932-1935, Nr. 3125.3: Telefongespräch Lacour-Gayet - Harrison, 14.1.1932

In der französischen Forderung lag eine zweifache Gefahr: Sobald Gold außerhalb Deutschlands deponiert war und sobald es nicht der Reichsbank zur freien Verfügung stand, durfte es nicht zur Berechnung des Umfangs der Notendeckung herangezogen werden, die ohnehin bis zum 31. Januar auf die 10,5 Prozent-Marke abgesunken war.²⁷⁾ In diesem Falle konnte die Reichsbank den Kredit genausogut zurückzahlen und so wenigstens die Zinsen einsparen. Daß die französische Forderung die Atmosphäre der Verhandlungen über die Fortsetzung der Stillhaltung vergiften könnte, befürchtete Norman ebenso wie Harrison, dessen Bank ihre Bereitschaft aussprach, den Rediskontkredit zu denselben Konditionen und für eine beliebige, nicht über drei Monate hinausgehende Dauer zu erneuern.²⁸⁾

Auf Grund der Warnungen aus New York und der Zurückweisung aus Berlin modifizierte Paris seine Forderungen dahin, daß die Reichsbank für die kreditgewährenden Institute eine Versicherung der Reichsregierung erlange, sich in keinem Falle einer Goldausfuhr zu widersetzen, die notwendig werden könnte, um die Rückzahlung des Kredites sicherzustellen. Eine derartige Verzichtserklärung plante Frankreich mit einmonatiger Prolongation des Rediskontkredites zu honorieren.²⁹⁾

Damit manövrierte es sich selbst in die Isolation; Harrison fürchtete das Schreckgespenst eines in vierwöchigem Turnus wiederkehrenden Prolongationsproblems und plädierte im Verein mit Norman und der BIZ für eine dreimonatige Laufzeit. Um Paris ein Einlenken schmackhaft zu machen, setzten sich Fraser und McGarrah für ein Modell ein, daß die angelsächsischen Zeitvorstellungen mit einer sukzessiv erfolgenden Amortisation kombinierte: Die Reichsbank sollte zehn Prozent des Kredites zurückzahlen. Wenn Norman trotz der erkannten Gefahr für die Stillhaltung an diesem

27) Zahlen nach R'kz R 43 I, Bd. 2447: Schreiben der Reichsbank an Pünder für Brüning, 5.2.1932; vgl. auch die alarmierende Einschätzung durch Feis, In: NA RecGr 59, 862.51/3380: Telegramm Feis an Stimson, 16.2.1932

28) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With Lacour-Gayet, 1932-1935, Nr. 3125.3: Telefongespräch Lacour-Gayet - Harrison, 27.1.1932

29) R'kz R 43 I, Bd. 317: Vermerk über eine Besprechung in der Reichskanzlei, 28.1.1932

Kompromißvorschlag festhielt, wollte er den Franzosen jede Rückzugsmöglichkeit auf ihre Position einer einmonatigen Regelung abschneiden. Mit seiner Zustimmung würde Paris ja das politische Druckmittel aus der Hand geben, etwa bei der Nichtwahl Hindenburgs oder bei einem ungünstigen Ausgang der Preußenwahlen Deutschland praktisch von einem Tag zum anderen in einen finanziellen Engpaß treiben zu können.³⁰⁾

Während die Zentralbanken einen untereinander abgesprochenen Briefwechsel zwischen Moret, Luther und der BIZ in Szene setzten, in dem die Forderungen offiziell formuliert und die Komplikationen in Verbindung mit dem Kündigungsrecht der Stillhaltegläubiger beschrieben wurden,³¹⁾ fand der amerikanische Bankiersausschuß sehr entschiedene Worte: Falls die Bank von Frankreich auch nur einen Cent zurückbekomme, sei es aus mit dem Stillhalteabkommen.³²⁾

Zahlte die Reichsbank einen Teil des Rediskontkredites zurück, konnten die ausländischen Stillhaltebanken daran direkt nichts ändern.³³⁾ In geringfügiger zeitlicher Verzögerung jedoch waren sie in der Lage, durch Inanspruchnahme des ihnen vertraglich zugesicherten Kündigungsrechtes der deutschen Wirtschaft Gelder in Milliardenhöhe zu entziehen oder zumindest bei der Aushandlung kommender Kreditabkommen eine härtere Gangart einzulegen. Die Reichsbank stand vor drei Möglichkeiten:

1. dem Ende des Rediskontkredites entgegenzusehen und an dem Standpunkt der Zahlungsunfähigkeit festzuhalten; 2. auf den französischen Vorschlag einzugehen und einen Antrag auf Verlängerung um einen Monat zu stellen; 3. die Kombination von zehnprozentiger Rückzahlung bei dreimonatiger Laufzeit zu akzeptieren.³⁴⁾

30) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 317: Telegramm Hülse/Basel an Luther, 26.2.1932

31) Columbia, Harrison Papers, binder 3: Telegramme Fraser/Basel an Harrison, 10. und 19.2.1932; vgl. auch FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With M. Norman, 1932, Nr. 3115.3: Telefongespräch Harrison - Norman, 10.2.1932

32) NL Luther, Bd. 368, Eintrag 17.2.1932; In: Schulz, a.a.O., S. 1290

33) vgl. FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With Sir Ernest Harvey, Deputy Governor Bank of England, 1932, Nr. 3117.2 : Telefongespräch Harrison - Sir Ernest, 17.2.1932

34) R'kz R 43 I, Bd. 317: "Aufzeichnungen über Besprechungen in Basel", 12.2.1932; NL Luther, Bd. 368, Eintrag 17.2.1932, In: Schulz, a.a.O., S. 1290

Das Reichskabinett tendierte dazu, die Politik des dritten Weges zu verfolgen, und nahm den möglicherweise von Stillhalteseite kommenden Vorwurf der Illoyalität in Kauf. Durch eine Teilrückzahlung konnte es sich immerhin die Verlängerung der Geltungsdauer des 100-Millionen-Dollar-Kredits erkaufen und hoffte auf die letztendliche Einsicht von Notenbanken wie Stillhaltelgläubigern, daß sie beide auf denselben Fonds, die Goldreserve der Reichsbank, angewiesen waren.

In ständigem Kontakt mit dem New Yorker Special Advisory Committee der stillhaltenden amerikanischen Banken verdroß Harrison dieser "tie up" um so mehr, als er sich von vornherein gegen die Inkorporation der Rediskontklausel in das Stillhalteabkommen von 1931 gewendet hatte. Damit die Atmosphäre der Unsicherheit nicht in eine Geisteshaltung der Hoffnungslosigkeit umschlug und in entschlossener Verweigerung und Starrheit endete, bemühten sich Harrison und Wiggin um eindeutige und beruhigende Stellungnahmen gegenüber der Reichsbank. Gemessen an seiner barschen Drohung von Mitte Februar vollzog Wiggin eine deutliche Kurskorrektur, wenn er Luther der weiteren kooperativen Politik des amerikanischen Stillhaltekomitees auch für den Fall versicherte, daß der Rediskontkredit in Teilen zurückgezahlt werden sollte.³⁵⁾ Harrison beharrte zwar prinzipiell auf der Gleichbehandlung (mit Frankreich), deutete aber die Bereitschaft zum Verzicht auf Forderungen an, die nicht nur die Interessen Deutschland schädigten, sondern auch diejenigen der ausländischen Privatgläubiger. " ... in principle we believe some partial repayment might well be made and that if made to one participant it should be made to all. ... nevertheless we would not want at this time to demand any such repayment if it would seriously weaken the position of the Reichsbank. That would only serve adversely to affect both the economic and financial structure in Germany and thus in some measure at least to prejudice repayment of Germany's creditors."³⁶⁾ Frankreich setzte sich nicht durch; der Rediskontkredit wurde um drei Monate bei zehnprozentiger Kürzung verlängert.³⁷⁾

35) FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: 23rd meeting, 25.2.1932

36) Columbia, Harrison Papers, binder 3: Telegramm Harrison an Fraser, 25.2.1932

37) NA RecGr 59, 861.51/3386: Telegramm Edge/Paris, 1.3.1932

9. Die Stillhaltung in der Praxis: Probleme, Fälle, Lösungen

Nach dem Rediskontkredit von Federal Reserve Bank, Bank of England, Banque de France und BIZ war es ein weiterer, dem Reich gewährter Kredit, dessen Behandlung die Schattierungsvielfalt in der Grauzone um die Stillhaltung verriet. Die bindende Kraft des Kreditabkommens wirkte dann eindeutig, wenn jede individuelle Bank ihre Beitrittserklärung für eine bestimmte Kredithöhe unterzeichnete. Daneben ließen die Stillhalteabkommen aber eine diffuse Atmosphäre politisch-wirtschaftlichen Verantwortungsgefühls und diplomatisch-psychologischer Rücksichtnahme entstehen, in der die einzelnen Parteien an "good will" und "Kooperation" appellierten, sobald sie eines Bezuges auf eine juristisch exakte und fundierte Grundlage entbehrten.

So standen dem Entschluß der Reichsbank, einen Teil des im Oktober 1930 vom New Yorker Bankhaus Lee, Higginson & Co. bewilligten Kredites zurückzuzahlen, keinerlei rechtliche Bedenken im Wege, da er nicht unter die Stillhaltung fiel. Die Reichsbank kalkulierte, durch Transferierung von rund zehn Prozent, also rund 15 Mill. Dollar, eher eine Prolongationsvereinbarung für weitere zwölf Monate erreichen zu können, die sie als "unbedingt ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung des deutschen Kredits" erachtete.³⁸⁾

Die Auffassung, daß dadurch das "Gesamtinteresse der ausländischen Gläubiger" gewahrt bleibe, schenken weder das amerikanische noch das englische Stillhaltekomitee Glauben, und Wiggin schickte ein Telegramm nach Berlin, daß sein Ausschuß in der geplanten Rückzahlung eine Diskriminierung erblicke.³⁹⁾

Düpiert reagierte auch das Joint Committee of British Short Term Creditors. Mit drohendem Unterton brachte es sein Recht auf Information in Erinnerung und gab vor, von der zweckgebunden deutschen Zahlungswilligkeit im Falle des Lee, Higginson-Kredits auf eine generelle Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage schließen zu dürfen, was das Erfordernis einer zukünftigen Stillhaltung in Frage stellen könnte. "The Committee does not wish to make

38) NL Kastl, Bd. 17: Telegramm Luther an Wiggin, (ohne Datum, nach dem 14.4.1932)

39) NL Kastl, Bd. 17: Telegramm Wiggin an Luther, 14.4.1932

any further comments beyond stating that it cannot admit that this credit (Lee, Higginson & Co.) has any priority over short term credits under the German Credit Agreement of 1932, and that the proposed repayment in full presupposes that conditions will have so much improved by the end of February 1933 that no further continuation of the German Credit Agreement of 1932 will be found to be necessary."⁴⁰⁾

Daß die Stillhaltung in Form eines Mantelvertrages ausgehandelt und festgelegt wurde, beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit des Systems in erheblichem Maße. Mit den individuellen Beitrittserklärungen von ausländischem Gläubiger und inländischem Schuldner verband sich eine zum Teil erhebliche zeitliche Verzögerung, wenn etwa New Yorker Banken die weitläufige Empfehlung zur Einbeziehung der Zweigniederlassungen nicht anerkannten, eine Unterstellung für 75 Prozent dieser Beiträge ablehnten und wegen des verbleibenden Satzes neue Gespräche in Aussicht stellten⁴¹⁾ oder wenn sie in Einzelfällen ihre Beitrittsfrist über den 1. April hinaus zu verlängern wünschten.⁴²⁾

Was ursprünglich zur erhöhten Flexibilität und Gerechtigkeit hatte beitragen sollen, drohte Partikularinteressen zu breiten Raum zu gewähren und ein Klima der Rechtsunsicherheit entstehen zu lassen. Dieser der Stillhaltung innewohnenden Gefahr glaubte man durch Einrichtung eines Schlichtungsausschusses, des "Arbitration Committee", begegnen zu können, "to decide any disputes which may occur between foreign creditors and German debtors as to the interpretation and application of the Standstill Agreement."⁴³⁾

40) NL Kastl, Bd. 18: Joint Committee of British Short Term Creditors an Luther, 26.4.1932

41) NL Kastl, Bd. 14: Schreiben Sempells an Kastl, 12.2.1932

42) NL Kastl, Bd. 16: Telegramm Reichsbank an Goodhue (ohne Datum, März 1932)

43) NA RecGr 39, box 102, G 783.01: BIZ/Pressekommuniqué, 2.3.1932. Die BIZ ernannte Marcus Wallenberg/Stockholms Enskilda Bank, Stockholm als Chairman, T.H. McKittrick/Lee, Higginson & Co, London als Vice Chairman, Franz Urbig/Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin als ständiges Mitglied und als alternierend tätige Sachverständige Carl Trygger/Göteborgs Bank A/B, Stockholm, G. Tyser/Lazard Brothers, London, Robert Pferdenges/Salomon Oppenheim, Köln. .

Ein Schulbeispiel für die Interpretierbarkeit des Kreditabkommens liefert der Kredit der Chase National Bank an das Berliner Unternehmen Hermann Tietz, der über die Darmstädter & Nationalbank abgewickelt wurde.

Die Chase hatte 1930 einen Kredit in Höhe von 1 Mill. Dollar mit einer zweijährigen Laufzeit gewährt, die am 15. Februar 1932 enden sollte. Seit der Weigerung der Deutschen Golddiskontbank, die Summe wegen ihrer Zweijahres-Laufzeit in die 1931er Stillhaltung aufzunehmen, wurde der Kredit als ein Barvorschuß weitergeführt. Versuche Tietz' scheiterten, Devisen für eine allmähliche Amortisation oder für Zahlung bei Fälligkeit zu erhalten oder die Erlaubnis für eine Abschlagszahlung zu erlangen. Die Chase kam also weder in den Genuß der Stillhaltung (Reduktion, Garantie) noch erlangte sie die Vorteile (Amortisation, Zahlung), die für alle anderen, außerhalb der Stillhaltung stehenden Kredite galten. Die Forderung der Golddiskontbank nach dreimonatiger Prolongation verknüpfte sie deshalb mit ihrem Wunsch nach einem "substantial on-account payment".⁴⁴⁾

Während der Tietz-Kredit nach Ansicht des Sachverständigen im Reichsverband der Deutschen Industrie sehr wohl unter das Kreditabkommen fiel - das alte Stillhalteabkommen habe alle, am 31. Juli 1931 bestehenden Kredite erfaßt, und eine Aufnahme in das neue Abkommen hänge nicht von der Laufdauer, sondern ausschließlich von dem Zeitpunkt der Fälligkeit ab -, ⁴⁵⁾ fällte der Ausschuß für Auslandsschulden mit fast zweimonatiger Verspätung eine negative Entscheidung: "... so wie er (der Kredit) jetzt läuft, (fällt er) nicht unter das Kreditabkommen 1932, weil er nicht zu dem alten Basler Abkommen gehört hat und nicht während des neuen Kreditabkommens fällig wird."⁴⁶⁾ In einem gutgemeinten Rat verwies Kastl auf Lösungsmöglichkeiten neben der Stillhaltung, da dieser Fall "wegen der Chase Bank und wegen der besonderen Beziehungen zu Herrn Wiggin" eine Ausnahme zulasse. Solche Regelungen am Rande, deren Zahl stieg, je länger die Stillhaltung praktiziert wurde, mochten zwar im Einzelfall Entgegenkommen und Hilfsbereitschaft demonstrieren, stellten aber langfristig den Anspruch auf ein für alle gleichermaßen anzuwendendes, allgemeines Prinzip und die Kompetenz einer Entscheidungen treffenden Instanz in Frage.

44) NL Kastl, Bd. 16: Schreiben E. H. Kuhlmann/Chase National Bank, Berlin an Kastl, 15.3.1932

45) vgl. NL Kastl, Bd. 16: Memorandum Stulz an Kastl, 19.3.1932

46) NL Kastl, Bd. 16: Schreiben Kastl an Kuhlmann, 13.5.1932; vgl. ebd., Schreiben Kuhlmann an Kastl, 11.5.1932 mit der Anfrage um eine endgültige Entscheidung.

VIII.

DIE KONFERENZ VON LAUSANNE

1. Terminverschiebung und Prädispositionen

Die Stillhalteverhandlungen in Berlin gewannen um so entscheidendere Bedeutung, je tiefer die Aussichten sanken, daß die Lausanner Reparationskonferenz wie geplant Ende Januar zusammentreten würde. Die Reichsregierung betrachtete die Übereinkunft der Bankenkomitees als eine wichtige Voraussetzung, "bis zu dieser (Lausanner) Konferenz wirtschaftlich durchzuhalten."¹⁾ Als das Auswärtige Amt noch bei der Veröffentlichung des Kreditabkommens den Vorwurf erhob, Frankreich habe in den vorhergehenden Wochen die Reparationskonferenz zu "hintertreiben" versucht,²⁾ hatte Brüning von solcher Polemik bereits Abstand genommen und gemeinsam mit Francois-Poncet eine Terminverlegung in den Juni besprochen, wenn weder Paris unter dem Druck seiner im April stattfindenden Wahlen stände noch Berlin Rücksicht nehmen müsse auf die in den Mai fallende Entscheidung über die Neuzusammensetzung des Preußischen Landtages.²⁾ Brüning hoffte, die französische Regierung werde sein Entgegenkommen honorieren und eher zu einem Kompromiß in der Reparationsfrage zu bewegen sein. Er war ja in eine gesteigerte Abhängigkeit von ihrer Kooperationsbereitschaft geraten, seit die Amerikaner am 29. Dezember in unmißverständlichen Worten ihre Teilnahme in Lausanne verneint hatten. Die Frage, ob Deutschland fähig sei, Reparationen zu zahlen, und die Frage, wie ein durch seine Zahlungsunfähigkeit entstehendes Opfer verteilt werden solle, stellten sich diejenigen Regierungen,

-
- 1) R'kz R 43 I, Bd. 335: Vermerk über eine Besprechung in der Reichskanzlei, 5.1.1932
 - 2) Büro R'Min, Bd. 44/2 und W'Rep, Bd. 5: Telegramm Ritter an zehn deutsche Botschaften und Gesandtschaften, 25.1.1932
 - 3) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Edge/Paris an Stimson, 7.1.1932

die diese Reparationen erhielten, erläuterte Stimson; "wir erhalten keine";⁴⁾ "(The) American Government and public could not favor any method of relief to Germany which would show the American taxpayer to be paying German reparations. Only after Germany's capacity to pay has been fairly determined and the manner and extent in which the resulting sacrifice will be borned (sic) by the nations who are entitled to receive reparations is also determined, can any action be taken by the United States."⁵⁾

Die Terminverschiebung rückte die Frage nach der zwischenzeitlichen Sicherung der deutschen Finanzen an die Spitze der Tagesordnung innerhalb des diplomatischen Austausches. Als das geeignetste Instrument wurde eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums gehandelt, über dessen Dauer jedoch Uneinigkeit herrschte. Ein Fünf-Jahres-Modell scheiterte an der von allen Seiten als zu ungewiß eingestuften zukünftigen Entwicklung; auf eine Zwischenlösung von zwei bis drei Jahren glaubte sich die deutsche Regierung nicht einlassen zu können; Norman sprach sich für eine Ein-Jahres-Frist aus,⁶⁾ die er ebenso wie Layton, der wiederum für eine sechsmonatige Verlängerung plädierte, an die Bedingung einer unmittelbar folgenden Reparationskonferenz knüpfte.

Während Großbritannien in steten Vermittlungsbemühungen den Kontakt zwischen Paris und Berlin zu einem Minimum aufrechtzuerhalten suchte und sich mit ungleich mehr Geschick und Flexibilität zum Fürsprecher der deutschen Forderung nach vollständiger Streichung der Reparationen machte, entschloß sich Brüning zu der Taktik kompromißloser Vorwärtsverteidigung: In Deutschland sei niemand mehr zu finden, der eine andere Reparationsregelung

4) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Stimson's über Gespräch mit v. Prittwitz, 29.12.1931

5) NA RecGr 59, 862.51/3322 und 800.51 W 89/453: Memorandum Pierre S. Boal/Western European Division im State Department, 29.12.1931; vgl. NA RecGr 59, 800.51 W 89/469: Memorandum Castle, 14.1.1932; Lamont Papers, 98-20: Memorandum Lamont an Hoover, 29.12.1931

6) vgl. FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With M. Norman, 1932, Nr. 3115.3: Telefongespräch Harrison-Norman, 20.1.1932

als diejenige einer restlosen Aufhebung befürworte.⁷⁾

Nach Vorstellungen des Auswärtigen Amtes sollte die neuerliche Überbrückungshilfe auch nicht in der Form eines Moratoriums, sondern in der Form eines Provisoriums gewährt werden; ein Moratorium umschloß ja immer noch die Zahlung der unbedingten Annuität an Frankreich, die unter dem Young-Plan fällig wurde, und die deutsche Regierung wollte sich nicht mehr auf diese Verpflichtung einlassen. Mit der Fortschreibung des Schuldenfeierjahres befürchtete Berlin, auf der Ebene der internationalen Finanzpolitik eine neue Welle von Kreditabzügen auszulösen und auf der Ebene der deutschen Innenpolitik Hitler einen Vorwand zum Sturz der Regierung Brüning in die Hand zu spielen.⁸⁾

Mit seiner Forderung, daß Deutschland seinen Verpflichtungen bis zu einer endgültigen Regelung in Lausanne nachkommen müsse, setzte sich Frankreich in Gegensatz zu England, dessen Regierung ein Moratorium überhaupt nur dann für sinnvoll hielt, wenn es sich auf bedingte und unbedingte Annuitäten erstreckte. Wie tief die Ressentiments und die Enttäuschung wurzelten, offenbarte ein privater Brief MacDonalds an Stimson: "If our neighbours (France) would only face the facts and come to an agreement with the rest of us, we could then produce some scheme which we could reasonably ask to concur. ... Those neighbours of ours insist upon putting their own - as it seems to me - narrow and temporary national interests first. They have created a war-in-peace mentality amongst their own people and will not now boldly face the consequences, grapple with it and bring an international reasonableness to bear upon what is primarily an international problem."⁹⁾

7) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Sackett an Stimson, 9.1.1932, 19.00 Uhr; vgl. dazu WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Edge/Paris an Stimson, 10.1.1932 über die spontane Ablehnung durch Flandin und ebd., Telegramm Atherton/London an Stimson, 11.1.1932 über die erwartungsvolle Gelassenheit MacDonalds.

8) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Sackett an Stimson, 9.1.1932, 23.00 Uhr; vgl. Stimson Papers, reel 82: "Memorandum on the Respective Positions of Germany, Britain and France on the Present Negotiations Respecting Reparations and Debts", 21.1.1932

9) Stimson Papers, reel 82: Schreiben MacDonalds an Stimson, 8.1.1932; vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Atherton/London an Stimson, 8.1.1932; ebd., Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 7.1.1932

Mit seiner Koalitionen stiftenden Formulierung von der Verständigung Frankreichs "mit den anderen von uns" spielte MacDonald auf die ebenfalls gespannten Beziehungen zwischen Washington und Paris an. Während die eine Partei fragte, ob sie etwa einen durch keine Notlage zu rechtfertigenden Verzicht üben sollte, hielt die andere Partei entgegen, durch eine Weiterzahlung nur für ihre höhere "Intelligenz" bestraft zu werden, mit der sie ihre gute finanzielle Verfassung erhalten habe. "Würde Frankreich zu zahlen gezwungen," illustrierte der französische Botschafter in den USA, Paul Claudel, die Einstellung seines Landes, "käme dies dem Fall eines Mannes gleich, der einem Bettler auf der Straße eine Münze gibt, nur weil dieser Bettler zerlumpt, schmutzig und offensichtlich ein Nichtsnutz ist. Einem anderen Bettler hingegen, dem es ebenso schlecht geht, der sich aber sauber und in leidlich guter Verfassung hält, verweigert derselbe Mann eine Spende."¹⁰⁾

Frankreich hielt die Vereinigten Staaten auf Grund ihres finanziellen Engagements in Europa für erpreßbar: Eher würden sie den Forderungen nach Streichung der Kriegsschulden nachgeben als eine Schwächung ihres Bankensystems hinnehmen. Wenngleich das offizielle Washington dergleichen Thesen nicht einmal der Entgegnung für wert befand, war es verunsichert und holte durch diskrete diplomatische Kanäle von Banken und Sachverständigen Informationen ein. Die Nachrichten wirkten beruhigend: Seit der deutschen Krise und der zu einem Großteil über die Stillhaltung erreichten Eindämmung sei die amerikanische Kreditstruktur wiederhergestellt. Wiggin, der sich nach Abschluß der Stillhalteverhandlungen noch in Berlin aufhielt, sprach Sackett gegenüber von einer Festigung des Status der New Yorker Banken, der es erlaube, dem Notfall eines Zusammenbruches in Deutschland oder anderen europäischen Ländern erfolgreich begegnen zu können.¹¹⁾

Während die Vereinigten Staaten also Überlegungen für den Fall anstellten, daß die Lausanner Konferenz nicht zustande kommen würde, und sie sich anschieden, die daraus resultierenden Gefahren abzuschätzen und berechenbar zu machen, bauten die Briten ihre Parteinahme für die Ziele deutscher

10) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Gespräch Castle-Claudel, 14.1.1932; vgl. ebd., Memorandum Gespräch Castle - belgischer Botschafter, 14.1.1932

11) WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986: Bericht Sackett/Berlin an Stimson, Hoover, 8.2.1932

Reparationspolitik aus, indem sie zwischen dem 15. Januar und dem 12. Februar mit den Franzosen über die Modalitäten der bevorstehenden Konferenz verhandelt. Sie brauchten sich nicht hinter eine Fassade brüchiger Argumente zurückzuziehen, die aus innenpolitischen Rücksichtnahmen nicht fallengelassen werden durfte, und sie brauchten auch nicht aus einer verzweiferten Notlage heraus ihre Entschlossenheit in der Öffentlichkeit zu einem ungeschickt gewählten Zeitpunkt zu vertreten; Leith-Ross und Layton setzten sich durch zahlreiche Kompromißangebote an die deutsche und die französische Seite, durch allmähliches Gegeneinander-Abwägen und vorsichtiges Auspendeln der extrem gesetzten Schwergewichte dafür ein, Deutschland von der Reparationslast und der "Intoleranz" zu befreien, mit der es ihrer Ansicht nach zu "punitive payments" gezwungen werde.¹²⁾ Daß sie in ihrer freiwillig übernommenen und undankbaren Rolle dennoch scheiterten,¹³⁾ beweist den Grad der Verbissenheit, mit dem Frankreich sein Sicherheitsbedürfnis und Deutschland seinen finanziellen Fortbestand¹⁴⁾ glaubten verteidigen zu müssen.

Die bislang recht gut funktionierende Allianz der beiden angelsächsischen Mächte drohte einen Riß zu bekommen, weil die Amerikaner sich in zunehmenden Maße entfremdet fühlten von London und seiner für die Sache von Lausanne ergriffenen Initiative.¹⁵⁾

Über seiner Konzentration auf die französische Forderung drohte Washington

12) NA RecGr 59, 462.00 R 296/5480: Telegramm Atherton/London an State Department, 18.1.1932

13) NA RecGr 59, 800.51 W 89/466: Telegramm Edge/Paris an Stimson, 19.1.1932; WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 20.1.1932; Büro R'Min, Bd. 44/2: Telegramm Neurath/London über Gespräch mit Simon, 21.1.1932; WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Gespräch Stimson-Claudel, 21.1.1932

14) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Sackett an Stimson, 19.3.1932, nach dem es Berlin sogar fraglich erschien, den "just claims" der Vereinigten Staaten nachkommen zu können.

15) vgl. in diesem Zusammenhang die grundlegende Fehleinschätzung Hülsses, der von Basel aus die englische Politik an einem "Wendepunkt" angelangt sah, "von dem aus das Interesse an Amerika erheblich zunehme, während das an Deutschland abnehme." In: R'kz R 43 I, Bd. 31: Aufzeichnungen über Besprechungen in Basel, 12.2.1932

die wirtschaftliche Zwangslage Großbritanniens aus dem Blickwinkel zu verlieren - und damit auch das Verständnis seiner Handlungsmotive.

Die Aufgabe des Goldstandards hatte ja den Goldwert aller ausstehenden englischen Pfund-Forderungen vermindert; zu leistende Goldzahlungen an das Ausland und in besonderem Maße die Rückerstattung der interalliierten Schulden jedoch erschwert. Die Engländer ließen sich nicht von Gefühlen der Sympathie für die deutsche Sache, sondern von sehr realpolitischen Überlegungen leiten. Über eine Streichung der Reparationen entlasteten sie die deutschen Finanzen von dem Hauptdruck und stabilisierten damit indirekt die Sicherheit ihrer eigenen kurzfristigen Kredite, die durch die Stillhalteabkommen in den deutschen Markt eingebunden waren.

Aus ihrer hohen wirtschaftlichen Bedeutung - der britische Anteil in der Stillhaltung machte mit einer Summe von rund 960 Mill. RM knapp ein Viertel aus¹⁶⁾ - waren diese Kredite ein Politikum: Die Entscheidung, sie in Deutschland zu belassen, war zum Teil gegen die Kritik führender Finanzinstitute gefällt worden. Schon im Interesse ihres eigenen politischen Überlebens durfte die Regierung ihnen nicht mit dem Scheitern der Lausanner Strategie den Triumph überlassen, zu Recht Bedenken erhoben zu haben.¹⁷⁾

Die deutsche rechtsextreme Presse forderte mit wachsendem Nachdruck ein einseitiges deutsches Moratorium, das über alle Forderungen des Auslandes verhängt werden sollte. Die Analyse der Federal Reserve Bank, daß solch ein Moratorium beschränkt bliebe auf eine Suspension des Transfers und bei den Geldern, die der Stillhaltung unterlagen, ohnehin nur die Zahlung der Zinsen unterbräche, glättete Londons

16) Zahlen nach FED, Statistics, Reports, Correspondence re German Standstill Agreement, 1931-32-33: "Bericht der Deutschen Golddiskontbank für die ausländischenBankenausschüsse zum 1. Oktober 1932"; die Spitzenposition hielten die USA mit 37.042.000 Dollar (=41,82%); vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1416, 29.7.1932

17) vgl. WBr, Castle Papers, Countries: England, box 4: Telegramm Atherton/London an Castle, 22.6.1932

18) vgl. NA RecGr 59, 862.51/3451: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 24.5.1932

19) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 3: Schreiben Fraser/Basel an Harrison, 24.6.1932

Beunruhigung nicht. Immerhin durfte sich nach deutschem Recht der ausländische Gläubiger, z.B. mit Geschäftssitz in London, im Falle eines Moratoriums nicht an die Vermögenswerte halten, über die sein deutscher Schuldner in England verfügte.²⁰⁾ Seit der Abwertung des Pfund Sterling belasteten die Schuldenrückzahlungen an die USA die englische Staatskasse auch in einem Maße, daß das Kabinett damit rechnete, für die im Dezember 1932 fällig werdende Rate rund 40 Mill. Pfund neu aufbringen zu müssen.²¹⁾

Da sich die Erhebung neuer oder die Erhöhung bestehender Steuern aus innenpolitischen Erwägungen heraus verbot und da England sich nicht zu einer einzelgängerischen Zahlungseinstellung Washington gegenüber zu entschließen vermochte, versprach auch ihm einzig und allein der Weg über eine schrittweise Aufhebung des Reparations- und Schuldensystems Rettung. Verweigerten sich die Amerikaner jedoch weiterhin einer den Zusammenhang von Reparationen und interalliierten Schulden nicht leugnenden Lösung, entstand in London eine wachsende Bereitschaft, seinerseits "default", die Zahlungseinstellung, als die beste Antwort bereitzuhalten. "I do not want to be an alarmist," schickte Atherton seiner Warnung aus London voran, "but I do want you to realize a frame of mind exists here so that events tend in such a direction (default, cancellation) we shall not be caught entirely unawares."²²⁾

Russell Leffingwell gebührte das Verdienst, die Notwendigkeit einer radikalen Richtungsänderung erkannt und vertreten zu haben.²³⁾ Durchzusetzen vermochte er diese Einsicht nicht. Vielmehr begann in New Yorker Bankkreisen eine gewisse Skepsis an Boden zu gewinnen, England trage Deutschlands Kämpfe aus.²⁴⁾ Direkt von Tardieu dazu beauftragt, legte Lamont der

20) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 318: Schreiben G. A. Westrick/Sullivan & Cromwell an Jeidels, 29.6.1932

21) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1012: Telegramm Gibson/Genf an Hoover und Stimson, 20.6.1932

22) WBr, Castle Papers, Countries Coorespondence File: England, box 4: Telegramm Atherton/London an Castle, 3.5.1932

23) Leffingwell Papers, Gr. No. 1030, Series No. I, box 5: Schreiben Leffingwell an Walter Lippmann, 16.2.1932: "The truth is that all countries are to blame. Reparations and war debts should be cancelled, and a lot of other things done too to bring peace and prosperity back to the world."

24) Lamont Papers, 181-25: Schreiben Lamont an Stimson, 23.5.1932

Regierung seines eigenen Landes und Großbritanniens die aus seiner Sicht verhängnisvollen Konsequenzen dar. Während Deutschland von der unumgänglichen Aufgabe befreit werde, eine Verständigung mit Frankreich zu erarbeiten, verliere sich England in falschen Koalitionen, denn "the more the British and French will work together on the same side of the table in dealing with the German problem, the better you (MacDonald) will all be off and the better the chances of a settlement (in Lausanne)."²⁵⁾

In diesem Gedanken einer anglo-französischen Kooperation manifestierte sich ein nicht gering einzuschätzender Abschied von alten Freund-Feind-Bildern. Spätestens seit der Veröffentlichung zweier aufsehenerregender Artikel im "Popolo d'Italia", deren Autorschaft Mussolini selbst zugeschrieben wurde und die für die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden plädierten,²⁶⁾ gehörte der in Paris akkreditierte britische Botschafter Lord Tyrell in seinem Land zu den vereinzelt Befürwortern eines starken anglo-französischen Blocks. Im Namen eines europäischen Gleichgewichts mußte eine Situation verhindert werden, in der ein selbst vom "Schatten der Reparationszahlungen" befreites Deutschland in die Position wirtschaftlicher Suprematie gehoben wurde - auf Kosten Frankreichs und besonders auf Kosten Englands.²⁷⁾

In amerikanischen Regierungskreisen wie in der veröffentlichten Meinung wurde nun eine innereuropäische Einigung als Vorbedingung genannt für ein Entgegenkommen der Vereinigten Staaten in der Kriegsschuldenfrage. Es war Walter Lippmann, der im Februar 1932 vor dem American Club in Paris erstmalig dieses Konzept entwickelte: Nur solch ein vorhergehender Akkord könne den Kongreß und das amerikanische Volk dazu führen, ihre Haltung zu der in Lausanne auf der Tagesordnung stehenden Frage zu ändern.²⁸⁾

25) Lamont Papers, 181-24: Schreiben Lamont an MacDonald, 13.5.1932

26) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1011: "In the Face of the Accomplished Fact of the German Insolvency: Address to America", 14.1.1932

27) WBr, PresPap, FinCorr, 1011: Telegramm Atherton/London an Stimson, 15.1.1932

28) NA RecGr 59, 800.51 W 89/483 und The New York Herald, 12.2.1932: Rede Walter Lippmanns vor dem American Club, Paris, 11.2.1932; vgl. auch WBr, PresPap, Countries: Germany, box 986: Pressekonferenz Castle, 9.5.1932

Ob Washington dann vor Beginn der Lausanner Konferenz entsprechende öffentliche Zusagen geben müsse und sich in neue Verantwortlichkeiten begeben solle,²⁹⁾ blieb hypothetisches Gedankenspiel, da London wenig Neigung zu neuerlichen Kompromissen zeigte und bereit war, notfalls im Alleingang für seine als richtig erkannte Forderung nach bedingungsloser Streichung der Reparationen einzutreten.³⁰⁾

Entsprechend attestierten Stimson, Lamont und Gilbert der Konferenz in Lausanne "sehr schlechte" Ausgangsbedingungen. Die Vereinigten Staaten bekannten sich nun offen zu ihrer Sympathie für Frankreich, und ihr einheitlicher, wenngleich in seiner Schärfe abgestufter Tadel traf die British Treasury und die Bank von England.³¹⁾

Während die Franzosen noch argwöhnten, die beiden angelsächsischen Länder kooperierten in "vollkommener Harmonie" für eine Reparationsstreichung,³²⁾ zögerte Stimson nicht, die europäischen Hauptstädte in eindeutiger Sprache über die Ziele Washingtons aufzuklären: "I told him (von Prittwitz) we hoped that Germany would not show intransigency at the Lausanne Conference; that we did not sympathize at all with the view expressed by some members of the British Treasury in favor of cancellation, but on the contrary we were in favor with the French view aimed at a solution based upon a fair and proportionate sacrifice among all parties whereas cancellation would be likely to lead to a situation in which this country was the only country which suffered the entire loss with no benefit."³³⁾

29) vgl. Stimson papers, reel 82: Memorandum Stimsons "Apropos Lamont's Correspondence In Regard to the Lausanne Conference", 27.5.1932

30) vgl. dazu Büro R'Min, Bd. 44/5: Telegramm v. Prittwitz an AA, 14.6.1932

31) Stimson Diaries, reel 4 = box 3, vol. 22: Gespräch Stimson mit Lamont und Gilbert, 27.5.1932; vgl. Columbia Harrison Papers, binder 46: Schreiben Harrison an Stimson, 31.5.1932; Lamont Papers, 181-25: Schreiben Jack Morgan/Paris an Lamont, 31.5.1932; WBr, PresPap, FinCorr, 1012 und Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Memorandum Gespräch Stimson - Lindsay, 1.6.1932

32) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Gespräch Castle - Claudel, 3.6.1932

33) WBr, Castle Papers, Debts and Economic Conferences, box 17: Gespräch Stimson - Claudel, in dem Stimson ein Gespräch mit v. Prittwitz referiert, 6.6.1932; vgl. ebd.: Gespräch Castle - v. Prittwitz, 8.7.1932; vgl. WBr, Castle Papers, Debts and Reparations, box 18: Telegramm Stimson an US-Botschaft/London, 1.6.1932

Am 30. Mai demissionierte das Kabinett Brüning; neu ins Amt kam die Regierung von Papen. Die Ernennung selbst, die Umstände, unter denen sie sich vollzog, sowie die Furcht, der deutschen Republik erwachse durch monarchistische Umtriebe unter einer reaktionären, aus Junkern und Militärs bestehenden Regierung eine lebensgefährliche Bedrohung, lösten in den Vereinigten Staaten Befremden aus. Diese Reaktion der Ablehnung wurde nur gemildert durch den Trost, den Teile der Öffentlichkeit in der Interpretation fanden, das neue Kabinett sei bewußt als Puffer und Gegenkraft zu der extrem nationalsozialistischen Richtung gedacht.³⁴⁾ Leffingwell etwa teilte Lacour-Gayets Hoffnung, daß alles "viel besser" werden würde, weil Deutschland endlich wieder eine Regierung besäße, die "truly expressive of the national spirit" sei.³⁵⁾

Für den Augenblick jedenfalls brauchte sich Berlin nicht darum zu sorgen, wie es weiterhin seine Verbindungen zu Washington sicherstellen könnte, denn die in Deutschland festliegenden, durch die Stillhalteabkommen gebundenen Gelder stellten den besten Garanten für eine fortgesetzte bilaterale Kommunikation dar.³⁶⁾

Der Regierungswechsel von Brüning auf Papen brachte auch keinen neuen Anstoß in die Parteienkonstellationen für Lausanne; zu der von Brüning gewiesenen und konsequent, Etappe um Etappe verfolgten Generallinie, über den Nachweis der deutschen Zahlungsunfähigkeit in Verhandlungen mit seinen Gläubigern eine Lösung der Schuldenfrage und eine Streichung der Reparationen zu erwirken, gab es keine Alternative, solange Deutschland nicht bereit war, sich durch einseitig diskriminierende Maßnahmen aus dem Dialog mit seinen westlichen Partnern auszuschalten. Papen hielt deshalb folgerichtig an der alten Forderung nach Aufhebung fest und lehnte die etwa vom New Yorker Bankhaus Morgan geforderten Neuverhandlungen mit Frankreich ab: Er exekutierte Brüningsche Politik, wenn er sich auf keine Kompromisse einließ und im Verein mit England eine definitive Regelung forderte.

34) vgl. Abt. III, Bd. 19: Telegramm v. Prittwitz an AA, 6.6.1932

35) Leffingwell Papers, Gr.No. 1030, Series No. I, box 3: Schreiben Leffingwell an Parker Gilbert, 16.6.1932

36) vgl. hierzu Stimson Diaries, reel 4 = box 3, vol. 22: Gespräch Stimson - Lindsay, 1.6.1932; Abt. III, Bd. 19: Telegramm v. Prittwitz an AA, 6.6.1932

Seinem Freund Lamont gab Walter Lippmann in New York dann auch Grundsätzliches zu bedenken: "I doubt whether the possibility of a moderate solution any longer exists. It seems to me that we should be expecting political miracles to suppose that a n y government which would be in power in Germany within the next twelve months will sign a new agreement to make payments. ... I wonder whether it's worth spending much energy trying to formulate compromises which nobody, except the French politicians, really wants."³⁷⁾

37) Lamont Papers, 181-25: Brief Lippmann an Lamont, 2.6.1932, eigene Hervorhebung

2. Das Ende der Reparationen

Zum Auftakt der Verhandlungen reizten die Franzosen geschickt mit der amerikanischen Trumpfkarte, indem Herriot auf seine eigene Gebundenheit und Abhängigkeit mit der Frage verwies, was er denn tun könne, wenn die Vereinigten Staaten auf einer Fortsetzung deutscher Zahlungen beständen.³⁸⁾ Vergeblich versuchte der deutsche Botschafter das State Department zu der Veröffentlichung einer Note zu bewegen, in der es eine Kompromißregelung in Lausanne ausdrücklich begrüßen und nicht auf der Aufrechterhaltung des Reparationssystems bestehen würde.³⁹⁾

Die Amerikaner wurden ungeduldig. Stimson warnte die deutsche Delegation noch einmal vor einer "rein negativen" Haltung. Unmißverständlich legte er klar, er vermöge sich nicht der in Wall Street kursierenden Meinung anzuschließen, daß die in Deutschland eingefrorenen amerikanischen Guthaben wertvoller würden, sofern es gelinge, die Reparationslasten zu streichen. Es sei unmöglich, daß ein Land seine politischen Verpflichtungen von sich weise, um seine privatwirtschaftlichen dafür besser halten zu können.⁴⁰⁾

In dieser Situation wählten die deutschen Vertreter maßvollere und vorsichtigere Töne⁴¹⁾ und stimmten schließlich der Übernahme einer

38) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1012: Memorandum Gespräch Castle - v. Prittwitz, 8.7.1932

39) vgl. dazu auch WBr, PresPap, FinCorr, 1012: Memorandum Gespräch Castle - v. Prittwitz, 29.6.1932, in dem der deutsche Vertreter den Fall einer Nichtstreichung, der Amerikaner den Fall einer Streichung als "politischen Selbstmord" bezeichnete.

40) R'kz R 43 I, Bd. 526: Niederschrift über die Unterredung v. Papen - Herriot, 29.6.1932. Diese Bemerkung unterstreicht, wie tief das Problem der Stillhaltung in die Lausanner Verhandlungen hineinwirkte, zumal sich am 1. Juli die Bankenkomitees in London zu der turnusmäßig ersten Beratung trafen, wie sie das Kreditabkommen vorsah. Als vorrangiger Tagesordnungspunkt stand die Senkung des Zinsfußes für die Auslandsschuld an, die zu fordern die deutsche Delegation zunächst unterlassen hatte. Sie hatte sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, mit diesem "Manöver" zusätzlichen Druck auf Lausanne ausüben zu wollen. (NA RecGr 59, 862.51/3443: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, Feis, 27.5.1932; vgl. auch WBr Pres Pap, FinCorr 1012: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 29.6.1932)

41) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 526: "Darlegungen des deutschen Reichsfinanzministers in Lausanne", 27.6.1932

Abschlußzahlung in Höhe von 3 Mrd. RM zu.⁴²⁾ Der Artikel 2 des Lausanner Abkommens setzte der im Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 getroffenen Reparationsregelung ein Ende und trat an deren Stelle; die Verpflichtungen des neuen Vertrages ersetzten vollständig die früheren, in den Annuitäten des Neuen Plans enthaltenen Verpflichtungen Deutschlands. Damit war für Deutschland das Problem "Reparationen" gelöst. Nach wie vor ungeklärt blieb die weitere Politik der Vereinigten Staaten gegenüber ihren ehemaligen Alliierten. Ein Gentlemen's Agreement, das dem offiziellen Text des Lausanner Abkommens nicht beigegeben wurde, machte eine rechtsgültige Ratifikation des gesamten Vertragswerkes abhängig von einem "satisfactory settlement" in der Kriegsschuldenfrage.⁴³⁾

Das Bekanntwerden dieser als geheim eingestuftes Absprache löste in Washingtoner Kongreßkreisen eine neue Welle der Polemik gegen Schuldensstreichung und -herabsetzung aus.⁴⁴⁾

In der Zeit des Wahlkampfes mußte Hoover danach trachten, nicht den falschen Eindruck zu erwecken, nationalen Interessen abträgliche Nachgiebigkeit zu üben - weshalb er sich auch weigerte, ein von Lamont dringend angeratenes Statement abzugeben, "in naher Zukunft" mit den europäischen Schuldnern den Status ihrer Verbindlichkeiten zu diskutieren.⁴⁵⁾

42) Die Deutsche Regierung übergab der BIZ fünfprozentige, rückkaufbare Schuldverschreibungen der Deutschen Regierung in Höhe von 3 Mrd. RM, die vor Ablauf eines Dreijahreszeitraums nicht begeben werden sollten. Von 1935 an sollte die BIZ die Schuldverschreibungen auf dem Wege öffentlicher Ausgabe auf den Märkten begeben, wobei es "wünschenswert" war, der Deutschen Regierung in einem angemessenen Zeitraum das Recht zum Rückkauf zu geben. Der Ertrag der Schuldverschreibungen sollte auf ein Sonderkonto überwiesen werden, dessen Verwendungszweck ein späteres Abkommen der Lausanner Signatarmächte (außer Deutschland) regeln mußte. (vgl. R'kz R 43 I, Bd. 526: "Final Act of The Lausanne Conference", 9.7.1932; Büro R'Min, Bd. 45/2: Telegramm v. Bülow/Lausanne an AA, 9.7.1932)

43) WBr, PresPap, FinCorr, 1012: Telegramm Cochran/Basel an Castle, 12.7.1932: Text Gentlemen's Agreement, 8.7.1932

44) Büro R'Min, Bd. 45/2: Telegramm v. Prittwitz an AA, 11.7.1932

45) Lamont Papers, 98-22 und WBr, PresPap, Individuals File: Thomas Lamont, box 1049: Memorandum Lamont an Martin Egan, 12.7.1932

Die Beziehungen zu den Engländern kühlten merklich ab, als der Präsident ihnen die Hauptschuld an der zwischen Paris und London verlaufenden, gegen Washington gerichteten Front zuschrieb. "It was an unheard of thing for those nations to band themselves into a combination against us. ... Maybe they (the British) have settled German reparations but they did it the worst damned way they could. If they settled reparations why didn't they stop there. ... It (the Gentlemen's Agreement) is a Hell of a thing and Lamont cannot appreciate the terrible feeling of resentment that it has stirred up all over the United States."⁴⁶⁾

Jenes "schreckliche Gefühl des Grolls" schlug auf eine gesellschaftliche Gruppe aber nicht durch: die Banken und Finanzinstitute, die unter rein geschäftlichen Gesichtspunkten das Lausanner Ergebnis ausdrücklich begrüßten. Seitdem die Reparationen aus dem Weg geräumt worden waren (und die Regulierung der Kriegsschulden in irgendeiner Weise erwartet wurde), erblickte z.B. die Bank of America in Deutschland einen "excellenten Markt", den es zu pflegen galt. Die Stillhalteabkommen - eingegangen als ein Provisorium mit riskantem Einsatz und ungewissem Ausgang - gerieten nun zu einer pfandähnlichen Sicherheit: Mußte ein prosperierendes Deutschland nicht denjenigen Geschäftspartnern Wettbewerbsvorteile einräumen, die ihm auch in Notzeiten beigestanden hatten?⁴⁷⁾

Die Lausanner Regelung war in der Tat das Beste, was den amerikanischen stillhaltenden Banken als den bei weitem wichtigsten Gläubigern Deutschlands passieren konnte. Hätten sie im Falle eines deutschen Zusammenbruchs den Großteil ihrer eingefrorenen Kredite als einen endgültigen Verlust abschreiben können, so durften sie nun zurecht darauf hoffen, die

46) Lamont Papers, 98-22: Memorandum Martin Egan an Lamont über Reaktion Hoovers auf das Memorandum 12.7., 14.7.1932; vgl. auch WBr, PresPap, FinCorr 1012: Schreiben Hoover an Senator William Borah, 14.7.1932, in dem er sich dezidiert dagegen verwahrte, sich von Europa beeinflussen oder in ein Zwangskorsett pressen zu lassen.

47) Bank of America Archives, RecGr 10.1, box 229.12: Schreiben Paul Dietrich, Vice President/New York an A. P. Giannini, Chairman San Francisco, 25.8.1932

Gesamtsumme eintreiben zu können. Diese Gewißheit stärkte die Position der betreffenden Banken, und es stand zu erwarten, daß sie sich reflektieren würde in einer allgemein aufgeschlosseneren Einstellung der heimischen Wirtschaft gegenüber.⁴⁸⁾

48) vgl. dazu RecGr 59, 800.51 W 89/550 1/2: Memorandum Parker S. Gilbert an Stimson, 20.7.1932

IX.

DIE STILLHALTUNG: PROVISORIUM ODER INSTITUTION?

1. Rückzahlung und Zinsfrage

Das Signal zur Liquidierung des in der Folge des Ersten Weltkrieges entstandenen Schuldensystems, das das Lausanner Abkommen gegeben hatte, nahmen die ausländischen Bankenkomitees auf, als sie im Juli 1932 in London zu ihrer ersten turnusmäßigen Beratung zusammenkamen, wie sie vom Deutschen Kreditabkommen vorgeschrieben wurden, um den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu institutionalisieren und eine flexiblere Ausgestaltung und Anpassung der Stillhaltung an die jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernisse zu ermöglichen. In der optimistischen Erwartung, daß sich die deutsche Finanzlage nach Streichung der Reparationen merklich erholen werde, gingen die Bankenausschüsse von einer Entwicklung aus, in deren Verlauf die Stillhaltung ihren Notwendigkeitscharakter verlieren würde. Ihren Niederschlag fand diese Überzeugung in einer allgemeinen Empfehlung zum Abbau der Stillhaltung und der Devisenzwangswirtschaft. Wenngleich ihr keiner der Beteiligten eine aktuelle, praktische Bedeutung beimessen konnte, so brachte sie den deutschen Schuldnern auf jeden Fall die Tatsache in Erinnerung, daß die Stillhalte kredite, also ursprünglich "kurzfristig" gewährte Auslandsdarlehen, nicht als Dauergeld zu betrachten seien.¹⁾

Dem folgerichtigen Wunsch der Gläubiger, in London eine wesentliche Abschlagszahlung auf die Stillhaltebeträge auszuhandeln, stellte die Reichsbank ihre Schätzung gegenüber, innerhalb des ersten Quartals unter dem neuen Stillhalteabkommen rund 60 Millionen an Deckungsmitteln verloren zu haben. Die auf deutscher Seite angestellte vorläufige Zwischenbilanz zum Kreditvertrag wies ein unbefriedigendes Ergebnis auf: Zwischen dem

1) vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 507, 9.7.1932

31. März und dem 30. Juni 1932 war der Goldbestand der Reichsbank von 879 auf 823 Mill. zusammengeschmolzen und der Bestand an deckungsfähigen Devisen von 142 auf 138 Mill. gesunken.²⁾

Unter Hinweis auf die einmalige Belastung durch einen im Juli fälligen Betrag von 50 Mill. RM zur Abzahlung des Lee, Higginson-Kredites sowie auf die strukturelle Belastung durch die Abschottung der ausländischen Märkte gegen Importe gelang es den deutschen Vertretern in London, eine offizielle Rückzahlungsforderung der Gläubiger zu verhindern.

Die deutschen Stillhalteschuldner litten aber unter der Höhe eines sechs- bis siebenprozentigen Zinsniveaus, über dessen Ermäßigung allein die amerikanischen Banken nicht mit sich sprechen ließen. In Fortführung der Auseinandersetzungen um den Zinsfuß während der Verhandlungen um das Kreditabkommen war es dem deutschen Komitee gelungen, bei den meisten anderen Gläubigerländern eine Bindung der Zinssätze an den jeweiligen nationalen Notenbank- oder Privatdiskont durchzusetzen: Die europäischen Teilnehmer stimmten der Regelung zu, einen Höchstsatz von fünf Prozent für Kassakredite zu berechnen.³⁾

Da in Frankreich die Einkommensteuer für Zinserträge aus festangelegtem Kapital (fixed funds) 18 Prozent betrug, verlangten allerdings die Pariser Stillhaltebanken einen Ausnahme-Zinssatz, der einen halben Prozentpunkt über dem in London vereinbarten Wert lag, denn selbst bei einer Rate von 5 1/2 Prozent auf die Stillhaltegelder zögen sie nur einen Nettogewinn von 4,6 Prozent.

Spezifisch nationale Probleme der Besteuerung anzuerkennen, lehnte das amerikanische Bankenkomitee kategorisch ab und verwies auf den Grundsatz der Gleichbehandlung. Es drohte, die Zinsfrage im Kreise der US-Banken neuerlich zur Diskussion zu stellen, in der Annahme, daß die Deutschen eher den französischen Wunsch ablehnten als eine unliebsame Verzögerung im Stillhalteprozeß und eine Verstimmung ihres wichtigsten Gläubigers in Kauf nähmen. Luther entkräftigte geschickt diese Einwände, denen der Verdacht

2) Zahlen nach Deutscher Allgemeiner Zeitung, Nr. 301/302, 1.7.1932; vgl. dazu Statistisches Jahrbuch 1933, S. 339: Im Jahresdurchschnitt sank der Bestand der Reichsbank an Gold von (1930) 2446,2 und (1931) 1711,1 auf (1932) 838,7 und der Bestand an Deckungsdevisen von (1930) 359,8 und (1931) 203,3 auf (1932) 135,9 (jeweils in Mill. RM).

3) vgl. Berliner Börsen-Courier, Nr. 454, 13.8.1932

der Prinzipienreiterei anhaftete, indem er an die minimale Rolle Frankreichs in der Stillhaltung erinnerte. (Der fragliche Gesamtbetrag machte 80.000 Dollar pro Jahr aus.) Im Interesse übergeordneter Ziele - der Verlängerung des Rediskontkredites und besonders mit Blick auf den internationalen Warenaustausch - erklärte er in Übereinstimmung mit den anderen Stillhalteausschüssen seine Bereitschaft, Frankreich eine individuelle Behandlung zuzugestehen.⁴⁾

Die Übereinkunft allein, für Stillhalte Kredite 5, bzw. 5 1/2 Prozent für Zinsen zu berechnen, verschaffte der deutschen Wirtschaft wenig Atemraum, wenn sich die deutschen Banken nicht dazu entschließen konnten, ihrerseits niedrigere Zinszuschläge zu erheben. Ihre bisherige Praxis mußte sich den empörten Vorwurf Otto Wolffs gefallen lassen, daß sie sich "wie die Aasgeier" bereicherten und die Industrie erdrückten durch die ihr aufgebürdeten Zinslasten.⁵⁾ Der Reichsbank wie den privaten Instituten war die Aufgabe gestellt, den Höchstsatz für die Weitergabe von Stillhaltegeldern so zu bemessen, daß auf Seiten der Industrie und des Handels überhaupt ein Anreiz bestand, diese Kredite in Anspruch zu nehmen.⁶⁾

Zwischen der Stempelvereinigung und der Reichsbank ausgearbeitete Richtlinien empfahlen, Stillhalte Kredite um etwa einen Prozentpunkt billiger anzubieten als entsprechende Reichsmarkkredite. Ebenso sank auch die Nettoberechnung für reine Rembourswechsel (etwa 6 Prozent) und für Valutakassakredite (zwischen 7 und 7 1/2 Prozent). Die Sätze sollten aber erst dann in Kraft treten, wenn über die Haltung aller Auslandsgläubiger in der Zinsfrage volle Klarheit bestand, weil man in Berlin befürchtete, daß sonst die Zinsmarge für die deutschen Banken fast auf Null zusammenschrumpfen würde.

4) vgl. Columbia, Harrison Papers, binder 8: Telegramm Luther an Harrison, 24.8.1932; als Anlage Briefwechsel Reichsbank - Deutsches Bankenkomitee, 19.8. und 22.8.1932; vgl. auch Frankfurter Zeitung, Nr. 637, 26.8.1932

5) NL Kastl, Bd. 19: Schreiben Otto Wolff an Kastl, 18.8.1932

6) Mit den aus dem ersten Stillhalteabkommen ausstehenden 4,08 Mrd. RM, den unter das neue Abkommen fallenden 0,25 Mrd. RM und einer abgeschlossenen Kürzung in Höhe von 0,355 Mrd. RM, belief sich im Juli 1932 die Gesamtkreditlinie auf 3,975 Mrd. RM, von der 0,451 Mrd. RM ungenutzt ausstanden. (Zahlen nach Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1416, 29.7.1932)

Diese Einschränkung, die symptomatisch war für die um sich greifende Unsicherheit und für Verhandlungsergebnisse, die nicht definitiv eine alle Unterzeichner verpflichtende Politik beschrieben, sondern zwischen Eventuallösungen lavierten und auf Zeitgewinn spielten, veranlaßte Wolff, in einem deftigen Brief an den Reichsverband der Deutschen Industrie Remedur zu fordern, indem sich vor allem die Stillhalteparteien von der Lage beschönigenden und rasch revisionsbedürftigen Annahmen und Übereinkünften abkehren sollten: "Die Leute (die deutschen Banken) graben sich ja ihr eigenes Grab, und das widerliche Geschrei in der Zeitung, man dürfe nicht unfair handeln und den Leuten (den ausländischen Stillhalteläufigern) bezüglich dieser Schulden nichts Böses antun, diese ganze Unwahrhaftigkeit der Situation wird sich bitter rächen, wenn sich herausstellt, daß Deutschland auch die ermäßigten Zinsen nicht bezahlen kann."⁷⁾

Aufgeschreckt durch eine Meldung in der New York Times befürchtete Washington im Zusammenhang mit der geforderten deutschen Zinssenkung, daß die Privatschuldenfrage auf die Tagesordnung einer in Aussicht genommenen Weltwirtschaftskonferenz gehoben werden könnte.⁸⁾ Sackett machte zwar in Bank- und Industriekreisen eine die USA beruhigende Aversion gegen jede Art gouvernementaler Initiative aus, versäumte aber nicht, gleichzeitig auf den Druck der Nationalsozialisten und der Hugenberg-Presse hinzuweisen, die von der Regierung Zwangsmaßnahmen forderten.⁹⁾

Im Mittelpunkt ihres Denkmodells stand etwa ein von staatlicher Seite verfügbares Transferratorium für langfristige Verbindlichkeiten. Daß dies jedoch nur einen der möglichen Wege darstellte, die zu dem Ziel einer "angemessenen Reduzierung" der deutschen, nicht-politischen Auslandsschuld führten, erläuterte Otto Fischer von der Reichskredit-Aktien-Gesellschaft. Seiner Ansicht nach empfahl sich zunächst der Weg über eine Zinsermäßigung für kurzfristige Verbindlichkeiten: So sei gewährleistet, das Interesse an einer aktiven deutschen Handelsbilanz weiterhin aufrechtzuerhalten und der

7) Schreiben Otto Wolff an Kastl, 18.8.1932, a.a.O.

8) NA RecGr 59, 862.51/3495 A: Telegramm State Department an Sackett/Berlin, 5..8.1932

9) NA RecGr 59, 862.51/3496: Telegramm Sackett/Berlin an State Department, 5.8.1932

mit einem Transfermoratorium verbundenen Gläubigerdiskriminierung ausweichen zu können. Willigte das Ausland definitiv in eine Zinsverbilligung für die kurzfristigen Schulden ein, so könne die deutsche Regierung ein Moratorium "voraussichtlich zunächst" vermeiden.¹⁰⁾

Übereilte Schritte auf dem Gebiet der Zinssenkung sowie vorlaut angestellte Überlegungen zu einem Tranferstop drohten sich gerade in dem Moment zu ernsthaften Störfaktoren zu entwickeln, als die ausländischen Gläubiger wachsendes Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsentwicklung faßten.

Reichsregierung wie Reichsbank waren deshalb sehr wohl beraten, jegliche Spekulationen um Eingriffe in die weitere Zinsgestaltung oder in der Transferfrage zu unterbinden. Mit Hinweis auf die Umschuldungsmöglichkeiten unter der Schweizer Klausel warnte Hülse von Basel aus nachdrücklich davor, den Tranfer der Zinsen auf kurz- und langfristige Kredite abzustoppen: Wenn unter den Gläubigern nicht die Sicherheit bestehe, daß der Zinsendienst auch auf langfristige Anleihen unberührt bliebe, werde bei der BIZ eine allmähliche Liquidierung der Stillhaltung als unmöglich betrachtet.¹¹⁾

10) R'kz R 43 I, Bd. 318: Memorandum Otto Fischer/Reichskredit-Aktien-Gesellschaft, 27.7.1932

11) vgl. R'kz R 43 I, Bd. 318: Telegramm Hülse/BIZ an Luther, 20.9.1932; vgl. auch NA RecGr 59, 862.51/3535: Telegramm Sackett/Berlin an State Department, 14.12.1932

2. Diskussion des Londoner Studienausschusses über mögliche Konsolidierungsformen und der Gegensatz europäischer und amerikanischer Vorstellungen

Während die ausländischen Gläubiger in ihrer Mehrzahl die praktische Abwicklung des Deutschen Kreditabkommens zufrieden und optimistisch beurteilten und während Wiggin als Chairman der Stillhaltekonferenz empfahl, die am 1. Oktober fällige Vollsitzung aus Mangel an akut anstehenden Fragen ausfallen zu lassen,¹²⁾ traf sich in London ein informeller Studienausschuß, um - losgelöst von Fragen des Alltags - neue Grundsätze der internationalen Kreditbeziehungen zu formulieren. Auf Schuldner- wie auf Gläubigerseite verstärkte sich die Überzeugung, daß wiederholte Prolongation der Stillhaltevereinbarung und damit die Verewigung des ursprünglich nur als eine Zwischenlösung geschaffenen Zustandes nicht erstrebenswert war. Hoffnungen auf eine fundamentale Neuorientierung durch die in Aussicht stehende Weltwirtschaftskonferenz trogen: Selbstverständlich konnte eine endgültige Regelung der deutschen Stillhaltung nicht in Frage kommen, solange auf die internationalen Probleme (Abrüstung, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, interalliierte Schulden) keine überzeugenden und zufriedenstellenden Antworten gefunden worden waren. Andererseits genoß die Stillhaltung innerhalb des internationalen Kreditgeflechts keinen so prominenten Stellenwert, daß irgendeiner der Beteiligten mit der Erwartung in die ohnehin von Heterogenität belastete Weltwirtschaftskonferenz hätte gehen können, sie werde einen wesentlichen, konstruktiven Beitrag in der Stillhaltediskussion leisten. Das amerikanische Bankenkomitee erklärte seinen nachdrücklichen Widerstand gegen alle Versuche, Privatschulden zum Verhandlungsgegenstand zwischen Regierungsvertretern machen zu lassen. Es stufte die Regelungen des Stillhalteabkommens als die "beste Methode" ein, um die deutsche Verschuldung in den Griff zu bekommen. Dahinter stand die Furcht vor "ernsten Nachteilen", die dem ausländischen Privatgläubiger durch ein gleichzeitiges funding seiner Gelder mit allen anderen deutschen Schuldarten erwachsen konnten.¹³⁾

12) vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 425, 7.11.1932

13) FED, Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: 29th meeting, 4.11.1932

Die Stillhaltebanken durften sich also nicht aus der Pflicht stehlen, selbst die vorhandenen Gegensätze zwischen den einzelnen Gläubigergruppen zu überbrücken, zumal das Kreditabkommen am 29. Februar 1933 noch während der geplanten Tagung der Weltwirtschaftskonferenz auslaufen würde.

Die Kölnische Zeitung brachte das komplexe Problem auf die schlichte Formel: "Entweder muß man weiter stillhalten oder man konsolidiert."¹⁴⁾ Das breiteste Echo fand das Konsolidierungsmodell, das der Amsterdamer Bankier Crena de Jongh dem Studienausschuß vorlegte. Es sah eine Herabsetzung der Zinsen der langfristigen Anleihen auf 4 1/2 Prozent vor, während die Tilgung gleichzeitig um fünf Jahre aufzuschieben war. Als Ausgleich für das Entgegenkommen der Gläubiger sollte ihnen das Deutsche Reich eine 4 1/2 prozentige, in 65 Jahren tilgbare Prämienanleihe aushändigen.¹⁵⁾

Die Frankfurter Zeitung stellte einen "Deutschen Plan" vor, nach dem ein Abwicklungstrust die unter dem Stillhalteabkommen laufenden Kredite in der Weise übernehmen sollte, daß den ausländischen Gläubigern vierprozentige, in 20 bis 25 Jahren zu tilgende Valutabonds mit Reichsgarantie ausgehändigt wurden. Der Umwandlung der Stillhalteschulden hatte eine Auslese guter und schlechter deutscher Titel voranzugehen, indem die Schuldner innerhalb eines halben Jahres 30 bis 40 Prozent ihrer Schulden an das Reich abführen mußten. Die auf diese Weise bei dem Abwicklungstrust anfallenden Mittel sollten zum einen für den Dienst der Valutabonds gebraucht werden, zum anderen für die Konsolidierung kurzfristiger Schulden der öffentlichen Körperschaften.¹⁶⁾

Sowohl das Schema de Jonghs als der Vorschlag Robert H. Brands aus dem Londoner Bankhaus Lazard Brothers, der der Stillhaltung zu einem freiwilligeren Charakter verhelfen wollte,¹⁷⁾ wie auch der sogenannte "Deutsche Plan" blieben beschränkt auf die Gespräche am grünen Tisch des Studienausschusses, wenngleich das letztgenannte Modell in seiner scharfen Trennung von Aufbringung und Transfer und in seiner Unterscheidung der Bonität einzelner Schuldner zwei Faktoren aufgriff, die die Überlegungen zu einer veränderten Form der Stillhaltung maßgeblich bestimmen sollten.

14) Kölnische Zeitung, Nr. 608, 6.11.1932

15) vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1927, 18.10.1932; Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 500, 24.10.1932; Stern, a.a.O., S. 223

16) Frankfurter Zeitung, Nr. 838, 21.10.1932; vgl. Berthold Schwartz, Zur Frage der Stillhaltung, In: Wirtschaftsdienst, Heft 44, 4.11.1932, S. 1475-77

17) Stern, a.a.O., S. 223

Die Wünsche eines Teils der Gläubiger richteten sich auf einen allmählichen Abbau des Aufbringungsschutzes bei Verlängerung des Transferschutzes in unveränderter Form. Hierdurch hoffte man, daß sich eine deutliche Unterscheidung zwischen guten und schlechten Schuldnern herausbilden würde. Kritik an diesem neuen System meldeten allerdings all jene Gläubiger an, deren Schuldner zur Aufbringung nicht in der Lage waren, und die sich also bei Inkrafttreten dieser Regelung hätten gezwungen sehen müssen, ihre Kredite abzuschreiben.

Den Nachteil bisheriger Stillhaltevorschriften, die schematische Gleichbehandlung aller Schuldner, auszugleichen, stieß auf deutscher Seite auf lebhaftes Echo: Eindeutig guten Adressen eröffnete sich damit wieder die Chance, notwendiges Auslandsgeld zu erhalten und aufnehmen zu können.¹⁸⁾

Während die Amerikaner daran interessiert waren, die Stillhaltung innerhalb des ursprünglichen Rahmens konsequent einem raschen Ende entgegenzuführen, waren es vor allem die eidgenössischen und dann auch die britischen Banken, die über eine Modifikation der Schweizer Klausel einen längerfristigen Evolutionsprozeß ins Auge faßten. Diese Konstellation erstaunt nicht, weil gerade Zürich und London positive Erfahrungen in der Stillhaltung gesammelt hatten. Im Gegensatz zu dem amerikanischen Konsolidierungsmodell, von dem seit Inkrafttreten des 1932er Abkommens fast gar kein Gebrauch gemacht worden war, konnte zwischen März und Oktober über die Schweizer Klausel eine Summe von etwa 80-90 Mill. RM ungesicherter, kurzfristiger Barkredite in langfristige Anlagen umgewandelt werden.¹⁹⁾ Zu der Verstimmung der US-Banken trug die Tatsache bei, daß ihre Kreditlinien voll ausgenutzt wurden, während die deutschen Schuldner das von anderen Ländern zur Verfügung gestellte Kreditvolumen nur teilweise in Anspruch nahmen. Die starken Schwankungen des Pfund Sterling gaben in Deutschland Veranlassung, das Pfund-Disagio auszunutzen, einem zukünftigen Valuta-Risiko entgegenzuwirken und folglich englische Verpflichtungen aus der Stillhaltung weitesmöglich abzudecken. Den Verzicht auf Londoner Stillhalte kredite kompensierten die deutschen Schuldner, indem sie die Kreditlinien amerikanischer Banken

17) vgl. Stern, a.a.O., S. 223

18) vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1927, 18.10.1932; Berliner Börsen-Courier, Nr. 524, 8.11.1932; Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 529, 10.11.1932; Frankfurter Zeitung, Nr. 874/75, 23.11.1932

19) Zu der Verteilung umgelagerter schweizerischer Stillhalte gelder vgl. Der Deutsche Volkswirt, 6. Jg., 2. Halbjahresband, Nr. 52, Beilage, 23.9.1932, S. 516

beanspruchten. Ihre Differenzen trugen die Schweiz und die Vereinigten Staaten mit solcher Entschiedenheit aus, daß offen über die Wahrscheinlichkeit einer Aufsplitterung der Gläubigergruppen spekuliert wurde.²⁰⁾

Die von New Yorker Häusern unmutig vorgetragene Forderung, eine gemeinsame Gläubigerfront könne und müsse die Reichsbank zu einer zügigeren Abwicklung und Kürzung der offenen Kreditlinien zwingen, beantworteten die europäischen Stillhaltebanken mit dem Gegenentwurf eines "sozusagen gemischten Programms",²¹⁾ das einer möglichst großen Zahl und Art von Konsolidierungsmöglichkeiten die Bahn frei machen sollte.

In seinem Mittelpunkt stand die Ausgestaltung der Sperrmark, die sich seit 1932 als ein Nebenprodukt der Stillhaltung allmählich im deutschen Wirtschaftsapparat zu etablieren begonnen hatte. Da die Summe von 6,3 Mrd. RM, die der Stillhaltung unterlag, weniger als die Hälfte aller kurzfristig nach Deutschland gewährten Kredite ausmachte,²²⁾ war es dringend erforderlich geworden, den möglichen Abzug dieses nicht-geschützten, kurzfristigen Kreditbestandes in anderer Weise zu verhindern. An währungspolitischer Stelle hatte man sich deshalb gezwungen gesehen, Devisenrestriktionen zu verhängen, damit ein unerwünschter Transfer dieser Gelder nicht die deutsche Währung gefährden konnte. Zu diesem Zweck war die sogenannte Sperrmark eingeführt worden: Der deutsche Schuldner erstattete einen geliehenen Betrag nicht mehr direkt in Dollar oder Sterling zurück, sondern zahlte ihn in Reichsmark auf ein eigens geschaffenes Konto bei der Reichsbank ein. Diese Sperrmarken konnten weder frei verkauft noch gegen Devisen getauscht werden. Hinter dieser Regelung stand die Idee, die "blocked accounts" dem Binnenmarkt zu erhalten; sie konnten nur für bestimmte Zwecke verwendet und gegen Devisen nur dann verkauft werden, wenn der Gläubiger bereit war, hohe Verluste hinzunehmen.²³⁾

In diesem Zusammenhang gab der Studienausschuß drei Fragen zu bedenken:

20) vgl. Financial Times, London, Nr. 13684, 29.11.1932

21) Berliner Tageblatt, Nr. 542, 15.11.1932

22) Dem Stillhaltebetrag von 6,3 Mrd. RM standen sonstige kurzfristige Kredite in Höhe von 6,8 Mrd. RM gegenüber. (vgl. Statistisches Jahrbuch 1934, S. 504)

23) vgl. zu dem Komplex der Devisenbewirtschaftung Charles R. S. Harris, Germany's Foreign Indebtedness, London 1935, S. 19-39; Walter Gerteis, Die Währungs- und Kreditpolitik Deutschlands, Frühjahr 1930 bis Frühjahr 1932, Würzburg 1934, bes. S. 61 f., wo der Autor auf den Zusammenhang zwischen Devisenbewirtschaftung und Stillhaltung eingeht. Außerdem Goronwy Rees, The Great Slump. Capitalism in Crisis, 1929 - 33, London 1970, bes. S. 146

- Ein wie weitgehendes Recht besaß der Gläubiger, eine Rückzahlung seiner Kredite in Reichsmark zu verlangen?
- Wie ordnete sich die wachsende Bedeutung der Sperrmarkkonten ein in das deutsche System von Währungsschutz und Devisenpolitik?
- Wo bestanden die geeignetsten Möglichkeiten zur Wiederanlage umgeschuldeter Beträge?

Den ausländischen Stillhaltegläubigern sollte ein über den bisherigen Geltungsbereich der Schweizer Klausel hinausgehendes Recht auf die ratenweise Rückforderung in Reichsmark eingeräumt werden, so weit dies die Liquiditätslage des deutschen Schuldners gestattete. Auf Grund der Wahrscheinlichkeit, daß die Stillhaltegläubiger in erster Linie Markrückzahlungen von denjenigen deutschen Schuldnern verlangten, an deren Bonität sie Zweifel hegten, demgegenüber aber den Valutaanspruch bei zweifelsfrei solventen Schuldnern aufrechterhielten, forderten Schlieper und Jeidels vor dem Londoner Studienausschuß, neben dem Anspruch der Gläubiger auf Markrückforderung ein äquivalentes Recht der Schuldner auf Markrückzahlung zu formulieren.

Der Furcht vor einer uneingeschränkten Auswahl durch die Gläubiger und somit vor einer neuerlichen Erschütterung der deutschen Kreditlage trug das Ende November in London vorgelegte Dokument Rechnung, indem es die Kreditrückzahlungen in RM "gewissen Beschränkungen" unterwarf.²⁴⁾

Die Bankenvertreter aus den Vereinigten Staaten entschlossen sich zu der Vorlage eines separaten Memorandums, in das sie diejenigen Themen aufnahmen, für die sie eine geänderte Regelung wünschten oder bei deren Interpretation sie von der Mehrheitsmeinung ihrer Gläubigerpartner abwichen.

Sie forderten eine weitere zehnprozentige Reduktion der kurzfristigen Kreditlinien, die am Stichtag des 8. Oktober 1931 den deutschen Schuldnern zur Verfügung gestanden hatten. Als Reaktion auf die - in den Augen der New Yorker Banken unerwünschte - Praxis deutscher Schuldner, ihre in Pfund Sterling gewährten Kredite zurückzuerstatten und gleichzeitig die fehlende Summe durch Inanspruchnahme von Dollars auszugleichen, schlug das US-Subcommittee vor, neben der Kürzung nicht beanspruchter Linien eine Vorzugszahlung in Devisen an solche Gläubiger einzuführen, deren Kreditvolumen nicht kürzbar, da voll ausgelastet waren. Diese auf den

24) vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 568, 30.11.1932; Frankfurter Zeitung, Nr. 911, 6.12.1932

amerikanischen Fall maßgeschneiderte Klausel war dazu gedacht, die Attraktivität der Dollar-Kreditlinien zu mindern.

In der Frage der Sperrmark, gegen deren erweiterte Verwendung Gannon und Grant, die amerikanischen Vertreter im Londoner Studienausschuß, grundsätzlichen Einspruch erhoben, wurden nun weitergehende Vorkehrungen zum Schutz der Gläubiger gefordert. Was sollte mit einem Gläubiger passieren, dessen Schuldner in Konkursnähe getrieben wurde, da ein ausländischer Dritter Kreditrückzahlungen in Sperrmark fordert? Das in dieser Frage leitende Motiv lag offen zutage: Die US-Banken besaßen keinerlei Interesse an "blocked marks" und befürchteten, ins Hintertreffen zu geraten, wenn die europäischen Stillhaltegläubiger allein das Sperrmark-Geschäft pflegten. Nach amerikanischen Vorstellungen sollte kein deutscher Schuldner irgendwelche Zahlungsaufforderungen, die in Sperrmark lauteten, akzeptieren, bis eine Überprüfung durch die Reichsbank und das deutsche Stillhaltekomitee ergeben hatte, daß eine Erfüllung seinen anderen ausländischen Gläubigern nicht schadete.

Außerdem beabsichtigten die amerikanischen Stillhaltevertreter, der Golddiskontbank eine zusätzliche, mindestens zehn Prozent betragende Garantie für die am 8. Oktober 1931 ausstehende Kreditlinie abzuverlangen.²⁵⁾

Daß sich die New Yorker Häuser eindeutig für eine Fortführung des traditionellen Stillhalteschemas und gegen die Alternative eines Konsolidierungsmodells entschieden und daß sie darüber hinaus eine Verlängerung des Kreditabkommens an die Zusage weiterer Zahlungen aus Deutschland knüpften, löste in Berliner Bankkreisen Enttäuschung aus. Zwar trafen sich beide Seiten in dem generellen Urteil, daß die bisherige Regelung zufriedenstellend funktioniert habe, doch dämpfte Jeidels, sowohl Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees als auch Gesprächsteilnehmer im Londoner Studienausschuß, alle Erwartungen auf ein weiterhin zügig fortzusetzendes Reduktionstempo.²⁶⁾

25) FED, Committee on German Foreign Credit, 1931-1932 und Minutes of Meetings of Senior Committee, Nr. C 261.12 A: Memorandum des American Subcommittee an Wiggin/amerikanisches Stillhaltekomitee, 2.12.1932; als Anlage Telegramm American Subcommittee an Holland Martin/London, 3.12.1932

26) vgl. NA RecGr 59, 862.3537: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 20.12.1932

Die noch offenstehenden Kreditlinien ließen nur einen Dispositionsspielraum von 500 Mill. RM. Dieser sei erforderlich, um den durch einen Notfall entstehenden oder saisonbedingten Forderungen nachkommen zu können. Er erlaube keine weiteren Rückzahlungen, wie die Amerikaner sie wünschten.

Die Entscheidung der Franzosen, ihre am 15. Dezember fällige Rate der Kriegsschulden nicht nach Washington zu überweisen, hatte ein Schlaglicht auf die Situation internationaler Ungewißheit und Ratlosigkeit, nationaler Schwäche und Aktionsunfähigkeit geworfen. In den Vereinigten Staaten herrschte ein initiativloses Verharren zwischen Wahl und Amtsantritt des neuen Präsidenten.²⁷⁾ In Frankreich stürzte die Regierung Herriot.

Die weniger gemäßigten Organe innerhalb der deutschen Presse nahmen diese Stimmung auf, um neben allen Einwänden im Detail eine Bereinigung der deutschen Kreditlage im Grundsätzlichen zu verlangen. Vor amerikanischen Korrespondenten entwickelte Hugenberg seine Idee, Deutschland solle seine Stillhalteschulden nur bis zu dem Betrag zurückerstatten, den es durch seinen Export erwirtschaftete. So stimmig auch die Analyse war, daß die Möglichkeit, Kredite abzutragen, die Möglichkeit bedingte, Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen, lief der Vorschlag auf einen flagranten Vertragsbruch hinaus.²⁸⁾

Warum sollten die Deutschen Schuldner nicht "à la française auf den Tisch schlagen"?²⁹⁾ Warum sollten sie einem Vergleich zustimmen, der "verzweifelt viel Ähnlichkeit mit der Liquidierung einer Konkursmasse" aufwies und im Grunde verdiente, ein "Schuldeneintreibungsverfahren" genannt zu werden?³⁰⁾

27) vgl. WBr, PresPap, FinCorr, 1012: Memorandum Joseph M. Flint/Morgyn, Paris an Stimson, 21.1.1933

28) vgl. RecGr 59, 862.51/3538: Telegramm Sackett/Berlin über Rede Hubengers, 22.12.1932; RecGr 59, 862.51/3539: Telegramm Feis an Stimson, Castle, Bundy, 27.12.1932 über die Klarstellung der Deutschen Botschaft, Hugenbergs weithin publizierte Bemerkungen seien "entirely of a personal and private character".

29) Argentarius, Stillhalte-Gläubiger und Schuldner, = Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn, In: Die Bank, 25. Jg., Bd. 50, Heft 51/52, 24.12.1932, S. 1820-23

30) Deutsche Berkwerks-Zeitung, Nr. 289, 9.12.1932

X.

DAS DEUTSCHE KREDITABKOMMEN 1933

1. Wirtschaftliche Konstanten und Trends im Vorfeld der Verhandlungen

"Wenn also die Ansicht der Pessimisten und Überpessimisten zuträfe, wonach Deutschland sich nach wie vor 'am Rande des Abgrunds' befindet, so wäre dem entgegenzuhalten, daß wir uns allmählich an diesen neben uns gähnenden Abgrund bis zur Schwindelfreiheit gewöhnt und uns sozusagen an seinem Rande häuslich niedergelassen haben," veranschaulichte eine "Stillhalte-Denkschrift" des RDI die Bewußtseinslage der deutschen Wirtschaft.¹⁾

- Die Indexzahlen für die Produktion einer Reihe wichtiger Industrien stiegen 1932 zwischen August und November von ihrem Tiefpunkt von 52 auf 63 (auf der Basis von 1928 = 100).
- Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von Dezember 1931 bis Dezember 1932 um lediglich etwa 100.000 Personen.²⁾
- Während im ersten Quartal 1932 Konkursverfahren in 3194 Fällen eingeleitet wurden, sank ihre Häufigkeit im letzten Quartal auf 1429.
- Auf dem heimischen Geldmarkt setzte eine Phase der Entspannung ein: Die Reichsbank senkte schrittweise ihren Diskontsatz von (Anfang Dezember 1931) 8 Prozent auf (Dezember 1932) 4 Prozent.³⁾
- Das Gesamtvolumen kurz- und langfristiger Schulden war in dem Zeitraum Ende 1930 bis September 1932 um rund 4 Mrd. RM abgebaut worden.

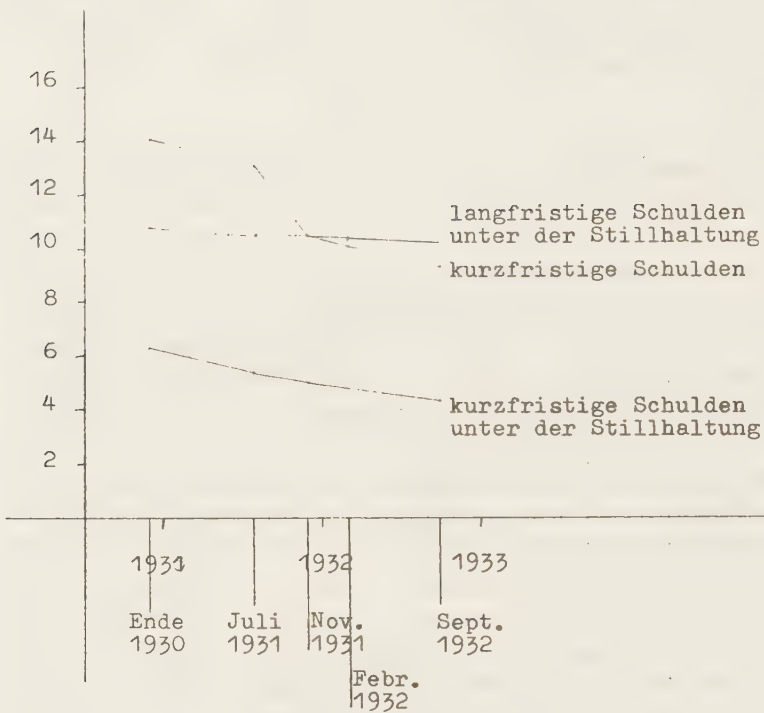
1) NL Kastl, Bd. 28: "Stillhalte-Denkschrift", (ohne Datum, abgezeichnet 25.1.1933)

2) Zahlen nach Statistischem Jahrbuch 1932, 1933, jeweils S. 291

3) Zahlen nach FED, Report of the Foreign Creditors' Standstill Committee, 17.2.1933; vgl. auch FED, Memorandum (vermutlich Reichsbank), 28.1.1933

in Mrd. RM

langfristige Schulden



Die Graphik⁴⁾ erlaubt drei Aussagen:

1. Die durch das Stillhalteabkommen abgedeckten Kredite machten weniger als die Hälfte (= 44,32 %) der kurzfristigen Gesamtschuld aus. (Dieser niedrige Wert erklärt sich zum Teil aus der Definitionspraxis der Reichsbank, alle Kredite mit einer Laufzeit von maximal einem Jahr als "kurzfristig" zu klassifizieren.)
2. Die durch das Stillhalteabkommen nicht abgedeckten Kredite wurden proportional genauso schnell zurückgezahlt wie die reinen Stillhalte-kredite.

4) Zahlen nach NA RecGr 59, 862.51/3537: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 20.12.1932; vgl. FED, Statistics, Reports, Correspondence etc. re German Standstill Agreements, 1931-32-33: Anmeldestelle für Auslandsschulden: "The Development of Germany's Foreign Indebtedness", 15.2.1933

3. Die langfristigen Schulden wurden netto nur um rund 650 Mill. RM abgebaut. Hierbei war jedoch ein Zuwachs zu berücksichtigen, der durch die Konvertierung von 150 Mill. RM ehemals kurzfristig gewährter Kredite entstand.

Zwar hatte der Londoner Studiausschuß sehr rasch Abschied genommen von seiner Idee, die deutsche Kreditfrage endgültig zu regeln, und bestand weithin Einsicht darin, den "Gipsverband" der Stillhaltung⁵⁾ noch nicht abnehmen zu können, doch erlahmte das Interesse großer Gläubigergruppen an der Verlängerung des Abkommens. Bei dem Entwurf im Juli 1931 hatte es sich für die Gläubiger darum gehandelt, die Fiktion der Kurzfristigkeit ihrer deutschen Kredite vollständig aufrechtzuerhalten, daß sie nicht die Gefahr einer Ablehnung der Wechsel durch ihre Diskontmärkte liefen. Demgegenüber bildeten die kurzfristigen Schulden an der Jahreswende 1932/33 keine Belastung der labilen Diskontmärkte mehr, weil die Akzepthäuser entweder langsam ihre Akzpte aufgenommen hatten oder mit Hilfe der Notenbanken Aufnahmesyndikate geschaffen worden waren. Die deutschen Kredite stellten mittlerweile für die ausländischen Banken eine bereits verdaute Kassensituation dar.⁶⁾

Wenngleich nicht bereinigt, so hatte die deutsche Kreditkrise auf jeden Fall so viel von ihrer lebensgefährlichen Bedrohlichkeit verloren, daß sich die Gläubiger in verstärktem Maße auf ihre heimischen Wirtschaften rückorientierten - eine Entwicklung, die sich in der Formulierung stark divergierender Forderungen gegenüber Deutschland und dem prononcierten Vordringen nationaler Belange widerspiegelte.

In der Wilhelmstraße glaubte man, aus den Vereinigten Staaten jene "weithallende Stimme" zu vernehmen, die die "vollkommene Insularität" und "die Abschnürung des amerikanischen Markts von der übrigen Welt" verkündete.⁷⁾

In der Tat blockierten Restriktionen, Zollerhöhungen, Quotensetzung, Clearingabkommen und Währungsabwertung⁸⁾ den internationalen Handelsverkehr, auf dessen Erträge gerade die deutsche Wirtschaft stark angewiesen

5) NL Kastl, Bd. 28: "Stillhalte-Denkschrift", (ohne Datum, abgezeichnet 25.1.1933)

6) vgl. NL Kastl, Bd. 27: Schreiben Schlieper an Kastl, 5.1.1933

7) Abt. III, Bd. 19: Schreiben Südekum an Dieckhoff, 15.2.1933

8) vgl. dazu die tabellarischen Übersichten bei Otto Veit, Protektionismus am Gipfel? Die Knebelung der Weltwirtschaft im Jahre 1932, In: Der deutsche Volkswirt, 7. Jg., 1. Halbjahresband Nr. 12/13, 23.12.1932, S. 371-77

war. Ihre Exporte sackten von (1931) 9.599 Mill. RM auf (1932) 5.739 Mill. RM ab. Die Differenz konnte nur aufgefangen werden durch eine scharfe Drosselung auf der Importseite, die es ermöglichte, die Handelsbilanz immerhin noch mit einem Plus von 1.080 Mill. RM (1931: 2.967 Mill. RM) abzuschließen. Dieses relativ gute Ergebnis darf jedoch nicht davon ablenken, daß Deutschlands Außenhandel schneller als der Welthandel insgesamt zurückfiel: Der Wertverlust betrug im Falle Deutschlands 37,2 Prozent, im Falle von 48 Vergleichsstaaten durchschnittlich 33,8 Prozent. Eine Vergünstigung erwuchs Deutschland nur aus den verbesserten terms of trade, aus der Preisschere also zwischen eingeführten Rohstoffen (gegenüber 1931 um 25 Prozent niedriger) und ausgeführten Fertigwaren (gegenüber 1931 um 12 Prozent niedriger).⁹⁾

Die Schrumpfung des internationalen Handels machte mithin eine Fortführung der Stillhaltung nicht nur wünschenswert, sondern unverzichtbar. Die Aus handlung eines neuen Kreditabkommens bildete das vordringlichste Desideratum des Berliner Bankenkomitees. Scheiterte seine Verwirklichung, verlor die deutsche Wirtschaft die vom Ausland gewährten Kredite, für die bisher die sinnvolle Aussicht auf Konsolidierung und Umlagerung, bzw. die Konzession einer teilweisen Abzahlung in Reichsmark bestanden hatte.¹⁰⁾

Der ausländische Gläubiger gewann dann das Recht zurück, über Pfänder und Bürgschaften zu verfügen und deutsches Eigentum im Ausland zu beschlagnahmen, alle unbenutzten Kreditlinien zu streichen und die Zins- und Provisionsätze wieder autonom festzusetzen.

"Auflockerung" stand als Gebot über den Verhandlungen, die Albert H. Wiggin am 30. Januar in Berlin über die Verlängerung des am 28. Februar 1933 auslaufenden "Deutschen Kreditabkommens" eröffnete. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland waren noch nicht reif für eine endgültige Regelung, d.h. für eine Rückkehr zum freien Kapitalverkehr mit dem Ausland, denn Bonität und Kreditfähigkeit mancher Schuldner hatten bisher nicht wiederhergestellt werden können. Und sie waren es auch nicht im Ausland, wo Notenbanken und Regierungen nicht zu einer gesamten, konstruktiven Lösung aller internationalen kurzfristigen Schuldverhältnisse bereit waren.

9) Zahlen nach FED, Report of the Foreign Creditors' Standstill Committee, 17.2.1933

10) Zu dem Zusammenhang von Reichsmarkrückzahlungen und Handelsmöglichkeiten vgl. die Kritik bei Argentarius, Stillhalte-Gläubiger und Schuldner, = Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn, In: Die Bank, 25. Jg., Bd. 50, Heft 51/52, 24.12.1932, S. 1820-23

Das der Stillhaltung unterliegende Kreditvolumen von inzwischen weniger als 4 Mrd. RM zerfiel in etwa 4500 Schuldverhältnisse zwischen 250 Gläubigern und 1500 Schuldnern.¹¹⁾ Es handelte sich also nicht mehr um eine unübersehbare Masse einzelner Kreditverhältnisse, so daß die geplante Umschuldung als eine lösbare Aufgabe erschien. Um den vom Londoner Studienausschuß vorgeschlagenen Ausbau der Schweizer Klausel zu forcieren, stellten die Bankenkomitees einen Plan auf, der ein Moment höherer Flexibilität einführte und ihnen breiteren Entscheidungsspielraum ließ: Abruf von Stillhaltetekrediten und Anlage von Kapital sollten nicht mehr Zug um Zug erfolgen müssen. Die neue Kapitalanlage sollte nicht mehr über einen längeren Zeitraum hinweg starr und unveränderlich bleiben. Den Gläubigern sollte eine vielfältigere Auswahl von Verwendungsmöglichkeiten für ihre abgerufenen Stillhaltetekredite angeboten werden.

Trotz aller Harmonie in diesem Punkt erwartete keiner der Teilnehmer einen reibungslosen Verhandlungablauf und -abschluß, weil die Vertreter der Vereinigten Staaten mit ihrer Forderung nach einer erneuten Abschlagszahlung und einer Erweiterung der Golddiskontbank-Garantie¹²⁾ ebenso kontroversen Diskussionsstoff lieferten wie die Vertreter Deutschlands mit ihrer These, die auf Stillhaltetekredite erhobenen Zinsen von fünf Prozent müßten gesenkt werden. Das deutsche Konferenzverhalten war, seitdem Hugenberg und Hitler dem Kabinett angehörten, Gegenstand internationaler Spekulation. Selbst Schlieper, Vorstandsmitglied der Dedi-Bank und Delegierter im Bankenkomitee, war auf Mutmaßungen angewiesen, zumal viele seiner Gesprächspartner auf Regierungsseite ihrer Ämter enthoben worden und ihre Nachfolger mit der Situation "überhaupt nicht vertraut" waren.¹³⁾

11) Zahlen nach Georg Katona, Die Stillhalte-Konferenz, In: Der deutsche Volkswirt, 7. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 18, 3.2.1933, S. 566-68

12) s.o., S. 85

13) NA RecGr 59, 862.51/3567: Telegramm Sackett/Berlin über ein Gespräch mit Schlieper bei Beginn der Stillhalteverhandlungen, 6.2.1933; vgl. auch RecGr 59, 862.51/3538: Telegramm Sackett/Berlin an Stimson, 22.12.1932

2. Bestimmungen¹⁴⁾

a. Laufzeit und Umfang

Der Vertrag sah eine einjährige Laufzeit vor, die nur dann von den Gläubigern vorzeitig beendet werden durfte, wenn Deutschland den Grundsatz der Gleichbehandlung, der "non-discrimination", verletzte oder von sich aus ein Moratorium verhängte. Zeitweilig erwog das Reichswirtschaftsministerium, ein einseitiges, deutsches Kündigungsrecht einzufordern, von dem es sich aber auf Anraten des RDI rasch distanzierte. Der Verband lehnte jede "autonome, radikale Lösung" - sei es Kündigung, Moratorium oder Teilmoratorium - ab, da sie in allen Fällen ein Ende der Stillhaltung bedeuten würden.¹⁵⁾ Das Kreditabkommen deckte einen Betrag von rund 3,8 Mrd. RM zuzüglich weiterer 31 Mill. RM, die sich aus fälligen Raten solcher Kredite ergaben, die bereits früheren Stillhalteabkommen unterstellt gewesen waren. Während der Gültigkeitsdauer des 1932er Vertrages (1. März 1932 - 29. Februar 1933) hatten die deutschen Banken ihre Schulden um 600 Mill. RM abgebaut. Etwa

14) "Deutsches Kreditabkommen 1933", Berlin, 17.2.1933; FED, "Report of the Foreign Creditors' Committee", 17.2.1933; in deutscher Übersetzung vgl. Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 84, 18.2.1933; vgl. Vossische Zeitung, Nr. 84, 18.2.1933; Georg Katona, Deutsches Kreditabkommen vom 1933, In: Der deutsche Volkswirt, 7. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 21, 24.2.1933, S. 666-70; ders., Die Stillhalte-Konferenz, In: ebd., Nr. 18, 3.2.1933, S. 566-68; ders., Das nächste Stillhalteabkommen, In: ebd., Nr. 8, 25.11.1932, S. 228-31; H.A. Simon, Das Stillhalteabkommen von 1933, In: Bank-Archiv, 32. Jg., Nr. 11, 1.3.1933, S. 211-16, Nr. 12, 15.3.1933, S. 238-44, Nr. 13, 8.4.1933, S. 252-61; Dr. Via., Deutsches Kreditabkommen 1933, In: Deutscher Oekonomist, Nr. 2454, 24.2.1933, S. 244-46; The Standstill Agreement, In: Economist, Nr. 4670, 25.2.1933; Die Stillhaltungs-Konferenz, In: Die Bank, 26. Jg., Bd. 51, Heft 5, 1.2.1933, S. 157/58; Neuer Abbau der Stillhalteschulden, In: ebd., Heft 8, 22.2.1933, S. 259; Berthold Schwartz, Weg der Stillhaltung, In: Wirtschaftsdienst, 17. Jg., Nr. 49, 9.12.1932, S. 1643-47; W. Friedheim, Der Sinn der Stillhaltung, In: Währung und Wirtschaft, Bd. 2, Nr. 2, Febr.1933, S. 21-23; Wilhelm Mautner, Zur Weiterbildung des Stillhalteabkommens, In: Wirtschaftsdienst, 18. Jg., Nr. 8, 24.2.1933, S. 246-48

15) NL Kastl, Bd. 28: Schreiben Kastl an Hugenberg, 13.2.1933

420 Mill. RM waren auf die zehnprozentige Kürzung der Kreditlinien entfallen, etwa 50 Mill. RM waren bar transferiert worden, etwa 80 Mill. RM hatte die Golddiskontbank zurückgezahlt, und etwa 100 Mill. RM waren über die Schweizer Klausel konsolidiert und damit als Stillhalteschuld eliminiert worden.¹⁶⁾

b. Kürzung der Kreditlinien

Die beschlossene Reduktion um weitere fünf Prozent stellte einen für Deutschland annehmbaren Kompromiß dar, nachdem die Gläubiger ursprünglich mit einer Zehn-Prozent-Forderung in die Konferenz gegangen waren. Dem Gläubigerwunsch zu folgen, hätte einen Bartransfer von mehreren Millionen RM bedeutet, weil eine Streichung offener Kreditlinien allein nicht ausgereicht hätte, um den Ansprüchen gerecht zu werden. Eine fünfprozentige Kürzung hingegen stellte keine untragbare Belastung dar: Durch die Verminderung des deutschen Außenhandels und durch die zurückhaltende Inanspruchnahme von Pfundkrediten standen ohnehin zu Jahresbeginn 1932 Kreditlinien von 378 Mill. RM unbenutzt aus.

Während bei sofortiger Wirksamkeit dieser Klausel zur Kürzung der Kreditlinien um fünf Prozent neben der bereits möglichen Streichung offener Linien die Reichsbank rund 40 Mill. RM in Devisen hätte zur Verfügung stellen müssen, hielt das Abkommen eine Schonfrist bereit: Bis zum 1. September 1933 durfte die Reduktion ausschließlich durch Streichung unbenutzter Linien erfolgen. Es stand zu erwarten, daß sich der Betrag von 40 Mill. innerhalb dieses halben Jahres durch den Prozeß der Umschuldung um etwa die Hälfte vermindert hätte. Die in Berlin versammelten Stillhaltekomitees richteten an alle beteiligten Auslandsbanken die Empfehlung, in Zukunft Kreditfacilitäten zur Finanzierung von deutscher Ein- und Ausfuhr außerhalb des Stillhaltesystems zu eröffnen.

16) Die Zahlenangaben weisen eine erhebliche Schwankungsbreite auf. Da den nationalen Stillhaltekomitees keine exakten Berechnungen vorlagen, waren sie auf geschätzte Annäherungswerte angewiesen. Allein für die unter der Schweizer Klausel konsolidierten Beträge wurden Summen von 80, 90, und 100 Mill. genannt.

c. Schweizer Klausel

Quantitativ und qualitativ bildete die neuarrangierte Schweizer Klausel das Herzstück des "Deutschen Kreditabkommens 1933". Hatten die Verfasser des alten Vertrages nur 35 Zeilen benötigt, um die Möglichkeiten zur Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige Anlagen zu beschreiben, legten sie die erweiterten Vorschriften nun in 565 Zeilen dar.¹⁷⁾ Die Klausel 10, die unter der Überschrift "Rückzahlung in Reichsmark" lief, gliederte sich in drei, sinngemäß auseinander folgende Abschnitte: 1. Abruf der Mark beim Schuldner, 2. Schaffung von "registered accounts", 3. Anlage der Registerguthaben.

1. Abruf der Mark beim Schuldner

Der Gläubiger besaß das Recht, Rückzahlungen in Reichsmark zu verlangen, die je nach Schuldner und Schuldenart prozentual gestaffelt waren.

17) Der Nutzen dieser Klausel 10 war umstritten. Befürwortende Plädoyers enthielten die Beiträge: Hans Dernburg, Zur Konsolidierung der Kurzfristigen Auslandsverschuldung. Ein Vorschlag, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2441, 18.11.1932, S. 1126-28; Die Stillhalteschulden. Abzahlung oder Ablösungsbonds?, In: ebd., Nr. 2443, 2.12.1932, S. 1591-95; Dr. Via., Was wird aus der Stillhaltung?, In: ebd. Nr. 2438, 28.10.1932, S. 1437. Die Kritiker nahmen Anstoß an der Praxis des Umlagerns, durch die nur ein Schuldner durch einen anderen ersetzt werde. "... es kommt darauf an, daß die Schuldner eine absolute Schonfrist bis zu dem Moment erhalten, an dem die Börsen wieder voll funktionsfähig und imstande sein werden, die ... Schulden auch formell zu konsolidieren, d.h. sie in Aktien und Obligationen umzuwandeln." So etwa bei Alfred Lansburgh, Stillhalten oder Umlagern? In: Die Bank, 25. Jg., Bd. 50, Heft 44, 2.11.1932, S. 1528-33, Zitat S. 1530; Die Erneuerung des Stillhalte-Abkommens, In: ebd., Heft 48, 30.11.1932, S. 1698

Rückzahlungs- Anspruch innerhalb eines Jahres	Höchstsatz		Kündigungs- frist
	v. geschulde- tem Betrag	v. Gesamt- forderung des Gläu- bigers	
von Banken			
- ungesicherte Barvorschüsse	50 %	50 %	14 Tage
- gesicherte Barvorschüsse	50 %	50 %	1 Monat
- Akzeptkredite	30 %	20 %	1 Monat
von sonstigen Schuldnern			
- ungesicherte Barvorschüsse	30 %	30 %	3 Monate
- gesicherte Barvorschüsse	20 %	15 %	3 Monate
- Akzeptkredite	15 %	10 %	3 Monate

(Quelle: Georg Katona, Deutsches Kreditabkommen von 1933, a.a.O., S. 668)

Bewußt wurde der Industrie ein Vorteil gegenüber den Banken eingeräumt, um die Schwierigkeiten zu mildern, die aus ungenügender Kreditversorgung für die Produktion hätten entstehen könne. Die Rückzahlungsquoten notierten bei Direktkrediten an Industrie- und Handelsunternehmen niedriger als bei Krediten an Banken. Entsprechend genossen Akzeptkredite als die erwünschteste Form der Auslandsverschuldung eine Präferenz gegenüber den Barvorschüssen: Durch die Quotensetzung sollte der Bestand an Akzeptkrediten geschont und langsamer abgebaut werden.

Der unterschiedlichen Bonität deutscher Schuldner wurde dadurch Rechnung getragen, daß der Gläubiger das Recht erhielt, seine Kredite an einen ihm nicht genehmen Geschäftspartner prozentual stärker zu vermindern als den Gesamtumfang seiner deutschen Kredite. Von dieser Regelung profitierte der kreditwürdige deutsche Schuldner, weil der Gläubiger während der Laufzeit eines Abkommens nur bis zu 20 Prozent aller seiner Forderungen abrufen durfte. Ein Beispiel: Eine New Yorker Bank gewährte zwei deutschen Häusern A und B für je 10.000 Dollar Akzeptkredite. Forderten die Amerikaner nun im

Laufe des Stillhaltejahres von A eine Rückzahlung in Höhe von insgesamt 3000 Dollar, so konnten sie von B in demselben Zeitraum lediglich 1000 Dollar zurückverlangen. Der Grund: Ihr gesamtes Abrufungsrecht erstreckte sich ja auf 20 Prozent (= 4000 Dollar) ihrer Gesamtforderung (= 10.000 Dollar).

Sah sich der deutsche Schuldner nicht in der Lage, der Aufforderung zur Markrückzahlung nachzukommen, konnte er zunächst um einen um zwei Monate verzögerten Termin bitten; bei anhaltender Zahlungsunfähigkeit mußte er dann seine Bilanz offenlegen.

2. Schaffung von "registered accounts"

In einer neu ins Leben gerufenen Treuhandgesellschaft unter der Verwaltung der Reichsbank flossen die zurückgezahlten Stillhaltegelder zusammen und wurden "registriert".

Die unverzinslichen Registerguthaben konnten mit Zustimmung der Reichsbank von einem Stillhaltegläubiger auf einen anderen übertragen werden. Der "registrierte Kontoinhaber" erlangte die freie Verfügungsgewalt über das Guthaben nach Ablauf von fünf Jahren; mit ihrem Wunsch, die Sperrfrist auf drei Jahre zu beschränken, hatten sich die ausländischen Bankenkomitees in Berlin nicht durchsetzen können. Die deutschen Delegierten betrachteten eine Anlageperiode von mindestens fünf Jahren als unverzichtbar, weil es Sinn und Zweck jeder Konsolidierung sei, den Termin des Transfers so weit wie möglich hinauszuschieben. Eine zunächst allgemeine Übertragbarkeit von Registerguthaben wehrten sie aus Furcht vor den "großen Unzuträglichkeiten" ab, die entstünden, "wenn man an einer Einrichtung, die durch und für das Stillhalteabkommen geschaffen ist, eine nicht vorhersehbare Zahl von Firmen, welche mit der deutschen kurzfristigen Verschuldung in keinem Zusammenhang stehen, teilnehmen läßt."¹⁸⁾

18) NLKastl, Bd. 26: Schreiben Schlieper an Kastl, "Bemerkungen zu den Suggestions des Study Committee", 30.11.1932

War die Reichsbank der Ansicht, daß die Registerguthaben einen zu hohen Konzentrationsgrad erreicht hatten, stand es in ihrem Ermessen, einen beliebigen Inhaber eines als zu groß empfundenen Kontos zur Anlage seines Barguthabens in Deutschland auszuwählen. Sofern der Adressat nicht nachweisen konnte, jene Geldmittel für eine bestimmte, innerhalb eines Monats fällige Anlageart reserviert zu haben, mußte er dieser Aufforderung folgen. Mit dieser Klausel hoffte man, eine unerwünschte Strukturverschiebung in der deutschen Kreditversorgung zu vermeiden.

3. Anlage der Registerguthaben

In Anlehnung an die bisherige Schweizer Klausel durften die Registerguthaben in Wertpapieren, Hypotheken und Darlehen investiert werden.¹⁹⁾ Eine grundsätzlich neue Verwendung fanden diese Mittel, indem sie ausländischen Touristen für Reisezwecke innerhalb Deutschlands zur Verfügung gestellt wurden. Von dieser Regelung, unter der pro Person monatlich 3000 RM in der Form von Reiseschecks, Kreditbriefen etc. freizugeben waren, versprachen sich die Stillhaltegläubiger einen "sehr beträchtlichen" Verbrauch von Registermark. Dem Plan, einen großen Teil der Stillhalte kredite in eine langfristige Anleihe des Deutschen Reiches zu konvertieren, räumte das Abkommen trotz vorangegangener ausführlicher Diskussionen wenig Platz ein: Angesichts des niedrigen Kurses der deutschen Reichsanleihen im Ausland rechnete niemand mit einem erfolgreichen Abschluß einer derartigen Transaktion.

Die neue Rückzahlungsmöglichkeit über die Registermark erwies sich als die erfolgreichste Methode zum Abbau von Stillhaltegeldern. Durch die Klausel 10 wurden bis Ende 1935 knapp 60 Prozent aller Reduktionen durchgeführt.

19) vgl. Dr. H.L., Zur Frage der Anlage von Registermark, In: Der Deutsche Oekonomist, Nr. 2461, 14.4.1933, S. 475/76; Dr. Via., Sperrmark-Mobilisierung, In: ebd., Nr. 2467, 26.5.1933, S. 672/73

Beträge und Methoden in der Regelung der Stillhalterkredite (in Mill.Dollar¹⁾)

Methoden	1 bis 29.02.1932	2 01.03.1932 -28.02.1933	3 01.03.1933 -28.02.1934	4 01.03.1934 -28.02.1935	5 01.03.1935 -31.12.1935	insgesamt
Kündigung (Klausel 4)	39,5	---	20,0	---	9,5	69
Preferential Rights (Klausel 4)	---	4,3	2,6	---	---	6,9
Umschuldung ("Schweizer" Klausel) Rückzahlung in Registernmark (Klausel 10, 1933 ff.)	---	1,0	0,4	---	---	1,4
Golddiskontbankgarantie (Klausel 23)	---	5,2 ²	5,2	2,4	1,4	14,2
Zahlungen der Gold- diskontbank (Klausel 13)	---	0,8	1,1	1,2	1,0	4,1
Verringerung aus anderen Gründen (hpts. Verkauf von Krediten an ausl.Banken)	---	---	13,3	15,1	---	28,7
Zunahmen	39,5	11,3	132,9	84,4	35,5	303,6
a) Neuzugänge	---	8,6	11,6	6,4	---	32,9
b) andere Gründe	---	6,1	---	---	0,2	---
	39,5	+3,4	121,3	78,0	35,3	270,7

1) Wechselkurs Dollar: 2) bezahlt in Devisen

(1) RM 4,198
(2)/(3) RM 4,213
(4) RM 2,510
(5) RM 2,478

(Quelle: FED, Supplementary Report, Nr. C 261. 12 A:
Experience of American Banks in Connection
With Acceptance Credits Subject to
Standstill Agreements, July 1931- Dec. 1935)

d. Zinsen

Die Zinssenkungsfrage ging auf eine deutsche Forderung zurück. Umfaßte der im Juli 1931 festgesetzte Zinssatz von 8 Prozent noch einen enormen Risikozuschlag, hatte er sich bis zum Sommer 1932 auf ein Niveau von 5 Prozent eingependelt. Die Reichsregierung und auch das deutsche Stillhaltekomitee hielten eine weitere Entlastung auf diesem Gebiet für durchaus vertretbar angesichts der Flüssigkeit der ausländischen Geldmärkte und angesichts des gesicherten Charakters der deutschen Stillhalte Kredite.²⁰⁾ Die Gläubiger trugen diesen Argumenten Rechnung, indem sie die Zinsen um bis zu einem vollen Prozentpunkt senkten und außerdem vereinbarten, daß auch für kurzfristige Auslandskredite außerhalb des "Deutschen Kreditabkommens" keine höheren Zinsen transferiert wurden. Erst diese einstimmig verabschiedete, analoge Anwendung der Stillhaltesätze ermöglichte eine fühlbare Ersparnis: Während sich die jährlichen Devisenerfordernisse für den Zinsendienst im Februar 1932 auf etwa 303 Mill. RM beliefen, betrugen sie unter dem neuen Abkommen 213 Mill. RM. Nach "sorgfältiger und verständnisvoller Prüfung" beschloß die Berliner Konferenz, den einzelnen ausländischen Bankenausschüssen eine weitere Herabsetzung zu empfehlen.

e. Golddiskontbank-Garantie

Bis zum 31. Dezember 1932 wurde die Garantie der Golddiskontbank für rund 390 Mill. RM in Anspruch genommen. Die bereits zurückgezahlte Summe von 45 Mill. RM stammte nur zu etwa drei Vierteln aus den Zahlungen von Schuldner; den Restbetrag mußte die Golddiskontbank aus eigenen Mitteln vorlegen. Mit Blick auf die im Verlauf des Stillhaltejahres 1933/34 fällig werdenden Rückzahlungen von etwa 135 Mill. RM hatte die Golddiskontbank eine "Garantie-Finanzierungs-G.m.b.H." gegründet, die ihr mit Unterstützung der Akzeptbank und der Bank für Industrieobligationen einen Teil der erforderlichen Mittel beschaffen sollte.

20) vgl. Die Stillhalte zinsen, In: Die Bank, 26. Jg., Bd. 51, Heft 11, 15.3.1933, S. 369/70

Schon im Vorfeld der Stillhalteberatungen für das 1933er Abkommen hatten die Vertreter der Vereinigten Staaten eine Ausdehnung der Golddiskontbank-Garantie gefordert, die durch die Konferenz jedoch verworfen wurde. In vollem Umfang aufrechterhalten blieben die weitgehenden Zugeständnisse aus den alten Stillhalteverträgen. Klausel 23, die die Aufgaben der Golddiskontbank beschrieb, stellte mit ihren vielen Ausnahmen und der Diskussion zahlreicher Teilaspekte den kompliziertesten Abschnitt des Vertragswerkes dar.²¹⁾

Eine kontroverse Diskussion entspann sich um die Behandlung der Teilgarantien, die 1931 und 1932 unterschiedlich gewichtet worden waren. Das Baseler Abkommen war von der Vorstellung ausgegangen, daß die Stillhalteschulden im Februar 1932 fällig würden, während die Golddiskontbank einen längeren Aufschub zur Zahlung der von ihr garantierten Beträge erhielt. Deshalb unterstellten zahlreiche Gläubiger ihre Kredite nur anteilig der Golddiskontbank, so daß sie bei Fälligkeit z.B. 70 Prozent ihre Kredites vom Schuldner erhalten und nur für den Rest von 30 Prozent eine Garantie beanspruchen wollten. Das Abkommen von 1932 hatte jedoch die Zahlungsfristen umgekehrt, indem nun die garantierten Beträge früher als die nicht-garantierten fällig wurden.²²⁾ Es war also denkbar, daß der Schuldner eine Summe in Höhe des garantierten Teilbetrages an die Golddiskontbank übertrug, bei möglicher Zahlungsunfähigkeit aber für den nicht-garantierten, in aller Regel höheren Teilbetrag nicht mehr aufzukommen vermochte.

Von daher forderten die englischen Gläubiger nun eine neue, eine prozentual zu gewährende Garantie, die die Golddiskontbank und ihre Garanten mit einem langfristigen und eventuell sehr großen Risiko belastet hätte. Bei definitiver Beendigung der Stillhaltung sollte nach Ansicht Londons dann mit der Golddiskontbank eine Schlußabrechnung gemacht werden. Die deutsche Delegation wehrte diesen Vorstoß erfolgreich ab: Die Golddiskontbank mußte sich

21) Ein Verhandlungsteilnehmer fand auf Klausel 23 einen Reim: "I wish that I might never see/A lovelier clause than Twenty-Three,/That clause within whose boundless sway/Such noble minds have lost their way./You may know Einstein's Theory/But only God knows Twenty-Three." (zitiert nach Georg Katona, Deutsches Kreditabkommen von 1933, a.a.O., S. 669)

22) vgl. dazu H.H., Golddiskontbank und Stillhalteabkommen, In: Der deutsche Volkswirt, 6. Jg., 1. Halbjahresband, Nr. 20, 12.2.1932, S. 645-47; W. Derenberg, Zur Rückzahlung der durch die Golddiskontbank garantierten Stillhaltecredite, In: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, 30, 20, 25.10.1932, S. 739-43

für das Stillhaltejahr 1933/34 dazu verpflichtet, stets nur bestimmte Teile von Krediten zu garantieren, durch deren Rückzahlung sie endgültig aus dem Obligo schied.

Nachdem Art und Umfang garantierter Beträge geklärt waren, widmete sich das Abkommen der Frage, zu welchem Zeitpunkt die Garantie beansprucht werden konnte. Von der bislang eingeräumten Postponierung machte die Golddiskontbank wenig Gebrauch, da sich mit der bloßen Verschiebung keine Devisenersparnis verband. Auf der Juli-Tagung in London war vereinbart worden, daß die postponierten Raten auch auf diejenigen Schuldner umgelegt werden dürften, die freiwillig Zurückzahlungen leisten wollten. Als zusätzliche Modifikation trat das Recht des Gläubigers hinzu, entsprechende Teile seiner Registerguthaben in fremde Währung zu transferieren, wenn er die fälligen Golddiskontbank-Zahlungen bis zu einem Satz von 50 Prozent hinaus-schob. Registerguthaben in der Gesamthöhe der fälligen Golddiskontbankraten durfte derjenige Gläubiger transferieren, der die Golddiskontbank in vollem Umfang aus der Garantie für einen Schuldner entließ - eine mit Blick auf die deutsche Devisenbilanz ungünstige Bestimmung.

Daß es gelungen war, sich auf eine für beide Seiten akzeptable Stillhalteformel für 1933 zu einigen, begrüßten Washington und Berlin gleichermaßen.²³⁾ Der Vertragsabschluß rief jedoch bei keiner der Parteien mehr aufgeregte Spannung oder hochgesteckte Erwartung hervor, denn er entbehrte einfach jenes Moments von Wagnis und Sensation, das ihm im Sommer 1931 anhaftete. In ihrem dritten Jahr war die aus einer Notlage entstandene Idee von einem "standstill" zu einem fest institutionalisierten Bestandteil internationaler Kreditbeziehungen geworden. Man konstatierte die geglückte Fortschreibung einer eingeübten Praxis und ging ansonsten zur Tagesordnung über. "The successful conclusion of a new German standstill agreement would have aroused much greater interest in this country had it not been for the growing absorption in domestic problems," mutmaßte das in New York erscheinende Journal of Commerce.²⁴⁾

23) vgl. etwa Journal of Commerce, Nr. 12055, 8.3.1933; Frankfurter Zeitung, Nr. 134/35, 19.2.1933

24) Journal of Commerce, a.a.O.

Am 5. März 1933 berichtete die New York Times auf ihrer Seite 1 von zwei Ereignissen, deren Nebeneinander in der Drucklegung die politische Weichenstellung für Deutschland und für die Vereinigten Staaten zu versinnbildlichen scheint: Das Blatt berichtete von Roosevelts Inaugural Address und zeichnete daneben Hitlers Weg an die Macht nach.²⁵⁾

25) New York Times, Nr. 64, 5.3.1933

XI.

DIE STILLHALTUNG UNTER NATIONALSOZIALISTISCHEN VORZEICHEN

1. Das Transfer-Moratorium

Industrie- und Bankenkreise beider Länder reagierten auf den Wechsel ihrer Administrationen mit anfänglicher Gelassenheit. In New York fragte sich Lamont, ob die betont ruhige Lage lediglich die Windstille vor dem Sturm sei oder den Sammlungsprozeß heilender Kräfte für einen "erfolgreichen New Deal" begleite.¹⁾ In Berlin herrschte hinsichtlich der Finanzlage ein "decidedly optimistic feeling",²⁾ das sich durch die Verlängerung des Stillhalteabkommens vertieft hatte.

In seiner Skepsis gegenüber dem Nationalsozialismus erwartete der amerikanische Generalkonsul in Berlin Messersmith einen Machtwechsel, sobald der Regierung ein Fehler unterliefe oder sobald sie Frieden und Ordnung gefährde: "(The Hitler regime) is only a phase in the development towards more stable political conditions and ... this Government will be followed by one which will show greater elements of stability than any which Germany has had for some years. The people are politically tired. They are beginning to feel that things are improving and they do not want political experiments. Any mistake by the present Government and any upsetting of peace will result in a change, and there seems to be no possibility, as is dreamed by some, of any Government fastening itself arbitrarily in the interests of a class upon the German people."³⁾

1) Lamont Papers, 122-1: Schreiben Lamont an Montagu Norman, 12.2.1933

2) NA RecGr 59, 862.51/3565: Memorandum George S. Messersmith an Stimson, "Some Observations on the General Economic, Financial and Industrial Situation in Germany", 3.2.1933

3) Memorandum George S. Messersmith, 3.2.1933, a.a.O.

Nach dieser alles in allem beruhigenden Einschätzung über den Interimscharakter des Kabinetts Hitler/Hugenberg horchten die amerikanischen Banken erst wirklich auf, als der Reichswirtschaftsminister in einer Radiorede zwar generell die Ansprüche privater ausländischer Gläubiger anerkannte, die deutsche Zahlungswilligkeit aber an ein niedrigeres Zinsniveau sowie an ein entsprechendes Plus im Außenhandel band.⁴⁾ Diese alten Forderungen zu neuem Leben zu erwecken, stellte einen Affront ohnegleichen gegenüber den Bankenkomitees dar, die erst elf Tage zuvor das neue Stillhalteabkommen geschlossen hatten. Nach den Diskussionen, die in Berlin um die Zinssenkung geführt worden waren, und nach den Konzessionen, die die Stillhalteausschüsse eingeräumt hatten, mußten sie sich getäuscht und hintergangen fühlen, wenn von deutscher Regierungsseite aus eine frisch getroffene Übereinkunft in ultimativem Ton wieder angezweifelt wurde.

Am Samstagnachmittag des 13. Mai 1933 berief Governor Harrison kurzfristig eine Zusammenkunft des Senior Committee in die Federal Reserve Bank ein.⁵⁾ Anlaß war der Besuch des neuen Reichsbankpräsidenten Schacht, der die Vertreter der Stillhaltegläubiger für den 25. Mai nach Berlin einlud, um mit ihnen an Ort und Stelle den anhaltenden Rückgang des deutschen Handelsbilanzüberschusses und das kontinuierliche Schmelzen der Goldreserve zu diskutieren. Er gab zu verstehen, daß es erforderlich werden könnte, diejenigen deutschen Zahlungen zu kürzen, die in ausländischer Währung erfolgten, aber zunächst wünschte er allen Betroffenen eine Gelegenheit zu bieten, sich mit der schwierigen Situation, in der sich Deutschland befände, vertraut zu machen. Um allein für den Zinsdienst aufkommen zu können, mußte die monatliche Handelsbilanz nach Berechnungen der Reichsbank mit einem Überschuß von 80 Mill. RM abschließen. Der tatsächliche Durchschnittswert für das erste Quartal 1933 lag demgegenüber bei 38 Mill. RM. Gleichzeitig erlaubte der Bestand an Gold und Devisen eine Notendeckung von lediglich 9,1 Prozent.⁶⁾

4) NA RecGr 59, 862.51/3584: Telegramm Sackett/Berlin an State Department, "Hugenberg's Radio Address on World Economic Conference", 28.2.1933

5) vgl. Stern, a.a.O., S. 225

6) Zahlen nach NA RecGr 59, 862.51/3610: Telegramm Gordon/Berlin an Hull, 18.5.1933

Die Reaktion deutscher Bankenkreise auf die Einladung ausländischer Gläubiger weist darauf hin, daß Schacht als der alleinige Initiator dieses Treffens anzusprechen ist. "Verwirrung" und "Unsicherheit" herrschten nämlich in Berlin über den einzuschlagenden Kurs, "und diejenigen, die am besten informiert sein sollten, sagen, daß niemand außer Dr. Schacht wirklich irgendetwas darüber weiß."⁷⁾ Nachdem der zunächst vorgeschlagene Termin vom 25. auf den 29. Mai verschoben worden war, um den amerikanischen Teilnehmern eine angemessene Anreisezeit zu erlauben, ventilierten die Engländer die Möglichkeit einer weitaus deutlicheren Verschiebung in den Sommer hinein. Es ist vorstellbar, daß sie hofften, auf der in London stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz zu einer einvernehmlichen und umfassenden Regelung aller anstehenden Schuldenfragen zu gelangen. Auf längere Sicht schien ja auch die Reichsbank dieses Ziel ins Auge gefaßt zu haben, indem sie im Zusammenhang mit Gerüchten um ein Transformatorium wiederholt eine unterschiedliche Behandlung einzelner Gläubigergruppen abgelehnt und sich auf die grundsätzliche Bedeutung des internationalen Warenaustausches als die Voraussetzung für einen Schuldenabbau berufen hatte. Dazu paßte auch die Vermutung der US-Botschaft in Berlin ins Bild, die Reichsbank wolle den Gläubigern selbst die Lösung überlassen und so die Last einer eigenen Entscheidung vermeiden.⁸⁾

Dem Wochenendtreffen mit New Yorker Bankiers⁹⁾ waren Gespräche Schachts mit Vertretern der amerikanischen Regierung vorausgegangen. Sie reihten sich ein in die Serie von Sondierungen, die im April in Washington zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz angelaufen war. Durch ausgedehnte bilaterale Kontakte - mehr als 40 Delegationen reisten in die Vereinigten Staaten - beabsichtigte die Roosevelt-Administration, die Erfolgsaussichten für die Londoner Verhandlungen des bevorstehenden Sommers zu erhöhen.

Ohne über ein ausgearbeitetes Konzept zu verfügen, traf die deutsche Abordnung in der US-Hauptstadt ein. Nur einen einzigen Plan hatte man in Berlin konkretisiert: Schacht sollte während seines Aufenthaltes "im Rahmen

7) NA RecGr 59, 862.51/3603: Telegramm Gordon/Berlin an State Department, 19.5.1933

8) NA RecGr 59, 862.51/3610: Telegramm Gordon/Berlin an Hull, 18.5.1933

9) Außer Harrison hielten sich nur James Perkins, George Davison, F. Abbott Goodhue und Siegfried Stern in der City auf.

von Privatunterhaltungen die Atmosphäre in Amerika" ¹⁰⁾ sondieren und den günstigsten Zeitpunkt für die Erklärung eines deutschen Transfermoratoriums bestimmen. Schacht hatte sich nicht mit seiner Ansicht durchsetzen können, das Moratorium bereits vor seiner Abreise zu veröffentlichen; ganz offensichtlich wünschte die Reichsregierung nicht, das Verhandlungsklima von vornherein durch eine einseitige Maßnahme zu präjudizieren. "... (hier ist) zunächst beabsichtigt gewesen, das geplante Transfer-Moratorium sofort zu publizieren, um es gewissermaßen im Kielwasser diese Dollarereignisse (Annahme des "Thomas-Amendment", Verbot von Goldexporten) starten zu lassen und mit diesen Ereignissen mit zu begründen. Es wurde dann doch davon abgesehen, weil es unzweckmäßig erschien, mit dieser Maßnahme gerade zu dem Zeitpunkt herauszukommen, als die Herren MacDonald und Herriot mit Herrn Roosevelt zusammensaßen. Außerdem erschien es angebracht, die Regierung und die Interessentenkreise des Hauptgläubigerlandes, der Vereinigten Staaten, durch Herrn Reichsbankpräsidenten Schacht vorbereiten zu lassen."¹¹⁾ Eine Unterredung mit Hull nutzte Schacht am 8. Mai zu der Gelegenheit, um das State Department von dem bevorstehenden deutschen Transfermoratorium zu unterrichten, von dem die Stillhalteschulden allerdings nicht betroffen wurden, und er versäumte es nicht, auf die "Höflichkeit" hinzuweisen, diesen Schritt bis zu seinem Washingtoner Besuch zurückgestellt zu haben. ¹²⁾ Daß die Amerikaner diese Nachricht in Ruhe aufnahmen, wertete Schacht als stillschweigende Tolerierung. Er fühlte sich zu schnellen Handeln bewogen, um möglicherweise schon die nächste, am 10. Mai fällige Transfer-rate zurückhalten zu können. Zu seiner Überraschung wurde ihm am darauffolgenden Tag ein Memorandum überreicht, in dem sich Roosevelt als "profoundly shocked" über das deutsche Vorgehen zeigte. ¹³⁾ Washington sah seine Bestrebungen unterminiert, der Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg zu verhelfen, zumal es sich bei Bekanntwerden des Transfermoratoriums dem Verdacht aussetzte, Anteil zu haben an der deutschen Entscheidung.

10) R'kz R 43 II, Bd. 365: Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, 24.4.1933

11) Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, a.a.O.

12) Eine genaue Darstellung über den Verlauf der Gespräche Schachts bietet Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939, Wiesbaden 1970, S. 78 ff.

13) zit. nach Schröder, a.a.O., S. 81

Nichts spricht für die These, Schacht habe diese transatlantische Verstimmung absichtlich provoziert. Im Gegenteil bemühte er sich zu retten, was zu retten war, indem er Berlin anwies, die Moratoriumsmaschinerie anzuhalten, und indem er um so intensiver den amerikanischen Vorschlag eines Zollwaffenstillstandes unterstützte.

Das Klima blieb jedoch nachhaltig unterkühlt. Feis und Senator Pittman verweigerten Schacht jede Hilfestellung von Regierungsseite, um mit den amerikanischen Privatgläubigern ins Gespräch zu kommen.¹⁴⁾ So erging an die Federal Reserve Bank und die Notenbanken der anderen betroffenen Länder die Bitte der Reichsbank, "diejenigen Kreise anzusprechen, die gewissermaßen als Vertreter der Gläubiger gelten können", wobei es ihnen nahegelegt wurde, "sowohl die Gläubiger der kurzfristigen wie der langfristigen Schuldner zu berücksichtigen."¹⁵⁾

14) FRUS, 1933, vol. I, S. 532/33

15) Meldung WTB, 29.5.1933: "Ansprache Dr. Schachts bei der Eröffnung der Gläubigerzusammenkunft"

2. Die Berliner Gläubigerkonferenz und der Beginn nationalsozialistischer Zwangswirtschaft

Die am 29. Mai zusammentretende Gläubigerkonferenz in Berlin bot Schacht die Kulisse, um in allgemein-versöhnlichen Reden seinen Verständigungswillen zu bekunden und mit den üblichen Argumenten um das Entgegenkommen der Gläubiger Deutschlands zu werben. Der Zusammenkunft, die nach Vorstellungen ihres Initiators "nicht Konferenz", sondern "formlose Unterhaltung"¹⁶⁾ sein sollte, haftete der Verdacht an, daß es sich eher um eine geschickte Selbstinszenierung als um einen als dringend notwendig empfundenen Austausch handelte: Zwar folgten alle Gläubigervertreter der Einladung, doch kein einziger von ihnen besaß ein offizielles Mandat, das ihn in die Lage versetzt hätte, sich mit Autorität für eine bestimmte Entscheidung einzusetzen oder sich gegen einen bestimmten Vorschlag auszusprechen. Zwar wurden zwei Unterausschüsse unter Vorsitz von A. Guinness und Albert H. Wiggin ins Leben gerufen - der eine, um "die Fakten zu studieren", der andere, um "die Stillhalte-Interessen zu repräsentieren"¹⁷⁾ - doch konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder eine ungefähr abgesteckte Agenda existierte, geschweige denn eine klarumrissene Aufgaben- und Fragestellung formuliert worden war. Dementsprechend niedrig geschraubte Erwartungen sprachen aus der Einschätzung des amerikanischen Delegierten bei der BIZ, Leon Fraser, wenn er Harrison vor seiner Abreise nach Berlin übermittelte, "that Dr. Schacht would make a speech, give a lot of figures, and invite the representatives of the foreign creditors to discuss the matter with him."¹⁸⁾

Die freundliche Fassade, die der Reichsbankpräsident durch sein Angebot, mit den Gläubigern in einen informellen Dialog zu treten, errichtet hatte, wurde noch während der Konferenz am 9. Juni beiseitegeschoben, als das "Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland" endgültig das seit Schachts Amerikabesuch wahrscheinliche Transfermoratorium verhängte.

16) WTB, 29.5.1933, a.a.O.

17) NA RecGr 59, 862.51/3527: Telegramm Gordon/Berlin an State Department, 6.6.1933; als Anlage "Introductory Remarks of Dr. Schacht at the Third Meeting Held with the Creditors' Representatives", 2.6.1933

18) FED, Harrison Papers, Harrison's Conversations With L. Fraser, 1932-1935, Nr. 3013:2: Telefongespräch Fraser-Harrison, 27.5.1933

In einer scharfen Protestnote verwahrte sich die amerikanische Administration gegen die Diskriminierung derjenigen Länder, deren Handelsbilanzsalden mit Deutschland negativ waren.¹⁹⁾ Durch ihre Botschaft in Berlin ließ sie folgende Erklärung abgeben: "The adoption of a principle whereby the payment of a debt ... should be made to depend on the ratio of imports and exports in the exchange of goods and services between Germany and the creditor's country would be an unprecedented departure from the rule of non-discrimination among creditors. The adoption of such a policy by Germany would have a most unfortunate repercussion on opinion in the United States in view of the confidence in German credit which has led American investors to purchase some \$ 1,200,000,000 of German bonds, thus furnishing an indispensable element in the economic and financial restoration of Germany after the war."²⁰⁾

Das Statement aus Washington wäre vielleicht etwas weniger scharf ausgefallen, wenn Hull nicht zwei Tage zuvor von London aus auf eine mögliche Bedrohung der amerikanischen Position aufmerksam gemacht hätte. Er hatte den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Regierung ihre Schuldensituation dazu nutze, sich einseitig Handelsvorteile verschaffen zu wollen, und daß sie nicht davor zurückschrecke, "to discriminate adversely against the United States".²¹⁾ In diesem Zusammenhang verwies er auf die Möglichkeit einer englisch-deutschen Kooperation, die das alte Schreckbild eines europäischen Schuldnerblockes neu variierte. Washington erblickte in dieser Hypothese eine derart virulente Gefahrenstelle, daß Feis umgehend seine Diagnose vorlegte und darum bat, sie Hull zukommen zu lassen: "There is one chance that Schacht and the London bankers will arrange to drop the not-strictly-commercial short term credits from the standstill, class them with the long term bonds, and service this whole latter class on the basis of

19) vgl. dazu "Introductory Remarks of Dr. Schacht...", a.a.O.: "One (point) is that one should take into consideration that some countries contribute more than others to a favorable development of our balance of payment by allowing us to export goods to them more than vice versa. For instance, all the European countries differ favorably in this regard from the U.S.A. ...".

20) NA RecGr 59, 862.51/3616: Telegramm Phillips/State Department an US-Botschaft/Berlin, 13.6.1933

21) NA RecGr 59, 862.51/3618 und FRUS 1933, vol II, S. 440/41: Telegramm Hull/London an State Department, 11.6.1933

the German balance of payments vis-à-vis the creditor's country."²²⁾

Bedeutung kommt den Hullschen Warnungen nicht etwa zu, weil sie eine sich mit der Realität deckende Vorhersage enthielten, sondern weil sie implizit zum Ausdruck brachten, wie gering die ideologische Befangenheit war, mit der westliche Wirtschaftspartner ihre deutschen Geschäftsinteressen verfolgten, und welche Methoden in dieser Ausnahmezeit vorstellbar und üblich geworden waren - eben nicht nur für ein unter diktatorischer Herrschaft stehendes Deutsches Reich, sondern auch für ein demokratisch regiertes Land wie Großbritannien.

Der fundamentale Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, der durch die Erklärung des Transfermoratoriums offenkundig geworden war, konnte kaum dadurch abgemildert werden, daß es den ausländischen Stillhaltegläubigern "in letzter Minute" gelungen war, einen weiteren Teil ihrer Gelder dem Zugriff durch die Reichsbank zu entziehen.²³⁾ Der amerikanische Anteil an Stillhaltekrediten lag Mitte Juni 1933 unter dem Anteil an langfristig gewährten Darlehen. Nach Berechnungen des US-State Department betrugen am Stichtag des 30. September 1932 die kurzfristigen, an Deutschland gewährten Kredite 690 Mill. Dollar (= 31 % aller ausländischen Kredite dieser Kategorie); hingegen machten die langfristigen Kredite 1,219 Mill. Dollar (= 50,3 % aller ausländischen Kredite dieser Kategorie) aus.²⁴⁾ Dieses Ungleichgewicht verschob sich bis Mitte 1933 noch weiter in Richtung der langfristigen Kredite, die um 50 Mill. Dollar zunahmen und ein Gesamtvolumen von 1,269 Mrd. Dollar erreichten. Im Gegensatz dazu fiel das Niveau aller Stillhaltegeder in demselben Zeitraum um einen Betrag von 171 Mill. Dollar auf 519 Mill. Dollar - eine Reduktion, die auf die im Kreditabkommen vorgesehenen und von den Gläubigern in Anspruch genommenen Möglichkeiten von Streichung, Kürzung, Umwandlung und Rückzahlung zurückzuführen ist.²⁵⁾

22) NA RecGr 59, 862.51/3618: Telegramm Feis an Phillips/State Department, 12.6.1933

23) NA RecGr 59, 862.51/3616 und FRUS 1933, vol. II, S. 439/40: Telegramm Gordon/Berlin an State Department, 9.6.1933

24) Zahlen nach NA RecGr 59, 862.51/3618: Telegramm Feis an Phillips, 12.6.1933; NA RecGr 59, 862.51/3618 und FRUS 1933, vol. II, S. 440/41: Telegramm Hull/London an State Department, 11.6.1933

25) Zahlen nach NA RecGr 59, 862.51/3711: Telegramm Dodd/Berlin an State Department, 19.10.1933; vgl. auch Tabelle S. 246

Angeichts der Größenordnung derjenigen Kreditbestände, die der Stillhaltung nicht unterlagen und somit von dem Transfermoratorium betroffen wurden, drängten die Banken darauf, mit Sacketts designedem Nachfolger, William E. Dodd, noch vor dessen Abreise nach Berlin in Verbindung zu treten, um ihm die ernste Situation zu erläutern, die für die führenden New Yorker Häuser durch die neue Transferregelung zu entstehen drohte. Dies erschien ihnen umso ratsamer, als Dodd in seiner früheren Position als Geschichtsprofessor in Chicago äußerst geringe Gelegenheit besessen hatte, sich in die Materie internationaler Wirtschaftsprobleme einzuarbeiten. Siegfried Stern von der Chase-Bank berichtet, Dodds Informationsquelle sei eine neunzig Seiten umfassende Monographie gewesen, die Regierungsstellen für ihn kompiliert hätten.²⁶⁾

Initiiert wurde diese Begegnung hauptsächlich von der National City Bank, deren Anlagen in Deutschland sich auf rund 50 Mill. Dollar beliefen. Gemeinsam mit der Chase Bank und der Bank of Manhattan, die mit "very substantial sums" engagiert waren, forderten sie die teilweise Vertretung ihrer Interessen durch staatliche Stellen und begründeten diesen Anspruch damit, daß es sich nicht um privatwirtschaftliche Fragen, sondern um das nationale Interesse Amerikas überhaupt handle.²⁷⁾

Die Reichsregierung unternahm weitere Versuche, um die US-Investoren zu beruhigen und nicht zu verschrecken. Auf der ersten großen Begegnung auf offizieller Ebene betonte Staatskommissar Moser vom "Reichsarbeitsausschuß für Bank-, Börsen- und Geldfragen" am 11. Juli 1933 ausdrücklich, daß die Nationalsozialisten das "Prinzip des Privateigentums" anerkennen würden. Nur in Kreisen, die Deutschland feindlich gesonnen seien, würde die These verfochten, die Maßnahmen der Berliner Regierung markierten einen ersten Schritt zur vollständigen Streichung der Auslandsschuld. In Wirklichkeit aber sei solch eine Methode "unvereinbar mit den hohen Moralvorstellungen des Nationalsozialismus".

Die Vorschläge Mosers konzentrierten sich auf einen Ausbau des bestehenden Vertragswerkes der Stillhaltung: Am Anfang der neuen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit sollte eine systematisierte Konvertierung von Geldern in

26) Stern, a.a.O., S. 226

27) NA RecGr 59, 862.51/3635: Schreiben Pierrepont Moffat an Phillips, 22.6.1933

langfristige Anlagen und "lebendige und praktisch verwertbare Guthaben" stehen. Eine straffe, nationalsozialistische Wirtschaftsleitung würde dafür garantieren, daß durch die Einrichtung der Registermark die Vergünstigung aus den niedrig verzinslichen und langfristig konvertierten Auslandskrediten unter dem Stillhalteabkommen nur solchen Exportindustrien zur Verfügung gestellt werden würde, die der einheimischen Industrie des betreffenden Gläubigerlandes am wenigsten Konkurrenz machen würde.²⁸⁾

So offensichtlich es war, daß solch eine Empfehlung einer geschickten Interpretation weiten Raum ließ und einen hohen Grad an Unpraktikabilität aufwies, so offensichtlich war es aber auch, daß sich die Reichsregierung zu einem System durchgreifender Kontrollen und staatlicher Garantien entschlossen hatte. Gerade der obrigkeitlich überwachte Zwangscharakter der deutschen Wirtschaft veranlaßte manche ausländische Bank, in die nationalsozialistische Politik langsam Vertrauen zu fassen: "It is the strongest Government Germany has had for years, and internal political conditions in the country are unusually calm. ... Both German and American bankers say that it is not conceivable that the Government would withdraw its support for everyone knows that the Government owns these institutions (Commerz- und Privat-Bank, Dresdner Bank, Hardy & Co. G.m.b.H.) and to refuse assistance in the event of necessity would mean great loss and hardship to the country," hieß es in einem Bericht der Bank of America.²⁹⁾

Auch die amerikanischen Banken hatten ja seit dem Juli 1931 in der Aufsichtsfunktion der Regierung über das Wirtschaftsleben einen Garanten für die Sicherheit ihrer Kredite und Investitionen gesehen. Auf ihr Drängen umfaßte das Baseler Stillhalteabkommen Regelungen, die die Übernahme von Garantien durch den Staat, bzw. vom Staat getragene Institutionen regelten, und führte Maßnahmen ein, die die Bewirtschaftung von Devisen ermöglichten. Die ausländischen Gläubiger unterwarfen sich den veränderten Zahlungsschemata in der Annahme, daß sie zur Überwindung der akuten deutschen Devisenschwierigkeiten gedacht seien. Zwar hatten Hitler und

28) NA RecGr 59, 862.51/3660: Telegramm Dodd/Berlin an State Department, 18.7.1933: "Staatskommissar Dr. Moser Addresses American Chamber of Commerce/Berlin on 'Nationalsocialist Mobilization of Standstill Credits'", 11.7.1933

29) Bank of America Archives, RecGr 10.1, box 229.12: Schreiben R. E. Dorton/Bank of America Trust and Savings Association, London an Paul Dietrich/Bank of America, San Francisco, 21.10.1933

Schacht keinen Zweifel daran gelassen, daß sie primär nicht die Tilgung deutscher Schulden verfolgten, sondern in der "Konservierung" deutscher Zahlungsverpflichtungen eine "politische Schutzmaßnahme" erblickten,³⁰⁾ doch wäre es verfehlt, dieses politische Moment überzubetonen: Eine systematische Devisenzwangsbewirtschaftung existierte in Deutschland ja bereits seit dem Sommer 1931, und die ausländischen Gläubiger hatten im Rahmen der Stillhaltevereinbarungen sogar zu ihrer Formulierung beigetragen.³¹⁾ Die nationalsozialistische Machtergreifung wurde nicht als ein Signal zum schnellen Rückzug aus dem deutschen Markt gewertet, zumal sich die Berliner Führung auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Juni 1933 bemüht hatte, die Parallelität deutscher und amerikanischer Interessen zu betonen. Die Reichsregierung verfolgte eine vorsichtige Amerikapolitik, "die sich organisch in die auf eine außenpolitische Abschirmung innenpolitischer Vorgänge abzielende Ausgangsphase der Hitlerschen Außenpolitik einfügte."³²⁾

Die Haltung der US-Banken war von Ambivalenz gekennzeichnet: Abgesehen von vorübergehender Besorgnis über das Transfermoratorium neigten manche der in Berlin repräsentierten Banken zu der Einschätzung, auf lange Sicht all ihre Gelder zurückerstattet zu bekommen.³³⁾ Während die Guaranty Trust Company

30) zit. nach Schröder, a.a.O., S. 79

31) vgl. dazu Charles R. S. Harris, *Germany's Foreign Indebtedness*, London 1935, bes. S. 19-39; Howard S. Ellis, *Exchange Control in Central Europe*, Cambridge 1941 (Neudruck Westport, Conn. 1971), bes. S. 158-289: "German Exchange Control, 1931-1939: From an Emergency Measure to a Totalitarian Institution"

32) Schröder, a.a.O., S. 91; Schröder greift hier die These Karl Dietrich Brachers auf, der nationalsozialistischen Außenpolitik sei die Funktion der Abschirmung der inneren Machtentfaltung von 1933/34 zugefallen. Vgl. dazu Karl Dietrich Bracher, *Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik*, In: VfZ, 5. Jg., Heft 1, 1957, S. 63-76, bes. S. 74

33) A. P. Giannini stellte bereits Ende 1933 eine unter amerikanischen Bankiers aufkommende Nazi-freundliche Einstellung fest; Deutschland werde nicht mehr länger als ein "financial pariah" angesehen. Die US-Gläubiger nutzten nun selbst die schmalen Lücken des Systems aus: "American creditors of Germany have devised ingenious methods of converting payments in blocked marks into imports that will make up for the discount. Wines and old masters are included in the list." (Bank of America Archives, RecGr 11.1, box 366.18: Hausmitteilung A.P. Giannini an Paul Dietrich, 20.11.1933)

und die National City Bank ihr Engagement in vollem Umfang aufrechterhielten, war Bankers Trust das einzige Haus, das sich aus dem deutschen (und französischen) Geschäft zurückzuziehen begann. Einen Mittelkurs steuerte die Chase Bank, die sich als die größte unter den Gläubigerbanken um eine vorsichtige Reduktion ihrer Verpflichtungen bemühte.

Spätestens mit der Verhängung des Transfermoratoriums verlor die Stillhaltung ihre Bedeutung als eine eigenständige Notmaßnahme zur vorläufigen Überwindung der deutschen Devisenschwierigkeiten, als die durch die Stillhalteabkommen praktizierten Möglichkeiten zur Bewirtschaftung ausländischer Währungsbestände gleichsam in einem vom Staat gelenkten und kontrollierten Wirtschafts- und Finanzapparat aufgingen. Blieben die der Stillhaltung unterliegenden Kredite de iure auch von den Bestimmungen des Transfermoratoriums unberührt, so grenzte das seit 1933 systematisierte Sperrmarkgeschäft den Dispositionsfreiraum im gesamten wirtschaftlichen Umfeld ein; Leihgelder konnten zum Teil nur noch unter hohen bis sehr hohen Verlusten aus dem deutschen Markt abgezogen werden.³⁴⁾

Die letzte ordentliche Stillhaltekonzferenz fand im Frühjahr 1941 in Rom statt, wo ein Abkommen mit sechsmonatiger Laufzeit für den Zeitraum von Mai bis Oktober geschlossen wurde. Diejenige Klausel, die eine automatische Verlängerung ab November für weitere drei Monate vorsah, kam nicht mehr zum Tragen: Der Angriff auf Pearl Harbor und der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bedeuteten den Schlußpunkt der offiziellen Stillhaltekontakte.

34) zu dem Effekt einer de-facto-Abwertung durch die Einführung verschieden gestalteter Sperrmark-Varianten vgl. Harris, a.a.O., S. 20, 36 f.; Stern, a.a.O., S. 228-31

D E P I L O G U N D S C H L U S S B E T R A C H T U N G

Nach dem Krieg setzten im Dezember 1949 wieder erste Gespräche zwischen Vertretern deutscher und amerikanischer Banken ein, um ein Rückzahlungsschema für diejenigen kurzfristigen Kredite zu arrangieren, die einige US-Banken noch aus den zwanziger und dreißiger Jahren auf dem deutschen Markt unterhielten. Hermann H.J. Abs von der Deutschen Bank leitete die deutsche Delegation; dem Komitee der Stillhaltegläubiger der Vereinigten Staaten saß Andrew L. Gomery, der Vizepräsident der Hanover Manufacturers Trust Company, vor.¹⁾ Nach einer Meldung der New York Times sollten die amerikanischen Gläubiger Ansprüche auf einen Gesamtbetrag von 33 Mill. Dollar aus kurzfristigen Krediten der Vorkriegszeit besitzen.²⁾ Mitte 1950 erließ das Alliierte Hochkommissariat eine Direktive, die es allen ausländischen Gläubigern erlaubte, mit den deutschen Schuldnern freiwillige Übereinkünfte auszuhandeln. Bis Mitte 1950 konnte der Schweizer Bankier Rudolf J. Ernst von der Union Bank Vorschläge zur Liquidierung deutscher Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vorlegen. Danach sollten amerikanische Bankgläubiger die freie Vergügungsgewalt über solche DM-Bestände besitzen, die von deutschen Schuldnern bereits erstattet worden waren, und sie sollten das Recht haben, die zurückerhaltenen Gelder ohne jede Restriktion in jede Anlage ihrer Wahl zu investieren. Ein entsprechender Beschluß des Hochkommissariats autorisierte die Deutsche Staatsbank im März 1951, auf DM lautende Konten von Privatpersonen oder Unternehmen außerhalb Deutschlands dann an ausländische Dritte zu transferieren, wenn dieses Kapital bestimmten inländischen Investitionen zufließt.

Die politische und wirtschaftliche Unterstützung, die die westlichen Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg der Bundesrepublik entgegenbrachten, diente der Stabilisierung ihrer demokratischen Gesellschaftsform und ihrer Integration in die atlantische Allianz. Man müsse erkennen, schreibt Bennett, daß die Westmächte heute nicht nur deshalb konstruktiv mit Bonn zusammenarbeiten könnten, weil die Deutschen eine schwere Lektion gelernt hätten oder weil sich der Westen einem gemeinsamen Feind gegenübersehe, sondern vor allem, weil sie der Bundesrepublik in der Zeit nach 1945 ihre

1) vgl. Stern, a.a.O., S. 240 ff.

2) New York Times, 20.5.1950

Freundschaft und ihr Vertrauen geschenkt hätten.³⁾ Vor diesem Hintergrund ist es eine höchst spekulative Frage, ob eine vergleichbare, dem Grundsatz von Eingliederung und internationaler Kooperation verpflichtete Politik zur Rettung der Weimarer Republik hätte beitragen können.

Freilich gab es bedeutende und mutige Entscheidungen, die in diese Richtung wiesen, doch selbst das Hoover-Moratorium, ein den engen Rahmen nationaler Interessen sprengender Beschluß, setzte keine Entwicklung in Gang, durch die die deutsche Krise gemildert, geschweige denn gelöst worden wäre. Was als Stütze und Konzession gedacht war, verlor rasch an wirtschaftlichem wie politischem Wert gleichermaßen: Die Umstände, unter denen das Schuldenfeierjahr erklärt worden war, drängten die Franzosen in eine strikte Ablehnungshaltung und vereitelten somit den prompten Schutz, den das Moratorium für die stark angeschlagene deutsche Bankwirtschaft hätte bedeuten können. Und in einen politischen, Brüning stärkenden Erfolg ließ sich das Zugeständnis des amerikanischen Präsidenten auch nicht ummünzen, nachdem der Reichskanzler keinerlei Anspruch auf die Urhebererschaft des Moratoriumsgedankens besaß.

Anstrengungen, die dem deutschen Kreditproblem ausschließlich über die wirtschafts- und finanzpolitische Seite beizukommen versuchten, waren langfristig auf Grund der übergreifenden politischen Differenzen und Antagonismen zum Scheitern verurteilt. So wurden die Bemühungen der Zentralbanken zur Stützung der deutschen Währung zwar zunächst mit einem definitiven Erfolg belohnt, dienten aber lediglich der Überbrückung, nicht hingegen der Überwindung der deutschen Krise. Da die bloße Prolongierung des der Reichsbank einmal gewährten Rediskontkredites keine Lösung auf weite Sicht sein konnte und da dieses Engagement auch dann ein für alle Beteiligten unsicheres Unternehmen blieb, wenn Governor Harrison als deutsche Gegenleistungen eine Verschärfung der Restriktionen und eine Heraufsetzung des Diskontes verlangte, wurde auch diese Frage in die Tagesordnung der Londoner Regierungskonferenz vom Juli 1931 aufgenommen.

Diese Beratungen zwischen Vertretern der Young-Mächte und der Vereinigten Staaten schlossen ohne konstruktives Ergebnis und bildeten den Auftakt zu

3) Bennett, a.a.O., S. 307

einem Wechselspiel, in dessen Verlauf sich Regierungen und Banken gegenseitig die Verantwortung für die deutsche Finanzkrise und ihre Lösung zuwiesen. Die Londoner Konferenz setzte einen Sachverständigen-Ausschuß ein, der überhaupt die Höhe der gesamten deutschen Auslandsverschuldung feststellte. Die Autoren sahen in der Verbesserung der politischen Atmosphäre eine *conditio sine qua non*: Zusammenarbeit und Vertrauen untereinander bildeten die erste und grundlegende Voraussetzung für eine wiederanzustrebende Kreditwürdigkeit Deutschlands. - Mit dieser Empfehlung (und in verwässerter Form auch durch den Beneduce-Bericht von 1932) wurde den Regierungen der unmißverständliche Auftrag erteilt, die politische Gesamtproblematik in Verhandlungen aufzugreifen und in einer politischen Übereinkunft aufzulösen.

In dem Maße, wie sich die offiziellen Führungsschichten in den westlichen Hauptstädten nicht zu einer umgehenden, adäquaten Reaktion glaubten entschließen zu können, wuchs die Bedeutung halboffizieller und privater Gruppen, in deren Macht es stand, zumindest auf eine wirtschaftliche Teilfrage eine wirtschaftliche Teilantwort zu geben: Auf Anregung des amerikanischen Präsidenten organisierten sich die privaten ausländischen Gläubigerbanken und stimmten einer Stillhaltung zu, die dem deutschen Geldmarkt für befristete Dauer seinen hohen Bestand an kurzfristigen Privatkrediten erhalten sollte und somit eine zum politischen Hoover-Moratorium komplementäre Absicherung bot.

Dadurch ist auch bereits der Stellenwert der Stillhalteabkommen gekennzeichnet: Sie waren ein geeignetes Instrument, um in der lebensbedrohlichen Krise der deutschen Kreditwirtschaft Erste Hilfe zu leisten und provisorischen Schutz zu gewähren. Ein positives Moment ist sicherlich auch in der Kooperationswilligkeit der großen international arbeitenden Banken zu sehen, die zumindest die Hoffnung auf eine über Zwischenlösungen hinausgehende Politik in sich barg. Gemeinsam mit dem Hoover-Moratorium verschaffte die Stillhaltung den beteiligten Ländern und ihren Regierungen eine Atempause, die für eine tatsächliche Sanierung und grundlegende Bereinigung erforderlich schien.

Primär dem Ziel verpflichtet, ein Ende des Reparationssystems herbeizuführen, sah sich die Reichsregierung in dem Konflikt, entweder den privatwirtschaftlichen oder den politischen (Reparations-)Verpflichtungen Priorität einräumen zu müssen. Entschied sie sich für den ersten Weg, verspielte sie letzte Chancen, zu einer existentiell notwendigen Verständigung mit Frankreich zu gelangen. Entschied sie sich aber für den zweiten Weg, entzog sie selbst jenen anglo-amerikanischen Kreisen den Boden, die - trotz unterschiedlicher Akzentsetzung - für eine Restabilisierung Mitteleuropas eintraten. Brüning versuchte, eine Mittelkurs zu steuern, auf dem er beiden Bereichen halbwegs gerecht werden wollte; wieviel diplomatischer Manövrierfähigkeit diese Linie bedurfte, kommt klar in den Auseinandersetzungen zum Ausdruck, unter welchen Bedingungen der im Young-Plan vorgesehene Beratende Sonderausschuß einzuberufen sei.

Ob in der von Brünings Kritikern vorgeschlagenen Abwertung eine während der Krise durchsetzbare Alternative zu sehen ist, muß wohl bei aller Vorsicht gegenüber einem hypothetischen "Was wäre wenn?" im Hinblick auf die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen verneint werden. Seit Inkrafttreten des ersten Stillhalteabkommens unterlag die deutsche Währung ja einer partiellen Bewirtschaftung. Während das als Modellfall zitierte Großbritannien noch vor der Entscheidung zwischen Pfundabwertung oder Devisenbewirtschaftung stand, waren in Berlin die Würfel im Herbst 1931 bereits gefallen; eine aktuelle Notsituation wie in London bestand also auf Grund des Moratoriumsschutzes für die Reichsmark nicht mehr.

Das System von Moratorien und Stillhaltung, an dessen Einrichtung die ausländischen Gläubiger entscheidend Anteil hatten, enthub den Reichskanzler der Notwendigkeit zu raschen Entscheidungen. Insgesamt mangelte es der Reichsregierung an der Bereitschaft zu einem genuinen quid pro quo, was sich besonders verhängnisvoll in ihrer Politik gegenüber Frankreich auswirkte. Für Paris waren die Sphäre des Finanziellen und des Politischen unauflöslich miteinander verbunden; die Wahrung seiner Sicherheitsinteressen gegenüber Berlin durchzogen leitmotivisch die komplexe Gestaltung seiner Politik. Dieser Grundkonstellation eines deutsch - französischen

Gegensatzes trugen weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien in angemessener Weise Rechnung. Trotz positiver und richtungsweisender Anstrengungen ist Washington wohl kaum von dem Vorwurf freizusprechen, mit seiner theoretisierenden Trennung von Reparationen (als einem innereuropäischen Finanzproblem) und Kriegsschulden (als einem geschäftsmäßigen Zahlungsvorgang zwischen alliierten Schuldnern und ihrem Gläubiger USA) zu einer Perpetuierung der Krise beigetragen zu haben. Am ehesten müßte noch London eine konstruktive Rolle zuerkannt werden: Seite an Seite mit den Vereinigten Staaten unterstützte Großbritannien zunächst eine Abfolge von Notmaßnahmen, wie sie mit dem Schuldenfeierjahr und mit der Stillhaltung eingerichtet wurden. London betrachtete sie aber nicht als einen Erfolg an sich, sondern als Anfangspunkt und Auftrag, die provisorische Stabilisierung Deutschlands durch eine umfassende, internationale Lösung, d.h. die Streichung des Reparations- und Kriegsschuldensystems, langfristig zu untermauern. Daß England in seinen Bemühungen scheiterte, schmälert nicht notwendigerweise das Verdienst einer Politik, die das Diktat nationalistischer Zielsetzungen und Antagonismen zu überwinden versuchte. Hierfür war die Zeit nicht reif.

In diesem Kontext gewinnt die Stillhaltung ihre politische und wirtschaftliche Relevanz: Je mehr es in der offiziellen Politik Europas und der USA darauf ankam, das Gesicht zu wahren und eigenes Prestige auszuspielen, als sich einem Prozeß gegenseitigen Gebens und Nehmens zu öffnen, desto tiefer sahen sich die westlichen Länder in eine Sackgasse treiben. Was lag näher, als Auswege außerhalb der Regierungen, nämlich in den halboffiziellen und privaten Sektoren der Gesellschaft zu suchen und zu nutzen? Vor dem Hintergrund zunehmender Unflexibilität des politischen Kräftefeldes erwies sich die private Aktion der Stillhaltung als ein probates, verhältnismäßig effizientes Mittel, der deutschen Krise ihre lebensbedrohende Schärfe zu nehmen. Daß der ursprüngliche Sinn der Stillhalteabkommen mit jeder Prolongierung mehr in Frage gestellt und pervertiert wurde, ist nicht in erster Linie der politischen Blindheit der beteiligten Bankiers zuzuschreiben. Dies ist vor allem eine Unterlassungssünde der Regierungen, die es nicht verstanden, in gemeinsamer Anstrengung ein privates und provisorisches Moratorium durch fundierte politische Entscheidungen obsolet werden zu lassen.

Das lose Netz der Stillhaltung, das um die deutsche Wirtschaft gelegt worden war, um ihren Zusammenhalt zu gewährleisten, hatte sich zwischen 1931 und 1933 zu einem engmaschigen Geflecht von Reglementierungen verdichtet, das durch wachsende Starrheit und Undurchlässigkeit gekennzeichnet war. Es liegt eine gewisse Ironie in der Feststellung, daß die ausländischen Gläubiger und vor allem die Amerikaner mit der von ihnen maßgeblich mitgestalteten Stillhaltung das Fundament für ein System schufen, das die umfassende Beherrschung und totale Inanspruchnahme der Wirtschaft für die Ziele der Politik ermöglichte. Devisenkontrolle, Quotensetzung, Kontingentierung, Transferhemmnisse, Clearingabkommen, Konversionskasse, Ausländersonderkonten, Sperrmark, Registermark, Tilgungssperrmark, Aski-Mark - all diese Merkmale der deutschen Zwangswirtschaft der dreißiger Jahre waren keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern zum Teil in der seit dem Sommer 1931 betriebenen Politik bereits keimhaft angelegt, zum Teil auch ausgereift und praktisch angewandt. An diesem Punkt tritt die Fragwürdigkeit einer verbreiteten Geschichtsbetrachtung zutage, die von der These ausgeht, mit der Machtergreifung Hitlers habe sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ein Bruch vollzogen. In wirtschaftlicher Betrachtungsweise läßt sich eine derartige Behauptung keineswegs aufrechterhalten: Die Ansätze zu einer staatlichen Maßgaben unterworfenen Wirtschaft fangen die Bestimmungen der Stillhalteabkommen wie ein Hohlspiegel ein. Was im Juli 1931 zur raschen Krisenüberbrückung als Provisorium geschaffen wurde, bauten die Nationalsozialisten zu einem in sich geschlossenen System aus. Jenes internationalen Interesses verpflichtete, lose Sicherheitsnetz wurde zu einem nationalsozialistischen Zielsetzungen dienenden, festgezurrtten Fangnetz umfunktioniert.

E ANHANG

QUELLEN - und LITERATURVERZEICHNIS

I UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

A VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

1. National Archives, Washington, D.C. (NA)
 - a) Record Group 59: General Records of the Department of State
 - b) Record Group 151: Records of the Bureau of Foreign and Domestic Commerce, Department of Commerce
 - c) Record Group 39: Record of the Bureau of Accounts (Treasury)
2. Library of Congress, Manuscript Division, Washington, D.C.
 - a) Eugene Meyer Papers
 - b) Ogden L. Mills Papers
3. Federal Reserve Board, Washington, D.C.
Minutes of Meetings of the Board
4. Federal Reserve Bank, New York City (FED)
 - a) Committee on German Foreign Credit
 - b) Germany-Reichsbank-Credit
 - c) Minutes of Meetings of Senior Committee
 - d) George L. Harrison Papers (größtenteils Duplikate aus dem Nachlaß in der Butler Library)
5. Butler Library, Columbia University, New York City
George L. Harrison Papers
6. Baker Library, Harvard University, Cambridge
 - a) Thomas W. Lamont Papers
 - b) Winthrop W. Aldrich Papers
7. Sterling Memorial Library, Yale University, New Haven
 - a) Russell C. Leffingwell Papers
 - b) Henry L. Stimson Papers
8. Herbert Hoover Presidential Library, West Branch/Iowa
 - a) Herbert Hoover Papers
 - b) William R. Castle Papers
 - c) Henry L. Stimson Papers (in Fotokopie und Mikrofilm)
9. Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford
Papers of Herbert Hoover
10. Bank of America, San Francisco
 - a) Record Group 3.4, 3.6: Standstill Credits - Germany
 - b) Record Group 2.3 : Loans - Foreign Countries
 - c) Record Group 10.1 : Germany

11. Bankers Trust Company, New York City
 12. Chase Manhattan Bank, New York City
 13. Citicorp/First National City Bank, New York City
 14. Hanover Manufacturers Trust Company, New York City
- (soweit vorhanden jeweils Aktenbestände: Auslandsanleihen,
Reparationen,
Stillhaltung)

B DEUTSCHLAND

1. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
 - a) Büro Reichsminister
 - b) Büro Staatssekretär
 - c) Politische Abteilung III: Vereinigte Staaten
 - d) Wirtschafts-Reparationen
 - e) Sonderreferat Wirtschaft
 - f) Handakten Ritter
 - g) Handakten Köpke
2. Bundesarchiv, Koblenz
 - a) Reichskanzlei (R 43 I)
 - b) Reichsfinanzministerium (R 2)
 - c) Reichswirtschaftsministerium (R 7)
 - d) Bankers Trust (R 111)
 - e) Nachlaß Kastl
 - f) Nachlaß Luther
 - g) Nachlaß Pünder
 - h) Nachlaß Silverberg
3. Institut für Zeitgeschichte, München
Nachlaß Schäffer
4. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
5. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
6. Deutsche Bank, Frankfurt/M.
7. Bankhaus M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
8. Werner-Siemens-Institut, München
(soweit vorhanden jeweils Aktenbestände: Auslandsanleihen,
Reparationen
Stillhaltung)

II VERÖFFENTLICHTE QUELLEN

Das Abkommen von Lausanne. Mit einer Einleitung von Erich Welter, Frankfurt 1932

Akten zur auswärtigen deutschen Politik, 1918-45, Serie B, 1925-33, I, 1. Bd., Göttingen 1966

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Erster Jahresbericht über das am 31. März 1931 abgelaufene Geschäftsjahr, Basel 19.5.1931

Zweiter Jahresbericht, Basel 10.5.1932

Dritter Jahresbericht, Basel 8.5.1933

Das Basler Gutachten über die deutsche Wirtschaftskrise.

Der Layton-Bericht. Bericht des auf Empfehlung der Londoner Konferenz von 1931 ernannten Sachverständigen-Ausschusses bei der B. I. Z., Frankfurt 1931

Der Basler Reparationsbericht. Das Gutachten des Beneduce-Ausschusses. Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses, Frankfurt 1932

Das dem Beratenden Sonderausschuß aus amtlichen deutschen Quellen zur Verfügung gestellte Material, hrsg. von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel 1931

Commerce Reports. Trade Information Bulletin, hrsg. vom US-Department of Commerce, Washington 1931 ff.

Documents in International Affairs, 1929-1933, hrsg. v. John W. Wheeler-Bennett, Oxford, London 1930-34

Documents on British Foreign Policy, 1919-1939, Serie II, Bd. 1, 2, hrsg. v. E.L. Woodward/R. Butler, London 1947 ff. (zit. als DBFP)

Documents on German Foreign Policy, Serie B : 1925-1933, Serie C : 1933-1937, London 1946 ff. (zit. als DGFP)

Efforts Toward Credit Stabilization in Germany. Texts of the Basle Standstill Agreement of August 18, 1931, of the Berlin Standstill Agreement of January 23, 1932, and of the Report of the Special Advisory Committee, Issued at Basle on December 23, 1932; New York 1932

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 50.-53. Jg., Berlin 1931-34

Der Neue Plan. Young Plan und Haager Vereinbarungen nebst deutschen Ausführungsvorschriften. Text und Kommentar, hrsg. v. Eduard Heilfron/Paul Nassen, Berlin 1931

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930-33, Washington 1943 ff. (zit. als FRUS)

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, 2 Bde., hrsg. v. Gerhard Schulz, = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4/I,II, Düsseldorf 1980

Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1929-1934, hrsg. v. Johannes Hohlfeld, Bd. III, Leipzig 1934

Reparationen und Kriegsschulden. Von der Hoover-Erklärung zur Lausanner Konferenz. Materialien der internationalen Politik in deutscher Sprache zusammengestellt im Berliner Sekretariat des deutsch-französischen Studienkomitees, = Europa-Dokumente, Bd. 2 und = Schriftenreihe der "Europäischen Revue", Bd. 2, hrsg. v. Karl Anton Rohan, Berlin 1932

Report of the Committee of Experts on Reparations, London 1930

Die interalliierten Schulden, ihre Entstehung und ihre Behandlung im Young-Plan, = Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 11, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1930

Survey of International Affairs, hrsg. v. Arnold J. Toynbee, London 1925 ff.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Herbert Michaelis/Ernst Schraepler, Bd. 7, Berlin 1962

Der Vertrag von Lausanne. Text und Kommentar, hrsg. v. Karl Strupp, Gießen, Berlin, Leipzig 1934

Die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung, = Schriften der Industrie- und Handelskammer Köln, Köln 1932

Der Young-Plan. Der Schlußbericht der Pariser Sachverständigen-Konferenz im amtlichen Wortlaut, Frankfurt 1929

III BIBLIOGRAPHIEN, HANDBÜCHER

- Arndt, J.R.K.; Olson, M.I. (Hrsg.): Deutsch-amerikanische Zeitungen und Zeitschriften 1732-1955, Heidelberg 1961
- Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderen bürgerlichen Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1968
- Hainebach, Hans: German Publications on the United States, 1933-1945, = Bulletin of the New York Public Library 52, New York 1948
- Hamer, Philip M.: A Guide to Archives and Manuscripts in the United States, New Haven 1961
- Handlin, Oscar, et al. (Hrsg.): Harvard Guide to American History, Cambridge 1955
- Horkenbach, Kuno: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930 und 1932
- Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur, (begründet v. F. Dietrich), Abt. A, B, 1920/21 ff.
- Kent, George O. (Hrsg.): A Catalogue of Files and Microfilms of the German Foreign Ministry Archives, 1920-1945, 4 vols., Stanford 1962 und 1964
- Langer, William L.; Hamilton Fish Armstrong (Hrsg.): Foreign Affairs Bibliography. A Selected and Annotated List of Books on International Relations, 2 vols., New York, London 1933 und 1945
- National Archives (Hrsg.): List of National Archives Microfilm Publications 1966, Washington 1966
- Plischke, Elmer: American Foreign Relations. A Bibliography of Official Sources, College Park, Maryland 1955
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Bibliographie der Sozialwissenschaften. Monatshefte der Buch- und Zeitschriftenliteratur des In- und Auslandes über Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Statistik, Berlin 1930 ff.
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 71-74, 1930-33
- Tracey, Kathleen (Hrsg.): Herbert Hoover - A Bibliography. His Writings and Addresses, = Hoover Bibliographical Series 58, Stanford 1977
- Trumpp, Thomas; Köhne, Renate: Archivbestände zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Boppard 1979
- Vogelsang, Thilo: Bibliographie zur Zeitgeschichte, Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953)

IV ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

The Annals	Magazin der Wirtschaft
Archiv für Sozialgeschichte	Midi
Archiv für Sozialwissen- schaften und Sozialpolitik	Sozialistische Monatshefte
Weltwirtschaftliches Archiv	Münchner Neueste Nachrichten
Die Bank	The New York Times
Bankarchiv	Financial News
Bankwissenschaft	Der Deutsche Oekonomist
Deutsche Bergwerks-Zeitung	Soziale Praxis
Berliner Börsen-Courier	Europäische Revue
Berliner Börsen-Zeitung	Schmollers Jahrbuch
Berliner Tageblatt	Das Tagebuch
Business History Review	Die Tat
The Commercial and Financial Chronicle	Le Temps
The Economist	The Times
Frankfurter Zeitung	The Financial Times
Die Gesellschaft	United States Daily
Hamburger Fremdenblatt	Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung
Hamburgischer Correspondent	Der deutsche Volkswirt
The Economic History Review	Vossische Zeitung
Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte	Wall Street Journal
The Journal of Commerce	Wirtschaft und Statistik
Economic Journal	Wirtschaftsdienst
Quarterly Journal of Economics	Deutsche Wirtschafts-Zeitung
Kölnische Zeitung	Juristische Wochenschrift
Kredit und Kapital	Deutsche Allgemeine Zeitung
	Neuer Zürcher Zeitung

V. SEKUNDÄRLITERATUR

- Adler, Selig: The Uncertain Giant: 1921-41. American Foreign Policy between the Wars, = The American Diplomatic History Series, hrsg. von Armin Rappaport, New York 1965
- Alger, Chadwick F.: The External Bureaucracy in United States Foreign Affairs; In: The Administrative Science Quarterly, Heft 7, 1962/63
- Alexander, Magnus W.: A Realistic Approach to the Problem of Intergovernmental Debts. Address Delivered at the 16th Annual Meeting of the National Industrial Conference Board on May 19, 1932 in New York City, New York 1932
- Allen, Frederick Lewis: Since Yesterday: The Nineteen-Thirties in America ..., New York 1940
- Angell, James W.: Der Wiederaufbau Deutschlands. Von Versailles bis zum Young-Plan, München, Leipzig 1930
- Angermann, Erich: Die Vereinigten Staaten von Amerika, München 1973
- Antonucci, Alceste: Le Bilan des Réparations et la Crise Mondiale, Paris 1935
- Argoud, Jean: La Banque des Règlements Internationaux dans le Cadre de l' Economie Mondiale, Paris 1931
- Auboin, Roger: Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich 1930-1955. In: Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 25. Jahresbericht, 1. April 1954 - 31. März 1955, Anlage S. 1-38
- Bandera, Vladimir Nicholas: Foreign Capital as an Instrument of National Economic Policy. A Study Based on the East European Countries between the World Wars, The Hague 1964
- Bauer, Raymond A.; Pool, Ithiel de Sola; Dexter, Lewis A.: American Business and Policy. The Politics of Foreign Trade, New York 1967
- Baumann, Georg: Atlantikpakt der Konzerne. Die internationale Kapitalverflechtung in Westdeutschland, = Quellen und Studien des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte Berlin/Ost, Berlin 1952
- Barrett, Robert John: Germany's Debt Problem, London 1932
- Beard, Charles A.: The Idea of National Interest. An Analytical Study in America Foreign Policy, edited with New Material by Alfred Vagts and William Beard, Chicago 1966
- Beckerath, Herbert von: Die Gefahren Übermäßiger Auslandskredite für Währung und Wirtschaft. In: Die Kreditwirtschaft, 1927, Bd.II, Seite 1 - 18, = Kölner Vorträge, veranstaltet von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Wintersemester 1926/27

- Behrdom, Wilhelm; Sudau, Kurt: Die neue deutsche Devisengesetzgebung einschließlich Stillhalte- und Kreditabkommen auf Grund der im Mai und Juni 1932 erfolgten Neukodifizierung des Devisenrechts, der maßgebenden Runderlasse des Reichswirtschaftsministerium sowie sonstiger Rechtsbestimmungen. Systematisch für die Praxis nach dem Stande vom 1. August 1932, Berlin 1932
- Bennecke, Heinrich: Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus, 1918-1938, München, Wien 1970
- Bennett, Edward W.: German Rearmament and the West, 1932-1933, Princeton Univ. Press 1979
- Bennett, Edward W.: Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, = Harvard Historical Monographs, Vol. L, Cambridge 1962
- Herbusse, Edward J.: Diplomatic Relations between the United States and Weimar Germany, 1919-1929, diss. Washington 1951 (Maschinenschrift)
- Berg, Peter: Deutschland und Amerika 1918-1929. Über das deutsche Amerika - bild der zwanziger Jahre, = Historische Studien, Heft 385, Lübeck, Hamburg 1963
- Bergmann, Jürgen; Megerle, Klaus; Steinbach Peter: Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, = Geschichte und Theorie der Politik. Abhandlungen aus dem Institut für Grundlagen der Politik des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Unterreihe A: Geschichte, Band 1, Stuttgart 1979
- Bergmann, Karl: Deutschland und der Young Plan, Berlin 1930
- Berle, Adolf A.: The Future of American Banking, New York 1933
- Berle, Adolf A.; Means, Gardiner C.: The Modern Corporation and Private Property, New York 1932
- Bernstein, Grete: Die Argumentation der Unternehmer im Wirtschaftskampf, diss. Heidelberg 1930
- Bersuch, Martin: Das Fremdkapital der deutschen Großbanken seit der Stabilisierung der Währung, = Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, Band 19, Stuttgart 1932
- Beveridge, Sir William Henry: Tariffs: The Case Examined, New York 1932
- Blankenburg, Paul; Dreyer, Max: Nationalsozialistischer Wirtschaftsaufbau und seine Grundlagen, Berlin 1934
- Blum, John Morton (Hrsg.): From the Morgenthau Diaries, Years of the Crisis, 1928-1938, Boston 1959
- Bonn, Moritz Julius: Der Neue Plan als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik, München 1930

- Bonnefon-Craponne, Jean: La Pénétration Economique et Financière des Capitaux Américains en Europe, Paris 1930
- Bonnell, Allen Thomas: German Control Over International Economic Relations, 1930-1937. (An Abstract of a Thesis), Urbana 1938
- Borchardt, Knut: Zur Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise, Sonderdruck aus: Theorie und Politik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Hans Möller zum 65. Geburtstag, hrsg. von Knut Borchardt und Franz Holzheu, Stuttgart, New York 1980, Seite 165-81
- Borchardt, Knut: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, In: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1979, München 1979, Seite 85-132
- Born, Karl Erich: Die deutsche Bankkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967
- Born, Karl Erich (Hrsg.): Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, = Neue wissenschaftliche Bibliothek 12, Köln, Berlin 1966
- Borsky, U.: The Greatest Swindle in the World: The Story of the German Reparations, London 1942
- Bouton, S.Miles: Chiefly Concerning Garet Garrett, Berlin 1923
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, = Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, hrsg. von Otto Stammer, Band 4, Villingen 1971
- Bracher, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik im Spiegel der Memoiren, In: Politische Literatur, 2. Jg., Heft 9 (1953), S. 339-50
- Bracher, Karl Dietrich; Sauer, Wolfgang; Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln, Opladen 1960
- Brady, Robert A.: Business as a System of Power, New York 1943
- Bräutigam, Harald: Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus Probleme neuzeitlicher Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1936
- Brandes, Joseph: Herbert Hoover and Economic Diplomacy. Department of Commerce Policy, 1921-28, Pittsburgh 1962
- Bratz, Maria: Der deutsche Privatbankierstand in der Nachkriegszeit 1918-1933, diss. Berlin 1937
- Brecht, Arnold: Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der Deutschen Republik, Wien 1948

- Bresciani-Turroni, Constantino: Der Widersinn der Reparationen (Die Grenzen des automatischen Transfers), In: Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Julius Wolf zum 20. April 1932, hrsg. v. Siegfried von Kardorff, Hans Schäffer, Götz Briefs, Hans Kroner, Stuttgart 1932, S. 301-06
- Brockdorff, Alexander Graf: Das Youngsystem und seine Wirkung, Langensalza 1930
- Brown, William A.: The International Gold Standard Reinterpreted, 1914-34, New York 1940
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-34, Stuttgart 1970
- Brüning, Heinrich: Brünings Mahnruf. Hundert Meter vor dem Ziel. Aus einer bisher unbekannten Rede des Reichskanzlers, gehalten vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am 24. Mai 1932, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 272, 23.11.1965, S. 11/12
- Buchner, Hans: Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre, = Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 16, München 1932
- Bürger, Hella: Großbritannien, Deutschland und das Hoover-Moratorium. In: Fritz Klein (Hrsg.), Die USA und Europa 1917-45. Studien zur Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und Europa von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, = Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 45, Berlin(Ost) 1975, Seite 129-44
- Burgess, William Randolph (Hrsg.): Interpretations of Federal Reserve Policy in the Speeches and Writings of Benjamin Strong, New York, London 1930
- Cabiati, Attilio: Der Widersinn der Reparationen und die internationale Bank, = Europa und die Weltwirtschaft. Schriften zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Alten Welt, Band 5, Berlin 1930
- Carlton, David: MacDonald Versus Henderson: The Foreign Policy of the Second Labour Government, London 1970
- Carosso, Vincent P.: Investment Banking in America. A History, = Harvard Studies in Business History, vol. 25, Cambridge 1970
- Castillon, Richard: Les Réparations Allemandes. Deux Expériences: 1919-32, 1945-52, Paris 1953
- Chambaty, Alfred: Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich unter besonderer Berücksichtigung der Kooperation der Notenbanken, diss. Bern 1939
- Chandler, Lester V.: American's Greatest Depression, 1929-41, New York 1970
- Chandler, Lester V.: Benjamin Strong, Central Banker, Washington, D.C. 1958

- Chéradame, André: Sam, A Votre Tour, Payez !, Paris 1931
- Clarke, Stephen V.O.: The Reconstruction of the International Monetary System: The Attempts of 1922 and 1933, = Princeton Studies in International Finance, No. 33, Princeton 1973
- Clarke, Stephen V.O.: Central Bank Cooperation: 1924-31, New York 1967
- Class, Heinrich: Die außenpolitischen Wirkungen des neuen Tributsystems, München 1930
- Clay, Henry: Lord Norman, London 1957
- Cleveland, Harold van B.: The International Monetary System in the Interwar Period, In: Benjamin M. Rowland (Hrsg.), Balance of Power or Hegemony, New York 1976, S. 1-59
- Cochran, Thomas C.: The Great Depression and World War II, 1929- 45, = The Scott Foresman American History Series, vol. 7, Glenview, Ill. 1968
- Compton, James V.: The Swastika and the Eagle. Hitler, the United States and the Origins of World War II, Boston 1967
- Condliffe, J.B.: World Economic Survey 1931-32, = Series of League of Nations Publications, Economic Intelligence Service, Geneva 1932
- Conze, Werner; Raupach, Hans (Hrsg.): Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, = Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. v. Werner Conze, Band 8, Stuttgart 1967
- Costigliola, Frank Charles: The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe, 1924-30, Cornell Univ.Press. 1973
- Couve de Murville, M.: Le Problème des Transferts, Paris 1929
- Craig, Gordon Alexander: From Bismarck to Adenauer - Aspects of German Statecraft, Baltimore 1958
- Cuff, Robert D.: Business, Government and the War Industries Board, diss. Princeton Univ. Press 1966
- Current, Richard N.: Secretary Stimson. A Study in Statecraft, Rutgers College, New Jersey 1970
- Curtius, Julius: Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit, Stuttgart 1951
- Curtius, Julius: Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948
- Czichon, Eberhard: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, = Kleine Bibliothek Politik, Wissenschaft, Zukunft, Band 16, Köln 1971

- Damerau, Kurt: Die Ursachen des Bankenkrahns vom 13. Juli 1931 (mit einem kurzen Überblick über die spätere Entwicklung im deutschen Bankwesen), diss. Erlangen 1947
- Davis, J.S.: The World Between The Wars, 1919-39: An Economist's View, Baltimore 1975
- Dawes, Charles Gates: A Journal of Reparations, New York, London 1939
- DeConde, Alexander: A History of American Foreign Policy, New York 1971
- Dederke, Karlheinz: Reich und Republik: Deutschland 1917-33, (hrsg. in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte München), Stuttgart 1969
- Delivanis, Demetre J.: La Politique des Banques Allemandes en Matière de Crédit à Court Terme, Paris 1934
- Dernis, Georges: La Renaissance du Crédit en Allemagne, Paris 1927
- Deschiêtère, Raymond: Les Réparations, Paris 1931
- Deutsch, Karl W.: External Influences on the Internal Behavior of States, In: Robert Barry Farrell (Hrsg.), Approach to Comparative and International Politics, Evanston 1966, Seite 5-26
- Divine, Robert A.: The Illusion of Neutrality, Chicogo 1962
- Doering, Dörte: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-35. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, diss.Berlin 1969
- Dodd, William F.: Ambassador Dodd's Diary, 1933-38, hrsg. v. William E. Dodd/Martha Dodd, London 1941
- Douglass, Paul Franklin: The Economic Dilemma of Politics. A Study of the Consequences of the Strangulation of Germany, New York 1932
- Dröge, Georg: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Frankfurt, Berlin, Wien 1972
- Druc, Henech: Die Stellung der deutschen Tagespresse und Wirtschaftswissenschaft zum Youngplan, diss. Basel 1947
- Duisberg, Carl: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-33, Berlin 1933
- Duisberg, Carl: Meine Lebenserinnerungen, Leipzig 1933
- Dulles, Eleanor Lansing: The Bank for International Settlement at Work, New York 1932
- Edge, Walter Evans: A Jerseyman's Journal. Fifty Years of American Business and Politics, Princeton 1948

Enhi, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? - Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-32, = Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 111, Bonn-Bad Godesberg 1975

Einzig, Paul: Bankers, Statesmen and Economists, New York 1935 (Nachdruck 1967)

Einzig, Paul: Exchange Control, New York 1934

Einzig, Paul: Montagu Norman. A Study in Financial Statesmanship, London 1932

Einzig, Paul: The World Economic Crisis, 1929-32, London 1932

Einzig, Paul: The Bank for International Settlement, London 1932

Einzig, Paul: Behind the Scenes of International Finance, London 1931

Ellis, Howard S.: Exchange Control in Central Europe, Cambridge 1941 (Neudruck Westport, Conn. 1971)

Ellis, L. Ethan: Republican Foreign Policy, 1921-33, Rutgers Univ. Press 1968

Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, = Schriften des Vereins für Socialpolitik, neue Folge Band 37, Berlin 1965

Estler, Wolfgang: Die Importpolitik im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftspolitik unter dem Einfluß des republikanisch-demokratischen Führungswechsel zwischen den beiden Weltkriegen, diss. Mannheim 1967

Eulenburg, Franz: Außenhandel und Außenhandelspolitik. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, = Grundriß der Sozialökonomie, VIII, Tübingen 1923

Eyck, Erich: Die Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bde. Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1962

Fack, Fritz-Ulrich: Die deutschen Stahlkartelle in der Weltwirtschaftskrise - Untersuchung über den ökonomisch-politischen Einfluß ihres Verhaltens und ihrer Marktmacht auf den Verlauf der großen deutschen Staats- und Wirtschaftskrise, diss. Berlin 1957

Feder, Gottfried: Der Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft, München 1933

Federn, Walter: Der Zusammenbruch der österreichischen Creditanstalt, In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Band 67, 1932, S. 403-25

Feis, Herbert: The Diplomacy of the Dollar. First Era, 1919-32, Baltimore 1950

- Ferrell, Robert H.: Frank B. Kellogg, Henry L. Stimson, = The American Secretaries of State and Their Diplomacy, vol. 11, New York 1963
- Ferrell, Robert H.: American Diplomacy in the Great Depression. Hoover - Stimson Foreign Policy, 1929-33, = Yale Historical Publications, Studies 17, New Haven, London 1957
- Fick, Harald: Transferproblem und Transfertheorie. Ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen Theorie der deutschen Reparationen, = Abhandlungen des wirtschaftswissenschaftlichen Seminars zu Jena, Band 20,1, Jena 1929
- Fischer, Otto Christian: Die fehlerhafte Kreditpolitik, In: Untersuchung des Bankwesens 1933, hrsg. v. Untersuchungsausschuß für das Bankwesen 1933, I. Teil: Vorbereitendes Material (Ansprachen und Referate), 1. Band, Berlin 1933, S. 493-538
- Fischer, Wolfram: Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, In: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 26-50
- Fischer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1918-45, Opladen 1968
- Fischer, Wolfram: Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus, Lüneburg 1961
- Fleisig, Heywood W.: Long Term Capital Flows and the Great Depression: the Role of the United States, 1927-33, = Dissertations in American Economic History, (diss. Yale Univ.1969), New York 1975
- Flink, Salomon: The German Reichsbank and Economic Germany. A Study of the Policies of the Reichsbank in Their Relation to the Economic Development of Germany, with Special Reference to the Period After 1923, New York, London 1930
- Forstmann, Albrecht: Der Kampf um den internationalen Handel, Berlin 1935
- Fried, Ferdinand: Die heilige Allianz von Lausanne, In: Die Tat, Band 24, Heft 5, August 1932
- Fried, Ferdinand: Weltmoratorium - Weltbankrott, In: Die Tat, Band 23, Heft 4, Juli 1931
- Friedenthal, Elisabeth: Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, diss. Tübingen 1957 (Maschinenschrift)
- Fritzsche, Klaus: Politische Romantik und Gegenrevolution: Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft - das Beispiel des "Tat"-Kreises, Frankfurt 1976
- Frye, Alton: Nazi Germany and the American Hemisphere, 1933-41, New Haven, London 1967

- Galambos, Louis: Competition and Cooperation: The Emergence of a National Trade Association, Baltimore 1966
- Gardner, Lloyd C.: Economic Aspects of New Deal Diplomacy, Madison 1964
- Garrett, Garet: The Rescue of Germany. As Noble Lenders, New York 1931
- Garrett, Garet: Other People's Money! The Greatest American Racket, New York 1931
- Gatzke, Hans Wilhelm: European Diplomacy Between Two Wars 1919-1939, = Modern Scholarship of European History, Chicago 1972
- Gerteis, Walter: Die Währungs- und Kreditpolitik Deutschlands, Frühjahr 1930 bis Frühjahr 1932, Würzburg 1934
- Gideonse, Harry D.: The International Bank, = Rutgers Univ. Bulletin, Series VI, no.11: Bureau of Economic and Business Research, New Brunswick 1930
- Glad, Betty: Charles Evans Hughes and the Illusion of Innocence. A Study in American Diplomacy, Univ. of Illinois Press 1966
- Glashagen, Winfried: Die Reparationspolitik Heinrich Brünnings 1930-1931. Studien zum wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Auflösungsphase der Weimarer Republik, 2 Bde., diss. Bonn 1980
- Gnichwitz, Siegfried: Die Presse der bürgerlichen Rechten in der Ära Brüning - Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus, diss. Münster 1956 (Maschinenschrift)
- Goldsmith, Raymond William: Financial Intermediaries in the American Economy since 1900, = National Bureau of Economic Research (Hrsg.), Studies in Capital Formation and Financing, vol.3, Princeton 1958
- Gossweiler, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-32, Berlin (Ost) 1971
- Gossweiler, Kurt: Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934. Ein historischer Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer "Krisenüberwindung", In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil II, hrsg. v. der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Ost) 1968, S. 55-116
- Gottwald, Robert: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann, = Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band VI, Berlin 1965
- Graefrath, Herbert: Zur Geschichte der Reparationen, = Große Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft, VIII, Berlin (Ost) 1954
- Grävell, Walter: Der Außenhandel in der Nationalwirtschaft, Stuttgart 1937

- Greiff, Walter: Der Methodenwandel der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931, = Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, 1. Teil: Arbeiten zur europäischen Problematik, hrsg. v. Alfred Weber, 2. Heft, Berlin 1932
- Greifzu, Julius: Zwischen den Zeilen des Wirtschaftsteils der Zeitung, Hamburg 1932
- Gribble, Francis: What America Owes Europe, London 1932
- Grimm, Friedrich: Der Feind diktiert, Hamburg 1932
- Griziotti, Benvenuto: La Banque des Règlements Internationaux, In: Recueil des Cours 1932, tome 42, p. 351-466
- Grotkopp, Wilhelm: Die Große Krise, Lehren aus der Überwindung der Weltwirtschaftskrise 1929-32, Düsseldorf 1954
- Gutmann, Franz: Auslandskredite und Auslandsverschuldung, = Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, Heft 8, Berlin 1931
- Haas, Hermann; Ott, Rolf; Holzmann, Wilhelm: Auslandsanleihen und Reparationen. Auslandskredit und Volkswirtschaft. Die Beratungsstelle für Auslandskredit. Reparationen und Wechselkurse. Wissenschaftliche Abhandlungen, = Münchner Volkswirtschaftliche Studien, N.F. 7, Jena 1929
- Haberler, Gottfried von: Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt 1976, S. 205-248
- Haberler, Gottfried von: The Theory of International Trade, New York 1936
- Haberler, Gottfried von: Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik, Berlin 1933
- Hagemann, Wilhelm: Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, Berlin 1932
- Hahn, Ludwig Albert: Fünfzig Jahr zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963
- Hahn, Albert Ludwig; Lansburgh, Alfred; Lautenbach, Wilhelm; Neisser, Hans; Palyi, Melchior; Sulzbach, Walter; Welter, Erich: Die Reparationsbank - Kritische Betrachtungen, Frankfurt 1929
- Hallgarten, George W.F.: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-33, Frankfurt 1955
- Hallgarten, George W.F.; Radkau, Joachim: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt 1974
- Internationale Handelskammer (Hrsg.): Washington-Kongress 1931. Die Wirtschaftslage. Berichte der Landesgruppen, Paris 1931

- Hantos, Elemér: Die Kooperation der Notenbanken als Mittel zur Nationalisierung der Weltwirtschaft, Tübingen 1931
- Harbley, Maurice: Les Défaillances de L' Allemagne vis-à-vis de Ses Créanciers Privés et la Défense du Mark (1931-34), Paris 1934
- Hardach, Gerd: Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924-1931, = Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 27, Berlin 1976
- Hardach, Gerd: Die beiden Reichsbanken: Internationales Währungssystem und nationale Währungspolitik 1924-1931, In: Hans Mommsen; Dietmar Petzina; Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 375-86
- Hardach, Gerd: Reichsbank-Politik unter dem Gold-Devisen-Standard 1924-1931, habil. Marburg 1971 (Maschinenschrift)
- Harris, Charles R.S.: Germany's Foreign Indebtedness, London 1935
- Hauser, Oswald (Hrsg.): Weltpolitik 1933-39. 13 Vorträge, Göttingen 1973
- Hawley, Ellis W. et al. (Hrsg.): Herbert Hoover as Secretary of Commerce, 1921-1928. Studies in New Era Thought & Practice, = Herbert Hoover Centennial Series, Univ. of Iowa Press 1981
- Hawley, Ellis W.: The New Deal and the Problem of Monopoly. A Study in Economic Ambivalence, Princeton 1974
- Hawley, Ellis W.: Herbert Hoover and the Crisis of American Capitalism, Cambridge 1973
- Hawtrey, Ralph George: The Art of Central Banking, London 1932
- Heinecke, Gunther-Erfried: Revision des Young-Plans! - Ein Überblick über den Inhalt der gegenwärtigen Reparationsregelung und eine Darstellung der Revisionsgrundlagen und -möglichkeiten, = Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 56, Berlin 1931
- Heinemann, Ernst: Die Fiktion der deutschen Reparationsschuld, Berlin 1932
- Helbich, Wolfgang J.: Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, = Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, hrsg. v. W.Berges; C. Hinrichs; H. Herzfeld, W. Schlesinger, Band V, Berlin 1962
- Hermant, Max: Les Paradoxes Economiques de l' Allemagne Moderne, 1918-1931, Paris 1931
- Hermens, Ferdinand A.: Das Kabinett Brüning und die Depression, In: ders./Theodor Schieder (Hrsg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 287-319
- Herpel, Ludwig: Kredit-Autarkie schafft Arbeit und Erwerb, Hamburg 1932

- Hicks, John D.: Republican Ascendancy, 1921-33, = The New American Nation Series, hrsg. v. Richard M. Morris, Henry Steele Commager, Richard B. Morn, London 1960
- Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933-45. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1971
- Hillgruber, Andreas: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1969
- Hitler, Adolf: Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieclub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München 1932
- Hodgson, James Goodwin: Cancellation of International War Debts, New York 1932
- Hodgson, Richard Arthur: An Introduction to International Trade and Tariffs, New York 1932
- Hoerisch-Ruppel, Edith: Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlands politik der USA, Englands und Frankreichs und der Außenpolitik des deutschen Imperialismus unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise, 4 Bde., habil. Berlin (Ost) 1963 (Maschinenschrift)
- Hövel, Paul: Grundfragen der deutschen Wirtschaftspolitik, Berlin 1935
- Hofstadter, Richard: The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., London 1962
- Hogan, Michael J.: Informal Entente. The Private Structure in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918-28, Univ. of Missouri Press 1977
- Hogan, Michael J.: The United States and the Problem of International Economic Control: The Private Structure of Cooperation in American Foreign Policy, 1918-28, Univ. of Iowa Press 1974
- Hollenberg, A.: Drie Jaar Duitse Creditcrisis 1930-1933, Brüssel, Antwerpen 1933
- Holz, Kurt A.: Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., diss. Frankfurt 1977
- Holzmann, Wilhelm: Die Bedeutung der Maßnahmen des Reparationsagenten für die Gestaltung des Wechselkurses, Jena 1929
- Hooker, Nancy Harrison (Hrsg.): The Moffat Papers. Selections from the Diplomatic Journals of Jay Pierrepont Moffat, 1919-43, Cambridge 1956
- Hoover, Herbert: The Memoirs of Herbert Hoover, 3 vols., New York 1952
- Horwitz, Leo: Endkampf um die Reparationen - Zur Krise des politischen Schuldensystems, Leipzig 1931
- Hoyt, Edwin P.: The House of Morgan, New York 1966

- Hübler, Paul: Die Devisenbewirtschaftung in der Weltkrise, München 1934
- Hughes, Bradley Alexander: Owen D. Young and American Foreign Policy, 1919-29, diss. Univ. of Wisconsin 1969
- Hull, Cordell: Memoirs, 2 vols., London 1948
- Huthmacher, J. Joseph; Susman, Warren J. (Hrsg.): Herbert Hoover and the Crisis of American Capitalism, = The American Forum Series, Cambridge 1973
- Ickes, Jane D. (Hrsg.): The Secret Diary of Harold L. Ickes. The First Thousand Days, 1933-36, New York 1953
- Royal Institute of International Affairs (Hrsg.): The Problem of International Investment, New York 1937
- Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen, 2 Bde., Berlin 1932
- Iversen, Carl: Aspects of the Theory of International Capital Movements, New York 1935
- Jäger, Hans: Big Business and New Deal. Die kritische Reaktion der amerikanischen Geschäftswelt auf die Roosevelt'schen Reformen in den Jahren 1933-39, Stuttgart 1974
- Jannott, Kurt: Von Geld-Inflation über Kredit-Invasion zu ...?! Wirtschaftliche Betrachtungen aus den letzten 10 Jahren, Berlin 1932
- Jaudel, Pierre: Les Paiements Internationaux, Paris 1930
- Junker, Detlef: Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933-1941, = Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Band 8, hrsg. v. Martin Greiffenhagen; Eberhard Jäckel; August Nitschke, Stuttgart 1975
- Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland - Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, = Demokratie und Frieden, Band 2 - Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für politische Wissenschaft und europäische Fragen an der Universität zu Köln; Köln, Opladen 1966
- Karamikas, Constantin: La Banque des Règlements Internationaux, Paris 1931
- Kasch, Hellmut: Reichsbank und deutsche Nachkriegsverschuldung unter besonderer Berücksichtigung der Kontrolle des öffentlichen Kredits, diss. Göttingen 1931
- Keese, Dietmar: Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925-36, In: Werner Conze; Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967, S. 35-81
- Kennan, George F.: American Diplomacy, 1900-1950, London 1952

- Keynes, John M.: The German Transfer Problem, In: Economic Journal, vol. 39, Nr.153, März 1929, S. 1-7
- Kindleberger, Charles P.: Die Weltwirtschaftskrise, = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Wolfram Fischer, Band 4, München 1979
- Klass, Gert von: Unternehmer in Licht und Schatten. Der Weg der deutschen Arbeitgeberverbände, Wiesbaden 1962
- Klein, Burton H.: Germany's Economic Preparations for War, = Harvard Economic Studies, vol. 109, Cambridge 1959
- Klippstein, Kurt: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ihre Stellung im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr und ihre Bedeutung für Deutschland. Eine wirtschaftliche und bankbetriebliche Abhandlung über die BIZ, Würzburg 1934
- Knickerbocker, Hubert Renfro: The German Crisis, New York 1932
- Köhler, Henning: Das Verhältnis von Reichsregierung und Großbanken 1931, In: Hans Mommsen; Dietmar Petzina; Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 868-877
- Koenning, Reinhold F.: Das Problem der interalliierten Verschuldung und seine reparationspolitische Bedeutung. Ein Vortrag, Berlin 1931
- Kolko, Gabriel: Die Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt 1971
- Kooker, Judith L.: French Financial Diplomacy: The Interwar Years, In: Benjamin M. Rowland (Hrsg.), Balance of Power or Hegemony, New York 1976, S. 83-145
- Koza, Ingeborg: Die erste deutsche Republik im Spiegel des politischen Meinungs-Schrifttums - Untersuchungen bei den politisch Handelnden aus den Reihen der staatsbejahenden Parteien zur Zeit der ersten deutschen Republik, = Schriftenreihe zur Geschichte und politischen Bildung, Wuppertal, Ratingen, Kastelaun 1971
- Kreikamp, Hans Dieter: Deutsches Vermögen in den Vereinigten Staaten. Die Auseinandersetzung um seine Rückführung als Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1952-1962, = Studien zur Zeitgeschichte, Band 14 / Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland nach 1945, Bd. 2, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München; Stuttgart 1979
- Krejci, Michael: Die "Frankfurter Zeitung" und der Nationalsozialismus 1923-1933, diss. Würzburg 1965
- Kroll, Gerhard: Die deutsche Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskrise, In: Karl Erich Born (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln, Berlin 1966, S. 398-409
- Kroll, Gerhard: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin, 1958

- Krug, Paul: La Banque des Règlements Internationaux et Son Rôle en Matière de Crédit, Paris 1932
- Kuczynski, Jürgen: Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946. 16 Vorlesungen, Meisenheim 1948
- Kuczynski, Robert R.: Wall Street und die deutschen Anleihen. Bankiersprofite und Publikumsverluste, Leipzig 1933
- Kuczynski, Robert R.: Deutsche Anleihen im Ausland 1924-28, = Schriften des Institute of Economics, Washington, Bd. 2, Berlin 1929
- Kuczynski, Thomas: Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, 2 Bde., diss. Berlin (Ost) 1972 (Maschinenschrift)
- Lary, Hal.B. et al.: The United States in the World Economy. The International Transactions of the United States During the Interwar Period, Washington 1943
- Lautenbach, Wilhelm: Die Reparationsbank - Kritische Betrachtungen, Frankfurt 1929
- Layton, Sir Walter: Der Londoner Mißerfolg, In: Münchner Neueste Nachrichten, Nr.183, 7. 7. 1933
- Lefavre, Paul: La France et les Comptes de Guerre entre Berlin et Washington. Dettes Fictives. Créances Réelles. Le Redressement, Paris 1932
- Lewinsohn, Richard: Histoire de la Crise 1929-1934, Paris 1934
- Lewis, Cleona (unter Mitarbeit v. John C. McClelland): Nazi Europe and World Trade, = The Institute of Economics of the Brookings Institution, Publication No. 86, Washington 1941
- Lewis, Cleona: America's Stake in International Investment, Washington 1938
- Lewis, W. Arthur: Economic Survey, 1919-39, London 1970
- Liefmann, Robert: Inlandskapital, Auslandskapital, Kriegstribute. Untersuchungen über die Probleme der Kapitalbildung, = Weltwirtschaftliche Vorträge, Band 8, Leipzig 1930
- Link, Werner: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32. Die Vereinigten Staaten von Amerika und der Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1970
- Lippert, Gustav: Über den Youngplan hinaus, Wien 1931
- Lippmann, Walter: U.S. Foreign Policy, Shield of the Republic, New York 1943
- Lippmann, Walter: Interpretations, 1933-35. Selected and edited by Allen Nevins, New York 1936

- Lippmann, Walter (unter Mitarbeit v. O. Scroggs): The United States in World Affairs. An Account of American Foreign Relations 1931, = Publications for the Council on Foreign Relations, New York, London 1932
- Lippmann, Walter; Craig: Aggressive Introvert. A Study of Herbert Hoover and Public Relations Management, 1912-1932, Ohio State Univ. Press 1972
- Lloyd, George David: Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden, Berlin 1932
- Lloyd, Wildon: The European War Debts and Their Settlement, New York 1934
- Lochner, Louis P.: Herbert Hoover and Germany, New York 1960
- Lochner, Louis P.: Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955
- Lochner, Louis P.: Stets das Unerwartete. Erinnerungen aus Deutschland 1921 bis 1953, Darmstadt 1955
- Löbbecke, Friedrich: Die Kreditaufnahme des Deutschen Reiches von der Währungsstabilisierung 1923 bis zum Zusammenbruch 1945, Bonn-Bad Godesberg 1948 (ungedruckte Diss.)
- Lohe, E. S. de: Der Bruch der Großen Koalition und die Anfänge der Regierung Brüning im Urteil englischer Diplomaten. Chequers (März 1930 bis Juni 1931), Berlin 1961
- Lotz, Walther (Hrsg.): Die Auslandskredite in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 174: Finanzwissenschaftliche Untersuchungen, 3. Teil, München, Leipzig 1928
- Lücke, Rolf E.: 13. Juli 1931. Das Geheimnis der deutschen Bankenkrise, Frankfurt 1981
- Lücke, Rolf E.: Die deutsche Bankwirtschaft unter dem Dawes-Plan, In: Karl Erich Born (Hrsg.), Moderne Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln, Berlin 1966, S. 370-397
- Lücke, Rolf E.: Von der Stabilisierung zur Krise, = Publikationen des Basle Centre for Economic and Financial Research, Series B, No. 3, Zürich 1958
- Luther, Hans: Vor dem Abgrund. 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964
- Luther, Hans: Politiker ohne Partei, Stuttgart 1960
- Luther, Hans: Wirtschaftsfragen der Gegenwart, Jena 1932
- Machlup, Fritz: International Payments, Debts and Gold. Collected Essays. New York 1976

- Machlup, Fritz: Das Transferproblem: Thema und vier Variationen, In: Ordo, Bd. 14, 1963, S. 139-67
- Madden, John T.; Nadler, Markus; Sauvain, Harry C.: America's Experience as a Creditor Nation, New York 1937
- Maddison, Angus: Economic Growth in the West. Comparative Experience in Europe and North America, = Twentieth Century Fund Study, New York, London 1965
- Maddox, Robert James: William E. Borah and American Foreign Policy, Baton Rouge 1969
- Marks, Sally: The Illusion of Peace. International Relations in Europe, 1918-33, New York 1976
- Martin, Paul Christoph: Die deutsche Wirtschaftsentwicklung von der Weltwirtschaftskrise unter dem Einfluß der Monopolisierung und der amerikanischen Wirtschaftspolitik, diss. Bonn 1966 (Maschinenschrift)
- Matern, Hermann: Deutschland in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929-33, Berlin (Ost) 1956
- Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960
- McGarrah, Gates W.: Remarks of the President of the Bank for International Settlements Before the America Club of Paris, Paris, February 12, 1931 (published privatly by Guaranty Trust Company)
- Meesmann, Otto: Die deutschen Auslandsschulden und ihre Regelung, Oldenburg 1933
- Megerle, Klaus: Weltwirtschaftskrise und Außenpolitik. Zum Problem der Kontinuität in der Endphase der Weimarer Republik. In: Jürgen Bergmann; Klaus Megerle; Peter Steinbach (Hrsg.), Geschichte als politische Wissenschaft, Stuttgart 1979, S. 116-140
- Meier, Ernst: Zeittafel der deutschen Reparationen 1918-32, Erlangen 1932
- Mendershausen, Horst: Two Postwar Recoveries of the German Economy, = Contributions to Economic Analysis, VIII, hrsg. v.J. Tinbergen, B.J. Verdoorn; H.J. Witteveen, Amsterdam 1955
- Meyer, Richard Hemmig: Banker's Diplomacy. Monetary Stabilization in the Twenties, = Columbia Studies in Economics, vol. 4, New York, London 1970
- Moggridge, D.E.: British Monetary Policy, 1924-1931. The Norman Conquest of £ 4.86, Cambridge 1972
- Moltke, Kai: Krämer des Krieges. Die 5. Kolonne der Monopole, Berlin (Ost) 1953

- Mommsen, Hans; Petzina Dietmar; Weisbrod Bernd (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12. - 17. Juni 1973, Düsseldorf 1974
- Moreau, Emile: Souvenirs d'un Gouverneur de la Banque de France, Paris 1954
- Morgan, K. Phillips: Nicht warten - wirken! Amerikas Glaube an Deutschland. Positive Vorschläge, München 1931
- Morgan, Shepard: Constructive Functions of the International Bank. In: Foreign Affairs, vol. 9, No.4, July 1931, p. 580-591
- Morison, Elting E.: Turmoil and Tradition. A Study of the Life and Times of Henry L. Stimson, Boston 1960
- Morsey, Rudolf: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik der Brüning-Memoiren, = Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaften, Band 102, Opladen 1975
- Moulton, Harold G.; Pasvolsky, Leo: War Debts and World Prosperity, Washington 1932
- Mousley, Edward: A British Brief: England's Reparation Victims and War Debt, London 1932
- Mühlich, Ludwig: Die Reichsfinanzpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 unter besonderer Berücksichtigung der Finanzpolitik der Reichsregierung Brüning, diss. Tübingen 1949
- Müller, Helmut: Die Zentralbank - Eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik, = Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd.5, Opladen 1973
- Murray, Lawrence Leo III.: Andrew W. Mellon, Secretary of the Treasury, 1921-1932: A Study in Policy, diss. Michigan State Univ. Press 1970
- Myers, William Starr (Hrsg.): The State Papers and Other Public Writing of Herbert Hoover, 2 vols., Garden City 1934 (Nachdruck New York 1970)
- Myers, William Starr; Newton, Walter. H.: The Hoover Administration. A Documented Narrative, New York, London 1936 (Nachdruck 1971)
- Nadler, Markus; Bogen, Jules J.: The Banking Crisis. The End of an Epoch, London 1933
- Neebe, Richard: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981
- Nußbaum, Helga; Zumpe, Lotte: Wirtschaft und Staat in Deutschland: Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, 3 Bde, hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1978-80

- Osgood, Robert E.: Ideals and Self-Interest in America's Foreign Relations, Chicago, London 1953
- Papen, Franz von: Vom Scheitern einer Demokratie, Mainz 1968
- Papen, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952
- Papi, Guisepppe Ugo: The First Twenty Years of the Bank for International Settlements, Rom 1951
- Parrini, Carl P.: Heir to Empire. United States Economic Diplomacy, 1916-1923, Univ. of Pittsburgh Press 1969
- Peabody, Frederick W.; Coe, Frederick E.; Tucker, T.G.: Honour or Dollars? A Critical Examination of the Moral Obligations of America to Her Former Allies, Sydney 1930
- Pentzlin, Heinz: Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Frankfurt, Wien 1980
- Peterson, Edward Norman: Hjalmar Schacht For and Against Hitler. A Political-Economic Study of Germany, 1923-1945, Boston 1954
- Petit, Lucien Charles: Le Règlement des Dettes Interalliées, Paris 1932
- Petzina, Dietmar: Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, = Wissenschaftliche Paperbacks, Band 11, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. von Hans Pohl, Wiebaden 1977
- Petzina, Dietmar: Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968
- Pfaff, A.: Der Talmud der Wirtschaft. Der Young-Plan als Werkzeug des überstaatlichen geheimen Finanzvölkerbundes, München 1929
- Pfaul, Albert: Die Einheitsfront der Unterdrückten. Eine Festschrift für den Advokaten Raymond Poincaré und dessen Anhang John Pierpont Morgan, Josiah Stamp, Moreau, Francqui, Kango Mori, Düsseldorf 1929
- Phelps, Clyde William: The Foreign Expansion of American Banks. American Branch Banking Abroad, New York 1927
- Piatier, André: Le Contrôl des Devises Dans l'Economie du III^e Reich, Paris 1937
- Plummer, Arthur N.: The Great American Swindle Incorporated, New York 1932
- Poole, Kenyon Edwards: German Financial Policies, 1932-1939, = Harvard Economic Studies, vol. 66, Cambridge 1939.
- Pratt, Julius W. : A History of United States Foreign Policy, Eaglewood Cliffs, New York 1972
- Pratt, Julius W.: Cordell Hull, 1933-1944, 2 Bde, = The American Secretaries of State and Their Diplomacy, vol.12,13, New York 1964

- Predöhl, Andreas: Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft, = Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Band 161, Hamburg 1962
- Predöhl, Andreas: Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931, In: VfZ, 1. Jg. Heft 2, April 1953, S. 97-118
- Priester, Hans Erich: Das Geheimnis des 13. Juli. Ein Tatsachenbericht von der Bankenkrise, Berlin 1932
- Prittitz und Gaffron, Friedrich von: Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben, München 1952
- Proscour, Léon: La Crise des Banques de Crédit en Allemagne Depuis 1931, Paris 1935
- Pünder, Hermann: Politik in der Reichskanzlei: Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 bis 1932, hrsq. v. Thilo Vogelsang, = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte zur Zeitgeschichte, Nr. 3, Stuttgart 1961
- Pullen, William George: World War Debts and United States Foreign Policy, diss. Univ. of Georgia Press 1972
- Raab, Friedrich: Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen, Dresden 1932
- Redlich, Fritz: The Molding of American Banking: Men and Ideas, 2 vols., New York 1947, 1951
- Rees, Goronwy: The Great Slump. Capitalism in Crisis, 1929-33, London 1970
- Von der Königlichen Bank zur Deutschen Reichsbank. 175 Jahre deutscher Notenbankgeschichte. 20.Juli 1765 - 20.Juli 1940. Im Auftrage des Reichsbank-Direktoriums bearbeitet in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Reichsbank, Berlin 1940
- Reimann, Günter: The Vampire Economy, New York 1939
- Rhodes, Benjamin D.: The United States and the War Debt Question, 1917-1934, Univ. of Colorado Press 1964 (ungedruckte diss.)
- Richardson, Dorsey: Will They Pay?, Philadelphia 1933
- Riemann, Albrecht: Der Wandel in den Forderungen und Verpflichtungen der deutschen Kreditbanken gegenüber dem Ausland, diss. Erlangen, Nürnberg 1963
- Ritter, Gerhard A.: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970
- Röpke, Wilhelm: Weltwirtschaft - eine Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft. Ein Vortrag, Tübingen 1932
- Röpke, Wilhelm: Weltwirtschaft und Außenpolitik, Berlin 1931

- Röpke, Wilhelm: Der Weg des Unheils, Berlin 1931
- Röseler, Klaus: Die Stellung der deutschen Unternehmer in der Wirtschaftskrise 1929-33, diss. Hannover 1966
- Röbber, Hellmuth (Hrsg.): Locarno und die Weltpolitik 1924-32, Göttingen 1969
- Rogge, Heinrich: Das Revisionsproblem. Theorie der Revision als Voraussetzung einer internationalen wissenschaftlichen Aussprache über "Peaceful Change of Status Quo", Berlin 1937
- Romasco, Albert U.: The Poverty of Abundance. Hoover, the Nation, the Depression, New York 1965
- Ronde, Hans: Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg, = Göttinger Studien zum Völkerrecht und internationalen Privatrecht, hrsg. v. Herbert Kraus; Günther Beitzke, Stuttgart, Köln 1950
- Rosen, Elliot A.: Hoover, Roosevelt, and the Brains Trust. From Depression to New Deal, New York 1977
- Rowland, Benjamin M. (Hrsg.): Balance of Power or Hegemony: The Interwar Monetary System, New York 1976
- Rowland, Benjamin M.: Preparing the American Ascendancy: The Transfer of Economic Power from Britain to the United States, 1933-1944, In: ders. (Hrsg.), Balance of Power or Hegemony, New York 1976, S. 195-224
- Rudoff, M. Robin: The Hoover Moratorium and the German Naval Rearmament, 1931-1932: A Case of International Blackmail. A Paper Presented to the Southwest Social Science Association Meeting, Dallas, March 27, 1970
- Ruge, Wolfgang: Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin 1966
- Saldern, Adelheid v.: Hermann Dietrich - Ein Staatsmann der Weimarer Republik, = Schriften des Bundesarchivs, Band 13, diss. Boppard 1966
- Salewski, Wilhelm: Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft. Tochterunternehmungen, Kapitalbeteiligungen und Optionsrechte. Nach dem Stande von Anfang August 1930. 1. Nachtrag: Einteilungen aus der Zeit von August 1930 bis Ende 1931, Essen 1930, 1932
- Salin, Edgar: Wirtschaft und Staat. Drei Schriften zur deutschen Weltlage, Berlin 1932
- Salin, Edgar: Die deutschen Tribute. Zwölf Reden, Berlin 1930
- Salin, Edgar: Das Reparationsproblem, 2 Bde, = Veröffentlichung der Friedrich-List-Gesellschaft 1.2., Berlin 1929

- Sanmann, Horst: Daten und Alternativen in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. v. Heinz-Dietrich Ortlieb; Bruno Molitor, 10. Jahr, S. 109-40, = Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik und des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Tübingen 1965
- Santoro, Cesare: Germany as Client of the World. A Memoir on the Problem of Foreign Trade and Transfer Payments, Berlin 1934
- Schacht, Hjalmar H.G.: Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1932
- Schacht, Hjalmar H.G.: Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931
- Schacht, Hjalmar H.G.: Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927
- Schiemann, Jürgen: Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. Währungspolitik und Abwertungskontroverse unter den Bedingungen der Reparationen, = Sozioökonomische Forschungen Band 12, Bern, Stuttgart 1980
- Schleidt, Alexander: Die Kooperation der Notenbanken, Basel 1931
- Schloss, Harry Hans: The Bank for International Settlements. An Experiment in Central Bank Cooperation, Amsterdam 1958
- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1950
- Schmitt, Kurt: Die Wirtschaft im Neuen Reich, = Das Neue Reich, Band 5, hrsg. v. der Deutschen Akademie, München 1934
- Schoenthal, Klaus F.: American Attitudes Toward Germany, 1918-1932, diss. Ohio State Univ. Press 1959 (Maschinenschrift)
- Scholz, Eugen: Die Preissenkung in Deutschland von 1929-1932, diss. Frankfurt 1938
- Schröder, Hans-Jürgen: Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970
- Schuker, Stephen A.: The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Univ. of North Carolina Press, Chapel Hill 1976
- Schultze, Ernst: Tributzahlung und Ausfuhrkraft, = Weltwirtschaftliche Vorträge und Abhandlungen, Bd. 2, Leipzig 1929
- Schulz, Gerhard: Reparationen und Krisenprobleme nach dem Wahlsieg der NSDAP 1930. Betrachtungen zur Regierung Brüning, In: VSWG, Bd. 67, Heft 2 (1980), S. 200-22

Schulz, Gerhard: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt, Berlin, Wien 1975

Schweitzer, Arthur: Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsminister, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1974

Seesemann, Kurt: Hinter den Kulissen der französischen Hochfinanz. Was bringt Lausanne?, = Wirtschaftspolitische Aktion, Band 1, Mülheim/ Ruhr 1932

Seidenzahl, Fritz: 100 Jahre Deutsche Bank. 1870-1970. Im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt 1970

Senft, Friedrich Albin: Die Problematik der deutschen Gold-Diskontbank mit besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung zum deutschen Export, = Beitrag zum Wirtschaftsgeschehen der Gegenwart, diss. München 1935

Shannon, David A.: Between the Wars - America 1919-1941, Boston 1965

Silk, Leonard: Wirtschaft als Schicksal. Die großen Ökonomen Amerikas, Stuttgart, Zürich 1978

Simonds, Frank H.: The A B C of War Debts, New York 1933

Simonds, Frank H.: L'Amérique Doit Annuler les Dettes, Paris 1933

Skidelsky, Robert J.A.: Retreat From Leadership: The Evolution of British Economic Foreign Policy, 1870-1939, In: Benjamin M. Roland (Hrsg.), Balance of Power or Hegemony, New York 1976, S. 147-92

Slichter, Sumner H.: The Period 1919-1936 in the United States. Its Significance for Business-Cycle Theory, In: The Review of Economic Statistics XIX, 1937, no. 1, part 1

Smiley, Ralph: The Lausanne Conference 1932: The Diplomacy of the End of Reparations, diss. Rutgers Univ. Press 1971 (Maschinenschrift)

Somary, Felix: Bankpolitik, Tübingen 1934

Somary, Felix: Krisenwende?, Berlin 1932

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, In: VfZ, 5. Jahrg., Heft 1, April 1957, S. 42-62

Soule, George: Prosperity Decade: From War to Depression, 1917-1929, = Economic History of the U.S. Series, vol. VIII, New York 1962

Spangenberg, Bernhard: Die Zukunft der Reparationen, Berlin 1931

Sprout, Harold und Margret: Foundation of International Politics, Princeton 1962

- Stegmann, Dirk: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13, 1973, S. 399-482
- Stern, Siegfried: The United States in International Banking, Columbia Univ. Press 1951 (Nachdruck, = American Business Abroad. Origins and Development of the Multinational Corporation, hrsg.v. Raymond Vernon; Mira Wilkins, New York 1976)
- Stern, Siegfried: Fourteen Years of European Investments, 1914-1928, New York 1929
- Sternberg, Fritz: Der Niedergang des deutschen Kapitalismus, Berlin 1932
- Stimson, Henry L; Bundy, McGeorge: On Active Service in Peace and War, New York 1948
- Stocking, George W.; Watkins, Myron W.: Cartels or Competition? The Economics of International Controls by Business and Government. With the Report and Recommendations of the Committee on Cartels and Monopoly, New York 1948
- Stoddard, Theodore Lothrop: Europe and Our Money, New York 1932
- Stolper, Gustav; Häuser, Karl; Borchardt, Knut: Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1966
- Stromberg, Roland N.: Collective Security and American Foreign Policy. From the League of Nations to NATO, New York 1963
- Stucken, Rudolf: Die deutsche Bankenkrise von 1931, In: Kredit und Kapital, 1. Jg., 1968, Heft 4, S. 390-404
- Stucken, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963, Tübingen 1964
- Studenski, Paul; Krooss, Herman E.: Financial History of the United States. Fiscal, Monetary, Banking, and Tariffs, Including Financial Administration and State and Local Finance, New York, Toronto, London 1952
- Timm, Helga: Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Heft 1, Düsseldorf 1952
- Trachtenberg, Marc: Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916-23, New York 1980
- Treue, Wilhelm (Hrsg.): Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, München 1976
- Treue, Wilhelm: Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933, In: Werner Conze; Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967, S. 82-125
- Tucker, Thomas George (Hrsg.): We Have Paid Enough, London 1932

- Turner, Henry Ashby: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972
- Vagts, Alfred: M.M. Warburg & Co.. Ein Bankhaus in der deutschen Weltpolitik 1905-1933, In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 45, September 1958, S. 289-388
- Vagts, Alfred: Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik, 2 Bde., New York 1935
- Valeur, Robert: Foreign Investments in Germany and the Problem of Inter-Governmental Debts, In: The Annals, CLXXIV, July 1934
- Varga, Stefan: Bemerkungen zu den Problemen von Aufbringung und Transfer, In: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, October 20th, 1933, London 1967, S.649-663
- Vion, Maurice: Dettes Politiques et Dettes Commerciales, Paris 1932
- Vogel, Emil: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Banken, diss. Frankfurt 1929
- Vogelsang, Thilo: Papen und das außenpolitische Erbe Brünnings. Die Lausanner Konferenz 1932, In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966, hrsg. v. Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507
- Vugt, Martin (Hrsg.): Die Entstehung des Young-Planes: dargestellt vom Reichsarchiv 1931-33, = Schriften des Bundesarchivs, Band 15, Boppard 1970
- Wagemann, Ernst: Geld- und Kreditreform, Berlin 1932
- Waltershausen, A.Sartorius von: Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft. Ein geschichtlicher Überblick 1914-1932, Jena 1935
- Wandel, Eckhard: Hans Schäffer - Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, = Veröffentlichung des Leo-Baeck-Instituts, Stuttgart 1974
- Wandel, Eckhard: Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924-1929, = Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 11, diss. Tübingen 1971
- Warburg, James P.: The Long Road Home. The Autobiography of a Maverick, Garden City, N.J. 1964
- Warburg, Paul M.: The Federal Reserve System. Its Origin and Growth. 2 vols., New York 1930
- Ward, Wilbert: Bank Credits and Acceptances, New York 1931

- Warmbold, Hermann: Rückzug aus der Weltwirtschaft. Nach einem Vortrag in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am 18. November 1932, Berlin (1932)
- Warren, Harris Gaylord: Herbert Hoover and the Great Depression, New York 1959
- Weber, Adolf: Geld, Banken, Börsen, München 1955
- Weber, Adolf: Hauptfragen der Wirtschaftspolitik. Abhandlungen, Erinnerungen, Erfahrungen, Berlin 1950
- Weber, Adolf: Hat Schacht recht? Die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Ausland, = Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Heft VII, München, Leipzig 1928
- Wee, Herman van der (Hrsg.): The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, The Hague 1973
- Weeks, Edward: Men, Money, and Responsibility: A History of Lee, Higginson Corporation, 1848-1962, Boston 1962
- Welter, Erich: Ende und Lehren der Krise, Frankfurt 1933
- Welter, Erich: Der Krach von 1931, Frankfurt 1932
- Welter, Erich: Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland, Tübingen 1931
- Welter, Erich: Dreifache Krise - Weltkrise, deutsche Krise, politische Krise (Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1930), Frankfurt 1931
- Wheeler-Bennett, John W.: The Wreck of Reparations Being the Political Background of the Lausanne Agreement, 1932. With an Introduction by Sir Walter Layton, New York 1933
- Wheeler-Bennett, John W.; Latimer, Hugh: Information on the Reparation Settlement, London 1930
- Wicker, Elmus R.: Federal Reserve Monetary Policy, 1917-1933, New York 1966
- Wilkins, Mira: The Maturing of Multinational Enterprise: American Business Abroad from 1914 to 1970, Cambridge 1974
- Williams, David: London and the 1931 Financial Crisis, In: The Economic History Review, vol. 15, April 1963, S. 528-546
- Williams, William Appleman: The Tragedy of American Diplomacy, New York 1972
- Willis, Henry Parker: Theory and Practice of Central Banking, New York 1936
- Wilson, Joan Hoff: Herbert Hoover. Forgotten Progressive, = The Library of American Biography Series, hrsg. v. Oscar Handlin, Boston 1975

- Wilson, Joan Hoff: American Business & Foreign Policy, 1920-1933, Boston 1973
- Winckel, Harald (Hrsg.): Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 73, Berlin 1973
- Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929-1939, = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 6, Göttingen 1973 .
- Winkler, Max: Foreign Bonds - An Autopsy: A Study of Defaults and Repudiations of Government Obligations, Philadelphia 1933
- Wittkowski, Margarete: Großbanken und Industrie in Deutschland 1924-1931, (diss. Basel 1934), Tampere 1937
- Ziemer, Gerhard: Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik, Stuttgart 1971
- Zimmermann, Ludwig: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958
- Zwoch, Gerhard: Die Erfüllungs- und Verständigungspolitik der Weimarer Republik und die deutsche öffentliche Meinung, Kiel 1950 (ungedruckte diss.)

PERSONENVERZEICHNIS

- Abs, Hermann J.: deutscher Bankier, Deutsche Bank AG, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Delegationsleiter auf der Londoner Schuldenkonferenz 1949
- Aldrich, Winthrop W.: amerikanischer Bankier, Präsident und Chairman der Chase National Bank
- Anderson, Benjamin M.: amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler bei der Chase National Bank, Secretary to the Standstill Committee
- Atherton: US-Diplomat der Botschaft in London
- Banta: Vertreter der National City Bank in Berlin
- Beneduce, Alberto: italienischer Bankier, Consorzio di Credito per le Opere Pubbliche, Rom, Mitglied des Wiggin-Komitees, Vorsitzender des Beratenden Sonderausschusses der BIZ
- Berger, Fritz: Ministerialrat im Reichsfinanzministerium
- Bindshedler, Rudolf G.: Schweizer Bankier, Crédit Suisse, Zürich, Mitglied des Wiggin-Komitees und des Beratenden Sonderausschusses der BIZ
- Boal, Pierre S.: bis 1932 Leiter der Division of Western European Affairs im State Department
- Bonn, Moritz J.: Volkswirtschaftler, 1920-33 Professor an der Handelshochschule Berlin
- Borah, William Edgar: US-Senator, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats
- Bouton, Miles S.: Journalist, während der zwanziger Jahre Europakorrespondent für "Associated Press"
- Brands, Robert H.: britischer Bankier, Lazard Brothers, London
- Brecht, Gustav: deutscher Industrieller, Rheinische Braunkohlen-AG
- Briand, Aristide: 1926-Januar 1932 französischer Außenminister
- Brüning, Heinrich: März 1930- Mai 1932 Reichskanzler
- Buckner, M.N.: amerikanischer Bankier, Chairman der New York Trust Company
- Bülow, Bernhard von: Staatssekretär im Auswärtigen Amt
- Burgess, William R.: Federal Reserve Bank New York
- Castle, William: März 1931-1933 Undersecretary of State
- Claudel, Paul: französischer Botschafter in Washington

- Cochran, H. Merle: US-Konsul in Basel
- Colt, S. Sloan: amerikanischer Bankier, Präsident der Bankers Trust Company
- Cosby, Joseph T.: amerikanischer Bankier, National City Bank, Mitglied des US-Stillhaltekomitees
- Crane, Jay E.: 1929-1935 Deputy Governor an der Federal Reserve Bank New York
- Cuno, Wilhelm: Vorsitzender des Direktoriums der Hapag
- Curtius, Julius: 1929-Oktober 1931 Reichsaußenminister
- Davis, Norman H.: Assistant Secretary of the Treasury
- Davison, George: amerikanischer Bankier, Präsident der Central Hanover Bank & Trust Company, Mitglied des Senior Committee/Federal Reserve Bank New York
- Dawes, Charles G.: 1929-32 US-Botschafter in London
- Delafield, E.C.: amerikanischer Bankier, Präsident der Bank of Amerika
- Dieckhoff, Hans-Heinrich: Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt
- Dietrich, Hermann: Vizekanzler, März-Juni 1930 Reichswirtschaftsminister, bis 1932 Reichsfinanzminister
- Dietrich, Paul: amerikanischer Bankier, Vizepräsident der Bank of America, New York
- Dodd, William E.: 1933-37 US-Botschafter in Berlin
- Dorton R.E.: Vertreter der Bank of America & Trust Savings Association in London
- Dreyse, Friedrich Wilhelm: Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Golddiskontbank
- Dulles, John Foster: Partner im Bankhaus Sullivan & Cromwell
- Edge, Walter E.: US-Botschafter in Paris
- Egan, Martin: Secretary to President Hoover
- Feis, Herbert: Economic Adviser im State Department
- Flandin, Pierre E.: 1931-32 französischer Finanzminister
- Foerster: deutscher Diplomat der Botschaft in Paris
- Fraenkel, Albrecht: Stellvertretender Geschäftsführer des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes

Francois-Poncet, André: September 1931-38 französischer Botschafter in Berlin

Francois, Emile: belgischer Finanzfachmann, Direktor der Société Générale de Belgique, Brüssel, Mitglied des Beratenden Sonderausschusses der BIZ und des Wiggin-Komitees

Fraser, Leon: amerikanischer Rechtsanwalt und Bankier, 1930-33 Vizepräsident, 1933-1925 Präsident der BIZ

Fuchs, Richard: Mitglied des Direktoriums der Reichsbank, Mitglied des Aufsichtsrates der Golddiskontbank, Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees

Fürstenberg, Hans: Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees

Gannon: amerikanischer Bankier, Chase National Bank, Mitglied des Londoner Studienausschusses

Garrett, Garet: amerikanischer Publizist, Veröffentlichungen in der "Saturday Evening Post"

Giannini, A.P.: amerikanischer Bankier, Chairman der Bank of America, San Francisco

Gibson, Harvey: amerikanischer Bankier, Präsident der Manufacturers Trust Company

Gilbert, Parker S.: 1924-30 Generalagent für Reparationszahlungen in Berlin, seit 1931 Direktor der Bankers Trust Company. Partner des Bankhauses J.P. Morgan & Co.

Gomory, Andrew L.: amerikanischer Bankier, Manufacturers Hanover Trust Company, Delegationsleiter auf der Londoner Schuldenkonferenz 1949

Goodhue, Abbott F.: amerikanischer Bankier, Präsident der International Acceptance Bank, Chairman des US-Stillhaltekomitees 1931, Mitglied des Senior Committee/Federal Reserve Bank New York

Gordon, George A.: 1930-33 US-Botschaftsrat in Berlin

Grant: amerikanischer Bankier, Guaranty Trust Company, Mitglied des Londoner Studienausschusses

Haller, Max: Direktor und Mitglied des Vorstandes der Siemens & Halske AG, Stillhalte-Sachverständiger beim Wirtschaftsbeirat

Harrison, George L.: 1928-36 Governor der Federal Reserve Bank New York, 1936-1940 Präsident des Board

Harvey, Sir Ernest: Deputy Governor der Bank von England

Henderson, Arthur: Juni 1929-August 1931 britischer Außenminister, 1932-33, Vorsitzender der Genfer Abrüstungskonferenz

Herriot, Edouard: 1932 französischer Ministerpräsident

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von: 1925 Reichspräsident, 1932
Wiederwahl in dieses Amt

Hoesch, Leopold von: deutscher Botschafter in Paris

Hofstede de Groot, Paul: holländischer Bankier, Amsterdamsche Bank, Amsterdam, Mitglied des Wiggin-Komitees

Holland-Martin, Eduard: englischer Bankier, Bank of England, Mitglied des
Stillhaltekomitees

Hoover, Herbert C.: 1929-33 Präsident der Vereinigten Staaten

Howel: US-Diplomat der Botschaft in Paris

Hülse, Franz: Vertreter der Reichsbank bei der BIZ

Hugenberg, Alfred: seit 1928 Vorsitzender der DNV, 1933 Wirtschafts- und
Ernährungsminister

Hughes, Charles E.: 1921-25 Secretary of State

Hull, Cordell: amerikanischer Rechtsanwalt, 1933-44 Secretary of State

Jay, Pierre: amerikanischer Bankier, 1927-30 Deputy Agent General for Reparation Payments, danach Vertreter des Bankhauses J.P. Morgan in Paris

Jeidels, Otto: Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Mitglied
des deutschen Stillhaltekomitees, Stillhalte-Sachverständiger beim
Wirtschaftsbeirat

Jejune: französischer Wirtschaftsjournalist

Johnston, Percy H.: amerikanischer Bankier, Präsident der Chemical Bank &
Trust Company

Jongh, Crena de: holländischer Bankier

Kastl, Ludwig: seit 1925 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichs-
verbandes der Deutschen Industrie (RDI)

Kempner, Paul: Mitinhaber des Bankhauses Mendelsohn & Co.

Kenzel: Deputy Governor der Federal Reserve Bank New York

Kiep, Otto C.: 1930-33 deutscher Generalkonsul in New York

Kindersley, Sir Robert: Direktor der Bank von England, Chairman und Managing Director der Bankfirma Lazard Brothers & Co.

Klots, Allen Trafford: Sonderberater des State Department

Köpke, Gerhard: Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt

Kreuger, Ivar: schwedischer Industrieller, Begründer des Welt-Zündholzmonopols

Kuhlmann, E.H.: Vertreter der Chase National Bank in Berlin

Lacour-Gayet, Robert: 1930-36 Direktor für Recherches Economiques bei der Banque de France

Lamont, Thomas W.: Partner von J.P. Morgan & Co., Mitglied des Young-Komitees

Laval, Pierre: Januar 1931-Februar 1932 französischer Ministerpräsident

Layton, Sir Walter: Herausgeber des "Economist", englischer Vertreter bei der BIZ, Mitglied des Beratenden Sonderausschusses der BIZ und des Wiggin-Komitees

Leffingwell, Russell C.: amerikanischer Rechtsanwalt und Finanzfachmann, seit Juli 1923 Partner von J.P. Morgan & Co.

Leith-Ross, Sir Frederick: bis 1932 stellvertretender Finanzkontrolleur im englischen Schatzamt, danach Wirtschaftsberater der britischen Regierung

Leitner, Rudolf: seit 1931 deutscher Botschafter in Washington

Lindsay, Sir Ronald: britischer Botschafter in Washington

Lippmann, Walter: amerikanischer Journalist und Kolumnist, besonders für den "New York Herald Tribune"

Loeb, Rudolf: Mitinhaber des Bankhauses Mendelsohn & Co., Stillhalte-Sachverständiger beim Wirtschaftsbeirat

Loree, Robert F.: amerikanischer Bankier, Vizepräsident der Guaranty Trust Company, Mitglied des US-Stillhaltekomitees 1931

Luther, Hans: seit 1930 Präsident der Reichsbank, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Golddiskontbank

MacDonald, James Ramsey: britischer Premierminister

Masson: französischer Bankier, Crédit Lyonnais

Mann, Henry: Vertreter der National City Company in Berlin

McGarrah, Gates W.: amerikanischer Bankier, 1930-33 Präsident der BIZ

McKittrick, T.H.: Vertreter des Bankhauses Lee, Higginson & Co. in London, Mitglied des Ausschusses in Stillhaltungsfragen

Melchior, Carl: Mitinhaber des Bankhauses M.M. Warburg & Co., Hamburg, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der BIZ, Mitglied des Beratenden Sonderausschusses der BIZ und des Wiggin-Komitees

Mellon, Andrew: 1921-32 Secretary of the Treasury, 1932-33 US-Botschafter in London, Eigentümer der Mellon National Bank, Pittsburgh

Messersmith, George S.: US-Generalkonsul in Berlin

Meyer, Eugene: 1930-33 Governor des Federal Reserve Board Washington

Mills, Odgen L.: 1927-32 Undersecretary of the Treasury, 1932-33 Secretary of the Treasury

Mitchell, Charles E.: amerikanischer Bankier, Chairman der National City Bank, New York, Mitglied des Senior Committee/Federal Reserve Bank New York

Moffat, Jay Pierpont: 1932-35 Leiter der Division of Western European Affairs im State Department

Monick, Emmanuel: seit Juni 1931 Finanzattaché an der französischen Botschaft in Washington

Monnet, Jean: amerikanischer Bankier, Vize-Chairman der Transamerica Corporation, San Francisco

Moreau, Emile: bis 1930 Gouverneur der Banque de France, Mitglied des Wiggins-Komitees

Moret, Clément: 1930-35 Gouverneur der Banque de France

Morgan, John Pierpont: Mitinhaber des Bankhauses J.P. Morgan & Co., 1929 Mitglied des Young-Komitees

Morgan, Shepard: Vizepräsident der Chase National Bank

Morrow, Dwight W.: Teilhaber von J.P. Morgan & Co., 1930-31 Senator

Murnane, George: Mitinhaber des Bankhauses Lee, Higginson & Co., New York und sein Repräsentant in Berlin

Norman, Montagu C.: 1920-44 Governor der Bank von England

Papen, Franz von: seit Juni 1932 Reichskanzler

Perkins, James: amerikanischer Bankier

Pertinax: französischer Wirtschaftsjournalist für "Echo de Paris"

Pferdmenges, Robert: Teilhaber des Bankhauses Salomon Oppenheim & Cie., Sachverständiger im Schlichtungsausschuß für Stillhaltefragen, Mitglied des Stillhalte-Sonderausschusses beim Wirtschaftsbeirat

Phillips: Mitarbeiter im State Department

Potter, William C.: Amerikanischer Bankier, Guaranty Trust Company, Mitglied des Senior Committee/Federal Reserve Bank New York

Preston, H.P.: amerikanischer Bankier, Vizipräsident der Transamerica Corporation, New York

Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von: 1927-33 deutscher Botschafter in Washington

Pünder, Hermann: Staatssekretär in der Reichskanzlei

Quesnay, Pierre: 1926-30 Sous-Gouverneur der Banque de France, 1930-37 Generalmanager der BIZ

Reading, R.D. Isaacs Marquess of: 1931 kurzfristig britischer Außenminister

Richey: Secretary to Präsident Hoover

Rist, Charles: Sous-Gouverneur der Banque de France, Mitglied des Beratenden Sonderausschusses der BIZ

Ritscher, Samuel: Mitglied des Vorstandes der Reichs-Kredit-Gesellschaft Berlin, Stillhalte-Sachverständiger bei Wirtschaftsbeirat

Ritter, Karl: Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt

Rogers, Howard J.: amerikanischer Bankier, Bank of Manhattan, Mitglied des US-Stillhaltekomitees 1931

Rydbeck, Oskar: schwedischer Bankier, Direktor der Skandinaviska Kredit-Aktie-Bolaget, Stockholm, Mitglied des Wiggin-Komitees und des Beratenden Sonderausschusses der BIZ

Sackett, Frederic M.: 1930-33 US-Botschafter in Berlin

Salin, Edgar: Professor für Volkswirtschaft an der Universität Basel

Schacht, Hjalmar H.G.: Bis März 1930 Präsident der Reichsbank

Schäffer, Hans: 1930-32 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium

Schlieper, Gustav: Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank und Disconto Gesellschaft Berlin, Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees, Stillhalte-Sachverständiger beim Wirtschaftsbeirat

Schmidt, Paul: Chefdolmetscher im Auswärtigen Amt

Schmitt, Kurt: Generaldirektor der Allianz Versicherungs-AG, Berlin, Mitglied des Stillhalte-Sonderausschusses beim Wirtschaftsbeirat

Schmitz, Hermann: Mitglied des Vorstandes der IG Farben, des Zentralausschusses der Reichsbank, des Ausschusses für Bank- und Kreditwesen beim RDI, Mitglied des Stillhalte-Sonderausschusses beim Wirtschaftsbeirat

Schubert, Carl von: seit November 1930 deutscher Botschafter in Rom

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, seit Juni 1932 Reichsfinanzminister

Sempell, Oskar: Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG

Shaw: US-Diplomat der Botschaft in Paris

Silverberg, Paul: Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats, Mitglied des Stillhalte-Sonderausschusses beim Wirtschaftsbeirat

Snowden, Philip: 1929-31 britischer Chancellor of the Exchequer

Somary, Felix: Schweizer Wirtschaftswissenschaftler und Bankier

Sprague, Oliver M.W.: Professor in Harvard, 1930-33 Berater der Bank of England

Sproul, Allan: 1930-34 Assistant Deputy Governor and Secretary Federal Reserve Bank San Francisco

Stallforth, Frederick: Vertrauensmann der deutschen Botschaft in Washington für finanzielle Transaktionen

Stern, Siegfried: amerikanischer Bankier, Chase National Bank, Mitglied des US-Stillhaltekomitees 1931

Stewart, Walter W.: amerikanischer Finanzfachmann, J.P. Morgan & Co., Mitglied des Beratenden Sonderausschusses der BIZ

Stimson, Henry L.: 1929-33 Secretary of State

Stolper, Gustav: Herausgeber des "Deutschen Volkswirt"

Tanaka, T.: Bank von Japan, Tokio, Mitglied des Wiggin-Komitees

Teagle, W.L.: Präsident der Standard Oil of New Jersey

Tiarks, Frank C.: Direktor der Bank of England, Mitinhaber des Bankhauses J. Henry Schroeder & Co., London

Trendelenburg, Ernst von: Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Juni 1930 und Mai 1932 Reichswirtschaftsminister (beauftragt)

Trygger, Carl: schwedischer Bankier, Göteborgs Bank A/B, Stockholm, Sachverständiger im Schlichtungsausschuß für Stillhaltungsfragen

Tyrell, Lord William: britischer Botschafter in Paris

Tyser, G.: englischer Bankier, Lazard Brothers & Co., London, Sachverständiger im Schlichtungsausschuß für Stillhaltungsfragen

Urbig, Franz: Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank und Disconto Gesellschaft, Berlin, Mitglied des Generalrats der Reichsbank, Mitglied des Schlichtungsausschusses in Stillhaltungsfragen

Vocke, Wilhelm: Mitglied des Direktoriums der Reichsbank, Stellvertreter des Reichsbankpräsidenten im BIZ-Verwaltungsrat

Wallenberg, Marcus L.: schwedischer Bankier, Vorsitzender der Stockholm Enskilda Bank, Stockholm, Sachverständiger für die Reorganisation des deutschen Bankenwesens, Chairman des Schlichtungsausschuß in Stillhaltungsfragen.

Ward, Harry E.: amerikanischer Bankier, Präsident der Irving Trust Company

Warmbold, Hermann: Oktober 1931-April 1932 Reichswirtschaftsminister

Wassermann, Oskar: Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto Gesellschaft, Mitglied des Generalrats der Reichsbank, Stillhalte-Sachverständiger beim Wirtschaftsbeirat

Wedel, Bodo von: Mitglied des Direktoriums der Reichsbank, Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees

Westrick, G.A.: Partner von Sullivan & Cromwell, New York

Wiggin, Albert H.: Chairman Chase National Bank, Vorsitzender des Wiggin-Komitees, Mitglied des Senior Committee/Federal Reserve Bank New York

Willert, Sir Arthur: Pressesprecher des British Foreign Office

Wolff, Otto: Industrieller, Mitbegründer der Vereinigten Stahlwerke, Stillhalte-Sachverständiger beim Wirtschaftsbeirat

Young, Owen D.: Vorsitzender der General Electric Co. und der Radio Corporation, Mitglied des Dawes-Komitees, Vorsitzender des Young-Komitees, Direktor der Federal Reserve Bank New York

Die Datenauswahl in dieser Übersicht beschränkt sich auf den für das Thema unmittelbar relevanten Zeitraum zwischen 1930 und 1933.

Lebenslauf

Am 25. Juli 1956 wurde ich, Susanne Wegerhoff, als einzige Tochter des Prokuristen Alexander Wilhelm Wegerhoff und seiner Ehefrau Erika, geb. Siebrasse in Hagen/Westfalen geboren.

Nach dreijährigem Unterricht an der Cuno-Volksschule, Hagen-Emst (1963-66) besuchte ich von Dezember 1966 bis April 1975 die Ricarda-Huch-Schule, neu-sprachliches Gymnasium der Stadt Hagen. Dort erhielt ich am 2. Juni 1975 mein Reifezeugnis.

Zum Wintersemester 1975/76 begann ich an der Ludwig-Maximilians-Universität München die Fächer Neuere und Mittelalterliche Geschichte sowie Zeitungswissenschaften zu studieren.

Nach Abschluß meines sechsten Semesters ermöglichte ein Stipendium der Fulbright Kommission, Bonn einen einjährigen Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten. An der Brandeis University, Waltham, Massachusetts fertigte ich bei Prof. Geoffrey Barraclough meine Magisterarbeit an.

Im Wintersemester 1979/80 begann ich unter der Anleitung von Prof. Thomas Nipperdey und Prof. Knut Borchardt mit den Nachforschungen für die vorliegende Arbeit.

Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Bonn gestattete, von Januar 1981 an eine halbjährige Archivreise durch die USA zu unternehmen.

Während meines Studiums habe ich für regionale und überregionale Zeitungen geschrieben und arbeite nun vollberuflich als Journalistin.

München, im Juli 1982

